Donnerstag, 19. September 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15-24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 218 - 38.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Einigung: Die Koalition von CDU, CSU und FDP hat sich über die Verwendung der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit geeinigt. Das Paket hat einen Wert von 2,634 Millionen Mark. Unter anderem sollen ältere Arbeitslose künftig länger Arbeitslosengeld erhalten. (S. 2 und 12)

Bremen: Der Senat hat gestern Klaus Wedemeier (SPD) als Nachfolger von Hans Koschnick zum neuen *Präsidenten gewählt.* Wedemeiers Stellvertreter wurde Henning Scherf. (S. 4)

Parteispenden: Einstimmig hat der *Landtag in Nordrhein-Westfalen* die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschlossen, der klären soll, inwieweit die Landesbehörden vor Aufdeckung der Parteispendenaffäre darüber informiert waren. (S. 4)

Dialog: Bundeskanzler Kohl und der argentinische Präsident Alfonsin haben für die Zukunft regelmäßige Konsultationen auf hoher Ebene vereinbart. Die Bundesregierung verpflichtete sich zu Ausfuhrbürgschaften mit einem Plafond von 250 Millionen Mark. In einem Interview der WELT äußerte der argentinische Präsident die Überzeugung, daß es künftig zu enger wirtschaftlicher Kooperation beider Länder kommen werde. (S. 5)

Ausweisung: Sechs Briten sind gestern von den sowjetischen Behörden zum Verlassen des Landes *aufgefordert worden. Moskau* beantwortete damit die Ausweisung von sechs sowjetischen Bürgern durch London vom Montag. Premierministerin Thatcher will auf die neuerliche Aktion *nicht* mehr reagieren. (S. 7)

ZITAT DES TAGES



» Spannungen aber entstehen nicht, weil einzelne Staaten sich bewaffnen, sondern Staaten bewaffnen sich wegen vorhandener Spannungen «

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) in einem Beitrag für die WELT (S. 6) FOTO: KLAUS MEHNER

WIRTSCHAFT

EG-Etat: Kräftig zusammengestrichen haben die Finanzminister der EG die Haushaltsanforderungen der Brüsseler Kommission. Der gestern verabschiedete Etatentwurf für 1986 bleibt mit 71,9 Milliarden Mark um rund 6,5 Milliarden hinter den Wünschen der EG-Behörde *zurück.* (S. 13)

Pkw-Zulassungen: Die Zahl der neu zugelassenen Personenkraftwagen in der Bundesrepublik *Deutschland* sank *im August* gegenüber Juli um 33,5 Prozent auf 149 929. Im Vergleich mit August 1984 gab es einen Rückgang um 4,4 Prozent. Der Anteil schadstoffarmer Pkw *an den* Neuzulassungen stieg auf 10,6 Prozent.

Verkehr: In den Ausbau der Verkehrswege wird bis 1995 allein der Bund 126 Milliarden Mark investieren. *Das sieht der* Bundesverkehrswegeplan 1985 vor, der gestern vom Kabinett verabschiedet wurde. (S. 13)

Börse: *An den Aktienmärkten* kam es zu steigenden Kursen auf breiter Front, die zum Schluß durch Glattstellungen etwas abbröckelten. Der Rentenmarkt war *etwas leichter.* WELT-Aktienindex 217,60 (216,39). BHF-Rentenindex 105,242 (105,315). Performance Index 107,731 (107,775). Dollarmittelkurs 2,9095 (2,8784) Mark. Goldpreis pro Feinunze 316,25 (317,60) Dollar.

KULTUR

Museum: Das Krefelder Haus Lange feiert sein 30. Jubiläum mit einer großen Ausstellung. 1955 übergab der Fabrikantensohn Ulrich Lange der Stadt Krefeld sein von Mies van der Rohe gebautes Elternhaus als Ausstellungshaus. Für die Jubelschau sind 35 Künstler, die die Geschichte des Hauses bestimmten, mit wenigen, aber wichtigen *Stücken* ausgewählt worden. (S. 19)

Oper: Henry *Purcells* „Dido und Aeneas" – seine einzige, zudem nur einstündige Oper – wurde bei der Frankfurter Inszenierung um einen Prolog und einen Epilog erweitert. Da aber die ursprünglich vielleicht einmal komponierte Musik unauffindbar war, mußte für den Anfang eine diskrete Gambensonate Purcells herhalten *und für das Nachspiel ein* recht bombastischer Bläsersatz. (S. 19)

WELT-Report Selbstmedikation

Immer mehr Deutsche greifen bei Bagatellerkrankungen zu Medikamenten, ohne einen Arzt aufzusuchen. Ein Verbot der Selbstmedikation würde jährlich eine Milliarde Mark Mehrkosten für Arbeitsausfall wegen zusätzlicher Arztbesuche verursachen. *Andererseits ist immer die Gefahr einer Fehldiagnose* und Falschbehandlung gegeben. Seiten I-IV

SPORT

Galopp: Beim Preis von Europa am Wochenende *in Köln wird* Sumayr, das Pferd des Prinzen Karim Agha Khan, starten. Der französische Jockey Yves Saint-Martin soll das Pferd reiten.

Fußball: Der frühere deutsche Nationalspieler Bernd Schuster hat mit einem Rundfunk-Interview Mißstimmung beim FC Barcelona ausgelöst. Präsident Nuñez droht ihm mit Rauswurf. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Chlorgas: Die mehr als eine Million Einwohner zählende Stadt Fushan in der nordostchinesischen Provinz Liaoning ist nur *knapp einer Giftgaskatastrophe* entgangen. Wie erst jetzt bekannt wurde, mußten Ende August über 2000 Menschen wegen Chlorgasvergiftung medizinisch behandelt werden. (S. 20)

Anschlag: In der Nähe einer Kosmetikfirma ist gestern in Frankfurt *in einem Gebüsch ein als Feuerlöscher getarnter* Sprengsatz gefunden worden. Beim Versuch, den Sprengkörper zu entschärfen, wurde ein Polizist verletzt.

Wetter: Heiter bis wolkig. 19 bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

In der Greenpeace-Affäre gerät Hernu unter Druck

Paris erklärt, Regierung „vollkommen solidarisch"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Was bisher als „Sommertheater der Franzosen" abgetan und langsam in die Gerätekammer der Spionagegeschichte verdrängt wurde, scheint sich nun über Nacht in Frankreich zu *einer Staatsaffäre ersten Ranges zu* entwickeln. Die Enthüllungen der angesehenen Pariser Abendzeitung „Le Monde", wonach angeblich eine dritte bisher nicht identifizierte und nicht in der öffentlichen Diskussion aufgetauchte Sabotagemannschaft am 10. Juli im Hafen von Auckland (Neuseeland) das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrier" versenkte, stellen alle bisherigen offiziellen Verlautbarungen zu dem Fall in Frage und rücken den – bisher – unbescholtenen Verteidigungsminister Charles Hernu als obersten Vorgesetzten der Geheimdienste in vorderste Schußlinie. Die Opposition, die sich bisher aus patriotischen Reflexen auffallend zurückhielt, verlangt *jetzt* eine rückhaltlose Aufklärung des Falles mit allen personellen Konsequenzen. Jean-Claude Gaudin, der Fraktionschef der Giscardisten in der Kammer, bezichtigte *Staatspräsident Mitterrand,* ein „System der öffentlichen Lügen organisiert" zu haben. Die Gaullisten sprechen von einem „Watergate" und verlangen den Rücktritt des Premierministers *Fabius.*

Die Reaktion der Regierungskreise war zunächst unentschlossen und zurückhaltend. Erst in den Abendstunden veröffentlichte Verteidigungsminister Hernu ein kurzes Kommuniqué, in dem er sich „entschieden gegen den Feldzug von Gerüchten und Unterstellungen" zur Wehr setzt, der im Zusammenhang mit dem Attentat auf die Rainbow Warrior gegen die französischen militärischen Verantwortlichen geführt werde. Hernu versicherte, daß „keine Organisation, die von meinem Ministerium abhängt, einen Attentatsauftrag erhalten hat". Soweit er wisse, hätten sich außer den bisher identifizierten Offizieren des Geheimdienstes DGSE keine anderen Agenten in Neuseeland aufgehalten. Hernu bekräftigte, daß er alles zur Aufdeckung des „unqualifizierbaren Attentats" tun und, falls er von einem Untergebenen getäuscht worden sein sollte, strengste Bestrafungen anordnen werde. Bisher aber, so schließt das Kommuniqué, gebe es hierfür nicht den geringsten Beweis. Die Verlautbarungen des Ministers sind von der Presse als „zwiespältig" qualifiziert worden.

Denn gerade das Gegenteil scheint der Bericht im „*Monde*" belegen zu wollen. Die Zeitung behauptet – und stützt sich nach Aussage eines ihrer Redakteure der WELT gegenüber auf „absolut sichere Quellen", die in der unmittelbaren Umgebung des Staatspräsidenten liegen könnten –, daß eine dritte Mannschaft von Kampfschwimmern zur fraglichen Zeit in Neuseeland am Werk gewesen und von den beiden bisher identifizierten anderen Mannschaften „unterstützt" worden sei. Bekannt waren bisher die beiden DGSE-Offiziere Major Mafart und Hauptmann Prieur, die zwei Tage nach dem Attentat unter der falschen Identität eines „Schweizer Ehepaares Turenge" in Auckland ver*haftet wurden und seither in neusee*ländischer Untersuchungshaft sitzen, sowie zwei Unteroffiziere der Kampfschwimmerschule Aspretto auf Korsika, die als Segler verkleidet, mit der *Jolle „Ouvea" von Neukaledonien* kommend, zehn Tage in Neuseeland „Urlaub" machten und am Vorabend des Attentats verschwanden.

Über die Identität der dritten Gruppe sagt die Zeitung nichts. Angeblich soll auch sie aus zwei Kampfschwimmern bestanden haben, die sich nach vollzogenem Attentat am Abend *des 10. Juli* per *Flugzeug* in Richtung Australien und Neukaledonien absetzten. Auch diese beiden eigentlichen Attentäter, so „Le Monde", sollen dem DGSE unterstanden haben, ihren Auftrag aber nicht von der Pariser Zentrale, sondern vom Kommandanten des Atomversuchszentrums Mururoa, Admiral Henri Fages, erhalten haben. Dieser aber habe nicht ohne „grünes Licht" seiner drei unmittelbaren Vorgesetzten *handeln können, dem damaligen* Generalstabschef Jannou Lacaze, dem Geheimdienstchef Admiral Pierre Lacoste und dem Chef des militärischen Sonderstabes beim Präsidenten der Republik und heutigen Generalstabschef, Jean Saulnier. Alle drei wiederum aber hätten nicht ohne

▲ Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Waterloo?

AUGUST GRAF KAGENECK

Frankreich muß für seine *Atommacht-Ambitionen* einen hohen, einen vielleicht sehr hohen Preis bezahlen. Zur Stunde wissen wir noch nicht, ob dem Land ein französisches Watergate ins Haus steht. Was wir wissen, ist, daß Agenten des französischen Geheimdienstes zum Schutze *französischer* Atomwaffenversuche im Pazifik auf neuseeländischem Gebiet Angehörige der Umweltschutzbewegung Greenpeace observierten, da diese nach Einschätzung französischer Militärs *eine Gefahr für die* Versuche darstellten. Sie benahmen sich dabei tölpelhaft und wurden von den neuseeländischen Behörden identifiziert. Einige von ihnen sehen ihrer Aburteilung in Neuseeland entgegen. Ein Schiff wurde versenkt, dabei kam ein Mann ums Leben.

Wir wissen nicht, wer das Schiff versenkt hat. Aber es gibt, wie Verteidigungsminister Hernu sagte, „Gerüchte und Unterstellungen" in der Presse, die das „Greenpeace-Feuilleton" zum Reißer machen und nachweisen wollen, *daß* es doch französische Kampfschwimmer waren, die die verhängnisvollen Haftminen anbrachten. Clou der Sache: Sie seien aus den obersten Etagen des Staates gedeckt worden.

Ob dies stimmt oder nicht: Es bringt den Staat ins Zwielicht, es setzt Frankreich der Lächerlichkeit aus, es belastet die schon stark strapazierten Beziehungen zu den Randstaaten des pazifischen Beckens, das sich Frankreich seit 1966 zum permanenten Schauplatz der Demonstration seiner Größe auserkoren hat.

Aus diesen Gründen kann Präsident Mitterrand nicht mehr lange schweigen. *Er kann sich, wie die häus*liche Reaktion auf seine Reise in den Pazifik zeigte, auf eine breite Zustimmung zu einer Atompolitik stützen, die, Quintessenz französischen Weltmachtanspruchs, haargenau der seiner *Vorgänger* entspricht. Aber rechtfertigt eine solche Politik die Souveränitäts-Verletzung eines anderen Staates und, wer weiß, ein Verbrechen? Ein französisches Watergate ist bei der Mentalität der Franzosen schwer vorstellbar, aber ein Waterloo des Sozialisten Mitterrand bei den Wahlen im nächsten Frühjahr durchaus.

Altenburg in die NATO-Spitze berufen

Generalinspekteur soll dem Militärausschuß vorstehen / Wellershoff als Nachfolger vorgesehen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zum dritten Mal seit ihrer Mitgliedschaft in der NATO wird die Bundesrepublik den Vorsitzenden des Brüsseler Militärausschusses stellen. Die Generalstabschefs aller Bündnisstreitkräfte sind sich, wie seit einiger *Zeit erwartet, bei der 90.* Sitzung des Militärausschusses im kanadischen Banff darüber einig geworden, den Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Altenburg, als *Nachfolger für den niederländischen* General Cor de Jager zu wählen. Altenburg soll sein neues Amt am 1. Oktober nächsten Jahres antreten. General Heusinger war in den Jahren *zwischen 1961 und 1964 der erste* Deutsche auf dem Posten des ranghöchsten Soldaten der NATO; in den Jahren 1971 bis 1974 war es als zweiter General Steinhoff.

Obwohl bis zum Weggang Altenburgs nach Brüssel noch ein Jahr Zeit ist, will sich Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner wohl schon jetzt nach Beratungen mit dem Bundeskanzler entschließen, als neuen Generalinspekteur den jetzigen Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Dieter Wellershoff, vorzusehen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist vom Minister darüber bereits unterrichtet worden. Als neuer Inspekteur der Marine soll nach Wellershoff Vizeadmiral Hans-Joachim Mann, gegenwärtig Befehlshaber der Flotte in Glücksburg, ein Bruder des früheren Hardthöhen-Staatssekretärs und jetzigen BDI-Hauptgeschäftsführers Siegfried Mann, berufen werden.

Wörner hat sich sein Urteil zugunsten von Wellershoff als Nachfolger Altenburgs nach eingehenden Gesprächen mit allen möglichen Kandi*daten gebildet. Von der Anciennität* im Amt her wäre der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Eberhard Eimler, vor Wellershoff gewesen. Auch der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Hans-Henning von Sandrart, wurde als möglicher Generalinspekteur betrachtet. Wellershoff ist erst seit dem vergangenen April Marineinspekteur und wird diesen Posten bis zu seinem Wechsel nur eineinhalb Jahre bekleidet haben. Trotzdem hat sich Wörner bei seiner *Entscheidung für den Seeoffizier* vom Jahrgang 1933, der damit bald drei Jahre jünger als Eimler ist, ganz offensichtlich vom Hinweis auf dessen für die Aufgabe geeigneteren bis*herigen Werdegang* leiten lassen. Der Admiral war neben seiner militärfachlichen Ausbildung einige Male auch schon mit übergreifenden Tätigkeiten auch im Grenzbereich zur Politik beschäftigt. Besonders als Kommandeur der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr hat er nach dem Urteil von Kennern gute Arbeit geleistet und sich in den unruhigen Zeiten der Diskussion um die „Nachrüstung" als überzeugender Vertreter der offiziellen Sicherheitspolitik behauptet.

Aber auch für die Generale Eimler und von Sandrart soll, wie zu hören war, die Karriere nicht beim Drei-Sterne-General enden. Es wird damit gerechnet, daß mit dem altersmäßig bedingten Ausscheiden von General Leopold Chalupa der Heeresinspekteur im Oktober 1987 neuer Alliierter *Oberbefehlshaber Europa Mitte* wird. Eimler könnte im April 1988 als Nachfolger für General Hans-Joachim Mack Stellvertreter des Obersten NATO-Befehlshabers für Europa werden.



Er hat sich in der Diskussion um die „Nachrüstung" als überzeugender Vertreter der offiziellen Sicherheitspolitik behauptet: Dieter Wellershoff. Der Vize-Admiral und Ma*rine-Inspekteur* soll als Nachfolger von Wolfgang Altenburg Generalinspekteur der Bundeswehr werden. FOTO: JUPP DARCHINGER

Reagan: SDI ist kein Tauschobjekt

FRITZ WIRTH, **Washington**

Die Strategische Verteidigungsinitiative, das von den USA geplante Raketenabwehrsystem im Weltall, ist auf dem bevorstehenden Genfer Gipfel zwischen Präsident Reagan und Michail Gorbatschow kein Handelsobjekt für mögliche sowjetische Nuklear-Konzessionen. Diese eindeutige Botschaft sandte Ronald Reagan am Dienstag abend *in einer Pressekonfe*renz im Weißen Haus an den Kreml. Er beendete damit alle Spekulationen über einen angeblich von der Reagan-Administration beabsichtigten *Tauschhandel in Genf, bei dem* die USA die Forschungsarbeiten am SDI-Programm drastisch reduzieren oder gar aufgeben würden als Gegenleistung für *die sowjetische Zusage* einer Verringerung der nuklearen Offensivwaffen.

SEITE 2:
Leitartikel
SEITEN 4 UND 12:
Strauß und Dregger zu SDI

Der amerikanische Präsident war offenbar entschlossen, in dieser Frage bereits acht Wochen vor dem Genfer Gipfel Klarheit zu schaffen und die seit Wochen andauernden Vor-Verhandlungsmanöver der Sowjets abzublocken. Das SDI-Programm sei „zu wichtig für die Welt, um es wegzuverhandeln für eine neue Zahl von Nuklearraketen, von denen es ohnehin mehr als genug gibt, um unsere beiden Länder von der Erdoberfläche wegzusprengen".

Auf die Frage, ob die Spionage-

● Fortsetzung Seite 12

Differenzen über Südafrika im Kabinett

DW. Bonn

Schwere Meinungsverschiedenheiten über die Afrikapolitik zwischen CDU und FDP auf der einen und der CSU *auf der anderen Seite* sind gestern in der Kabinettssitzung aktenkundig geworden. Nach Meinung der CSU-Minister sind die inzwischen zum Teil bereits ausgeführten EG-Be*schlüsse zu Afrika nicht* gebilligt worden, obwohl Bundeskanzler Helmut Kohl inzwischen ausdrücklich von „Einvernehmen" im Kabinett sprach. In einer von langjährigen Bonner Be*obachtern beispiellos genannten* Entwicklung berichtete Regierungssprecher Friedhelm Ost kommentarlos, daß in der Kabinettssitzung am Vormittag Entwicklungsminister Jürgen Warnke *(CSU) im Namen seiner* anwesenden drei CSU-Kollegen Oscar Schneider (Wohnungsbau), Ignaz Kiechle (Landwirtschaft) und Werner Dollinger (Verkehr) eine abweichende Erklärung „*zu Protokoll*" gegeben habe. Warnke habe festgestellt, daß in der Kabinettssitzung am 11. September keine Beratung der EG-Beschlüsse zu Afrika vorgesehen gewesen sei, keine Tischvorlage vorhanden war und die Behandlung des Themas nach dem Sachvortrag von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher „nach unserer Auffassung nicht mit einer Beschlußfassung endete". In einer zweiten Protokollnotiz bestand Genscher darauf, daß seinem Vortrag nicht widersprochen worden sei und das sich anschließende Verfahren als üblich gelte. Zum Schluß der Debatte hatte Kohl erklärt, der Fall sei jetzt für ihn abgeschlossen.

Verdacht ohne Fakten gegen Willner

Kohl gab Weisung, die Ermittlungen voranzutreiben / Kurzwellensender in der Wohnung

hey./gba. Bonn

Der zusammen mit seiner Frau Herta-Astrid nach Ost-Berlin geflohene Agenten Herbert Willner stand schon seit langem *unter dem* Verdacht, für den „DDR"-Geheimdienst zu arbeiten. Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans Neusel, bestätigt gestern, daß Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann am 28. Juni vom damaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Heribert Hellenbroich, auf „zwei oder drei Anträge" zur Überwachung von Telefon und Post mutmaßlicher Spione aufmerksam gemacht worden *sei,* die in dem Ministerium „etwas zögernd" behandelt würden. Dabei sei auch da Ehepaar Willner genannt worden. Neusel betonte, daß dem Minister ein entsprechender Antrag nie selbst zur Entscheidung vorgelegt worden sei. Der *Staatssekretär hatte noch fünf* Tage nach seinem Dienstantritt im Ministerium, am 5. August, bei einer Unterredung mit dem Hellenbroich-Nachfolger Holger Pfahls erklärt, er sehe aufgrund der damals vorliegenden Erkenntnisse noch keinen hinreichenden Verdacht, derartig schwerwiegende *Eingriffe* in die grundgesetzlich geschützte Unverletzlichkeit des Post- und Fernmeldegeheimnis zuzulassen. Am Tage der Flucht des Spionageabwehrchefs im Kölner BfV, dem 22. *August, seien dem* Generalbundesanwalt alle aktuellen Verdachtsfälle, darunter auch der des Ehepaars Willner, vorgelegt worden. Während der Fall der später verhafteten Sekretärin im Bundespräsidialamt, Höke, von ihm übernommen worden sei, habe der Generalbundesanwalt ebenfalls „mangels ausreichenden Tatverdachts" diesen Vorgang *nicht aufgegriffen.*

SEITE 4:
Auffallend war nur das Auto

Weiter bestätigte Neusel, daß Bundeskanzler Helmut Kohl von ihm bei einer Unterrichtung über den Fall Tiedge *in Gegenwart von* Zimmermann am 28. August (WELT v. 18.9.) auf den ehemaligen Mitarbeiter der FDP und der Friedrich-Naumann-Stiftung, Willner, aufmerksam gemacht worden *sei. Allerdings hätten* zu diesem Zeitpunkt gegen dessen Frau, die bisherige Kanzleramtssekretärin „nicht die geringsten" Erkenntnisse vorgelegen. Kohl, der sich dieser Bewertung anschloß, hatte darauf Weisung gegeben, die Ermittlungen gegen das Ehepaar voranzutreiben.

Das Ehepaar war am 12. August in seinem bereits am Jahresbeginn angemeldeten Urlaub in Nordspanien gefahren. Nach den Erkenntnissen *der Sicherheitsorgane* hatten sie sich zwischen dem 28. und 30. August „abgesetzt". Die Hotelrechnung war von ihnen bezahlt worden. Sie hatten aber Gepäck und ein Schlauchboot zurückgelassen. Beide waren passionierte Taucher.

Zu den Gründen der Flucht erklärte Neusel, es sei durchaus möglich, daß der Überläufer Tiedge in Ost-Berlin von dem Verdacht des BfV gegen *Herbert Willner berichtet hatte.* Die Zeitspanne hätte für eine Warnung ausgereicht. Es sei aber auch durchaus möglich, daß Herta-Astrid Willner durch den Bericht einer an der Costa Brava erhältlichen deutschen Boulevard-Zeitung „aufgeschreckt" worden sei. Sie hatte ihn *großer* Aufmachung von einer angeblichen Spionin

■ Fortsetzung Seite 12

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Durch die Königin

Von Helmut Hetzel

Wenn die niederländische Königin Beatrix alljährlich am dritten Dienstag im September im prunkvoll geschmückten Rittersaal des Haager Parlamentsgebäudes ihre Thronrede verliest, säumen nicht nur Zehntausende ihrer Landsleute die Straßen, die ihre Königin auf dem Weg zum Parlament mit ihrer berühmten goldenen Kutsche zurücklegt. Ganz Holland hält inne, um seinem Staatsoberhaupt zu lauschen.

Die diesjährige Ansprache der Monarchin – in Wirklichkeit die Regierungserklärung des christdemokratischen Premierministers Rud Lubbers – war bemerkenswert: Der Regierungschef nutzte die für alle Niederländer historische Stunde, um ihnen durch ihr Staatsoberhaupt mitteilen zu lassen, daß eine Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen auf dem Militärstützpunkt Woensdrecht unvermeidlich geworden ist und unmittelbar bevorsteht. Die christlich-liberale Regierung in Den Haag scheint nun fest entschlossen, ihren NATO-Verpflichtungen getreu nachzukommen und im Bündnis Standhaftigkeit zu demonstrieren.

Vielleicht noch deutlicher als die Monarchin, die ihr in der Nachrüstungsfrage in zwei Meinungsblöcke geteiltes Vierzehnmillionenvolk mit einem für die Niederlande recht ungewöhnlichen Appell überraschte, die Entscheidungen einer demokratisch gewählten Regierung zu respektieren, wurde am Dienstag Finanzminister Ruding. Im Haushaltsentwurf für 1986, den er am Dienstag der Öffentlichkeit präsentierte, sind erstmals fünfzehn Millionen Gulden für die Stationierung der amerikanischen Marschflugkörper für das Ressort Verteidigung ausgewiesen. Ein weiteres unmißverständliches Zeichen dafür, daß die christlich-liberale Regierung Lubbers sich auch von der derzeit laufenden Volksbefragung gegen die Raketen nicht beeindrucken lassen will.

Die holländischen Nachrüstungssignale sind damit gesetzt. Sie sind deutlich, auch im Hinblick auf eine noch immer mögliche Beteiligung des Landes an der amerikanischen Verteidigungsinitiative SDI.

Revanchismus unverdünnt

Von Heinz Barth

Man kann das zweitälteste Gewerbe der Welt auch übertreiben. Mit dem hochentwickelten Sinn für bürokratisch exakte Vergeltung, der sich in der Wahn-Atmosphäre des Kreml geformt hat, wies Moskau 25 Briten aus – genau die gleiche Anzahl wie die 25 KGB-Agenten, die England nach ihrer Entlarvung durch Gordiewskij verlassen müssen.

Die Umwälzanlage der Ausweisungen, die zwischen London und Moskau funktioniert, stößt nicht auf beiden Seiten gleichartiges Material aus. Selbst die Sowjets wagten nicht zu behaupten, daß es sich bei der Mehrheit der ausgewiesenen Engländer um entlarvte Spione handle. Es war unverdünnter Revanchismus. Und von sturer Reziprozität, die nicht für die angebliche Weltoffenheit Gorbatschows spricht, ist auch die Ausweisung von sechs weiteren Engländern, mit der sich der Kreml für die Entscheidung Frau Thatchers revanchierte, eine zweite Wahl von sechs KGB-Spitzeln aus der Gordiewskij-Liste an die Absender zurückzustellen.

Solche Hartnäckigkeit, die keine Hemmungen verspürt, das Klima der West-Ost-Kontakte vor dem Genfer Gipfel zu verderben, läßt Rückschlüsse auf die geistige Verfassung zu, in der sich die verjüngte Sowjetführung nach dem Generationenwechsel im Kreml befindet. Offensichtlich sind Großmacht-Allüren für Gorbatschow wichtiger als die Pflege einer geeigneten Atmosphäre für seine Begegnung mit Präsident Reagan.

Man muß davon ausgehen, daß die Sowjets von Genf, abgesehen von den falschen Hoffnungen, die sie im Westen wecken möchten, keine konkreten Resultate erwarten. Eine simple Aufrechnung des Personals, das sie in London und die Engländer in Moskau unterhalten, müßte ihnen sagen, daß sie nur verlieren können, wenn sich das Karussell der Ausweisungen bis zur letzten Konsequenz – des Austausches des Botschafts-Portiers – weiterdrehen würde. Noch ist der Tiefpunkt des Antigipfels nicht wieder erreicht, als das KGB 1971 in London 105 und 1983 in Frankreich 46 Agenten kassieren mußte. Soviele Pferdchen wie der Kreml im Westen und bei der UNO hat kein NATO-Land laufen. Frau Thatcher wollte vermeiden, daß die Spionageaffäre die Wege der großen Politik kreuzt. Es hat nicht sollen sein.

Aufführungen

Von Enno v. Loewenstern

Nichts kränkt deutsche Linke mehr als der Vorwurf des Antisemitismus. Entrüstet korrigieren sie, daß sie „Antizionisten" seien, was etwas ganz anderes sei.

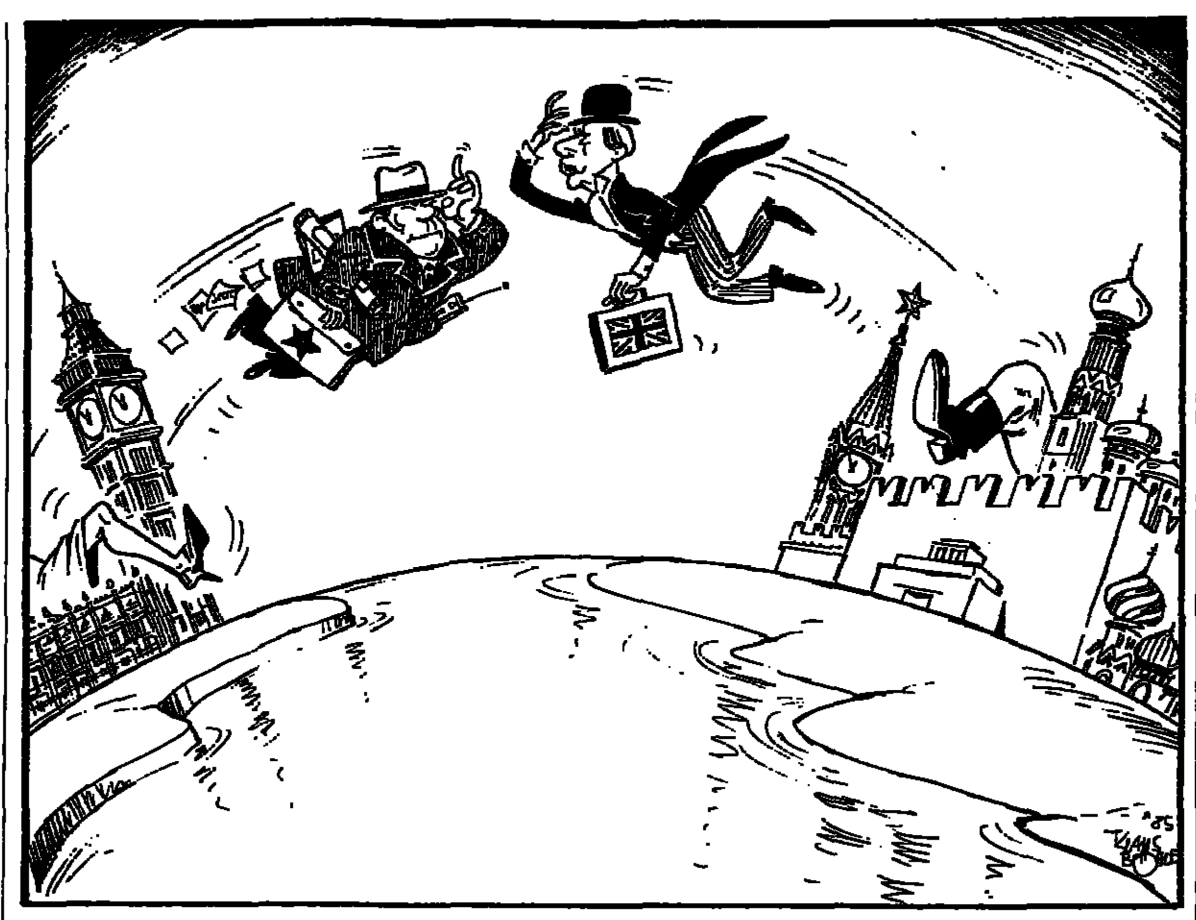
Einen Durchbruch zu neuen Ufern bringt da freilich das für den 13. Oktober in Frankfurt angesetzte Faßbinder-Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod", in der ein Häuserspekulant namens „der reiche Jude" nach einem Mord zufrieden mitteilt: „Die Stadt schützt mich, das muß sie. Zudem bin ich Jude." Was ein Mitspieler kommentiert: „Er saugt uns aus, der Jud. Trinkt unser Blut und setzt uns ins Unrecht, weil er Jud ist und wir die Schuld tragen." Wer die Botschaft nicht hören will, dem befahl Peter Zadek in der „Zeit": „Aufführen!" Begründung: „Natürlich ist es antisemitisch, das merkt jeder... ‚Some of my best friends are anti-semites.' Man kann, glaube ich, Juden nicht mögen, ohne gleich Konzentrationslager zu bauen."

Man beachte: ohne „gleich"...

Andere sagen es unter Beibehaltung des Umwegs über Zion. Das ZDF sendet einen Film am 17. November, vier Tage nach dem Datum der Reichskristallnacht, der pointiert Naziverbrechen an Juden mit Klagen über die Behandlung der Palästinenser durch Israel verknüpft. Der „Spiegel" widmet eine ganze Serie dem Versuch eines Libanesen, durch Ortsnamenforschung nachzuweisen, daß die Juden nicht aus Israel, sondern aus Südwestarabien stammen. Das ist der kühnste Ausflug des deutschen Journalismus in die Geschichte seit den „Hitler-Tagebüchern" mit ihrer Darstellung, wieviel netter als seine Knechte der Führer angeblich über die Juden dachte.

Damals dröhnte der „Stern"-Chefredakteur, nun müsse die „Geschichte umgeschrieben" werden. Jetzt wird wieder über Umschreiben nachgedacht: Ben-Gurion habe gesagt, „im Lande Israel entstand das jüdische Volk", berichtet der „Spiegel" und sinniert: „Womöglich irrte Ben-Gurion". Eleganter kann man „Juden raus" nicht neuformulieren.

Als der Journalist Henryk Broder nach Israel ging, hinterließ er einen bitteren offenen Abschiedsbrief an „meine mehr oder weniger lieben linken Freunde": „Euer Jude von heute ist der Staat Israel... Die Beteuerung, der Antizionismus sei etwas anderes als Antisemitismus, ist Augenwischerei."



Diplomatischer Austausch KLAUS BÖHLE

Das Spiel durchkreuzt

Von Fritz Wirth

Der Gipfel von Genf ist lange kein fernes Zwei-Tage-Ereignis mehr – er hat schon seit Wochen begonnen. Die Sowjets wollten es so. Sie haben einen kalten, indirekten Dialog eröffnet, teils provozierend, teils kalkulierend, im Grunde jedoch in seiner propagandistisch angehauchten Strategie naiv. Sie wollten bereits im Vorfeld dieses Gipfels entscheidende amerikanische Verhandlungspositionen unterminieren.

Der amerikanische Präsident hat dieses Spiel gestern in seiner Pressekonferenz im Weißen Haus radikal durchkreuzt. Seine Bemerkungen zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) haben nicht nur die von Spekulationen und Indiskretionen verseuchte Atmosphäre im Vorfeld dieses Gipfels gereinigt, sie haben für Genf darüber hinaus reinen Tisch geschaffen mit der unmißverständlichen Botschaft Reagans: Wir lassen uns SDI nicht aus den Händen wegdiskutieren in einem Tauschhandel mit überfüllten sowjetischen Nukleararsenalen.

Das Überraschende an diesen Äußerungen Reagans ist die Überraschung, die sie in der auf das große Nuklear-Monopoly-Spiel getrimmten Öffentlichkeit zwischen Moskau und Washington ausgelöst hat. Denn kein einziges der Argumente, mit denen Reagan das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem im Weltall verteidigte und begründete, war neu. Sie waren schon vor einem Jahr in seiner Fernsehdiskussion mit Walter Mondale zu hören, drei Monate später bei seiner SDI-Konferenz mit Margaret Thatcher in Camp David und im Laufe dieses Jahres bei einem halben Dutzend öffentlichen Auftritten. Daß Michail Gorbatschow dennoch glaubt, auf rhetorischem Wege und mit einem kalten Dialog im Gipfel-Vorfeld dieses SDI-Programm stoppen zu können, offenbart ein sowjetisches Mißverständnis. Es ist ihr Unvermögen und ihre Weigerung, diesen Präsidenten beim Wort zu nehmen.

Das gilt für keinen Bereich mehr als für den der strategischen Nuklearverteidigung. Wenn Gorbatschow ernsthaft geglaubt haben sollte, dieses amerikanische Programm mit einem Tauschgeschäft für ein paar Hundert oder gar Tausend eigene Offensivwaffen aus der Welt schaffen zu können, dann hat er schlicht die Dimension dieses neuen Systems nicht begriffen, und nicht die missionarische Vision, mit der Reagan dieses System verfolgt und in die Welt setzt.

SDI ist mehr als eine neue Waffe im ohnehin immer ungleicher werdenden Droh- und Vergeltungspatt, es ist in der Vision des Präsidenten der bisher aussichtsreichste Weg, diese mörderische Nukleardrohung aus der Welt zu schaffen. Nur so ist die ungeheure Investition von 26 Milliarden Dollar für das Forschungsstadium dieses Systems zu begreifen und zu rechtfertigen. Hier liegt zugleich der Schlüssel für die Unnachgiebigkeit und Zielstrebigkeit, mit der sich Reagan hinter dieses Projekt stellt.

Die wehleidige Reaktion der Kritiker Reagans, daß mit seiner gestrigen eindeutigen SDI-Verteidigung das Signal zu einer „Militarisierung des Alls" gegeben worden sei, ist so irreführend wie bösartig. Die Militarisierung des Alls hat bereits mit der ersten Interkontinentalrakete begonnen. Das Ziel des SDI-Programms aber ist genau die Abschaffung dieser Art von Raketenbedrohung, ist mit einem Wort die Entmilitarisierung des Alls.

Es liegt nun, da Reagan das SDI-Programm praktisch als zentrales Verhandlungsthema von Genf immun gemacht hat, bei den Sowjets, das Klima und die Erfolgsaussichten dieses Gipfels zu bestimmen. Spielen sie im Vorfeld dieses Gipfels weiter die SDI-Karte, beweist das eindeutig, daß sie Genf nicht als ein Instrument der politischen Annäherung zwischen Moskau und Washington sehen, sondern als ein Mittel, Propagandasiege zu erringen und darüber hinaus die westliche Allianz zu verunsichern. Ihre Position wird nicht verbessert dadurch, daß die Amerikaner gleichzeitig mit Reagans Pressekonferenz mitteilten, daß Gorbatschow während seines feierlich selbstauferlegten „Moratoriums" für Mittelstreckenwaffen siebenundzwanzig neue SS 20 aufstellen ließ.



Für Genf reinen Tisch gemacht: Reagan FOTO: AP

Das eindeutige Bekenntnis Reagans zu SDI und die begrüßenswert klare Abgrenzung der verschiedenen Entwicklungsstufen dieses Programms, die das Testen und die Entwicklung als Teil der Forschung versteht, die gegen keine bestehenden Verträge verstößt, enthält nicht nur für den Kreml eine unmißverständliche Botschaft. Sie sollte auch jenen Staaten in der westlichen Allianz zu denken geben, die immer noch kein klar erkennbares Verhältnis zu dieser amerikanischen Verteidigungsinitiative gefunden haben oder sich nur halbherzig für ein Programm engagieren, das nach ihrer Ansicht über kurz oder lang auf einem internationalen Konferenztisch verendet.

Die gestrige Botschaft Reagans lautet: SDI mag als Endprodukt noch eine Vision sein. Seine Zukunft aber hat endgültig begonnen. Die Zeit des Zuschauens und des Abwartens ist vorbei.

Der einzige maßgebliche Regierungschef Westeuropas, der dies rechtzeitig erkannt hat, ist Frau Thatcher. Sie fällte schon vor zehn Monaten in Camp David eine politische Grundsatzentscheidung zugunsten von SDI. Die Folge: Die Briten sind heute für die Amerikaner der führende und bevorzugte Partner bei der Technologievergabe. Bereits in den nächsten Wochen werden die ersten SDI-Kooperationsverträge mit britischen Firmen unterzeichnet, was erst einmal einen technologischen Vorsprung der Briten bedeutet. So kommt es, weil Frau Thatcher handelte, während andere europäische Regierungen noch Fragen stellten oder ein glückseliges „Eureka" ins tonlose All sandten.

IM GESPRÄCH Hans Georg Schäfer

Intendant in Berlin

Von Joachim Neander

Vorgänger Peter Girth räumte den Intendantenstuhl beim Berliner Philharmonischen Orchester unter Schlagzeilengetöse. Doch wer den soeben zum Nachfolger berufenen 53jährigen Schwaben Hans Georg Schäfer mit Stichworten wie „Schleudersitz" aus der Reserve zu locken versucht, scheitert. Übertrieben Dramatisches liegt ihm nicht.



Neuer Mann bei den Philharmonikern: Schäfer FOTO: DPA

Daß der seit dreizehn Jahren amtierende künstlerische Leiter der Jahrhunderthalle im Frankfurter Stadtteil Höchst unter vierzig Bewerbern in Berlin den Vorzug (immerhin durch Herbert von Karajan ebenso wie durch dessen berühmt schwieriges Orchester und den durch Erfahrung sehr vorsichtig gewordenen Berliner Senat) erhielt, hat wohl vor allem einen Grund. Schäfer setzt mit seiner Person eine nur durch den Juristen Girth unterbrochene Intendantentradition in Berlin fort. Er ist selbst Musiker. Mehr noch, genau wie seine Vorvorgänger Gerhart von Westermann und Wolfgang Stresemann hatte er eigentlich im Sinn, „ein großer Komponist zu werden".

Er habe, sagt er, dann bald gemerkt, daß es damit nichts würde. Nach dem Musikstudium in Stuttgart und Wien (Klavier und Komposition) und einer ausgedehnten Kapellmeistertätigkeit im In- und Ausland sowie gelegentlichen Auftritten als Konzertpianist führte ihn der Weg dann schließlich doch wieder auf die berufliche Bahn seines Vaters: Walter Erich Schäfer war Karajans Co-Direktor an der Wiener Staatsoper und später Generalintendant der Stuttgarter Staatstheater.

Von daher stammt auch die langjährige Beziehung zu Herbert von Karajan. Der war in Wien zeitweise sein Lehrer. Später holte er sich den jungen Kollegensohn als Assistenten und Kapellmeister zu Operneinstudierungen in Wien und Mailand. Das Wort „Freundschaft" findet Schäfer freilich zu anmaßend.

Was bringt der neue Mann, dessen Amtsantritt im neuen Jahr zwischen altem (Hoechst AG) und neuem Arbeitgeber zeitlich noch nicht ganz ausdiskutiert ist, nach Berlin mit? Mit den besonderen Berliner Sensibilitäten, in einem Kraftfeld zwischen Orchester, alterndem Chefdirigenten, Publikum und Senat, kennt Schäfer sich besser aus als viele meinen. Die Hoechst AG ist den Berliner Philharmonikern auf mancherlei Weise eng verbunden.

An seinem bisherigen Platz, der Frankfurter Jahrhunderthalle, hat Schäfer es auf eine leise, aber eindrucksvolle Art verstanden, Profil und Eigenart einer nichtstaatlichen Kulturstätte auch gegen die fast übermächtige Konkurrenz der wiedererstandenen Alten Oper zu verteidigen. Die Ansbacher Bach-Wochen, die er seit 1980 ebenfalls leitet, soll er im Einvernehmen mit den Berlinern sogar weiter betreuen. Sie finden nur alle zwei Jahre und jeweils in den Orchesterferien statt.

Im Unterschied zum Theaterintendanten, dem alle Welt ein großes Maß an Macht zuschreibt, genießt der Intendant eines Spitzenorchesters eher den Ruf, den musikalischen Göttern alles Irdische aus dem Weg räumen zu müssen. Aber das scheint den ruhig-bestimmten Schwaben nicht zu beunruhigen. Auch das, was man beim Theaterintendanten für Macht halte, sagt er, sei in Wirklichkeit oft nur das Wegräumen von Dreck.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LIBERATION

Für die Pariser Zeitung beweisen die neuen Enthüllungen in der Greenpeace-Affäre „staatliche Lügen":

Wenn der Fall Rainbow Warrior so intensiv an Watergate erinnert, so deshalb, weil man denselben selbstzerstörerischen Prozeß am Werk glaubt. Jetzt steht fest, daß eines oder mehrere Mitglieder der Regierung von Laurent Fabius und die Militärführung gelogen haben... Entweder Verteidigungsminister Hernu weiß, was wirklich vorgefallen ist und er verbirgt die Wahrheit, oder er kennt sie nicht, und in diesem Fall hat er an der Spitze der militärischen Hierarchie vollkommen versagt. In beiden Fällen ist er verurteilt.

Bremer Nachrichten

Das Blatt zieht einen Vergleich:

Ein „Fall Guillaume" wird daraus allerdings noch nicht. Die Vorzimmerdame Willner hat zahllose Akten eingesehen und in Kopie weitergeben können, doch ein Vergleich mit der engsten Umgebung des früheren SPD-Bundeskanzlers Brandt – in der wiederum der Genosse Guillaume eine herausragende Stellung innehatte – ginge an den Tatsachen vorbei.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Das Karlsruher Blatt greift Reddemanns Vorschlag auf:

Erheblich näher an den Realitäten lag gestern wohl der CDU-Abgeordnete Reddemann mit seiner Forderung, in den Bonner Ministerien alle Beamten und Angestellten einer Sonderprüfung zu unterziehen, die „unter den Regierungen Brandt und Schmidt durch Parteiprotektion und ohne ernsthafte Kontrolle" in ihre Ämter gekommen seien. „Eintagsfliegen" waren die Spione ja alle nicht, die in den letzten Wochen entdeckt wurden.

WESTFALEN-BLATT

Zur Brandt-Reise bemerkt die Bielefelder Zeitung:

Unerklärlich bleibt, was unbedingt aufzuhellen ist: Weshalb die Enttarnungskraft der bundesdeutschen Spionageabwehr seit dem Skandal um den Kanzleramtsspion Guillaume offenbar bis heute nicht nachhaltig gestärkt worden ist. Gerade auch vor diesem Hintergrund hat es gewiß etwas mit politischem Geschmack zu tun, daß Willy Brandt, der einst über Guillaume stürzte, am Tage nach dem Fall Willner Erich Honecker die Hand schüttelte, um mit ihm über so allerlei zu reden – nur wohl nicht über die Willners und wie sie alle heißen.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung wundert sich:

Es gibt schon Rätsel auf, daß es beim Verfassungsschutz in Köln heißt, man habe sich nichts vorzuwerfen, und zugleich der Eindruck erweckt wird, andere hätten Operationen verhindert. Da möchte die Öffentlichkeit schon wissen, wer da möglicherweise aktiv geworden ist. Da von den Aktivitäten des Verfassungsschutzes normalerweise nur das Bundesinnenministerium unter seinem Chef Friedrich Zimmermann unterrichtet wird, ist vor allem von dort nun Aufklärung nötig.

Appetithappen, denen kein Menu folgt

Wenn eine staatliche Versicherung Überschüsse macht / Von Peter Gillies

Eine private Versicherung, bei der plötzlich Überschüsse auflaufen, wird und muß ihre Prämien senken. Versichert der Staat dagegen seine Bürger zwangsweise, denkt er daran zuletzt. Vielmehr richten sich seine Gedanken darauf, nach Gründen zu suchen, um das Geld anderweitig mit wohltuender Wirkung auszugeben. Der Bundesarbeitsminister, der bei den Rentenfinanzen vehement das Versicherungsprinzip verteidigt, legt bei einem anderen Versicherungszweig – der Arbeitslosenversicherung – nicht so strenge Maßstäbe an.

In der Bundesanstalt hat sich ein Finanzpolster gebildet, als dessen Hauptursachen der kräftige Rückgang der Kurzarbeit sowie die zunehmende Zahl der Langzeitarbeitslosen genannt werden. Die richtige Konsequenz daraus wäre, die Beiträge entsprechend zu senken und den Langzeitarbeitslosen zu helfen, wenn man damit dem Hauptziel ausreichender Beschäftigung näher zu kommen glaubt.

Tatsächlich hat die bürgerlich-liberale Koalition ein Bündel mit anderen Gewichtungen geschnürt. Mit dem Löwenanteil von 1,1 Milliarden Mark soll die Bezugsdauer des Stempelgeldes für ältere Arbeitnehmer verlängert werden; 725 Millionen Mark sind für eine verbesserte Ausbildung der Unqualifizierten vorgesehen, nur rund 750 Millionen für eine geringe Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung (von 4,1 auf vier Prozent des Bruttolohnes).

Künftig darf ein Fünfundfünfzigjähriger darauf vertrauen, daß er zwei Jahre lang Arbeitslosengeld bezieht. In der Praxis führt das zu einem vorgezogenen Ruhestand, der gleitend in die Rente übergeht. Damit nähme man dieser Gruppe, die ja keineswegs zum alten Eisen gehört, jeden Antrieb zur Jobsuche und triebe sie in die (vollbeschäftigte) Schattenwirtschaft. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung und der Rentenfinanzprobleme ist der immer frühere Ruhestand das falsche Signal.

Die zweite Verwendung der Überschüsse aus dem „Franke-Turm" knüpft an die beklagenswerte Tatsache an, daß etwa die Hälfte der als arbeitslos Registrierten keine berufliche Qualifikation besitzt. Hier muß etwas geschehen. Ob jedoch die Zwangsbeiträge der Arbeitslosenversicherung der geeignete Kostenträger dafür sind, ist umstritten. Was Schule, Elternhaus, Betrieb und Bildungswesen versäumt haben, nämlich den Menschen das Rüstzeug für einen Broterwerb mitzugeben, vermag eine staatliche Versicherung schwerlich auszubügeln. Sich gar auf einen solchen Effekt zu verlassen, wäre unsinnig.

Wenn ein Betrieb, wie jetzt beschlossen, für einen Unqualifizierten, den er neu einstellt, 70 Prozent des Bruttolohnes von der staatlichen Anstalt ersetzt bekommt, wird manches Unternehmen den Zuschuß gern mitnehmen. Eine vernünftige und vorausschauende Personalpolitik sollte aber ihre eigene Verantwortung behalten: die Heranbildung und Einarbeitung des benötigten Fachpersonals. Es sollte auch künftig ein Teil des unternehmerischen Risikos bleiben, in die Qualifizierung der Mitarbeiter zu investieren, meist mit Erfolg, manches Mal ohne ihn. Die gelungene Einarbeitung bedarf der Prämie ohnehin nicht, denn sie zahlt sich für den Betrieb aus; auch wenn sie mißlingt, bleibt sie fragwürdig, der Mitnahmeeffekt aber sicher.

Der dritte Teil des Pakets, die Beitragssenkung um 0,1 Prozent, trägt alle Züge eines politischen Kompromisses dicht an der Null-Linie. Die FDP boxte sie zwar gegen Norbert Blüm durch, verteidigt aber im Grunde damit nur Positionen, die einst auch die Union verfolgte: Senkung der Lohnnebenkosten, damit Arbeitsuchende wieder mehr Einstellungschancen bekommen. Die Parole, damit stecke man den Unternehmern wieder einmal etwas in die prallen Taschen, ist schon deshalb nicht richtig, weil die andere Hälfte einer Beitragssenkung den Arbeitnehmern in die Tüte zurückfließt. Und der beste Aufbewahrungsort für das Geld der Bürger sind deren Taschen. Wenn nicht nur die Sozialfisci danach verführen, sondern auch der Steuerfiskus, stünde es besser um die Leistungsbereitschaft und schlechter um die Schattenwirtschaft.

Der Bundesarbeitsminister nennt die kleine Beitragssenkung ein „Appetithäppchen". Es steht jedoch zu befürchten, daß dem hors d'œuvre kein Menu folgt, denn für die zahlreichen Lohnnebenkosten sind Senkungen bisher nicht bekannt geworden. Die Sozialkosten sind auf stete Steigerung programmiert. So ist man eben auch für Appetithäppchen dankbar.

Der dieserart aufgelöste Verwendungsstau für einige Beitragsmilliarden ist kein Unglück, aber leider auch kein Durchbruch in Richtung Vollbeschäftigung. Der Grundgedanke tritt nicht scharf genug hervor: Die beste Hilfe für die Arbeitslosen sind und bleiben rentable Arbeitsplätze.

Friedland – die Brücke in ein freies Leben

Hoffnung, Wiedersehensfreude und Ungewißheit, alles das war und ist das Lager Friedland für Millionen Deutsche. Heute erinnert eine Feierstunde an die Gründung vor vierzig Jahren.

Von MICHAEL JACH

Auf dem Autobahnzubringer, der südlich von Göttingen ins Nordosthessische hinüberführt, keucht ein kleiner Polski-Fiat die Steigung hinauf. Hinter der Windschutzscheibe zwei müde Gesichter; ein großes Bündel und zwei Koffer als schier erdrückende Dachlast. Das polnische Autokennzeichen verrät die Herkunft, läßt das Ziel ahnen: oberschlesische Aussiedler auf dem Weg ins nahe *Grenzdurchgangslager* Friedland. Die beiden gehören zu den etwa 12 000, die in diesem Jahr, vierzig Jahre nach dem Verlust des deutschen Ostens, als Nachzügler von Flucht und Vertreibung in den freien Teil Deutschlands kommen.

Für mehr als drei Millionen Deutsche wurde der Name des kleinen südniedersächsischen Bauerndorfes Friedland seit dem September 1948 zum Inbegriff der Hilfe und ihrer Schicksalswende. Ist der Name „Friedland" auch hierzulande nicht mehr wie früher in aller Munde – für Deutsche in Schlesien, Ostpreußen und Pommern oder in der Sowjetunion hat der Symbolname für Heimkehr und Neubeginn nichts von seiner Ausstrahlung eingebüßt. Nach dem Flüchtlingschaos der ersten Nachkriegsjahre, den großen Sammeltransporten der aus dem Osten Ausgewiesenen Anfang der fünfziger Jahre und der Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Rußland bis 1955/56 dient das Lager heute als erste Anlaufstelle für die Spätaussiedler.

Vorhandene Viehställe eines Versuchsgutes der *Universität Göttingen* und die „verkehrsgünstige" Lage im Grenzdreieck der britischen, amerikanischen und sowjetischen Besatzungszonen – das waren die Voraussetzungen für die Gründung des Lagers.

Zelte, Nissenhütten und eine Schutztruppe

In den ersten hundert Tagen, in denen das Lager aus Zelten und Nissenhütten entstand, wurden weit über eine halbe Million Vertriebene, Flüchtlinge und Bombenopfer aus der sowjetischen in die britische Zone geschleust.

Dies war auch die Zeit der „Schlepper" im Niemandsland zwischen den Postenketten. Schon damals entdeckten einige das lukrative Geschäft mit den Flüchtlingen. So verlieh ein Einheimischer seinen Handkarren für fünfhundert Mark an Flüchtlingsfrauen, damit diese ihre letzte Habe die vier Kilometer bis ins Lager nicht zu tragen brauchten. Eine Familie aus Küstrin mußte mit einem Silberbesteck bezahlen, um den Weg ins Lager zu erfahren. Die britische Heilsarmee stellte eine Schutztruppe auf, um diesen Auswüchsen zu begegnen.

Diese Zeit war auch der Beginn der „Karriere" des Johannes Leppich. Der junge Jesuiten-Pater, damals noch ein unbekannter Ordensmann, bettelte bei den Besatzern um Verbandszeug und bei den Bauern um Kartoffeln. Sein Name ist mit der Hilfe für Friedland unvergessen.

Mehr als ein Dach über dem Kopf (oft nicht einmal das) für wenige Nächte, ein Becher Kakao von der britischen Heilsarmee, ein Marmeladenbrot und vor allem gültige Papiere konnten die britische Militärverwaltung und ihre deutschen Hilfskräfte der regellosen Flut von Menschen jener Tage kaum bieten.

Als Friedland nach hastiger Improvisation Ende September 1945 „arbeitsfähig" gemeldet wurde, war an nach heutigen Begriffen geordnete Verhältnisse angesichts der unbeschreiblichen Not nicht zu denken. Der später reibungslos eingespielte Betreuungs- und Versorgungsapparat der Bundes- und Landesdienststellen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen im Lager wäre damals wohl wie ein Bild von einem anderen Stern erschienen, zu einer Zeit, als im Schweinestall Kinder zur Welt kamen.

In Friedland wurde nicht „Geschichte gemacht". Hier wurde (und wird noch tagtäglich) Geschichte in Schicksalen erlebt. In der Chronik des Lagers finden sich die alten Zeitungsbilder von der Ankunft der Transporte, von den Tränen und den Blumen beim Empfang der Rußland-Heimkehrer, von Konrad Adenauers Ansprache vor den von ihm befreiten Kriegsgefangenen. Ein Raum des Verwaltungsgebäudes birgt in Vitrinen stumme Zeugen des Gefangenendaseins: die schwarze Wattejacke, das aus Abfällen verbotenerweise geschnittene Aluminiummesser, die wie ein Schatz gehütete Taschenbibel.

Friedlands Fernsehbild hat sich eingeprägt mit dem „Aussiedlerbahnhof" an der Hauptstrecke Hannover–Kassel. Wo zu Anfang die Massentransporte einliefen und heute der Intercity vorbeirast, entstiegen noch *vor fünf, sechs Jahren den Eilzügen* aus Bebra und Hannover deutsche Familien aus Schlesien oder Kasachstan, oftmals mit wenigen Koffern und Schachteln als einziger mitgenommener Habe. Glücklichere konnten an der Friedländer Güterrampe Kisten mit Hausrat entladen lassen, *ostpreußische* Bauern *manchmal* sogar ihre Gespannpferde oder die Früchte der letzten Ernte in der alten Heimat. Auch diese Bilder sind Vergangenheit. Auf dem jahrelang „normalen" Wege kommen nur mehr etwa zehn Prozent nach Friedland.

Der „normale" Weg – das war die von den polnischen und sowjetischen Behörden genehmigte Ausreise. Der Zustrom der Rußlanddeutschen wurde seit Ende der siebziger Jahre immer geringer bis hin zum derzeitigen Rinnsal von *monatlich* etwa 40. Auch Polen läßt kaum noch „legale" Ausreisen zu. Dennoch meldeten sich von Januar bis Ende Juli dieses Jahres bereits 10 130 Ankömmlinge vorwiegend aus Oberschlesien in Friedland – bei ansteigender Tendenz: Im gleichen Vorjahreszeitraum waren es 8354.



Einer für alle: „Der Heimkehrer" in Friedland
FOTO: SVEN SIMON

Sie kommen – aus Warschauer Sicht „illegal" – mit befristetem Besuchervisum in die Bundesrepublik Deutschland und kehren nicht zurück. Viele bringen ihr Auto mit, häufig jenen Polski-Fiat, für dessen Erwerb zum Antritt der Reise nicht wenige nahezu allen anderen beweglichen Besitz zuvor auf dem Schwarzmarkt versetzen.

Nach vierzig Jahren wieder Deutsch sprechen

Da sitzen sie dann auf ihren Lagerbetten beieinander, denken zurück und voraus, packen ihre Siebensachen für die Weiterreise in Durchgangswohnheime der Bundesländer oder zu Verwandten: die Frau in mittleren Jahren aus dem oberschlesischen Industriegebiet, die „nach vierzig Jahren endlich wieder Deutsch sprechen darf" und sich über „die saubere Luft hier" freut; der Mann aus Danzig, der seinem Sohn in den Westen folgte; die beiden jungen Paare mit deutschen Eltern aus dem Raum Oppeln, die nun erst mühsam Deutsch lernen müssen. Viel erzählen mögen sie nicht: „Wir haben noch Verwandte dort" – und die ebenso kostspieligen wie politisch heiklen Auseinandersetzungen mit der polnischen Botschaft in Köln um die Entlassung aus Polens Staatsbürgerschaft vor sich.

Matthias Marquardt, der von ostpreußischen Eltern abstammende 37jährige *Leiter des Grenzdurchgangslagers*, bestätigt: „Ganze Familien erhalten von Polens Behörden niemals ein Besuchervisum. Regelmäßig müssen enge Angehörige zurückbleiben – als Faustpfand." Welcher Art Pressionen die „Illegalen" ausgesetzt werden, darüber gebe es allerdings wenig gesicherte Erkenntnisse.

Die äußerlichen Spuren der bewegenden und bewegten Lagergeschichte findet das Auge des Besuchers, abgesehen von Friedlandglokke, Heimkehrerdenkmal und Chronik, nur mehr auf den zweiten Blick. Die karge Zweckmäßigkeit hat sich ein gefälliges Äußeres zugelegt, seit vor Jahren schon die Verwaltungsstellen feste Häuser bezogen. Unterkünfte und Versorgungsgebäude zeigen Pavillonwände aus hellgetünchten Fertigteilen anstelle der grauen Bretterverschalungen von ehedem. Drinnen freilich knarren die Barakkendielen, reihen sich die Doppelstockbetten wie eh und je. Zwischen den Fahrwegen Blumenbeete, Rasen*flächen, großgewordene* Bäume und Sträucher. Die einzige noch von den Briten errichtete Wellblechbaracke (Nissenhütte) dient heute als Abstellschuppen. Beinahe ist es schon ein Denkmal.

Fast ein Idyll – wäre da nicht allenthalben dieser scheue, zwischen Ungewißheit und Zuversicht schwankende Ausdruck in den Augen derer, die in der alten Heimat die Brücken hinter sich abgebrochen haben. Die Sprödigkeit des Provisoriums, der Druchgangsstation, hat Friedland denn auch bei aller Verschönerung nicht abgelegt. Das ist nur gut so, denn hier ist die Welt *nicht* heil. „Die Familienzusammenführung ist eine der letzten großen Aufgaben, ehe das Lager seine Pforten schließen kann."

Als dieser Satz vor zehn Jahren im Zeichen der *Entspannungseuphorie* geschrieben wurde, glaubte man, die Tage des Lagers seien gezählt. Die politische Realität im heutigen Europa aber zeigt: Friedland wird seine Pforten noch lange weit geöffnet halten müssen.

Die Erinnerungen eines „Regierenden Botschafters"

Fast 18 Jahre lang war Pjotr Abrassimow Moskaus Mann in Ost-Berlin. In seiner politischen Biographie, die Anfang Oktober in deutscher Übersetzung erscheint, läßt er erkennen, warum er in dieser Zeit *„Regierender Botschafter"* genannt wurde.

Von HANS-R. KARUTZ

Mit seinen Sprüchen wie „Keine *Rose ohne Dornen*" oder „Küken zählt man erst im Herbst" und „Ende gut, alles gut" unterhielt der silberhaarige Weißrusse die Weltpresse, als es 1970/71 um Berlin ging. Seither arbeitet er an seinem Selbstbildnis. Nach dem „Haus unter den Linden", der Historie der russischen Botschaften in Berlin, legt Abrassimow nun im Berliner Quadriga-Verlag auf Deutsch seine politische Biographie „300 Meter vom Brandenburger Tor" vor.

Das Bild der guten Sowjetunion, die Deutschlands Teilung nie wollte, die Säge von den bösen Westmächten, die Mär von der Ausplünderung der „DDR" *durch die* Bundesrepublik – in den 217 Seiten des heutigen Sowjet-Botschafters in Tokio sind viele Klischees versammelt.

Der Charmeur, der dann und wann – seine drei Gegenspieler beim Viermächte-Abkommen wissen es – den „bösen Blick" bekommen konnte, zeigt sich von seiner Mission überzeugt. Ob Abrassimows Rückblick hingegen im SED-Hauptquartier in Ost-Berlin besondere Begeisterung hervorruft, steht dahin. Denn der gelernte Elektromechaniker, Offizier und *Geschichtslehrer bestätigt auf* differenzierte Weise seinen Spitznamen „Regierender Botschafter".

Dezent, aber erkennbar formuliert dieser Meister des Wortes, wie sehr er Einfluß auf die Geschicke der „DDR" nahm. So in dem Satz: „Die ständige Bewegung, der Wissensdrang, die zahlreichen Begegnungen und Gespräche erfordern es, immer am Ball zu bleiben. Nur so wird man zum Mitgestalter des Geschehens, nur so kann man die Freundschaft zu unseren Verbündeten weiterentwickeln und bereichern."

Der Mann mit der Ostberliner Ziffer 01 an der schwarzen Diplomatenlimousine blieb wahrlich am Ball. Er belegt selbst anhand von Kalenderblättern, was ihm den Titel „Regierender Botschafter" eintrug. Am 12. Mai 1983, zum Beispiel, wenige Wochen vor seiner durch Erich Honekker bei Jurij Andropow betriebenen Abberufung als Touristik-Chef nach Moskau, standen auf Abrassimows Terminkalender: „9.30 Uhr – Unterredung mit Vertretern der Führung der *DDR und des ZK der SED ... 15.40* – Treffen beim Ministerrat der DDR." Insgesamt brachte er an diesem Tag laut eigenem Kaldendarium knapp drei Stunden mit der „DDR"-Führung zu.

Die behauptete Intim-Feindschaft zwischen ihm und Erich Honecker läßt sich aus diesem Buch nur indirekt belegen: Immerhin widmet der Autor nur Walter Ulbricht eine komplette Seite voller Lob. Bei ihm habe er sich „oft Rat eingeholt". Von Honecker behauptet der Mann im Hause *Unter den Linden – die Botschaft* steht 300 Schritte vom Brandenburger Tor – nichts dergleichen.

Honecker gerät lediglich einmal mit einer persönlichen Nuance ins Manuskript. 1969 hätten ihm, als eine Ostberliner Delegation an der Erinnerungsstätte für die Toten von Leningrad weilte, „die Tränen in den Augen gestanden".

Zu den Ereignissen, die Berlin über Jahrzehnte ins weltpolitische Rampenlicht tauchten, liefert Abrassimow jeweils die linientreuen, wenn auch mitunter unfreiwillig kuriosen *Sichtweisen: So habe es sich* beim Versuch der Sowjets, West-Berlin während der Blockade auszuhungern, mehr oder minder um eine „Selbst-Blockade" gehandelt, versucht der Autor dem Sowjet-Leser weiszumachen. Moskau habe lediglich verhindern wollen, „daß das in den Westzonen ungültige alte Geld in die Sowjetzone und nach Berlin einströmte und dort die Wirtschaft zer*rüttete". Wahrheitswidrig schreibt* er zudem, die hungernden West-Berliner seien daran gehindert worden, sich im *Osten Lebensmittel zu kaufen.*

Daß der 17. Juni ein Werk von „Randalierern" gewesen sei, dem „Störungen und Sabotageakte" vorausgegangen seien, überrascht bei diesem Autor ebenfalls nicht. Bei der Schilderung des Mauerbaus und seiner Ursachen hält Abrassimow ebenfalls Kurs. Zynisch wirkt seine Bemerkung: „Über gewisse Unbequemlichkeiten für die Bevölkerung war man sich im klaren." Aber an der Entwicklung sei schließlich vor allem *die „BRD" Schuld gewesen.*

Die insgeheime Lust am Konspirieren, der Hang, allenthalben seine Finger oder, wenn möglich, die ganze Hand im Spiel zu haben, zeigt sich an Abrassimows Schilderung seines ersten Treffens mit Willy Brandt – damals noch Regierender Bürgermeister in Berlin. Man traf sich am 21. November 1966 unter Beachtung sämtlicher konspirativer Regeln im Hause des damaligen schwedischen Generalkonsuls Sven Backlund.

Abrassimow schildert die Zusammenkunft *nicht selbst, sondern* beruft sich auf Brandts Darstellung, „denn sie entspricht ganz der Wirklichkeit". Sieben Klippen habe man *umschiffen müssen, um sich bei einem* „Frühschoppen" zu sehen. Indem er Brandts Darlegung übernimmt, der Abrassimow eben auch als Hohen Kommissar mit Verantwortung „für Deutschland als Ganzes und für Berlin" traf, widerlegt Abrassimow spätere politische Darlegungen selbst. *So diese, es gebe keine* „offene deutsche Frage" mehr.

Sein Bild als Mitgestalter des Berlin-Abkommens von 1970/71 rahmt der Schriftsteller mit viel Gold und Applikationen ein. Zwar schlägt allenthalben seine Sympathie für seine drei westlichen Mitstreiter am Konferenztisch *durch, aber an seiner* – Abrassimows – Überlegenheit darf der Leser doch nicht zweifeln.

Seine Skizzen der drei anderen Verhandlungsführer gehören zu den pointiertesten Passagen des Buches: *Jean Sauvagnargues (Frankreich) sei* „kein schlechter Redner" gewesen: „Er benutzte gekonnt durchdachte Gesten, effektvolle Redewendungen und Zitate aus der klassischen Belletristik." Kenneth Rush, der Amerikaner, scheint ihm in der Rückschau der effizienteste West-Partner gewesen zu sein: „Wenn nötig, handelte er schnell und entschlossen." Londons Vertreter am Tisch, Robert W. Jackling, sieht sich so beschrieben: „Akkurat, tadellos gekleidet, peinlich genau in juristischen Fragen, konnte *aber nicht reagieren, wenn eine* Angelegenheit einmal über den Rahmen von Paragraphen und Instruktionen hinausging."

Noch immer schmerzt den alten Fuchs aus Witebsk in Weißrußland, so scheint es, daß die bis aufs politische Milligramm ausgewogene Balance des Berlin-Abkommens am Ende nicht entscheidend zur Moskauer Seite ausschlug. Denn wider die ausdrücklichen Bestimmungen rügt er (Seite 144), daß im Reichstag Fraktionen des Bundestages tagen.

Trotz allem: Abrassimow wußte, daß die beiden „Welten", in denen er – hier wie dort – zu Hause war, zusammengehören.



Ost-Berlin, 17. 12. 1962: Botschafter Pjotr Abrassimow übergibt dem *Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht sein Beglaubigungsschreiben*
FOTO: DPA

Auffallend waren bei den Willners nur das Auto und ihr Taucher-Hobby

Von STEFAN HEYDECK

Ich glaube langsam gar nichts mehr", so reagierte gestern ein Mitarbeiter der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung auf die Flucht von Herbert und Herta-Astrid Willner nach Ost-Berlin. In Gesprächen fragen sich seit Montag Kollegen und Vorgesetzte des Agenten-Ehepaars immer wieder, ob sich die beiden nicht doch irgendwie, irgendwo und irgenwann verdächtig gemacht hätten, ob man zu vertrauensselig gewesen sei.

Sosehr die ehemaligen Kollegen auch Verdachtsmomente suchen, es bleibt beim Stochern im Nebel. Schon vor der Flucht galten die Ehepartner Willner als „graue Mäuse". Der 59jährige mit dem leicht sächsisch gefärbten Tonfall und seine 46 Jahre alte Frau, heißt es, führten ein „unauffälliges Leben". Ihre Arbeit hätten sie „ordentlich" erledigt. Private Kontakte habe es praktisch nicht gegeben.

Herbert und Herta-Astrid Willner wohnten seit Mitte 1981 direkt vor den Toren Bonns in der kleinen Gemeinde St. Augustin-Menden. Sie hatten dort in der Böttgerstraße ein 100-Quadratmeter-Haus für 1000 Mark im Monat gemietet. „Toll eingerichtet" sei die Wohnung, „gediegen" und „gut bürgerlich" die Atmosphäre, erinnert sich ein Besucher.

Urlaub am Mittelmeer

Wie zurückhaltend und unauffällig sich das Ehepaar in dem Neubaugebiet verhalten hatte, berichteten jetzt Nachbarn: Die beiden haben meist frühmorgens ihr Reihenhaus verlassen und sind spätabends zurückgekehrt. Auffällig war nur sein Auto: Willner hatte sich vor kurzem einen Range-Rover gekauft. Die nachbarschaftlichen Kontakte waren weitgehend auf ein freundliches „guten Tag und guten Weg" oder auf einen Gruß bei der Gartenarbeit am Wochenende über den Zaun beschränkt. So war den meisten Nachbarn nicht einmal bekannt, welche Tätigkeit das Ehepaar Willner ausübte.

Allenfalls ihre Hobbys, das Tauchen und die Unterwasserfotografie, blieben nicht verborgen. So fuhren beide mit einem mit zwei Motoren bestückten schweren Schlauchboot und einer „wertvollen Tauchausrüstung" regelmäßig in den Süden. Zwei Jungen aus der Siedlung berichteten stolz, daß sie einmal im Hobbykeller des Bungalows einen Urlaubsfilm aus Ägypten sehen durften.

Das Thema Tauchen und Unterwasserfotografie gehörte auch zu den wenigen privaten Dingen, über die Willner in der FDP und der Stiftung erzählte. Schließlich gehörte er der Taucherabteilung der Bonner Schwimm- und Sportfreunde (SSF) an. „Seine Filme waren schon große Klasse", erinnert sich einer seiner bisherigen Kollegen. „Die hatten ihr Feriendomizil immer ‚rund ums Mittelmeer' aufgeschlagen."

Durch dieses Hobby hatten sich die beiden nach Ost-Berlin „abgetauchten" begeisterten Tauch-Fans auch kennengelernt. Allerdings wird inzwischen gerätselt, ob Willner sich als „Romeo" (Agenten-Jargon) das Steckenpferd der bisherigen Kanzleramtssekretärin zur Bekanntschaftsaufnahme zunutze gemacht hatte.

Herta-Astrid Willner war vor ihrem Wechsel in das Amt bis 1973 Sekretärin im Bundesverteidigungsministerium beim Chef des Stabes, dem späteren Generalinspekteur Harald Wust. Vorher saß sie auf der Hardthöhe in der damals von Ministerialdirektor Herbert Laabs geleiteten Sozialabteilung. Dort arbeitete auch die als „DDR"-Spionin enttarnte und verurteilte Renate Lutze.

Die Willners, die „preußisch-korrekt" (so ein Insider ironisch) vor ihrer Flucht den Bungalow absperrten und aus Ost-Berlin ihre Kündigungen schickten, heirateten im Juli 1974. Kurz zuvor war Frau Willner ins Bundeskanzleramt gewechselt. Bei der Hochzeitsparty, zu der rund 100 Gäste nach Alfter (bei Bonn) geladen waren, lernten Kollegen ihres Mannes erstmals Herta-Astrid Willner kennen.

Herbert Willner war 1965 von Hamburg nach Bonn gekommen. Zunächst arbeitete er bei den Freien Demokraten in der Pressestelle. Später war er in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik tätig.

Der Mann, der vor seiner „Flucht" in die Bundesrepublik Deutschland Anfang 1961 in der „DDR"-Zeitschrift „Tribüne" mitgearbeitet haben soll, legte größten Wert darauf, sowohl in der FDP-Zentrale als auch in der Friedrich-Naumann-Stiftung Privates und Berufliches gegenüber Dritten strikt zu trennen: „Er war nie mit einem Mitarbeiter befreundet", berichtet ein Kollege. Willner nahm zwar an kleinen Feiern ohne seine Frau teil, hielt sich dort aber stets im Hintergrund. „Der stand plötzlich, ohne daß man es merkte, im Raum", charakterisieren heute Kollegen sein unauffälliges Verhalten.

Willner galt als „absoluter Fachmann" auf dem außen- und sicherheitspolitischen Gebiet. Gleichzeitig war er aber dafür bekannt, daß er immer wieder seine Vorgesetzten „nervte". Seine Aufträge erledigte er oft „unerträglich langsam". Mehr noch: „Was er nicht machen wollte, war auch nicht von ihm zu bekommen."

Unverdächtige Kontakte

Der Untergetauchte hatte mehrere Kontakte zu Diplomaten der Moskauer Botschaft, vorwiegend aus dem „dritten Glied". Gerade dadurch, daß Willner aus diesen Verbindungen keinerlei Hehl gemacht hatte, war in der Partei und der Stiftung keinerlei Verdacht gegen ihn aufgekommen. Den Vorschriften entsprechend hatte er diese Treffen stets „penibel" gemeldet.

Keinen Verdacht erweckte auch die Tatsache, daß er sich bei der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß vehement auf die Seite des „Alt-Liberalen" William Borm stellte und dessen ablehnende Forderungen im Gegensatz zur FDP-Linie „hoch drei" umsetzen wollte. Schließlich war Willner vor 1979 zweimal von den Sicherheitsorganen „durchleuchtet" worden. Ein Insider: „Das war nicht nur eine Karteiüberprüfung."

Unauffällig waren auch die ersten „Gehversuche" Willners in der Bundesrepublik Deutschland nach seinem Wechsel aus der „DDR": Nach nur einem halben Jahr als Pressereferent bei Philips trat er in den „Spiegel" ein. Knapp vier Jahre war er dort Umbruchredakteur. Er sei aber nur mit rein technischen Aufgaben betraut gewesen, versicherte das Magazin.

Nur die FDP-Fraktionsspitze hatte offensichtlich einen „siebten Sinn". Sie hatte es trotz mehrfacher Vorstöße von Willner abgelehnt, ihn einzustellen.

Wirtschaft in NRW beneidet Bayern um den billigen Strom

CDU: Wettbewerbs-Chancen dramatisch verschlechtert / SPD bleibt dabei: Kohle hat Vorrang

WILM HERLYN, Düsseldorf

Wissenschafter warnen eindringlich vor weiteren Verteuerungen der Strompreise, die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen stöhnt schon jetzt über die Belastungen – Grund genug für die CDU-Opposition im Düsseldorfer Landtag, heute im Parlament die Regierung Rau nach Programmen und Konzepten zu fragen. Denn bislang habe der Ministerpräsident auch in seiner Regierungserklärung vom 10. Juni keine Antwort gefunden, hakt die wirtschaftspolitische Sprecherin der Union, Christa Thoben, nach. Sie befürchtet, daß die künftige Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft sich dramatisch verschlechtere, und verweist auf energieintensive Produktionen wie Chemie und Stahl, aber vor allem auch auf Handwerk und den Mittelstand, der bis zu 40 Prozent seiner Herstellungskosten auf Energie verwenden müsse.

Ihre Befürchtungen werden unterstützt von Untersuchungen etwa der Frauenhofer-Gesellschaft. Durch den hohen Anteil der Kohle an der Stromerzeugung in Nordrhein-Westfalen bis zu 80 Prozent werde dieses Bundesland von den Kostenbelastungen der Entschwefelungs- und Entstikkungsmaßnahmen am stärksten betroffen. Durch diese Entwicklung habe zum Beispiel Bayern das bevölkerungsreichste Bundesland inzwischen überholt, weil es über einen hohen Anteil der kostengünstigeren Kernenergie an der Stromerzeugung verfüge. Das Gefälle zwischen NRW und Bayern werde aber noch steiler, da weitere umweltschutzbedingte Strompreiserhöhungen zwingend programmiert seien.

„Alarmierend" nennt dies Christa Thoben, denn sie verweist darauf, daß preisgünstige Energie ein wesentlicher Faktor der Standortwahl von Firmen ist. Sie warnt, weitere Verteuerungen auf dem Energiesektor gefährdeten bestehende Arbeitsplätze, neue würden nicht geschaffen, und sie sieht die Gefahr heraufziehen, daß noch mehr Betriebe in den Süden abwandern.

Die Bayern dagegen frohlocken. Deren Wirtschaftsminister Anton Jaumann (CSU) stellte erst kürzlich befriedigt fest: „Noch vor zehn Jahren zahlten die bayerischen Haushalte für Strom 8,4 Prozent und die Industrie sogar 10,4 Prozent mehr als im Bundesdurchschnitt. Seit 1985 liegen die Strompreise für Bayerns Wirtschaft und Privathaushalte deutlich unter dem Bundesdurchschnitt."

Kein Wunder, daß er mit diesem Argument auch ganz unverhohlen neue Betriebsansiedlungen in dem Freistaat initiieren will. Den Grund für die günstige Entwicklung sieht Jaumann im konsequenten Ausbau der Kernenergie, denn in Bayern wird schon jetzt jede zweite Kilowattstunde aus Atomstrom gewonnen.

Die „bayerische" Kilowatt-Stunde liegt durchschnittlich bei 19,25 Pfennig für Sonderabnehmer und 25,04 Pfennig für Haushalte. Damit zog Bayern zum ersten Mal gleich mit den bislang günstigeren Preisen in Nordrhein-Westfalen. Jaumann rechnet damit, daß sich dieser Trend angesichts der Mehrkosten für Entschwefelung und Entstickung bei Kohlekraftwerken noch verstärkt.

NRW-Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen (SPD), der als Genehmigungsbehörde die letzte Preiserhöhung von rund sechs Prozent zum Juli passieren ließ, begründete seine Entscheidung mit der Kohle-Vorrangpolitik, zu der es keine Alternative gebe. Es komme jedoch nur noch ein umweltschutzschonender Kohleeinsatz in Frage.

Allein der Investitionsbedarf der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE) für die Nachrüstung eigener Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke mit Entschwefelungsanlagen bis 1988 kostet den Stromerzeuger fünf Milliarden Mark. Für den Verbraucher (Familien mit zwei Kindern) bedeutet diese Preiserhöhung eine Mehrbelastung von vier Mark pro Monat. Er muß damit rechnen, daß diese Steigerungsrate nun jedes Jahr anfällt.

FDP klagt gegen Rundfunkratswahl

dpa, Düsseldorf

Die FDP im nordrhein-westfälischen Landtag wird gegen die Besetzung des neuen Rundfunkrates des Westdeutschen Rundfunks (WDR) Verfassungsklage beim Landesverfassungsgericht in Münster einreichen. Fraktionschef Achim Rohde begründete diesen Schritt damit, daß die FDP im Aufsichtsgremium des Senders nicht vertreten ist, was dem geltenden Recht widerspreche. Rohde empfindet es als Ungleichbehandlung seiner Partei, wenn der FDP mit rund 500 000 Wählern „noch nicht einmal der Status einer gesellschaftlich relevanten Gruppe" zugestanden werde. Nach dem Mehrheitsbeschluß wird die SPD sieben, die CDU fünf Mitglieder im Rundfunkrat stellen.

„Europa darf sich nicht mit technischem Abfall begnügen"

Strauß fordert Eigenständigkeit in Luft- und Raumfahrt

PETER SCHMALZ, München

Eine „klare und endgültige Entscheidung" für eine deutsche Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm zum nächstmöglichen Zeitpunkt forderte der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß gestern vor dem Wissenschaftsausschuß der Westeuropäischen Union, der in München zu dem Thema „Raumfahrt – eine Herausforderung an Europa" tagt. Es wäre auch besser, die Europäer würden bei SDI mit einer Stimme sprechen.

Noch kurz vor seiner Rede hatte sich der CSU-Politiker über die Ergebnisse der deutschen Expertenreise in die USA unterrichten lassen und gliederte seine Schlußfolgerungen in vier Punkte. Erstens: Die Amerikaner ziehen SDI auf jeden Fall durch. Zweitens: Die Forschungsphase wird die 80er Jahre ausfüllen. Drittens: Nach dieser Forschungsphase „wird unsere technisch-industrielle Welt anders aussehen". Viertens: Ob sich der militärische Zweck erfüllen wird, mögen heute noch nicht einmal die Experten vorhersagen.

Doch unabhängig von der technischen Machbarkeit und dem militärischen Zweck biete das Projekt auf dem zivilen Gebiet eine Fülle von Möglichkeiten, erklärte der CSU-Politiker. Allerdings müsse es zwischen den USA und ihren europäischen Partnern zu einer echten Kooperation und einem Austausch kommen. Eureka sei eine gute französische Initiative, für SDI aber weder Konkurrenz noch Ersatz.

Für Europa sei es lebenswichtig, die Luft- und Raumfahrt nicht anderen zu überlassen, deshalb dürfe sich die europäische Industrie auf diesem Gebiet nicht mit der Ausfüllung von Lücken und Nischen begnügen und sich vor allem nicht zur bloßen Wartungsfirma amerikanischen Geräts degradieren lassen. „Wir müssen", fuhr Strauß fort, „notfalls auch in Konkurrenz zu unseren amerikanischen Verbündeten eigene Entwicklungen durchziehen, die in erster Linie auf den europäischen Bedarf abgestellt sind, damit unsere Industrie nicht zum bloßen Kostgänger wird und sich mit technischem Abfall abspeisen lassen muß." In diesem Zusammenhang befürwortete Strauß den Bau des militärischen Satelliten „Milsat" in deutsch-französischer Zusammenarbeit, wodurch die technischen Raumfahrtkapazitäten beider Länder zusammengeführt und gebündelt werden könnten.

Als Beispiel einer sinnvollen und erfolgreichen europäischen Gemeinschaftsarbeit nannte Strauß den Airbus, der die europäische Luftfahrtindustrie an die Spitze des Fortschritts gebracht habe. „Die Europäer zeigen nicht nur Flagge, sondern sie können sich inzwischen mit den USA und jeder anderen Nation messen."

Die jüngsten Verkaufserfolge dieser Flugzeuge nannte der Ministerpräsident eine Chance, das Projekt in absehbarer Zeit in die Gewinnzone zu bringen. Mit spürbarem Stolz erwähnte Strauß, der als Aufsichtsratsvorsitzender der Airbus-Industrie ein unermüdlicher Werber für dieses europäische Produkt ist, daß die Lufthansa morgen in München einen Airbus-Auftrag über drei Milliarden Mark unterzeichnen wird.

Staatssekretär Martin Grüner (FDP) vom Bundeswirtschaftsministerium äußerte sich wesentlich reservierter zum SDI-Projekt. Er würde Technologieprogrammen den Vorzug geben, die ohne den Umweg über die Erfüllung teurer militärischer Anforderungen direkt auf die zivile Nutzanwendung gerichtet sind. Eine europäische SDI-Beteiligung könne nur auf der Basis gegenseitigen Technologietransfers erfolgreich realisiert werden.

Vorentscheidung für Bayern III ist gefallen

lz. München

Die Weichen für die bundesweite Ausstrahlung des dritten bayerischen Fernsehprogramms werden heute im Münchner Rundfunkrat gestellt. Dabei wird mit der Zustimmung gerechnet, nachdem bereits der Fernseh- und Haushaltsausschuß in einer gemeinsamen Sitzung gegen nur zwei SPD-Stimmen ein Programm- und Finanzierungskonzept mit großer Mehrheit gebilligt hat, das sich weitgehend an den von CSU-Generalsekretär Tandler in einem „Bayernkurier"-Beitrag veröffentlichten Zielen orientiert (WELT v. 11. 9.).

Demnach ist BR-Intendant Reinhold Vöth mit seinem Vorschlag gescheitert, für das „Programm für Deutschland" (Tandler) den bayerischen Fernsehteilnehmern eine monatliche Sondergebühr von sechs Mark abzuverlangen. Die notwendigen Zusatzkosten soll der Sender vielmehr durch unterschiedliche Maßnahmen aufbringen. Einen zweistelligen Millionenbetrag wollen die Rundfunkräte dadurch einsparen, daß sich der Münchner Sender nicht an dem ARD-Satellitenprogramm „Eins Plus" beteiligt. Dagegen wird Bayern bei dem europäischen Programm-Versuchsobjekt „Olympus" weiterhin mitarbeiten. Die hierfür vom BR aufzuwendenden Kosten betragen bis Ende nächsten Jahres jedoch nur knapp drei Millionen Mark.

Landkreise beklagen enge Spielräume

geo. Timmendorf

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Joseph Köhler, ist der aus Bonn kommenden Aufforderung an die Kreise, die kommunalen Investitionen anzukurbeln, mit dem Hinweis auf die engen finanziellen Spielräume der Kommunen begegnet. Auf der Jahrestagung seiner Organisation in Timmendorf sagte er, es gehe nicht an, einerseits von den Kommunen höhere Investitionen zu fordern, andererseits aber vor den ständig steigenden Soziallasten die Augen zu verschließen.

Nach Ansicht Köhlers geraten die Kreise vor allem durch die wachsende Zahl der Dauerarbeitslosen, die nur unzureichend durch das Arbeitsförderungsgesetz unterstützt und daher zunehmend Sozialhilfe empfangen würden, unter finanziellen Druck. Die Kommunen würden heute zwei Milliarden Mark pro Jahr als Sozialhilfe für Arbeitslose gewähren.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, begegnete der Kritik des Deutschen Landkreistages mit dem jüngsten Beschluß des Bundeskabinetts, die Arbeitslosenunterstützung um einen Betrag von rund 1,1 Mrd. Mark aus den Geldern der Bundesanstalt zu verbessern. Gleichzeitig würden 745 Mill. Mark für eine berufliche Qualifizierung der Arbeitslosen eingesetzt.

Klaus Wedemeier Senatspräsident in Bremen

ww. Bremen

Der Bremer Senat hat gestern Klaus Wedemeier (41) als Nachfolger von Hans Koschnick (56) zum neuen Präsidenten gewählt., Gleichzeitig bestimmte die Landesregierung Henning Scherf (47) zu seinem Stellvertreter. Wedemeier, der seit 1979 die Mehrheitsfraktion der SPD führte, wurde am Vormittag von der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zum Senator gewählt und vereidigt. Mit Hans Koschnick schied auch sein Stellvertreter, Bürgermeister und Finanzsenator Moritz Thape (65), aus dem Amt. Der Senator für Arbeit, Claus Grobecker (51), wird vorerst das Finanzressort verwalten. Der Bremer Senat besteht jetzt aus elf Mitgliedern und soll in den nächsten zwei Jahren weiter verkleinert werden.

Mehr Kosten durch Datenschutzgesetz

dpa, Köln

Durch das 1979 in Kraft getretene Bundesdatenschutzgesetz sind den Unternehmen nach einer Untersuchung an der Kölner Universität Mehrkosten von knapp 50 Prozent der gesamten Datenschutz- und Datensicherungskosten entstanden. Von den durch das Gesetz ausgelösten Mehrkosten entfalle der weitaus größte Teil, 50 bis 60 Prozent, auf die Bestellung und Tätigkeit eines Datenschutzbeauftragten. 15 bis 25 Prozent der durch das Gesetz verursachten Mehrkosten gingen auf zusätzliche Maßnahmen der Datensicherung zurück, zehn bis 15 Prozent würden durch zusätzliche Schulungsveranstaltungen hervorgerufen.

Spenden-Ausschuß in NRW eingesetzt

DW. Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Landtag hat gestern auf Antrag der CDU-Opposition einstimmig die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Kenntnisstand der Landesbehörden über verdeckte Parteispenden beschlossen. Ebenfalls mit den Stimmen der SPD-, CDU- und FDP-Fraktionen wurde der gemeinsam eingebrachte Vorschlag zur Besetzung des Ausschusses angenommen. Danach wird die SPD mit jeweils sechs Mitgliedern, die CDU mit jeweils vier Mitgliedern und die FDP mit einem Mitglied dem Ausschuß angehören.

Keine Furcht vor neuen Techniken

dpa, Köln

Zwei Drittel der deutschen Arbeitnehmer sind nach einer Erhebung des Marktforschungsinstituts Marplan der Meinung, daß die Einführung neuer Technologien zumindest zur Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze beiträgt. Im Auftrag des Instituts der Deutschen Wirtschaft (Köln), das diese Ergebnisse gestern veröffentlichte, befragte Marplan im Juli 1985 insgesamt 1959 Bewohner der Bundesrepublik, darunter 860 Arbeitnehmer. Danach befürchtet etwa jeder dritte Befragte, daß die neuen Techniken über Rationalisierungseffekte zum Abbau der Beschäftigung führen.

Moskau dringt auf C-Waffen-Gespräch

rtr, Moskau

Die Sowjetunion hat gestern die Bundesregierung aufgefordert, mit der „DDR" und der Tschechoslowakei Gespräche über eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa aufzunehmen. In einem Artikel der Parteizeitung „Prawda" hieß es, ein konkreter Vorschlag dazu liege jetzt in Bonn auf dem Tisch. In der vergangenen Woche hatten die Regierungen in Prag und Ost-Berlin in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl Verhandlungen angeboten.

„Sind die Führer der Bundesrepublik in der Lage, die Gefahren von Plänen zu erkennen, zusätzlich zu den Atomwaffen neue chemische Waffen dort zu stationieren?", fragte der Verfasser. Er wiederholte den sowjetischen Vorwurf, daß die USA mehrere tausend Tonnen chemischer Kampfstoffe in der Bundesrepublik als Erstschlagwaffen lagerten. Kohl hatte den Brief begrüßt, zugleich aber erklärt, er unterstütze weiter die Vorschläge des Nordatlantikpakts (NATO) für ein weltweites Chemiewaffenverbot mit eindeutigen Überprüfungsmöglichkeiten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Raúl Alfonsin : Man hat hier unsere schwierige Lage verstanden

Der Präsident Argentiniens, Raúl Alfonsin, hat seinen dreitägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland beendet und ist gestern in Paris, der nächsten Station seiner Europa-Reise eingetroffen. In einem Interview mit der WELT zieht er Bilanz. Mit Präsident Alfonsin sprach Günther Bading.

WELT: Herr Präsident, welche Bilanz ziehen Sie nach Ihren Gesprächen?

Alfonsin: Ich möchte zunächst dem deutschen Volk für die Aufmerksamkeit danken, die mir sowohl von offizieller Seite, an vorderster Stelle vom Herrn Präsidenten, aber auch von den Wirtschaftskreisen entgegengebracht worden ist. Ich glaube, es gab in allen meinen Gesprächen einen gemeinsamen Nenner: den ehrlichen Willen zur Zusammenarbeit mit Argentinien. Ich bin auch überzeugt, daß man unsere schwierige Lage hier wirklich verstanden hat. Wir sind nicht hierher gekommen, um andere zu bitten, jene Anstrengungen zu unternehmen, die unsere eigene Aufgabe sind. Wir wollten deutlich machen, wie notwendig es ist, daß unsere Bemühungen in den hochentwickelten Ländern und besonders in der Bundesrepublik Deutschland einen Widerhall finden.

Sie wissen, daß wir mit Deutschland enge historische Bindungen haben. Es gibt eine große deutsche Gemeinschaft in Argentinien. Und es gibt viele deutsche Firmen, die seit sehr vielen Jahren in unserem Land arbeiten. Ich habe mit Vertretern einiger dieser Firmen gesprochen. Sie haben Verständnis dafür gezeigt, welche wirtschaftlichen Schwierigkeiten Argentinien zur Zeit hat, und sie haben diese Probleme zu ihren eigenen gemacht. In einigen konkreten Fällen sind sie bereit, Investitionen zu tätigen, die unserer Wirtschaft zugute kommen werden. Mangelnde Investitionen sind eines unserer großen Probleme. Wir müssen ungefähr sechs Prozentpunkte, die wir früher der Investition zuführen konnten, jetzt für den Schuldendienst aufbringen. Es ist unabdingbar, daß es eine Art Recycling, also eine Reinvestition dieser von uns bezahlten Zinsen in unserem Lande gibt. Dies streben wir an.

Weiterhin haben wir mit Vertretern verschiedener Branchen über den Transfer von Technologie gesprochen. Und wir sind dabei auf eine sehr große Bereitschaft gestoßen.

WELT: Herr Präsident, Sie haben an den Wiederaufbau Europas nach dem Weltkrieg erinnert und eine Parallele zu der Situation Lateinamerikas und Ihres Landes gezogen. Denken Sie an eine Art Marshallplan für Lateinamerika?

Alfonsin: Wie immer man das nennen mag ... Ich spreche einfach davon, daß wir Unterstützung brauchen.

WELT: Denken Sie an bilaterale Hilfe?

Alfonsin: Nein, multilateral, bezogen auf ganz Lateinamerika. Die Probleme sind in den einzelnen Staaten sehr ähnlich, sogar in jenen Ländern, denen es noch sehr viel schlechter geht als Argentinien.

WELT: Das deutsche Wirtschaftswunder war nicht nur auf ausländische Hilfe in der Nachkriegszeit zurückzuführen, sondern sicherlich auch auf die Schaffung eines großen gemeinsamen Marktes mit mehr als 200 Millionen Verbrauchern in Europa. Hat Argentinien mit seinen 30 Millionen Einwohnern nicht auch die Schaffung einer Art gemeinsamen Marktes in Südamerika nötig?

Alfonsin: Wir arbeiten an der Integration Lateinamerikas. Ich meine, dies ist der einzige Weg, zu Strategien zu finden, die uns erlauben, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn man heute die Welt analysiert, so sieht man, daß es mehrere große geographisch-wirtschaftliche Räume gibt. Da sind die Vereinigten Staaten, ebenso die Sowjetunion, die Europäische Gemeinschaft oder Japan mit seinem Einflußgebiet. Wir müssen so etwas auch in Lateinamerika schaffen. Darauf richtet sich ein Hauptinteresse der argentinischen Außenpolitik.

WELT: Für einen künftigen Investor ist es wichtig zu wissen, welche Bedingungen er in Ihrem Lande vorfindet. Wie denken Sie über die Rolle des Privatsektors in der Wirtschaft?

Alfonsin: Wir führen darüber keine akademische oder theoretische Diskussion. Aber es ist absolut notwendig, daß das Wirtschaftswachstum im privaten Bereich angesiedelt ist. Der Zwang, das staatliche Haushaltsdefizit abzubauen, führt zu Kürzungen auch der öffentlichen Investitionen. Dieser freiwerdende Raum kann natürlich vom privaten Sektor übernommen werden. Wir sind deshalb sehr daran interessiert, daß diese Lücke immer stärker und nachhaltiger von der Privatwirtschaft ausgefüllt wird.

WELT: Setzen Sie bei Ihrem Bemühen um Investitionen zunächst auf die großen Unternehmen oder hat auch die mittelständische Wirtschaft entsprechende Möglichkeiten in Argentinien?

Alfonsin: Wir möchten natürlich auch 'joint ventures' mit der mittleren und kleinen Industrie fördern. Diese kann durchaus ihre Partner in Argentinien finden. Rund 70 Prozent unserer Industrie gehören ja diesem mittleren Bereich an. Ich sehe hier einen weiten Bereich künftiger Zusammenarbeit.

WELT: Gibt es irgendwelche Unterschiede in der Behandlung nationalen oder ausländischen Kapitals?

Alfonsin: Absolut keine.

WELT: Die Auslandsschuld Argentiniens ist eines der größten Probleme für Sie. Hat das Gespräch mit Bundesfinanzminister Stoltenberg zu Vereinbarungen über finanzielle Hilfe geführt?

Alfonsin: Wir gehen davon aus, daß es einen Kreditrahmen für deutsche Unternehmen geben wird, die Kapitalgüter nach Argentinien exportieren. Und wir glauben auch, daß es zu einem Finanzierungsabkommen für konkrete Projekte, zum Beispiel für das Atomkraftwerk Atucha II, kommen wird.

WELT: Können Sie schon konkrete Summen nennen?

Alfonsin: Das möchte ich noch nicht tun.

WELT: Ihr Gespräch mit dem Außenminister war in weiten Teilen dem Thema Zentralamerika gewidmet. Wie beurteilen Sie die Lage in dieser Region?

Alfonsin: Es ist bekannt, daß Argentinien die Länder unterstützt, die auf Contadora beschlossen haben, gemeinsam etwas für den Frieden in dieser Region zu unternehmen. Wir haben sogar eine Gruppe zur Unterstützung von Contadora gebildet, der neben Argentinien Brasilien, Peru und Uruguay angehören. Wir treten natürlich für das Prinzip der Selbstbestimmung und der Nichtintervention ein, und wir wünschen, daß es im Rahmen der lateinamerikanischen Integration möglichst viele pluralistische Demokratien geben wird.

WELT: Argentinien betrachtet sich selbst als blockfreies Land. Aber gehört es nicht aufgrund seiner Tradition, seiner Wertvorstellungen, seiner Kultur eigentlich zum Westen?

Alfonsin: Nun, nehmen Sie Japan. Auch dies ist eigentlich kein Land des Westens, obwohl es so betrachtet wird. Ich glaube, wir können gerade unter den Blockfreien nützlich sein, um diese westlichen Wertvorstellungen zu unterstützen.

WELT: Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem Besuch in Argentinien im vergangenen Jahr kurz nach der Rückkehr Ihres Landes zur Demokratie ein Zeichen gesetzt. Was kann die Bundesregierung heute tun, um die Stabilität des Demokratisierungsprozesses zu sichern?

Alfonsin: Richtig, der Besuch des Bundeskanzlers in Argentinien hat entscheidend zur Stärkung der jungen Demokratie beigetragen. Was jetzt zu tun ist: den Dialog fortzusetzen und zu verbessern. Dies sollte nicht nur auf dem Felde der Wirtschaft, sondern auch im kulturellen Bereich geschehen. Auch die Tätigkeit der verschiedenen politischen Stiftungen ist für unsere Demokratie und die Lateinamerikas wichtig. Ich glaube, es ist doch möglich, unsere hervorragenden Beziehungen auf diesen Feldern noch zu intensivieren.

WELT: Ist die Stabilität der argentinischen Demokratie nicht auch von dem Erfolg abhängig, den Sie bei den Bemühungen um die Gesundung der Wirtschaft erzielen?

Alfonsin: Ich glaube, diese Stabilität ist heute schon gegeben. Aber, kein Zweifel, wirtschaftliche Erfolge tragen zu ihrer Stärkung bei.

WELT: Bei uns zeigt man sich überrascht, daß das argentinische Volk offenbar bereit ist, die Bürden Ihres stringenten Wirtschaftsplanes – dem „plan austral" – ohne Murren zu tragen. Führen diese Belastungen nicht unausweichlich zu sozialen Spannungen?

Alfonsin: Die Umfragen sagen uns, daß rund 70 Prozent der Bevölkerung den plan austral gutheißen. Das Volk ist entschlossen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um ein für allemal die Inflation zu überwinden. Aber dies heißt natürlich nicht, daß es keine Opposition gegen unsere Wirtschaftspolitik gäbe. Es gibt schon einige Spannungen und auch eine Reihe berechtigter Forderungen, die wir allerdings im Moment nicht erfüllen können. Ich glaube aber, für die ärmsten Schichten etwas zu tun, heißt auch, keine Konzessionen an die Demagogie zu machen.

Nakasone mußte bei der Verteidigung zurückstecken

Kompromiß nach zähem Ringen um den Fünfjahresplan

FRED de LA TROBE, Tokio

Das japanische Kabinett hat Ausgaben in Höhe von 18,4 Billionen Yen (230 Milliarden Mark) für einen neuen fünfjährigen Verteidigungsplan (1986–90) beschlossen. Der Betrag stellt 1,038 Prozent des erwarteten Bruttosozialprodukts während der fünf Jahre dar und überschreitet damit knapp die in Japan sensitive Hürde von einem Prozent. Regierungssprecher wiesen aber darauf hin, daß das tatsächliche Wirtschaftswachstum höher als das erwartete sei und damit die Zunahme im Rahmen der bisherigen Grenzen bleiben könnte.

Der Leiter der japanischen Verteidigungsagentur, Koichi Kato, sagte: „Ich hatte zwar auf höhere Ausgaben gehofft, der beschlossene Betrag ist aber annehmbar." Kato hatte zwei Billionen Yen mehr gefordert, nach langem Tauziehen mit dem auf Sparkurs steuernden Finanzministerium war aber ein Kompromiß gefunden worden.

Ministerpräsident Nakasone versicherte, seine Regierung werde größte Anstrengungen unternehmen, um die Militärausgaben unter der in einem Kabinettsbeschluß von 1976 festgelegten Grenze von einem Prozent des Bruttosozialprodukts zu halten. Damit rückte der Regierungschef deutlich von seiner Erklärung von vor zwei Monaten ab, daß er dieses Limit durchbrechen wolle. Er hatte diese Absicht damit begründet, daß andernfalls die Vereinigten Staaten, die seit Jahren auf höhere japanische Verteidigungsausgaben dringen, protektionistische Barrieren gegen Warenlieferungen aus Japan errichten würden.

Der scharfe Widerstand in weiten Kreisen seiner eigenen Liberaldemokratischen Partei und vor allem auch seitens seiner Amtsvorgänger und Rivalen im Regierungslager zwangen Nakasone aber zum Rückzug. Da er seine 1986 auslaufende Amtsperiode verlängern will, erschien ihm ein innerparteilicher Streit über diese Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht ratsam.

Durch die allgemeine Kostensteigerung für moderne Waffensysteme und Personal bleibt auch der neue Fünfjahresplan im Rahmen des bisherigen Rüstungspotentials, der auf die reine Verteidigung zugeschnitten ist. So wird die Luftwaffe weiterhin nur über Abfangjäger und Abwehrraketen verfügen, die Marine über Schiffe der kleineren Klassen bis zum Zerstörer und das Heer über Mannschaften und Ausrüstung zur Abwehr kleinerer konventioneller Invasionen.

Der Gesamtbetrag für den Fünfjahresplan soll zu 36 Prozent für die Versorgung der Truppe, zu 34 Prozent für Personalkosten und zu 30 Prozent für Waffen und Munition ausgegeben werden. Unter den geplanten Anschaffungen sind 60 neue F-15-Abfangjäger, 50 P3C-U-Boot-Aufklärer, 11 Fregatten, 5 U-Boote, 120 „Patriot"-Boden-Luft-Raketen und 260 Panzer. (SAD)

Moskau sichert sich Einfluß

Die Medien lasten die Krise in Südafrika den USA an

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

„Der Freiheitskampf in Südafrika wird sich ausweiten und die Weigerung der Regierung, die berechtigten Forderungen des Volkes zu erfüllen, wird zu einem verstärkten Kampf der afrikanischen Mehrheit für ihre Freiheit führen", so die sowjetische Parteizeitung „Prawda".

Es vergeht kein Tag, an dem die Sowjetunion nicht ausführlich aus ihrer Sicht über die Lage in Südafrika informiert. Es geht dem Kreml um eine möglichst intensive Einflußnahme auf die möglichen machtpolitischen Umbrüche in diesem Krisenherd. Die Sowjetunion gibt sich als engagierter Verbündeter der schwarzafrikanischen „Frontstaaten"

DIE ● ANALYSE

und der sogenannten Befreiungsbewegungen, die das weiße Minderheitsregime stürzen wollen. Jedwede Bemühungen des Westens werden als „kapitalistische Hintertreibungsmanöver" abgelehnt, die Verantwortung über die Zustände in Südafrika ausschließlich den USA angelastet.

So schreibt „Neues Leben", Zentralzeitung der sowjetischen Bevölkerung, daß Washington schon seit vielen Jahren eine massive Wühltätigkeit in Afrika betreibe. Die USA versuchten, den Völkern dieses Kontinents ihre „berüchtigten demokratischen Werte" aufzuzwingen.

Wichtigstes Instrument in der Hand der herrschenden Kreise der USA zur Durchsetzung ihrer Afrikapolitik sei die CIA. Die „Spezialisten" aus dem fernen CIA-Hauptquartier in Langley (US-Staat Virginia) hätten es übernommen, „die nationale Befreiungsbewegung der afrikanischen Völker zu untergraben, die fortschrittlichen Regime zu destabilisieren, diverse Konterrevolutionäre und Terror-Gruppen zu unterstützen und den USA nicht genehme Politiker und gesellschaftliche Funktionäre aus dem Weg zu räumen".

Der Propagandist weiß noch mehr: Zu den Zielscheiben ihrer „subversiven" Aktionen hätte die CIA vor allem die Gewerkschaftsverbände in Südafrika ausgesucht. Die Hälfte aller festangestellten US-Geheimdienstoffiziere, die gegenwärtig ihr „Unwesen" in Afrika trieben, stünden in Südafrika im Einsatz. 1981 hätten die Sicherheitsorgane Moçambiques und Sambias CIA-Attentate auf mehrere afrikanische Staatsmänner, darunter die Präsidenten Machel und Kaunda, vereiteln können.

Die „Enttäuschung" im Weißen Haus auf Pieter Bothas jüngste Rede sei eindeutig gespielt, wie das außenpolitische Sprachrohr des Kreml „Neue Zeit" seinen Lesern zu berichten weiß. Denn „nur ein paar Tage vor seiner Rede" hätte sich sein Außenminister Roelof Botha in Wien heimlich mit McFarlane, dem Sicherheitsberater des US-Präsidenten, getroffen. Hier hätte ihm Botha die Hauptthesen der Rede vorgelegt, worauf McFarlane geantwortet haben soll: „Der US-Präsident verstünde Pieter Bothas Probleme sowie die Unmöglichkeit, Südafrika über Nacht in eine demokratische Gesellschaft umzuwandeln und erachte solche Forderungen als simplifizierend."

Obwohl der Kreml täglich gezielt und massiv die USA wegen der Krise in Südafrika beschuldigt, scheut man sich davor, einen militärischen Einsatz offiziell ins Kalkül zu ziehen. Man hofft, daß die Entwicklung in Südafrika wie von selbst auf Kosten des Westens verlaufe. Falls es den Sowjets gelänge, über die kommunistischen Befreiungsbewegungen dominierenden Einfluß in Südafrika zu erlangen, würde ihnen das eine Monopolstellung für wichtige strategische Rohstoffe verschaffen.

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner sieht in den aufsehenerregenden Überlegungen des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Andreas von Bülow zur Bonner Sicherheitspolitik einen entscheidenden Mangel, „die vollständige Entpolitisierung und Entideologisierung des Ost-West-Verhältnisses". Der CDU-Politiker, seit Oktober 1982 verantwortlich für die Bundeswehr und als Ressortminister mitbestimmend bei der Formulierung der Sicherheitspolitik, setzt sich im folgenden Beitrag kritisch mit dem „Bülow-Papier" auseinander.

Will die SPD unsere Abhängigkeit vom Osten?

Von MANFRED WÖRNER

Als vor zwei Wochen ein zunächst namenloser „Entwurf eines Antrags zur Sicherheitspolitik für den Bundesparteitag 1986" bekannt wurde, glaubten die meisten, es handele sich um eine von vielen vielfach bedeutungslosen Vorarbeiten für die Entscheidungsdokumente des nächsten Bundesparteitags der SPD. Dem einschlägigen Experten wurde jedoch sehr schnell klar, wer der Verfasser des „Entwurfs" war. Nach gedanklichem Ansatz, Auswahl der Fakten, Darstellung der Zusammenhänge und – nicht zuletzt und völlig unverkennbar – verwendeter Sprache, konnte der Verfasser nur der derzeitige Vorsitzende der sicherheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand der SPD und ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Andreas von Bülow, sein.

Inzwischen ist der „Entwurf" von Bülows von nahezu allen Experten buchstäblich „zerrissen" worden. Der konservative Teil des sicherheitspolitischen Establishments der SPD hat in einigen wenigen Fällen offen kritisch reagiert, im übrigen aber durch demonstratives Schweigen sein Mißfallen mit von Bülows Parforceritt durch die deutsche Sicherheitspolitik ausgedrückt.

Die Parteispitze, aufgeschreckt durch das negative öffentliche Echo, versuchte, durch Relativierung der umstrittensten Aussagen den Schaden zu begrenzen. Nur einige wenige Prominente der SPD bekannten sich voll inhaltlich zu den Thesen von Bülows oder forderten gar weitergehende Überlegungen. Und nachdem nun auch noch das Parlament in einer Aktuellen Stunde sich mit dem umstrittenen Papier befaßt hat, könnte mancher versucht sein, zur Tagesordnung übergehen und sich aktuelleren und scheinbar wichtigeren Dingen zuwenden zu wollen. Doch dies wäre unangemessen. Der „Entwurf" von Bülows ist ein bemerkenswertes politisches Dokument. Die Gründe hierfür sind offenkundig:

1. Der „Entwurf" einer „Strategie vertrauenschaffender Sicherheitsstrukturen in Europa" ist kein Zufallsprodukt. Er führt die sicherheitspolitischen Aussagen des Essener Parteitags der SPD vom Mai 1984 konsequent weiter. Er ist die bisher weitestgehende Konkretisierung einer „alternativen Sicherheitspolitik", wie sie seit 1984 zum allgemeinen Credo der SPD gehört und vom ost- und sicherheitspolitischen Spiritus rector Egon Bahr zielsicher betrieben wird.

2. Der „Entwurf" ist zwar von einem Einzelnen verfaßt worden, aber keineswegs die Arbeit eines sicherheitspolitischen Einzelgängers. Die gegenwärtige Funktion des Verfassers beim Parteivorstand der SPD spricht für sich. Wichtiger aber ist in diesem Zusammenhang, daß der Verfasser des „Entwurfs" wie auch fast alle Kenner des sicherheitspolitischen Binnenklimas der SPD der Meinung sind, alle wesentlichen Aussagen des Papiers seien an der Basis der SPD mehrheitsfähig.

3. Der „Entwurf" bedeutet auch dann, wenn die von der Parteiführung der SPD vorgenommenen Korrekturen einiger Aussagen einbezogen werden, die endgültige Auflösung des sicherheitspolitischen Konsenses in der Bundesrepublik Deutschland, der seit dem Godesberger Programm ein Markenzeichen deutscher Politik nach innen und außen war.

4. Die Grünen haben zum ersten Mal in aller Deutlichkeit ein sicherheitspolitisches SPD-Papier dieser Qualität für teilweise „inhaltlich koalitionsfähig" erklärt. Damit deuten sich Umrisse eines neuen sicherheitspolitischen Konsenses „links von der Mitte" an, der sich nicht, wie in den vergangenen Jahren, auf unverbindlich-allgemeine Aussagen über Frieden und Abrüstung beschränkt, sondern „präzise Schritte" meint.

5. Der „Entwurf", der ja „Wege zur Sicherheitspartnerschaft" aufzeigen soll, wird in Ost und West – bei bisherigen und künftig gewünschten Sicherheitspartnern sozusagen – aufmerksam zur Kenntnis genommen und bei der Beurteilung der Stabilität und Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland in Rechnung gestellt werden.

Anlässe also genug, die Überlegungen des ehemaligen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium noch einmal umfassend und kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Der entscheidende Mangel und das zugleich Charakteristische des „Entwurfs" ist die vollständige Entpolitisierung und Entideologisierung des Ost-West-Verhältnisses. Die Sowjetunion ist ein Staat wie jeder andere – jedenfalls qualitativ nicht anders zu bewerten als die USA. Nur bei einem derartigen Grundverständnis ist dann auch eine Formulierung möglich, wie sie sich im ersten Satz des Papiers findet: „Die Sicherheit der europäischen Völker wird seit 1945 durch die beiden Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs, die USA und die Sowjetunion, gewährleistet."

Wenn Worte noch meinen, was sie sagen, dann ist von Bülow also tatsächlich der Meinung, die Sowjetunion habe in den letzten 40 Jahren die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland mit gewährleistet. Es fällt an dieser Stelle schwer, auf diese geradezu unglaubliche Aussage nicht mit Polemik oder Sarkasmus zu reagieren. Hat der Verfasser die Stationen unserer Bedrohung vergessen? Haben die Berlin-Blockade, die brutale Niederschlagung der Volksaufstände in der DDR, in Ungarn und Polen unsere Sicherheit gewährleistet? Wozu hat die Sowjetunion drei Viertel ihrer insgesamt 253 Divisionen gegenüber Europa aufgebaut? Wozu dient die unbestreitbare Erziehung zum Haß gegen den „Klassenfeind im Westen" in allen von der Sowjetunion dominierten osteuropäischen Ländern? Sind die ständigen und gravierenden Menschenrechtsverletzungen im sowjetischen Machtbereich eine moralische quantité negligeable? Wie eigentlich ist der sowjetische Vernichtungskrieg gegen die afghanische Bevölkerung zu erklären – wenn nicht als expansive Machtpolitik?

Unter Ausblendung der tatsächlichen geschichtlichen Entwicklung seit 1945 und getragen von der Grundüberzeugung, daß es keinen politisch relevanten Unterschied zwischen amerikanischer Demokratie und sowjetischer Diktatur gibt, kommt von Bülow zwangsläufig zum Schluß, daß es keine reale Bedrohung aus dem Osten für die Staaten Westeuropas gibt. Statt dessen vermittelt er den Eindruck, die Bedrohung komme

– aus dem Süden, wo Konflikte der Länder der Dritten Welt gleichsam automatisch „die übervollen Pulverfässer Europas zur Explosion" zu bringen scheinen;

– aus dem Westen, wo insbesondere die Bundesrepublik mit ihrer ungelösten deutschen Frage die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu einer „Politik der militärischen Absicherung" zwingt;

– aus dem „heutigen Hochreizungszustand der militärischen Apparate";

– aus den „vollautomatischen Computern und Sensorikprozessen" der Abschreckungssysteme.

Indem von Bülow die politische, militärische und psychologische Bedrohung des Westens durch den Warschauer Pakt leugnet und weitgehend auf offenbar selbstauslösende Automatismen „militärischer Apparate" als zentralen Bedrohungsfaktor abhebt, verkennt er fundamental die eigentlichen Ursachen von Friedensgefährdung in unserer Zeit. Nicht nur erweckt er mit der bewußten Anonymisierung der Bedrohung die Vorstellung, als seien Ost und West gleichermaßen an der Friedensgefährdung beteiligt, er vermittelt auch den Eindruck, als ob Soldaten und Waffen die eigentlichen Ursachen der Spannungen wären. Spannungen aber entstehen nicht, weil einzelne Staaten sich bewaffnen, sondern Staaten bewaffnen sich wegen vorhandener Spannungen.



Manfred Wörner: Ist der sicherheitspolitische Konsens zerbrochen? FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Nicht Rüstung führt zum Krieg, sondern unfriedliche Machtpolitik. Es ist daher auch kein Zufall, wenn von Bülow die Motive, Ziele und Strategien sowjetischer Machtpolitik an keiner Stelle einer ernsthaften Analyse unterzieht. Lediglich auf die militärischen Mittel der Sowjetunion geht von Bülow kurz ein. Im Gegensatz zu seiner letztjährigen Analyse über die „eingebildete Unterlegenheit" des Westens, bei der er 62 Divisionen des Warschauer Pakts einfach übersehen hatte – das sind doppelt soviel wie die NATO derzeit in Mitteleuropa unterhält – beläßt er es diesmal jedoch bei allgemeinen Aussagen. Auch diese sollen allerdings belegen, was im Detail nicht zu belegen ist: daß es ein auch nur annäherndes Kräftegleichgewicht zwischen West und Ost in Europa gibt – einmal mehr verweigert sich von Bülow der Wirklichkeit.

Nach seiner Ansicht geht die größte Gefährdung der deutschen Sicherheit von politisch unkontrollierbaren Aktionen hochgerüsteter „militärischer Apparate" und anderen, wesentlich durch den Supermachtstatus der beiden Bündnisvormächte induzierten Reaktionen Dritter aus; so kommt es zu seiner Kernthese: Die gefährliche Präsenz beider Supermächte muß überwunden werden. Dies, der Abzug der sowjetischen und amerikanischen Truppen „in ihre Heimat", ist dann auch die Perspektive von Bülows für das Jahr 2000. „Die Europäer in West und Ost" sollten sich dann „zumindest im konventionellen Bereich allein verteidigen können".

Zwar fragt man sich zunächst einigermaßen überrascht, gegen wen sich die „Europäer im Osten" verteidigen sollen – gemeint sein kann ja doch wohl nur ein angreifender Westen – wichtiger ist jedoch, daß von Bülow entscheidende politische, geostrategische und militärische Asymmetrien übersieht. Ob die Sowjetunion ihre Truppen im sogenannten „westlichen Vorfeld" stationiert hat oder nicht, sie bleibt die dominierende Weltmacht auf dem gemeinsamen europäischen Kontinent. Würden die Amerikaner abziehen, dann müßten die heute noch freien Länder Westeuropas im Schatten eines übermächtigen Nachbarn leben, dessen vom Westen nicht beeinflußbares Drohpotential nur ca. 650 km entfernt aufgebaut wäre.

Eine Politik der Einschüchterung und Erpressung würde den sowjetischen „Sieg ohne Krieg" sicherstellen, so wie es der langfristigen sowjetischen Absicht entspricht. In dieser politischen Landschaft spielte es dann keine große Rolle mehr, ob der Wehrdienst in der Bundesrepublik sechs, zwölf oder 24 Monate dauern würde. Und es wäre auch gleichgültig, ob die Bundesrepublik ein präsentes Feldheer oder eine Miliz unterhielte.

Es ist daher so einfach wie es klingt: Wer die USA aus Europa entläßt, solange die Sowjetunion ihre hegemoniale Politik und ihre offensive Militärmacht aufrechterhält, der ist verlassen. Woher sollte denn der Ersatz für den militärischen, politischen und psychologischen Abschreckungswert des amerikanischen Nuklearwaffenpotentials kommen? Wer sollte denn die Gefechtsstreifen der amerikanischen Korps übernehmen und die strategischen Reserven zur Verfügung stellen? Kann man ernsthaft annehmen, daß andere europäische Staaten für teures Geld ihre Truppen in der Bundesrepublik Deutschland beließen – ja sogar noch verstärkten –, wenn die Bundesrepublik ihren wichtigsten Partner aus der Verteidigung Europas entließe, um anschließend eine Unsicherheitspolitik zum Spartarif zu betreiben? Trotz dieser wenig erfreulichen Vision von Bülows für das Jahr 2000 liegt die eigentliche politische Brisanz in den Aussagen, die er zur Strategie der Allianz im allgemeinen und der Sruktur, Gliederung, Ausbildung und Ausrüstung der künftigen Bundeswehr im besonderen macht. Denn wenn diese Forderungen von Bülows umgesetzt würden, wäre der Abzug der Amerikaner schon lange vor dem Jahr 2000 unvermeidlich und die Atlantische Allianz am Ende.

Dies gilt insbesondere für den Vorschlag, die Bundeswehr in Milizverbände umzustrukturieren. Die Milizstruktur ist nicht bündnisfähig. Es kann kein operatives Zusammenwirken zwischen einem deutschen Milizheer und alliierten mechanisierten Großverbänden geben. Ein deutsches Milizheer wäre das Ende einer kollektiven integrierten Vorneverteidigung auf deutschem Boden. Nach seinen Vorstellungen hätte der Angreifer nichts zu verlieren als höchstens eine Schlacht – sein Gebiet und seine Bevölkerung blieben unberührt; ein Angriff würde ohne Risiko möglich, das Ergebnis ist berechenbar.

Von Bülows verbales Bekenntnis zur Vorneverteidigung wiegt aber auch aus anderen Gründen nicht allzu schwer. Man kann eben nicht eine Vorneverteidigung konventionell durchführen, wenn man, wie von Bülow fordert,

– die Landstreitkräfte stärker kadert,

– die Friedenspräsenz vermindert,

– die Soldaten nur sieben bis acht Monate ausbildet,

– das Rückgrat einer beweglichen Verteidigung – den Kampfpanzer – abschafft.

Ähnliches gilt für von Bülows Forderung, die „nukleare Schwelle" anzuheben. Wie aber kann man die nukleare Schwelle anheben, wenn man gleichzeitig die konventionelle Verteidigung durch Kaderung, einseitige Abrüstung von Verbänden und Einführung eines Milizsystems schwächt? Folgenlos möglich werden all diese Reduzierungen der Präsenz bei von Bülow, weil es bei ihm ohnehin keine reale Bedrohung gibt – und wenn sie sich doch entwickeln sollte, in Wochen, Monaten, wenn nicht Jahren zu bemessende Warnzeiten zur Verfügung stehen.

Es dürfte aber doch wohl wenig wahrscheinlich sein, daß ein Gegner, der glaubt, einen bestehenden Interessenkonflikt nur noch militärisch lösen zu können, einen gemächlichen politischen Eskalationsprozeß einleitet, damit auf der anderen Seite genügend Zeit für den Aufwuchs einer schwach präsenten Armee zur vollen Verteidigungsstärke vorhanden ist. Es wäre zweckmäßig gewesen, wenn sich von Bülow, der ansonsten angebliche Erfahrungen der Nahost-Kriege reichlich zitiert, einmal über die Warnzeiten in diesen Kriegen informiert hätte. Damals ging es um Stunden und Tage, nicht um Wochen, Monate oder gar Jahre.

In These 12 fordert von Bülow, „beide Seiten" müßten „die Fähigkeit zum Überfall ... gezielt abrüsten". Diese Formulierung unterstellt, der Westen verfüge über diese „Fähigkeit". Doch dies trifft nicht zu. Die NATO ist nach politischer Struktur, Strategie, Gliederung, Ausbildung und Ausrüstung nicht in der Lage, eine strategische Großoffensive durchzuführen. Die Forderung nach „struktureller Nichtangriffsfähigkeit" geht daher ins Leere – ganz abgesehen davon, daß angesichts des bestehenden Kräfteverhältnisses derzeit ohnehin bereits eine „faktische Nichtangriffsfähigkeit" des Westens besteht. Allerdings kann die konventionell deutlich unterlegene NATO auf das beweglich geführte Verteidigungsgefecht und damit auch auf den taktischen Gegenangriff nicht verzichten. Die Vorneverteidigung, zu der sich von Bülow ja verbal bekennt, darf nicht zur modernen Maginotlinie degenerieren.

Ganz im Trend von Bülowscher Gedankenführung liegt schließlich die Forderung, „der Warschauer Pakt sollte seine Strategie der Vorwärtsverteidigung aufgeben". In Verhandlungen, so von Bülow weiter, solle erreicht werden, daß die Sowjetunion ihre Verteidigung nicht mehr auf dem Gelände des Gegners durchzuführen beabsichtigt.

Man ist in diesem Zusammenhang geneigt, sarkastisch zu fragen, wie es denn wohl gehen kann, daß ein Staat seine Verteidigung auf fremdem Territorium plant, ohne vorher angegriffen zu haben. Doch damit kann die Sache nicht abgetan werden. Denn von Bülow versucht mit dem Begriff „Vorwärtsverteidigung" die offensive Strategie und offensive Streitkräftestruktur des Warschauer Paktes völlig umzuinterpretieren und damit den sowjetischen militärischen Kräfteaufbau zu bagatellisieren.

Es wäre noch vieles zu den konkreten militärischen Forderungen in diesem „Entwurf" von Bülows zu sagen. Dies muß jedoch an dieser Stelle unterbleiben. Zwei besondere Aspekte dieser „Wege zur Sicherheitspartnerschaft" dürfen jedoch nicht unerwähnt bleiben: die eigentliche Vision von Bülows und die Qualität seiner konkreten Handlungsanweisungen für die aktuelle Politik.

Was die politische Vision von Bülows anlangt, so zielen alle politischen und militärischen Maßnahmen seines Forderungskatalogs auf die Idylle des neutralen Kleinstaats – einer Oase der Ruhe im Getümmel der Weltmächte. Zwar soll die Neutralität bewaffnet sein, doch dies nur zum Schein. Denn auf der einen Seite will von Bülow die Wehrdienstzeit im Milizheer der Bundesrepublik auf sieben bis acht Monate verkürzen – auf der anderen Seite aber stellt er selber fest, daß Wehrpflichtige „frühestens im III. Quartal ihrer Ausbildung ernsthaft eingesetzt werden können". Das heißt doch wohl im Klartext, daß alle präsenten Verbände praktisch nicht einsatzfähig sind, weil höchstens 20 Prozent der Soldaten sich im III. Ausbildungsquartal befinden.

Der Qualität der Vision entspricht denn auch die Qualität der Handlungsanweisungen. Sie bestehen im wesentlichen aus Ratschlägen, einseitige Vorleistungen zu erbringen und die Sowjetunion durch eigenes Beispiel in Zugzwang zu bringen. Was aber, wenn die Sowjetunion diesen Zugzwang zur Reziprozität nicht verspürt? Wann hat die Sowjetunion je Vorleistungen honoriert? Wäre es nicht an ihr, der militärisch stärkeren Macht, Vorleistungen zu erbringen?

Die SPD wird in den nächsten Monaten deutlich machen müssen, welchen Weg sie einschlagen will. Findet sie zurück zu den gemeinsamen Positionen deutscher Sicherheitspolitik, die sie in ihrer Regierungsverantwortung vertreten hat oder geht sie Arm in Arm mit den Grünen den Weg in eine unsichere Zukunft der Isolierung im Westen und verstärkten Abhängigkeit vom Wohlwollen des Ostens?

Die Frage richtet sich auch an den Kanzlerkandidaten Johannes Rau, der bislang zu dieser alternativen Sicherheitspolitik geschwiegen hat, die ein beachtlicher Teil der Partei in sein Programm schreiben will. Spürt der Politiker Johannes Rau, welcher politische Spagat dem Kandidaten Johannes Rau zugemutet wird? Die Öffentlichkeit – insbesondere unsere Bundeswehr – hat Anspruch auf eine klare Antwort!



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ohne Glaubwürdigkeit

„Unsere neuen Tabus"; WELT vom 11. September

Sehr geehrte Redaktion,

Professor Lohmar ist für seine Ausführungen über neue Tabus in unserer Gesellschaft sehr zu danken.

Die Tabus berühren die politische *Moral und die Glaubwürdigkeit* unseres demokratischen Gemeinwesens. Man sitzt über die Weißen Südafrikas zu Gericht und kriecht vor den Sowjets. Unrecht und Gewalt werden *akzeptiert und hofiert, wenn sie* durch Macht „legitimiert" sind (man nennt dies wohl Realpolitik!).

Wir rufen unsere jungen Männer zum Wehrdienst und geben jährlich viele Milliarden für die Verteidigung unseres Landes aus, aber unsere Banken geben der UdSSR mit Hilfe der Bundesregierung fleißig Kredite, und unsere Wirtschaft macht mit ihr gern Geschäfte. Banken und Wirtschaft helfen der UdSSR, alle Kräfte der eigenen Volkswirtschaft auf die Aufrüstung zu konzentrieren.

Man schweigt über die Vertreibungsverbrechen an Menschen unseres Volkes, über die Mordtaten von Soldaten der Siegermächte an deutschen Zivilpersonen (Überrollen von Trecks *mit Flüchtlingen, Massenver*gewaltigungen, Jagdfliegertreibjagden auf zivile Einzelpersonen etc.), schlägt aber auf die Gefallenen der Waffen-SS ein.

Wir Berliner haben die S-Bahn boykottiert, haben auf den Autobahnen der DDR nicht getankt und sind *nicht preiswert mit Interflug geflo*gen. Unsere Regierungen haben uns durch Swing und Kreditgewährung eines „Besseren" belehrt.

Mir scheint, die Abstinenz nicht weniger Bürger von den politischen Parteien und der politischen Willensbildung hat etwas mit dem Mangel an politischer Moral in unserem Lande zu tun.

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Pfeiffer,
Berlin 33

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit *großer* Genugtuung und Zustimmung habe ich den Artikel von Professor Lohmar gelesen.

Ich sprach dieser Tage mit jemand, der nach langjährigem Auslandsaufenthalt wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt ist. Mein Gesprächspartner äußerte sein Unverständis über die Wirklichkeit in unserem Lande, die Beschreibung dieser Wirklichkeit und die Gemütslage der *Mehrheit* unserer Bürger. *Das* Ausland steht kopfschüttelnd vor diesem Phänomen der Einseitigkeit, der Irrationalität und der nihilistischen Einstellung unseres Volkes gegenüber Problemen, die in Anbetracht der heutigen Möglichkeiten geradezu winzig sind im Vergleich zu früheren Zeiten.

Den von Herrn Lohmar angeführten Beispielen möchte ich zwei hinzufügen: Unsere Befassung mit der sogenannten „Neuen Armut" und die Hysterie um die Walderkrankungen. Auch diese beiden Themen werden fast ausschließlich mit Emotionen anstatt mit Ratio behandelt.

Ich würde mir wünschen, daß solche mutigen „tabubrechenden" Äu*ßerungen und Standpunkte wie die* des Herrn Professor Lohmar häufiger in unseren Medien zu Wort kämen.

Mit freundlichen Grüßen
Karl Knipschild, MdL
Landtag von Nordrhein-Westfalen

Ohne Hülle

„Jenninger: Statt Reichstag die Mauer einpacken"; WELT vom 11. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Herrn Bundestagspräsidenten gebührt Dank für seine Entscheidung gegen eine Verpackung des Reichstagsgebäudes.

Unverständlich ist dagegen, daß er in dieser Frage nicht alle verantwortlichen Politiker hinter sich wissen kann. Daß zum Beispiel die Senatoren Hassemer, Fink und Kewenig die Verpackung dieses „Symbols unserer demokratischen Traditionen" (so Dr. Jenninger) befürwortet haben, ist dem Ansehen des Berliner Senats sicher abträglich. Soll damit eine „liberale" Haltung um jeden Preis demonstriert werden, die grundsätzlich alles zuzulassen bereit ist, was nicht gerade gegen das Grundgesetz verstößt?

Rudolf Pasch,
Vorsitzender des Demokratischen Klubs Berlin, Berlin 15

Schlechte Sitte

Kürzlich brachte die WELT die Nachricht, daß der hamburgische Senat beschlossen hat, dem hamburgischen Vertreter in Bonn eine Ministerialzulage zu bewilligen. Hamburg hat damit die gute Tradition gebrochen, daß diese verdeckte Gehaltszulage, die in anderen Bundesländern schon lange üblich ist, hier nicht gezahlt wird. Man wird wohl befürchten müssen, daß der Tag kommt, an dem man feststellt, daß nicht nur der in Bonn tätige Senator diese Zulage braucht.

Anstatt ein Vorbild der Enthaltsamkeit zu geben und die anderen Länder dazu aufzurufen, diese unsoziale und unsittliche Zulage endlich einzustellen, wie das wenigstens im Saarland notgedrungen geschehen ist, eignet man sich eine schlechte Sitte an.

Man muß hier den sozialdemokratischen Hamburger Senat auch fragen, wie das zu den Beschuldigungen paßt, die Bonner Regierung mache die Reichen reicher und die Armen ärmer?

Auf der anderen Seite wird die hamburgische Bevölkerung durch die jetzige Regierung dauernd mit höheren Abgaben, sei es für Strom, Wasser und Gas, sei es für Gebühren bei den Behörden belegt. Es werden also gerade hier die Armen ärmer gemacht und ein gut dotierter Mann reicher. Man hat auch seit einigen Jahren Gebühren für den Eintritt in die Museen erhoben, was früher in *Hamburg nicht üblich* war.

Dr. M. Hennig,
Travemünde

Behindert in Hamburg

„SPD-Politiker rechnet mit Senatorin Schuchardt ab"; WELT vom 6. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

es wurde über den *Haushalt* der Kulturbehörde in Hamburg sehr hart diskutiert und der Senatorin angeblich leichtfertiger Umgang mit Steuergeldern vorgeworfen. Bei allem Respekt vor der Tatkraft der Kultursenatorin Helga Schuchardt muß auch ich sie in einem Fall sehr hart *rügen: Sie hat völlig unsozial eine* recht große Menschengruppe von Veranstaltungen staatlicher Theater, Konzertsäle, Planetarien usw. ausgesperrt.

Zwar werden für Körperbehinderte Bordsteine abgesenkt, Fahrstühle, Rampen usw. in Theater und Versammlungsräume eingebaut, Menschen mit Hörbehinderungen jedoch können dort nichts verstehen, weil in staatlichen Theatern usw. entweder keine Höranlagen vorhanden sind oder sie völlig unzureichend oder nicht funktionsfähig sind. Das gilt auch für das Deutsche Schauspielhaus, das kürzlich mit einem Aufwand von 70 Millionen Mark umgebaut wurde.

Die Senatorin und die Baubehörde als Fachbehörde haben gegen einen Beschluß von Senat und Bürgerschaft verstoßen, in dem angeordnet wird, daß bei Neu- und Umbauten staatlicher Gebäude durch entsprechende Gestaltung oder Umgestaltung und technische Hilfen Behinderten die Nutzung öffentlicher Einrichtungen ermöglicht wird und man sie somit am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen kann (9. Wahlperiode, Drucksache 9/3972).

Nach meiner Information bei einem Hersteller würde eine Anlage für das Deutsche Schauspielhaus nur 25 000 Mark kosten. Die Kulturbehörde lehnte rundweg ab und behauptete, daß so etwas 200 000 Mark kosten würde. Ich habe darauf sehr energisch eine fachliche Untersuchung empfohlen und gefordert. Die Sozial- und Baubehörde als Fachbehörden unterrichtete ich. Höchst unwillig bequemte man sich. Ergebnis der Untersuchung las ich in einem Schreiben der Kulturbehörde. Sehr gut geeignet, soll eingebaut werden und kostet *tatsächlich* nur ca. *25 000 Mark*, wenn sich die Finanzierung regeln läßt. Mittel für eine Höranlage waren entgegen Senatsanordnung vergessen worden einzuweben! Da der Mittelansatz aber recht hoch sei (70 Millionen Mark), beständen gute Aussichten. Andernfalls wolle man alles *so einrichten, daß auch nachträglich* montiert werden kann. Man dankte mir für die wertvolle Anregung und meine Bemühungen.

Der Deutsche Schwerhörigenbund hatte angeboten, widrigenfalls die Finanzierung aus Spenden zu übernehmen. Darauf ist die Kulturbehörde überhaupt nicht eingegangen.

Als dann 1984 die Presse mit bewegten Worten von zusätzlichen Arbeiten am Schauspielhaus aus Einsparungen und von Deckenmalereien aus Spenden berichtete, fragte ich bei der Kulturbehörde schriftlich an, wie es mit der Höranlage stände. Die lapidare Antwort war, daß man aus Kostengründen keine neue Anlage eingebaut habe und lediglich die alte verbessert worden sei.

Ich bin gespannt, wie lange es dauert, bis man in einem hamburgischen Theater ohne Schwierigkeiten richtig hören bzw. verstehen kann. Das Thema Infrarottechnik ist übrigens viel weitgespannter und betrifft nicht nur Hörbehinderte. Man kann mit dieser *Technik erreichen, daß man auf* allen Plätzen gleich gut hört.

Horst Lang-Heinrich,
Hamburg 50

Wort des Tages

» Wir sind so eitel, daß uns sogar an der Meinung der Leute, an denen uns nichts liegt, etwas gelegen ist. «

Marie von Ebner-Eschenbach, österreichische Autorin (1830–1916)

Standhaftigkeit

Die Union wirft der SPD das Tagen in Arbeitsausschüssen mit kommunistischen Parteien vor. Wie verhalten sich aber die Unionspolitiker im deutsch-polnischen Forum? Auch dieses ist auf der polnischen Seite auf Kommunisten beschränkt.

*Da sollten endlich einmal die Uni*onspolitiker, die dort teilnehmen, standhaft die grundsätzliche Pflicht erfüllen und die völkerrechtliche Lage den Polen klarmachen: Die Ostverträge sind keine Ersatzfriedensverträge, sie enthalten keine Anerkennung von Gebietsübertragungen oder Teilungen und besagen nichts über eine faktische oder politische Bindewirkung. Man muß endlich den Polen klar sagen: Deutschland besteht nach Staats- und Völkerrecht fort; es gibt keine völkerrechtswirksame Vereinbarung über Gebietsfragen und noch keine verbindliche Neuregelung der deutsch-polnischen Vorkriegsgrenze!

Welche Funktion hat bei diesen Gesprächen der rheinland-pfälzische *Ministerpräsident? Er ist doch für* Außenpolitik nicht zuständig und hat wenig ostdeutsche und osteuropäische Erfahrung.

Reinhard Penner,
St. Augustin 3

US-Flugzeug flog aus Iran nach Israel

AP/SAD, **Tel Aviv**

Das Rätselraten um eine DC-8 der *US-Regierung*, die am Sonntag nach dem Abflug aus Iran über der Türkei vorübergehend als vermißt gemeldet war, ist gestern endgültig beendet worden: Der Generaldirektor des *Ben-Gurion-Flughafens* bei Tel Aviv bestätigte offiziell, daß die aus Täbris kommende Maschine am Sonntag auf dem Flugplatz gelandet und nach einer Reparatur an Funkgerät und Elektronik gestern wieder gestartet sei. Zvi Gov-Arie verweigerte jede Auskunft darüber, was das US-Flug*zeug in Iran zu tun hatte.* Amerikanische Flugzeuge haben normalerweise keine Landerechte in Iran.

Gov-Arie erklärte, die Maschine habe Fracht an Bord gehabt, sei jedoch auf dem Flughafen weder ent- noch beladen worden. Die israelische Zeitung „Haaretz" meldete jedoch, die *DC-8 sei ohne Fracht gelandet.* Das Flugzeug sei aber in einen Teil des Flugplatzes geschleppt worden, welcher der israelischen *Luftfahrtindu*strie vorbehalten sei. In diesem Zusammenhang erklärte Israels Vize-Premier und Außenminister Yitzhak Shamir: „Wir liefern keinerlei Waffen an Iran." Israel mische sich nicht in bewaffnete Konflikte ein.

Chinas neuer Plan bekräftigt Reformen

dpa/rtr, **Peking**

China will die Fortsetzung der Wirtschaftsreformen und die Erweiterung der unternehmerischen Entscheidungsbefugnisse in den Mittelpunkt des 1986 in Kraft tretenden neuen Fünfjahresplans stellen, *gleichzeitig aber zur Vermeidung* ungesunder Überhitzungen ein gemäßigteres Wachstumstempo anstreben. Dies äußerte gestern Ministerpräsident Zhao Ziyang in Peking auf einer nationalen Delegiertenkonfrenz der KP Chinas. Die Industrie- und Agrarproduktion solle jährlich durch*schnittlich um sieben (statt wie bis*her zehn) Prozent wachsen. Parteichef Hu Yaobang bekannte sich zur Verjüngung der Führung und zur Pensionierung von mehr als hundert Altfunktionären. Hu kündigte an, es würden anstelle der 64 aus dem ZK ausgeschiedenen Mitglieder und Kandidaten 90 Funktionäre „in jungen und mittleren Jahren" gewählt, also das 364 Mitglieder zählende Exekutiv-Organ der Partei vergrößert.

Eine zweite Terrorwelle verwirrt Kopenhagen

G. MEHNER, **Kopenhagen**

Dänemark ist in kurzer Zeit zum zweitenmal von einer Terrorwelle überrollt worden, eine schlimme Erfahrung für die von Friedfertigkeit geprägte politische Kultur dieses Landes. Bei den Bombenanschlägen im Juli auf das Büro der North-West-*Airlines und auf die Jüdische Syn*agoge war ein Tourist getötet und 20 weitere Passanten verletzt worden.

Während im Sommer jedoch eine antiamerikanische Komponente mit im Spiel war, sind diesmal die Terrorakte jetzt ausschließlich antisemitisch: Ziele waren das „Danish Co*sher Food"-Geschäft* und ein auf Israel-Touren spezialisiertes Reisebüro. Bei beiden Geschäften entstand erheblicher Sachschaden.

Beschwichtigungsversuche, daß das Juli-Ereignis ein Einzelfall war, greifen nach den jüngsten Explosionen jetzt nicht mehr. Man fragt sich: Ist Dänemark ein modischer Tummelplatz für zwielichtige Elemente geworden?

Bei ihrer Suche nach den Attentätern tappt die dänische Polizei noch im dunkeln. Das gilt auch für die erste Terrorserie. Hilflos sind ihre Versuche, die begreifliche Ungeduld der Öffentlichkeit und der rund 7000 Mitglieder umfassenden jüdischen Gemeinde, mit einem Aufklärungsergebnis des ersten Falles zu beruhigen.

Am Dienstag gab es erste Festnahmen, die den ersten Anschlag vom Juli aufklären helfen sollten: In einer Blitzaktionen waren in Kopenhagen, Arhaus und auf Jütland arabische Asylanten verhaftet worden. Aber auch hier stand die Polizei bald wieder mit leeren Händen da. Alle neun verdächtigen *und festgehaltenen Li*banesen waren am Mittwochabend bereits wieder auf freien Fuß.

Die Behörden nahmen bisher auch noch nicht zu dem Bekenntnis der *moslemischen extremistischen* Terrororganisation „Heiliger Islamischer Krieg" Stellung. Diese hatte in Beirut bekannt, ihre „skandinavische Zelle" habe Vergeltung für einen israelischen Angriff auf ein südlibanesisches Dorf geübt.

Die bislang ungeklärte Täterschaft *öffnet Spekulationen Tür und Tor.* Israelische diplomatische Kreise in Kopenhagen vermuten wegen des Ausbleibens von Bekennererklärungen nicht arabische, sondern neonazistische Kreise hinter den Terrorakten. Gerade um Anschläge zu vermeiden, hatte das „Israeltour"-Reisebüro vor zwei Jahren in „Scanvac" umfirmiert. Dieses Wissen konnten nur inländische extremistische Zirkel haben. Zudem ging ein Bombenanschlag in Oslo auf neonazistisches *Konto.* Andererseits *explodierten* bei beiden Anschlagswellen die Bomben fast gleichzeitig. Die gleiche Technik, die gleichen Kreise? Bislang weiß die dänische Polizei noch nicht einmal, ob die Bombenkonstruktionen in beiden Fällen die gleichen waren.

Noch verwirrender: Der Bruder *des dänischen Oberrabbiners* Bent Melchior, Arne Melchior, ist Verkehrsminister. Sollte etwa das sensible Gleichgewicht Poul Schlüters Viererkoalition in Schwierigkeit gebracht werden? Dieses „Vierer-Kleeblatt", eine Minderheitsregierung mit einer parlamentarischen Mehrheitsbasis nur in Wirtschaftsfragen, ist in der Außen- und Sicherheitspolitik ziemlich labil.

Verursacher der politischen Wechselbäder sind die *Radikalliberalen*, die nicht zum Koalitionskreis gehören. Sie unterstützen Schlüter bei der langfristigen finanz- und wirtschaftspolitischen Gesundung des Landes. Ihrer langen neutralistischen und antimilitärischen Tradition getreu stimmen sie jedoch in sicherheits- und außenpolitischen Fragen regelmäßig mit den oppositionellen Sozialdemokraten. Dies führt ebenso regelmäßig zu „Fußnoten" der Regierung in Kommuniqués der EG- und NATO-Ministertreffen, die in wichtigen Fragen Vorbehalte anmelden.

Nachdem die wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufräumungsarbeiten (Haushaltssanierung und Zahlungsbilanz) erste Erfolge zeigen, scheint Schlüter seine Prioritäten jetzt etwas anders zu setzen. Der finnische *Ministerpräsident* Kalevi Sorsa erhielt bei seinem jüngsten Besuch in Dänemark auf seinen Vorschlag für ein gemeinsames Gutachten über eine atomwaffenfreie Zone in Skandinavien nicht nur keine ausreichende, sondern gar keine Antwort.

Zweifellos trafen die jüngsten An*schlagserien Dänemark völlig* unvorbereitet. Ministerpräsident Schlüter wird sich deshalb parallel zum Abbau des Haushaltsdefizits nun der Terrorismusbekämpfung widmen müssen.

● DÄNEMARK

Moskau weist weitere sechs Briten aus

RMB, **Moskau**

„Genossen, dieser Mann hat ein freundliches Lächeln, besitzt aber auch eiserne Zähne", so stellte Gro*myko dem Zentralkomitee* am 11. März dieses Jahres Gorbatschow als neuen Generalsekretär der KPdSU vor. Als hartgesottenen Parteichef, ohne Takt und Tarnung muß ausgerechnet die britische Premierministerin Margaret Thatcher eben diesen Gorbatschow kennenlernen, den sie bei ihrem persönlichen Treffen in Großbritannien und im Kreml so positiv beurteilte. Der KP-Chef hat gestern weitere sechs britische Angehörige aus der UdSSR verwiesen, sie mit dem Etikett „einer ihrem Status nicht vereinbaren Tätigkeit" versehen. Eine Standardformel, mit der Spionagetätigkeit umschrieben wird.

Seit dem vergangenen Wochenende wurden also insgesamt 31 Briten des Landes verwiesen. Erneut trat gestern der britische Botschafter in Moskau, Sir Bryan Cartlege, seinen Gang ins Außenministerium der UdSSR an. Dort eröffnete ihm Wladimir Suslow die Ausweisung der sechs Briten, des Reuter-Korrespondenten sowie fünf Botschaftsangehörigen.

Von den bisher in Moskau 14 ansässigen Korrespondenten sind derzeit nun nur noch acht tätig. Die britische Botschaft in Moskau schrumpfte auf einen Bestand von nur noch 28 Diplomaten und 21 Angestellten zusammen. Waren vor den Ausweisungen noch 101 akkreditierte britische Staatsangehörige – das *heißt Diplomaten, Journalisten und* Geschäftsträger – in der Landeshauptstadt der UdSSR tätig, so ist der Bestand nun auf 70 Personen geschmolzen. Demgegenüber sind in London noch immer 210 sowjetische Staatsbürger akkreditiert.

Botschafter Cartlege legte heftigen Protest ein, nannte dieses rigorose Vorgehen „einen gehässigen Racheakt gegen unschuldige Menschen, die schwer gearbeitet hätten, um die englisch-sowjetischen Beziehungen zu fördern. Die sowjetische Bevölkerung wurde bisher nicht über diese Vorfälle unterrichtet. Großbritannien wird auf die jüngsten sowjetischen Ausweisungsverfügungen nicht mit Gegenmaßnahmen reagieren. Premierministerin Margaret Thatcher sagte: „Wir werden auf ihre völlig ungerechtfertigten Ausweisungen nicht antworten."

Personalien

JUBILÄUM

Der unter Juristen bekannteste und originellste deutsche Jura-Repetitor, Dr. **Paul Schneider** aus Bonn, feierte sein 40jähriges Dienstjubiläum. Seit dem 1. September 1945 hat Schneider rund 10 000 Juristen in seinem Repetitorium ausgebildet. Der Präsident des Oberlandesgerichts Köln, Dr. Dieter **Laum**, lobte seinen früheren Ausbilder bei einer kleinen Feierstunde im Bonner Landgericht „als Lehrer mit ungewöhnlicher Breitenwirkung".

GEBURTSTAG

Professor **Werner Marx**, emeritierter Ordinarius für Philosophie, feiert heute seinen 75. Geburtstag. Fünfzehn Jahre lang, von 1964 bis 1979, lehrte er als Nachfolger **Martin Heideggers** an der Freiburger Universität. Mit Heideggers Philosophie und mit dieser Universität war Werner Marx indessen schon seit 1929 verbunden: hier begann er sein *Studium der Jurisprudenz* und Philosophie, bei Martin Heidegger hörte er Vorlesungen und wohnte auch seiner Freiburger Antrittsvorlesung bei. Seine juristischen Studien setzte er in Berlin – bei **Smend**, **Heller** und **Carl Schmitt** – und in Bonn – bei **Thoma** – fort, wo er 1932 sein *Staatsexamen ablegte und zum* Doktor jur. promovierte. 1938 ging Werner Marx nach New York, wo er an der „University in Exile" zunächst Nationalökonomie und dann bei **Karl Löwith** und **Kurt Riezler** Philosophie studierte. Schon während seiner Dissertation über die Ontologie des Aristoteles wandte sich Werner Marx wieder der Philosophie Heideggers zu. Die Auseinandersetzung mit Heidegger und zugleich mit den großen metaphysischen Versuchen der Tradition in der Absicht, Grundkategorien des Seienden freizulegen – vor allem in den Werken Aristoteles' und Hegels –, diese Aufgabe stand schon damals im Mittelpunkt von Werner Marx' philosophischem Forschen und Lehren. Dies bezeugt sein 1963 erschienenes Buch „Heidegger und die Tradition", das heute sowohl in Deutschland wie in den USA zu den Klassikern der Heidegger-Literatur zählt. Von seinem New Yorker Lehrstuhl wurde Werner Marx 1964 *als Nachfolger Martin Heideggers* und Direktor des philosophischen Seminars I an die Universität Freiburg berufen.

EHRUNG

Im Rahmen *einer Feierstunde* bei Verdun wurde die Robert-Schuman-Medaille „Fraternité d'Armes" **Walter Gruber**, Bahlingen/Kaiserstuhl, und **Jean Maurice Martin**, Paris, überreicht durch Dr. h. c. **Pierre Pflimlin**, Präsident des Europäischen Parlaments. Die Medaille ist 1976 von der Stiftung F. V. S. zu alljährlicher Verleihung an je einen *ehemaligen Kriegsteilnehmer* aus Deutschland und Frankreich zur Verfügung gestellt worden. Sie ist mit einem Ehrensold von je 2000 Mark verbunden, in Würdigung vorbildlichen Wirkens ehemaliger Soldaten in der Pflege grenzüberschreitender Freundschaft im Geiste europäischer Verbundenheit.

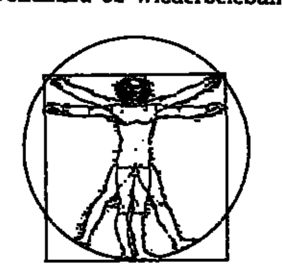
NOTIZEN

Schädliche Altstoffe

Heidelberg (dpa) – Eine Liste von 50 seit längerem im Handel befindlichen Chemikalien, die dringend auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden sollten, will die Gesellschaft deutscher Chemiker (GdCh) noch in diesem Jahr der Bundesregierung übergeben. Dazu werden schwerpunktmäßig chlorierte und aromatische Verbindung gehören. Vor dem Inkrafttreten des Chemikaliengesetzes 1980 seien etwa 45 000 Substanzen auf den Markt gekommen, deren Giftigkeit oft nicht genügend bekannt sei.

Toter Satellit

New York (SAD) – Der bei der letzten „Discovery"-Mission am 29. August gestartete Nachrichtensatellit „Syncom 4" hat „alle Arbeit eingestellt", wie ein Nasa-Sprecher erklärte, „ist tot und gilt als Totalverlust". Es sei höchst zweifelhaft, ob Wiederbelebungs-



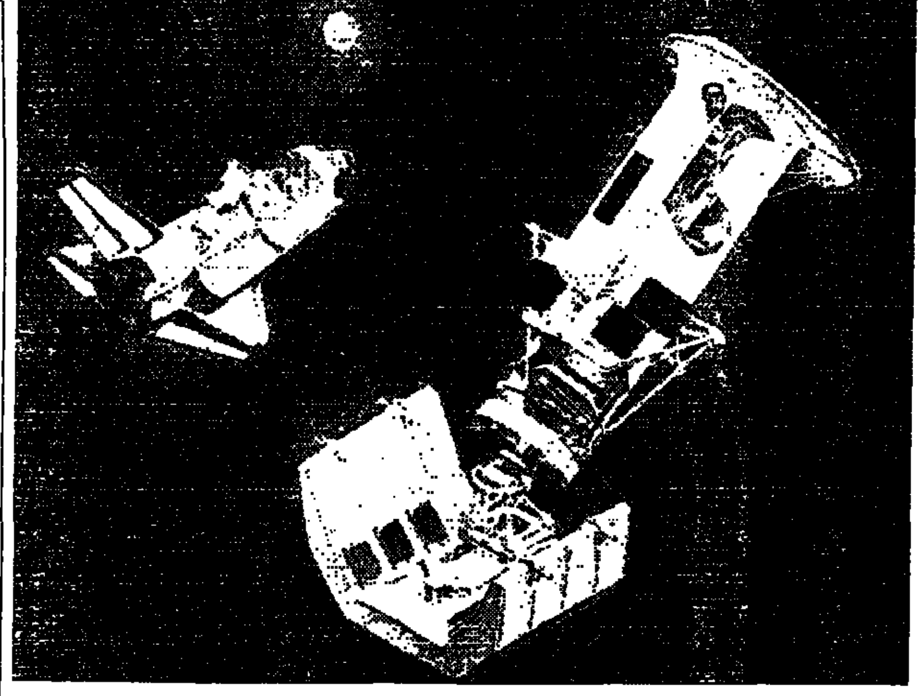
versuche erfolgreich sein werden. Für den Schaden in Höhe von 84 Millionen Dollar werden nun die Versicherungsgesellschaften aufkommen müssen.

Gebrochener Schall

Graz (FuE) – Wann ein gebrochenes Bein wieder einsatzfähig ist, kann jetzt ohne Röntgenaufnahme festgestellt werden. Grazer Mediziner haben ein Ultraschallverfahren entwickelt, mit dem rasch und ohne zusätzliche Belastung des Patienten der Heilungsverlauf bei Knochenbrüchen beurteilt werden kann. In den Gipsverband wird dabei ein kleines Loch geschnitten und die Ausbreitung des Ultraschalls gemessen. Diese ändert sich an der knöchernen Manschette, die rund um eine Bruchstelle entsteht.

Größte Primzahl

Los Angeles (AP) – Die größte bislang bekannte Primzahl haben durch Zufall amerikanische Wissenschaftler gefunden, die an der Entwicklung eines Supercomputers zur Berechnung von Ölvorkommen arbeiten. Es handelt sich um die Zahl „zwei hoch 216 091 minus 1". Sie hat 65 000 Ziffern und würde ausgeschrieben zwei Zeitungsseiten füllen. Primzahlen sind Zahlen, die nur durch 1 und durch sich selbst teilbar sind.



Die Zeichnung stellt oben links das Weltraum-Sonnenteleskop an Bord der US-Raumfähre dar. Unten ist es auf der europäischen Spacelab-Palette mit dem in der Bundesrepublik entwickelten Instrumente-Ausrichte-System montiert. Von der Vorarbeit der Physiker hängt es ab, ob sie einen weiteren Flug für das Instrument erhalten. Die Wissenschaftler sehen dies als Chance, bei einer künftigen Dauereinrichtung zur ständigen Sonnenbeobachtung beteiligt zu werden.

GRAFIK: NASA/MPG

Ein einziges Thema steht auf der Tagesordnung eines Workshops führender Sonnenphysiker in München: Die Vorbereitung eines Beobachtungsprogramms für das „optische Weltraum-Teleskop". Dieses sieben Meter lange Fernrohr soll Anfang der neunziger Jahre an Bord eines US-Space Shuttle zu seiner ersten Mission gestartet werden.

Ein Fernrohr für den Feuerball

Von DIETER THIERBACH

„Wir hatten zunächst mit dreißig Wissenschaftlern gerechnet," berichtet Eugen Hintsches von der Max-Planck-Gesellschaft. „Gekommen sind dann an die hundert aus der ganzen Welt".

Woher stammt dieses „brennende Interesse" an der Erforschung dessen, was auf unserem Zentralgestirn vor sich geht? „Die Sonne ist der einzige Stern, auf dessen Oberfläche wir Einzelheiten erkennen und somit im Detail untersuchen können", erklärt Tagungsleiter Hermann Ulrich Schmidt, wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Astrophysik. „Das optische Weltraum-Sonnenteleskop soll mit zehnfach besserer Auflösung als alles bisher Dagewesene arbeiten und bietet uns damit die einmalige Chance, Dinge zu sehen, die wir vorher möglicherweise noch nicht einmal geahnt haben."

Einen „gewaltigen Ruck nach vorne" soll das seit Anfang der siebziger Jahre geplante Weltraum-Sonnenteleskop in diese Forschungsarbeiten bringen. Es wird auf eine Palette des in Europa gebauten Spacelab montiert.

Während des Fluges ist es mit der amerikanischen Weltraumfähre fest verbunden. Mit Hilfe des in Deutschland entwickelten und beim letzten „Spacelab 2"-Flug vom 29. Juli bis 6. August dieses Jahres erstmals erfolgreich erprobten Instrumenten-Ausrichte-Systems IPS (= Instrument Pointing System) wird das Teleskop auf die Sonne gerichtet. Es stellt die größte wissenschaftliche Nutzlast dar, die für das Space Shuttle von der amerikanischen Luft- und Raumfahrtbehörde Nasa bisher entwickelt worden ist.

Die „Väter" des „Solar Optical Telescope" (SOT), Richard Dunn vom Sacramento Peak Observatory und Alan Title vom Lockheed Palo Alto Research Laboratory in Kalifornien, vergleichen den Einsatz des Sonnenfernrohrs mit der Rolle des Mikroskops bei der Erforschung des Bluts: „Erst nach der Erfindung des Mikroskops war es möglich geworden, die einzelnen Blutkörperchen zu erkennen und so schließlich auch ihre Strukturen und Funktionen zu erklären, vorher gab es bestenfalls Spekulationen."

Ähnliche Auswirkungen wird auch das Sonnenteleskop haben: Es soll von der Sonnenoberfläche Aufnahmen liefern, die erstmals Einblicke in die Grundstrukturen der Sonne erlauben und damit die Voraussetzung für ihre gründliche Erforschung darstellen.

In der Tat zeigen die schärfsten, bisher möglichen Fotos eine „Körnchen"-(lateinisch: granula)-artige Struktur der Sonnenoberfläche, die „Granulation". Im äußeren Drittel, unter ihrer Oberfläche, geschieht der Energietransport durch Konvektion, also durch Gasströmungen. Mit zunehmender Höhe kühlt das Gas ab, wird somit schwerer und sinkt an anderer Stelle wieder ab. Solche Granulen, die wie riesige Bagger den Transport der Hitze aus dem Ofen im Sonneninneren bewirken, „leben" durchschnittlich etwa acht bis neun Minuten lang.

Die Vorgänge können wegen der ständig vorhandenen Luftunruhe vom Erdboden aus nur undeutlich beobachtet werden, „beim Blick durch herkömmliche Fernrohre tanzt alles hin und her", bestätigt Hermann Ulrich Schmidt.

Erst vom Rand der Erdatmosphäre aus, etwa von ballongetragenen Fernrohren in etwa 30 Kilometer Höhe, sind bessere Beobachtungen möglich. Lange Serien von gestochen scharfen, also nicht „verwackelten" Bildern gelingen jedoch nur mit einem im erdnahen Weltraum operierenden Fernrohr.

Jedes Teleskop bündelt bekanntlich die untersuchte Strahlung. Damit das Sonnenfernrohr nicht als „Brennglas" wirkt, wird das von dem 1,3 Meter großen Primärspiegel des SOT-Geräts gesammelte Sonnenlicht auf einen zweiten, wesentlich kleineren Spiegel mit einem winzigen Loch gelenkt. Durch dieses Loch wird nur ein Prozent der Sonnenscheibe beobachtet. Das Licht der übrigen 99 Prozent der Scheibe wird wieder in den Weltraum zurückgeworfen und damit ist auch die Gefahr übermäßiger Erwärmung gebannt.

Mit dieser Optik können auf der 1,4 Millionen Kilometer im Durchmesser großen Sonnenscheibe noch kleinste Einzelheiten von etwa 70 Kilometern abgebildet werden. Das reicht nach Meinung der Wissenschaftler aus, um die grundlegenden physikalischen Prozesse in der solaren Atmosphäre zu studieren.

Therapie mit kleinen Fortschritten

US-Konferenz verabschiedet erstmals Empfehlungen zur Behandlung von Brustkrebs

Von JOCHEN AUMILLER

In der Bundesrepublik erkrankt jede 15. Frau an Brustkrebs – jährlich mehr als 20 000. In den Vereinigten Staaten ist es sogar jede elfte, 1985 insgesamt 120 000 Frauen. Bei einem Drittel von ihnen sind alle medizinischen Bemühungen vergebens: Sie erliegen dem Tumor. Trotz weltweiter Forschungsanstrengungen ist diese Krebsform noch immer eine der heimtückischsten. Erst wenn mindestens zehn Jahre nach der sogenannten Primärtherapie (meistens operative Entfernung des Tumors) kein Rückfall aufgetreten ist, kann man von einer Heilung sprechen.

Neben rasend schnell fortschreitenden Brustkrebsformen kennt man auch langsam wachsende, erst viele Jahre nach dem Ersteingriff wieder aufflackernde Varianten. Es gibt mindestens über 20 verschiedene biologische Wachstumsformen des Brustkrebses, die mit verschieden hohen Risiken belastet sind. Die Risiken schon bei der Diagnose abschätzen zu können, ist auch das wichtigste Ziel der Krebsspezialisten, die sich jetzt auf einer Konsensus-Konferenz der amerikanischen Gesundheitsbehörden in Bethesda bei Washington trafen. Denn an diesen Risiken sollte sich die Therapie orientieren.

Radikale Operation?

Oberstes Gebot ist immer noch die möglichst frühzeitige Erkennung des Tumorknotens und seine Entfernung. Über das Wie der Operation streiten sich die Experten schon seit Jahren. Muß die Brust radikal amputiert werden oder genügt lediglich eine Entfernung des Tumorknotens? Als ganz entscheidend hat sich in den letzten Jahren die operative Inspektion der Achselhöhle erwiesen. Die ersten Metastasen nisten sich nämlich in den Lymphknoten der benachbarten Achselhöhle ein. Einige Ärzte sind sogar der Ansicht, daß bei der Brustkrebsoperation zunächst in der Achselhöhle begonnen werden sollte, um die Ausdehnung der Geschwulst abschätzen zu können.

Schon seit langem weiß man auch, daß Östrogene das Krebswachstum anfeuern können. Deshalb wird auch heute noch bei Frauen vor den Wechseljahren als eine der ersten Therapiemaßnahmen die Entfernung der Eierstöcke diskutiert. Die Krebszellen der Brust tragen häufig, aber keineswegs immer, besondere Empfangsregionen für Östrogene und Progesteron. Die Bestimmung dieser Hormonrezeptoren wird heute als obligat angesehen, wird aber keineswegs überall durchgeführt.

Die Konferenz setzte sich speziell mit dem Nutzen der sogenannten adjuvanten Chemotherapie auseinander. Darunter ist eine begleitende medikamentöse Behandlung zu verstehen, mit der man kleinste Absiedlungen von Zellen aus dem Tumorknoten, sogenannte Mikrometastasen, die dem Auge des Operateurs entgehen, abzutöten versucht. Grundsätzlich stehen zwei Präparategruppen zur Verfügung: Am häufigsten eingesetzt werden Antiöstrogene, also Medikamente, die versuchen sollen, die hormonellen Wachstumsstimulatoren auszuschalten.

Die Therapie mit solchen Antiöstrogenen belastet die Frauen verhältnismäßig wenig. Die Zytostatistika-Kombinationen dagegen, die zwar Krebszellen abzutöten vermögen, aber dabei auch gesundes, rasch wachsendes Gewebe wie etwa das Knochenmark schädigen, bedeuten für die Frauen manchmal eine große Tortur.

Unterzieht man alle bisherigen wissenschaftlichen Studien einer kritischen Analyse, zeigt sich, daß die adjuvante Chemotherapie zwar einen kleinen, aber signifikanten Fortschritt gebracht hat. Die Onkologen forderten bis zu dieser Konsensus-Konferenz, die adjuvante Chemotherapie des Brustkrebses lediglich bei Patientinnen durchzuführen, die in kontrollierten klinischen Studien erfaßt sind. Sie brachten damit zum Ausdruck, daß es sich um eine experimentelle Therapie handelt, deren Nutzen noch keineswegs bewiesen ist. In der Bundesrepublik ist man auch heute noch dieser Ansicht, zumindest die Deutsche Krebsgesellschaft und die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren.

Risikofaktoren als Basis

Die amerikanische Konsensus-Konferenz hat den Bann gebrochen: Sie formulierte erstmals Empfehlungen für die medizinische Praxis, an denen sich auch die praktizierenden Ärzte, nicht nur die Krankenhausspezialisten orientieren können. Die Empfehlungen sind differenziert und orientieren sich an den Risikofaktoren. So wird bei unter 50jährigen Frauen mit positivem Lymphknotenbefund die adjuvante Therapie mit drei verschiedenen Zytostatika als Therapie der Wahl angeraten. Sind die Frauen bereits jenseits der Wechseljahre und werden bei der Tumorentfernung befallene Lymphknoten in der Achselhöhle sowie positive Hormonrezeptoren auf den Krebszellen gefunden, gilt ein Antiöstrogen als Routinebehandlung.

Zwischen diesen beiden als gesichert angesehenen Therapieverfahren gibt es eine vielfältige Abstufung. Auf die adjuvante Chemotherapie völlig verzichten kann man nach Ansicht des Konsensus-Gremiums bei Frauen nach 50, bei denen sich noch keine Spuren des Tumors in den Lymphknoten der Achsel erkennen ließen. Ihre Heilungsaussichten sind auch ohne diese Begleittherapie gut, vorausgesetzt, der Knoten wird operativ entfernt. Regelmäßige Kontrollen sind jedoch erforderlich, um die wenigen Frauen zu finden, bei denen die Krebserkrankung dennoch fortschreitet.

Das aktuelle Fachbuch

Gentechnologie – Chancen und Risiken

Der J. Schweitzer-Verlag hat sich an die Aufgabe gemacht, eine der größten wissenschaftlichen und ethischen Herausforderungen unserer Zeit in einer Schriftenreihe vorzustellen. Unter dem Begriff Gentechnologie faßt man alle Eingriffe in das Erbgut der Organismen zusammen, etwa die Übertragung von Genen von einer Art auf eine andere oder Manipulationen am genetischen Material. Darunter fallen Stichworte wie „Retortenbaby" oder die „Schöpfung im Reagenzglas". Dieser seit etwa einem Jahrzehnt sich stark entwickelnde Forschungszweig hat eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit ausgelöst. Von den einen gepriesen als die Chance, Hunger und Krankheit erfolgreicher als bisher zu bekämpfen, wird er von den anderen mißtrauisch beäugt wegen der beängstigenden Aussicht einer Manipulation am Erbgut des Menschen oder der Erschaffung neuartiger Organismen mit unvorhersehbaren ökologischen Folgen. Die Reihe dokumentiert zum einen Fachgespräche, die innerhalb der letzten zwei Jahre vom Forschungsministerium (Band 1), der Friedrich-Naumann-Stiftung (Band 2) und der Hans-Böckler-Stiftung (Band 4) organisiert worden waren, und ergänzt sie um interdisziplinäre Beiträge. Diese befassen sich mit dem ganzen Spektrum der aufgeworfenen Fragen von der naturwissenschaftlichen, über die ethische bis zur juristischen und wirtschafts- sowie sozialwissenschaftlichen Seite. Ein Bildband, der die Methoden der Gen- und Biotechnologie erklärt, wird im Herbst folgen.

LUDWIG KÜRTEN

Fünf Bände, Verlag J. Schweitzer, München. Im September erscheinen:
Band 3: „Genforschung – Fluch oder Segen?", hrsg. von R. Flöhl, 380 S., 29,80 DM, ISBN 3 88709 117 5.
Band 4: „Biotechnologie – Herrschaft oder Beherrschbarkeit einer Schlüsseltechnologie?", hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, 220 S., 24,- DM, ISBN 3 88709 135 3

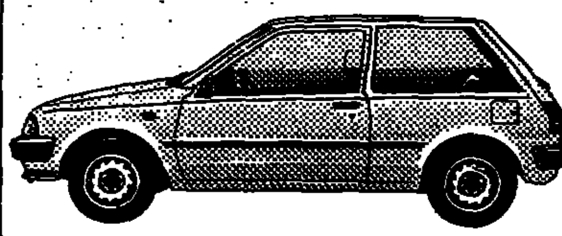
Es geht auch ohne Katalysator. Lesen Sie, warum.

NA BITTE!

Zur Erinnerung: Ab 1. 1. 1986 wird ernst gemacht mit den Abgaswerten. Wer die Normen erfüllt, kann Steuern sparen, wer nicht, wird gehörig zur Kasse gebeten.

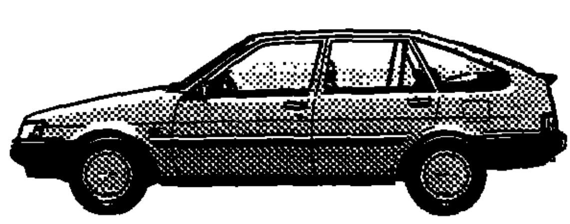
Soweit die Regel. Und nun zu einer höchst erfreulichen Ausnahme: Sie heißt Toyota Starlet 1,0.

Dieser Toyota ist nämlich nach einer für Sie im Preis inbegriffenen Umrüstung in der Lage, ohne Katalysator die neuen gesetzlich vorgeschriebenen Abgaswerte zu unterschreiten. Diese Umrüstung erfolgt ab Anfang 1986. Sie können also sicher sein, daß Sie mit Ihrem Toyota Starlet, den Sie jetzt kaufen, auf alle Fälle alle Steuervorteile nutzen können. Die technische Basis für dieses Kabinettstückchen liefert die Mehrventil-Technik seines 1,0-Liter-Motors.



Das heißt im Klartext für Sie: Sie fahren ohne Katalysator und bekommen trotzdem die volle Kfz-Steuer-Befreiung. Und das sind beim Starlet 1,0 immerhin stolze DM 750,– in den ersten 3 1/2 Jahren. Und zwar vom Zeitpunkt der Umrüstung an.

Gute Nachricht Nr. 2: Auch für alle Corolla 1,3-Liter-Modelle und den Toyota Starlet S 1,3 gilt, daß Sie ab 1986 ohne Katalysator Steuern sparen können. Sie sparen auch in diesem Fall, vom Zeitpunkt der Umrüstung an, über DM 100,– Kfz-Steuer im Jahr.



Drittens: Bei diesen Starlets und Corollas können Sie außerdem umweltbewußt bleifreies Normalbenzin tanken. Und wenn Sie mal, z. B. im Ausland, keinen bleifreien Kraftstoff bekommen, problemlos auch mit verbleitem fahren.

Schließlich die gute Nachricht Nr. 4: Alle Toyota Kunden, die sich zwischen dem 15. September und 31. Dezember für einen solchen Starlet oder Corolla entscheiden, bekommen ihren Wagen ohne Zusatzkosten von ihrem Toyota Händler umgerüstet*. Entscheiden Sie sich schnell, denn für 1985 stehen nur noch eine begrenzte Anzahl von Starlets und Corollas zur Verfügung.

Nähere Informationen bei allen Toyota Händlern.

* Vereinbaren Sie Ihren Umrüsttermin direkt mit Ihrem Toyota Händler.

TOYOTA

Porträt Robert Redford

Mit Sundance eine Schuld abtragen

Man schrieb das Jahr 1961, als Robert Redford mit seiner Frau Lola auf dem Sozius durch das Wasatch-Gebirge in ihrer Heimat, dem Mormonenstaat Utah, knatterte und ein idyllisch gelegenes Baugrundstück entdeckte: 8000 Quadratmeter groß und von der Gage seines soeben fertigen ersten Films gerade erschwinglich. Es war der Korea-Kriegs-Streifen „Hinter feindlichen Linien" mit dem damals noch schauspielernden Sydney Pollack, der seither sein bester Freund ist.

24 Jahre später wartet Amerika gespannt auf das Weihnachts-Kinoprogramm mit Robert Redfords 24. Film, seinem sechsten unter der Regie desselben Sydney Pollack, der zuletzt mit „Tootsie" seinen größten Erfolg als Regisseur verbuchte. In Pollacks soeben in Kenia abgedrehter Verfilmung des 1937 erschienenen Romans „Out of Africa" von Isak Dineson wagt sich der inzwischen 48jährige Superstar neben Meryl Streep auf schauspielerisches Glatteis: Er spielt einen Engländer.

Filmforum – ZDF, 22.50 Uhr

Aus dem 1,82 Meter großen Leinwandanfänger von 1961, für den bis dahin seine Frau als kleine Bankangestellte die Brötchen verdient hatte, wurde ein Superstar mit sechs Millionen Dollar Gage pro Film und in Utah der „König der Berge". Denn rund um seine 8000 Quadratmeter mit dem Wohnhaus aus Holz kaufte er immer mehr hinzu. Mittlerweile ist sein Reich fast neunmal so groß wie das Fürstentum Monaco. Er nennt es Sundance nach seiner Rolle im Film „Zwei Banditen", mit dem er 1969 seinen Weltruhm festigte, als er neben Paul Newman als Butch Cassidy dessen Kumpanen mit dem Spitznamen „Sundance Kid" spielte.

Sundance liegt 21 Kilometer von der Stadt Provo östlich der Salzseewüste und ist ein Skiparadies mit einer Herberge, einem Restaurant, eigenem Skilift, 50 Privathäusern, Pferdestallungen und einem See für Angler. Für 20 Millionen Dollar will Robert Redford auch noch ein Kunst-Center bauen. In seinem Sundance-Institut läßt Redford seit 1981 jeden Juni Seminare für den Nachwuchs hinter der Filmkamera – Regisseure, Autoren, Produzenten und Kameramänner – abhalten.



Gegen ihn ist die Sphinx ein Plappermaul: Robert Redford
FOTO: PANDIS

Nur unabhängige – das heißt: nicht bei den großen Hollywood-Gesellschaften unter Vertrag stehende – Filmemacher erhalten in Sundance Gelegenheit, ihre Ideen mit alten Filmhasen wie Regisseur Pollack, den Schauspielern Karl Malden und Robert Duvall und natürlich auch Robert Redford selbst zu diskutieren, der erst einmal – in „Eine ganz gewöhnliche Familie" – auch Regie führte und dafür gleich die Oscars für den besten Film und als bester Regisseur des Jahres 1980 gewann. Von bisher fünf seinem Sundance-Institut entsprungenen oder von ihm geförderten Filmen hat „El Norte" die ersten Lorbeeren eingeheimst.

Für einen Millionenverdiener ist das steuergünstig, da kann er manches abschreiben. Aber man darf Robert Redford auch glauben, wenn er sagt: „Ich verdanke dem Film viel. Mit dem Sundance-Institut will ich wenigstens einen Teil davon zurückzahlen." Die Liebe, die ihm sein Publikum entgegenbringt, erwidert er indessen nicht. Stets weicht er seinen Fans aus, nie gibt er Autogramme. Und bei seinen seltenen Interviews darf grundsätzlich nur über seine Filmarbeit gesprochen werden, nie über Privates, obwohl er da eigentlich nichts zu verbergen hat: Noch nie gab es das kleinste Skandälchen um ihn. „Mein Publikum hat Anspruch auf eine schauspielerische Leistung", meint er. „Mein Privatleben aber geht niemanden etwas an." Und sein Freund und Kollege Paul Newman sagte einmal über ihn: „Gegen Robert Redford ist die Sphinx ein Plappermaul." KARL-HEINZ KUKOWSKI

KRITIK

Mit Voltairescher Toleranz

Versaut die Bundeswehr unsere Jugend?" Mit der Frage machten die veranwortlichen Redakteurinnen von **Drei vor Mitternacht (WEST III)** klar, wohin sie am liebsten die abendliche Diskussion zwischen Soldaten, ehemaligen Zeitsoldaten, Müttern, Politikern und dem früheren Wehrbeauftragten Karl-Wilhelm Berkhan hätten sich bewegen sehen. Dennoch muß man ihnen zugute halten, journalistisch fair geblieben zu sein und nicht versucht zu haben, die Äußerungen, die der Frage entgegenliefen, zu unterdrücken oder zu beschneiden.

Die Diskussion in der Runde zeigte, was die Bundeswehr heute ist, ohne jede Beschönigung, aber auch ohne jede zu überzogene Kritik. Extreme Meinungen, die Armee sei ein „menschenverachtender Verein" oder der demokratischen Freiheit im Wege stehend, wurden auch vorgetragen. Doch entlarvten sie sich selbst als Vorurteil oder als die bizarre Ansicht eines auch äußerlich sich eher unbürgerlich gerierenden jungen Mannes. Berkhan setzte dem die alte Voltairesche Toleranz entgegen: „Ich kann Ihre Meinung nicht teilen, doch nehme ich sie zur Kenntnis."

Kurzum: Solche Sendungen können helfen, die Barriere zwischen dem Geschehen hinter dem Kasernenzaun und vor ihm niederzureißen. Hilfreich dabei sind junge Offiziere wie der Hauptmann, der eine gute Einstellung zu seiner Aufgabe an den Tag legte. RÜDIGER MONIAC

STUDIO

Unter dem Titel „Die Falkensteins" plant der NDR ein Konkurrenzunternehmen zu „Dallas" und „Denver". Dies gab Dieter Meichsner, Leiter der Abteilung „Fernsehspiel", anläßlich einer Pressekonferenz bekannt, bei der die **Fernsehspiele und -serien** der nächsten zwei Jahre vorgestellt wurden. Im Mittelpunkt der Falkensteins steht Arthur Barnim, Reeder und Haupt der Familie (Armin Müller-Stahl), sowie dessen Schwester Hedda, dargestellt von Inge Meysel. Es geht, wie in den amerikanischen Vorbildern, um Liebe, Geld, Tod und Intrigenspiele.

Bis die „Falkensteins" aber 1988 über die Mattscheibe flimmern, stehen beim NDR noch eine Vielzahl von Projekten, die alle im Hauptabendprogramm gesendet werden sollen, an. Interessant zu werden verspricht der Zweiteiler „Cortuga", der zu Beginn des nächsten Jahres gesendet wird. Es geht um das Schicksal eines deutschen Ehepaares in einem mittelamerikanischen Land, das von Revolutionswirren erschüttert wird.

Gleich in zwei Produktionen spielen zwei Bayern namens Huber die Hauptrolle. Im Fernsehspiel „Der ideale Lebenszweck" kämpft Bauer Huber um seine Existenz als Landwirt, der die vertrackten Bestimmungen der EG nicht durchschaut. Im Gegensatz dazu spielt sein Standesgenosse Zeilinger, Bürgermeister und Agrarfunktionär zugleich, gekonnt auf der Klaviatur von Quotenregelung und Subventionen. Während Huber beinahe im Milchsee ertrinkt, schöpft Zeilinger den Rahm ab.

Der Huber in „Europa à la carte" ist bayrischer Europa-Abgeordneter. Er versucht, im Kräftedreieck Brüssel–Straßburg–Landshut gegen den Leerlauf der EG-Bürokratie anzukämpfen. Die Darsteller für diese achtteilige Serie, die Anfang 1987 gesendet werden soll, stehen noch nicht fest. Dieter Meichsner, der diese Produktion redaktionell betreut, versprach aber eine „sensationelle Besetzung". Meichsner schreibt derzeit auch an drei weiteren Folgen der erfolgreichen Fernsehserie „Schwarz – Rot – Gold".

Zwei Fernsehspiele befassen sich mit Zeitgeschichte und der jüngsten Vergangenheit. „Ein einfacher Mensch" heißt eine Sendung, die sich mit dem Schicksal eines Mannes befaßt, der in Auschwitz nur deshalb überlebt hat, weil er bei der Vergasung und Verbrennung Hunderttausender mitarbeiten mußte. Die Live-Sendung „Der 41jährige Frieden", die im Herbst nächsten Jahres ausgestrahlt werden soll, beschäftigt sich mit den Kriegen, die seit 1945 stattgefunden haben und bei denen etwa genauso viele Menschen ums Leben kamen wie im Zweiten Weltkrieg. des

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Fußball-Europapokal
1. Runde – Hinspiele
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Im Krug zum Grünen Kranze
16.55 Stadtrallye
Eine Schnitzeljagd für Fixe
Die zweite Stadtrallye dieses Jahres macht uns mit der idyllischen Stadt Husum und ihrem Hafen am Wattenmeer bekannt.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der 7. Sinn
20.18 Jugend '85
Schule – echt ätzend?
Wie sie ist und wie sie sein könnte
Film von Veit Lennartz
Siebeneinhalb Millionen Mädchen und Jungen gehen heute zur Schule. Für viele ist die Schule ein notwendiges Übel. Für viele Jugendliche wirkt die Ungewißheit, was später aus ihnen werden soll, bis in die Schule hinein. Der Kampf um Punkte und ein enormer Leistungsdruck belasten die Schüler.
21.00 Mensch Meier
Spiele und Musik mit Alfred Biolek
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Der Schläfer
Kriminalfilm von Jürgen Roland
Eigentlich war die Versuchsreihe bei der Marine-Erprobungsstelle in Eckernförde fast abgeschlossen. Der Termin für die NATO-Präsentation des neuen Minenzünders ist schon festgesetzt. Doch für die „denkende Mine" interessieren sich auch Leute von der „Gegenseite".
0.35 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Unsere Nachbarn, die Briten
Der Totomann kommt
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tips für Aktive
Ob Kleinhubschrauber oder Segelflieger, mit dem Schnellbaukasten gelingt es inzwischen fast jedem, innerhalb eines Nachmittags ein fliegendes Spielzeug zusammenzuleimen.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Nervensäge
Die Landpartie
Mit Dieter Hallervorden u. a.
19.00 heute
19.30 Sing mit uns
Das große Wunschkonzert der Chöre
21.00 Aus Forschung und Technik
Autos – mit Zukunft?
Von Joachim Bublath
21.45 heute-journal
22.05 FJS & Co.
Politik made in Bavaria
Ein Porträt der CSU von Wolfgang Herles
22.50 Filmforum
Robert Redford in Sundance
Von Dorothea und Ron Holloway
23.35 Das königliche Spiel
Kanadischer Dokumentarfilm
Mit Anatolij Karpow, Viktor Kortschnoi u. a.
Regie: Gilles Carle
0.55 heute

SAT 1

13.30 Kum Kum
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Sichste in die Welt
15.30 Musicbox
16.30 Die Bären sind los
17.00 Kobra, übernehmen Sie
18.00 Abenteuer und Erlebnisse
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 High Chaparral
20.30 Santana und Hoart in Concert
21.30 APF blick
22.15 Ente auf Orange
Italienischer Spielfilm (1975)
23.55 APF blick

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
Ein Hinterhalt
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Sterbende Zeugen
Ende oder Wende im Denkmalschutz?
22.45 Biedermann und Bummelmeier
Die Welt des Carl Spitzweg
23.30 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.30 Die Straße der Mode
20.20 RTL-Spiel
20.30 Friedhof ohne Kreuze
Franz.-Ital. Spielfilm (1968)
22.00 RTL-Spiel
22.05 Der Tangokönig
22.30 Zeichentrick für Erwachsene
22.45 Wetter
22.50 Horoskop
22.55 Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Banditen am Scheideweg
Amerikanischer Spielfilm (1949)
Mit Randolph Scott u. a.
Regie: Gordon Douglas
21.45 Landesspiegel
Willi Illbruck
Porträt des Leverkusener Hochsee-Seglers
22.15 Kulturszene
Moderation: Hans Dieter Hüsch
23.00 Erkenntnis und Interessen – Brauchen wir Alternativen im Wissenschaftsbereich?
0.25 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Formel Eins
19.45 Internationales TV-Kochbuch: Großbritannien

HESSEN
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Viel Glück (3/4)
Gemeinschaftsprogramm:

NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Cabaret
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Mit Liza Minnelli, Michael York, Fritz Wepper u. a.
Choreographie und Regie: Bob Fosse
22.15 20 Jahre Bücherjournal
Zweiter Teil: 1977 bis 1985
23.05 Julian Becks letzter Auftritt
Erinnerungen an einen großen Theatermann
0.30 Nachrichten

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Martin Luther (1)
Fünfteiliger Film
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Zu Gast
Kultur in der Region
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Ein Stein es möcht erbarmen
Filmporträt des Hexenanwalts Friedrich Spee von Langenfeld
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.50 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Tatort
So ein Tag ...
20.25 Die Bildhauerin Antje Tesche-Mentzen
20.45 „Gott ist getreu"
100 Jahre Missions-Benediktinerinnen Tutzing
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Der große Coup
Amerikanischer Spielfilm (1973)
23.35 Rundschau
23.40 Actualités

FUSSBALL / Wieder Eklat um Bernd Schuster

Der frühere deutsche Fußballnationalspieler Bernd Schuster hat beim spanischen Meister FC Barcelona durch ein Rundfunkinterview erhebliche Mißstimmungen ausgelöst. Klub-Präsident Nuñez hat daraufhin Schuster mit dem Rauswurf gedroht. Im dritten Hörfunk-Programm des Südwestfunks berichtete *Siegfried Busch-Schlüter* über die Vorgänge in Barcelona. Die WELT hat diesen Bericht übernommen.


Bernd Schuster im Zorn
FOTO: SVEN SIMON

„Wenn ich zum Todesstoß ansetze, wird Blut fließen"

S. BUSCH-SCHLÜTER, Madrid

Zwar sitzen die Tränen bei ihm ganz locker, aber ein Seelchen ist er deswegen noch lange nicht. Ganz im Gegenteil, so gefühlsbetont sich *der Präsident des FC Barcelona*, Josep Llouis Nuñez, nach Erfolgen seines traditionsreichen Vereins auch geben kann, so unerbittlich kann er im Umgang mit seinen Spielern sein. Diese Seite, den grollenden Nuñez, lernt im Moment Bernd Schuster kennen, hochbezahlter und bislang hochgeschätzter *Star des katalanischen Renommierklubs*, der vorgibt, mehr als nur ein Verein zu sein.

Der Krieg der Worte, aus dem leicht ein Krieg der Sterne werden könnte, wenn der Star des Barca nicht zurücksteckt, begann am Samstagabend mit einem Interview im spanischen Rundfunk, in dem Schuster – *völlig* überraschend – eine Tirade gegen seinen Verein und die Journalisten von Barcelona losließ. Der Vereinsvorstand behandle die Spieler wie Dreck, und die Sportreporter seien entweder gekauft oder Lügner.

Auf diesen groben Klotz setzte Josep Llouis Nuñez einen noch gröberen Keil. „Wenn ich das Schwert ziehe, werden Köpfe rollen", erklärte *er, und dann, bildlich in* die Stierkampfarena hinabsteigend, „wenn ich zum Todesstoß ansetze, wird Blut fließen, und einige werden Tränen vergießen." Das ist zwar beim Stierkampf nicht üblich, aber das kümmert den Präsidenten wenig. Ganz in Rambo-*Manier* drohte der Präsident seinem aufmüpfigen Spitzenspieler, er *solle* ja nicht den Fall Maradona vergessen. Den habe er auch zum richtigen Zeitpunkt auf seine Weise geregelt. „Bis zum letzten Tag habe ich gesagt, Maradona wird nicht verkauft. *Dann habe ich das Problem end*gültig innerhalb von vier Stunden gelöst."

Maradona war am 1. Juli 1984 gegen eine hohe Ablösesumme nach Neapel verschoben worden. Das Verhalten des argentinischen Wuschelkopfes – auch er hatte zum Schluß gegen Vereinsvorstand und Presse gemotzt – verglich der Vereinspräsident jetzt mit den Attakken des Ex-Kölners. Schon in Köln habe Schuster Probleme gehabt, *repetierte Nuñez. In Barcelona* habe er dann auch eine konfliktreiche Saison durchgemacht. „Aber ich dachte, daß er sich geändert hat und daß er nach Verlängerung seines Vertrages und nach seiner Ernennung zum Kapitän reifer geworden wäre. Aber er hat sich nicht verändert", konstatierte Nuñez.

Dabei hatte es in letzter Zeit in Barcelona keinen Streit gegeben um den eigensinnigen Deutschen. Er war als Spielmacher anerkannt und hatte in Spanien eine hervorragende Presse. Was also motivierte *ihn zu diesem* Spontanangriff? Will Schuster Barcelona verlassen, weil er ein besseres Angebot erhalten hat? Das zumindest meint die in Barcelona erscheinende Tageszeitung „La Vanguardia" unter Berufung auf Trainer Terry Venables, dem Schuster offensichtlich von einem großartigen Angebot eines italienischen Vereins *erzählt* hat.

EISHOCKEY / Das fade Gastspiel des Viktor Schalimow in Innsbruck – Ein Star und das Heimweh

„In Gedanken bleibe ich in Moskau"

OLAF BROCKMANN, Innsbruck

Auf dem Eis, auf dem er 1976 in Innsbruck mit der Sowjetunion Olympiasieger wurde, scheint Viktor Schalimow diesmal auszurutschen. Zumindest sein Debüt für den Innsbrucker ERC war ein Reinfall. Schalimow, einst einer der weltbesten Angriffsspieler, fünfmal Weltmeister *mit der Sowjetunion, konnte* sich nie in Szene setzen. „Meine Lei*stung war wirklich schwach, aber es* kann nur besser werden", bekannte der 34jährige, den offensichtlich persönliche Schwierigkeiten bei seiner Jagd nach dem Puck in Österreich hemmen: „In Gedanken bin ich immer in Moskau." Und dementsprechend spielte er eben auch.

„Schalimow muß lernen, daß diese Meisterschaft kein Spaß, sondern echte Arbeit ist", fordert Gerhard Kießling, *früher deutscher* Bundestrainer und jetzt Coach des österreichischen Vizemeisters. „Er ist total von der Rolle und wird nur langsam in Schwung kommen." Oder vielleicht gar nicht mehr.

Viktor Schalimow, der vom sowjetischen Verband für ein oder zwei Jahre in den Westen ausgeliehen wurde, hat Rost angesetzt. „Nach diesem Gastspiel werde ich ohnehin meine Karriere beenden", *meint* der Sowjetrusse, der sich nach seiner Heimat und seiner Familie sehnt. Denn er wurde – sicherlich gezielt – von seinen Angehörigen getrennt. Seine Frau Irina befindet sich zur Zeit mit den beiden Kindern Jurij (12) und Marina (9) in Moskau. Erst in 14 Tagen wird seine Frau wieder nach Österreich zurückkommen. „Dann wird es vielleicht mit Schalimow etwas besser werden. *Denn er ist keine Eishockey-Maschine*, sondern ein *sensibler Mensch.*"

Beinahe jeden Tag telefoniert Schalimow *mit Moskau*. „Ich muß wenigstens die Stimmen von meinen Kindern *hören*." Das *Gastspiel*, so scheint es, wird für Schalimow eher eine Qual als eine schöne Zeit im Westen.

Nur ein paar Brocken Deutsch spricht er, kein Wort Englisch. Fünf Jahre lang hatte er in der Schule Deutsch gelernt, jetzt aber fast alles vergessen. „Das macht die ganze Sache natürlich noch komplizierter", weiß Schalimow. Das Zusammenspiel *mit seinen neuen* Vereinskameraden leidet darunter. „Im Training sind die Anweisungen natürlich kaum genau zu geben", meint Kießling. Er kritisiert vor allem, daß Schalimow viel später als geplant nach Innsbruck gekommen sei. Nur drei Wochen *lang* habe er sich in das neue Team einspielen können. So verlor Innsbruck das erste Saisonspiel *sogar* gegen den Aufsteiger Wiener EV mit 3:4 – trotz Schalimow.

In den 60 Spielminuten blitzte niemals jenes Können auf, mit dem Schalimow jahrelang die Eishockeyfans in aller Welt begeistert hatte. Dem 1,81 m großen und 84 kg schweren Sowjetrussen unterliefen viele Fehlpässe. Die 4000 Zuschauer, in erster Linie wegen des einstigen Superstars gekommen, gingen enttäuscht nach Hause.

Niedergeschlagen fuhr Schalimow derweil nach Mutters, einem kleinen Ort im Inntal, wo er derzeit mutterseelenallein in einer Pension wohnt. „Innsbruck ist ganz schön, vor allem die Altstadt, aber im Grunde ist mir *das ziemlich egal. Denn in erster Li*nie muß ich hier ja Eishockey spielen." *Müssen – das scheint* das Schlüsselwort für den Auftritt von Schalimow in Innsbruck zu sein. Denn nicht er, sondern der sowjetische Verband profitiert von diesem Gastspiel. Schalimow bekommt nur einen geringen Spesensatz, während die Funktionäre bei den Vertragsverhandlungen offenbar guten Gewinn für die UdSSR herausschlugen.

Nur 14 Tage, so Schalimow, seien bisher *für ihn in Österreich schön* gewesen. In den Schulferien waren seine beiden Kinder und seine Frau in Innsbruck. Beim Training hatte die Familie interessiert von der Tribüne aus zugeschaut. Kießling holte manchmal den kleinen Jurij zum Training aufs Eis. „Er trifft den Puck schon sehr gut. Er kommt dem Alten *schon ganz nahe, er kann bestimmt* auch ein Großer werden." Jetzt aber ist Schalimow in Innsbruck nur noch ein Schatten seiner selbst, ein alternder Star, der für die Sowjetunion Geld verdienen darf.


Schalimow in Aktion.
FOTO: SVEN SIMON

RALLYE IN CHINA

Aus für Waldegaard

sid, Peking

Der Finne Hannu Mikkola auf Audi Quattro Sport führt weiterhin in der Gesamtwertung der Rallye Hongkong–Peking vor seinem Landsmann Juha Kankunnen auf Toyota. Der schwedische Toyota-Fahrer Björn Waldegaard dagegen mußte – an dritter Stelle liegend – auf der *1000* Kilometer langen Transport-Etappe zwischen Wuhan und Kotse wegen eines Motorschadens aufgeben. Der Servicewagen war ausgefallen, deshalb konnten die Ersatzteile für die Reparatur nicht rechtzeitig bereitgestellt werden.

STAND ● PUNKT / *Status quo?*

Er wirkte austrainiert und ausgeglichen. Doch so richtig trainieren *kann* er *schon lange nicht mehr*, und das innere Gleichgewicht ist längst gestört. Zumindest seit jener Zeit, als er 14 Monate in den Gefängnissen der „DDR" zubringen mußte.

Damals haben sie Wolfgang Schmidt, dem früheren Weltrekordler im Diskuswerfen, das Versprechen abgerungen, nicht mehr mit einer Übersiedlung in den Westen zu liebäugeln und statt dessen brav in die fürsorgliche *Obhut* des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates zurückzukehren.

Inzwischen ist es sehr still um Schmidt geworden, zu still um einen Mann, der *einst das Aushängeschild* des „DDR"-Sports war und dessen Karriere abrupt beendet wurde. Den es von heute auf morgen nicht mehr gab.

Man bedenke: Einunddreißig ist er *jetzt, und damit* wäre er *jederzeit in* der Lage, den Kampf im Diskusring wiederaufzunehmen. Doch wo?

In der „DDR" und für die „DDR" kann er es nicht mehr. So ist die unabänderliche Sachlage. Warum lassen sie ihn dann nicht ziehen? DW.

FERNSEHEN

Im Kreuzfeuer

sid, Berlin

Der *sogenannte Globalvertrag*, den der Deutsche Sportbund (DSB) vor zwei Wochen mit den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten abgeschlossen hat, stößt bei den Fachverbänden und Landessportbünden zunehmend auf Kritik. So seien die 30 Millionen Mark, die ARD und ZDF bis 1991 an die Fachverbände zahlen, zu wenig. Außerdem wird das Erstzugriffsrecht der öffentlich-rechtlichen Sender beanstandet. DSB-Vizepräsident Hans Hansen verteidigte den Vertrag: Für die privaten Anbieter bleibe genügend Sport übrig.

NACHRICHTEN

Sieg für Liverpool

Liverpool (dpa) – Der englische Fußball-Erstligaklub FC Liverpool gewann das erste Spiel um den sogenannten Supercup der sechs aus den europäischen Cup-Wettbewerben ausgesperrten englischen Vereine gegen den FC Southampton mit 2:1.

Schuldenlast verringert

Duisburg (sid) – Der Fußball-Zweitligaklub MSV Duisburg hat seine Schuldenlast in der Saison 1984/85 von 3,2 auf 2,6 Millionen Mark verringert. Das wurde auf der Jahreshauptversammlung des derzeitigen Tabellenletzten bekannt.

Wittner verletzt

Frankfurt (sid) – Der deutsche *Seitpferd-Meister Manfred Wittner* (Herbolzheim) zog sich beim Kadertraining in St. Moritz eine Handverletzung zu und muß auf einen Start bei den Weltmeisterschaften verzichten, die vom 4. bis 10. November in Montreal stattfinden.

Antrag zurückgewiesen

München (sid) – Das Oberlandesgericht München hat der Berufung des Deutschen Schwimmverbandes (DSV) in zweiter Instanz stattgegeben *und den Antrag* des Kölner Schwimmers Wilfried Kühlem auf einstweilige Verfügung abgewiesen. Der DSV hatte Kühlem trotz Qualifikation nicht für die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles nominiert. Kühlem hatte daraufhin geklagt.

ZAHLEN

FUSSBALL

Europa-Cup, Pokal der Meister. Hinspiel erste Runde: FC Zurrieq – *Bayer Uerdingen 0:3 (0:2)*. – **UEFA-Cup**, Hinspiel, erste Runde: Slavia Prag – St. Mirren/Schottland 1:0 (0:0), *Valur Reykjavik/Island – FC Nantes* 2:1 (0:0).

MODERNER FÜNFKAMPF

Junioren-Weltmeisterschaft in Kiew, Einzelwertung, Endstand: 1. Jagoroschwili (UdSSR) 5672 Punkte, 2. Makejew (UdSSR) 5572, 3. Iliev (Bulgarien) 5435, 4. Kalnioki (Ungarn) 5432, ... 9. Marsollek (Deutschland) 5247. – Mannschaftswertung: 1. UdSSR 16 548, 2. Ungarn 16 154, 3. Bulgarien 15 332, 4. Frankreich 15 332, 5. CSSR 15 272, 6. Italien 15 234, ... 9. Deutschland 14 722.

VOLLEYBALL

Länderspiel der Damen in Berlin: Deutschland – Holland 3:0.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 23 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 535

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Charles Hernu gerät unter starken Druck

▲ Fortsetzung von Seite 1

Deckung des Verteidigungsministers handeln können. Hernu sei also Mitwisser gewesen und schweige bis heute.

Ferner erfährt man, daß nicht Hernu Anfang August den Staatspräsidenten von der Tätigkeit mehrerer DGSE-Agenten in Neuseeland und der Verhaftung des Ehepaares Turenge unterrichtet habe, sondern Innenminister Joxe, der durch seine Polizeidienststellen über merkwürdige Nachforschungen neuseeländischer Kriminalisten auf Neukaledonien nach angeblichen französischen Agenten unterrichtet worden sei. Mitterrand habe darauf wütend Hernu zur Rede gestellt und auf dessen Leugnen hin den unabhängigen Staatsrat Bernard Tricot mit einer Untersuchung des Falles beauftragt. Tricot war nach dreiwöchigen Nachforschungen zu dem Schluß gekommen, daß kein französischer Geheimagent den Auftrag zu einer Versenkung des Schiffes bekommen habe, mehrere aber zur Beobachtung der Greenpeace-Aktivitäten auf Neuseeland angesetzt worden seien. Tricot schloß indes schon damals nicht aus, „getäuscht" worden zu sein oder nicht die ganze Wahrheit erfahren zu haben. Diese wird nun gebieterisch von der Öffentlichkeit verlangt.

François Mitterrand allerdings hat die Erwartungen der Franzosen vorerst nicht erfüllt. Nach der Sitzung des Ministerrats hielt er seinen Verteidigungsminister einige Minuten lang zurück, nachdem die übrigen Kabinettsmitglieder den Elysee-Palast verlassen hatten. Zur gleichen Zeit sagte Regierungssprecherin Georgina Dufoix, die Regierung sei in der Greenpeace-Affäre „vollkommen solidarisch" und bemühe sich weiterhin um die vollkommene Aufklärung des Falles.

Offen bleibt die Frage, wer der Zeitung die Informationen zugespielt haben könnte. Wenn es Leute aus der Umgebung des Staatspräsidenten selber waren, so könnte ihnen das Motiv unterstellt werden, Mitterrand vor einem Watergate-Skandal à la Française zu schützen und die Verantwortung des Falles voll auf den Verteidigungsminister abzuschieben. Ausgeschlossen ist nicht, daß auch gewisse Kreise des linken Flügels der Sozialistischen Partei, die dem eher konservativen Verteidigungsminister Hernu Böses wollen und ihn nun in den Skandal verwickeln möchten.

Für Reagan ist SDI beim Gipfel kein Tauschobjekt

● Fortsetzung von Seite 1

skandale in Bonn die USA veranlassen würden, neu abzuschätzen, wie viele Informationen die USA mit ihren Alliierten in Europa noch teilen sollen, entgegnete Reagan ausweichend: „Eine derartige Neueinschätzung geht heute in der gesamten Welt vor sich." Zu der Frage, ob der Verrat von Militärgeheimnissen durch den Ex-Marine-Offizier John Walker Anlaß sei, die sowjetische Präsenz in den USA zu reduzieren, sagte Reagan lediglich: „Wir waren uns stets der Tatsache bewußt, daß die Sowjets mehr Agenten in unserem Lande haben als wir in ihrem."

Es war die erste offizielle Pressekonferenz Reagans seit seiner Krebsoperation vor zwei Monaten. Er wirkte frisch, ausgeruht, distanziert und gut vorbereitet. Auf die Frage, ob die Sowjets mit ihren zahlreichen Public-Relations-Manövern der letzten Wochen dabei seien, den Propaganda-Krieg vor dem Genfer Gipfel zu gewinnen, entgegnete er kühl: „Ich befinde mich nicht mit ihnen in einem Propagandaspiel."

Zu SDI sagte Reagan: „Die Forschung darüber, ob ein derartiges Verteidigungssystem machbar ist, bedeutet keine Verletzung irgendeines Vertrages. Sie wird fortgesetzt." Das treffe auch für das Testen und die Entwicklung dieses Systems zu. Beides sei ein legitimer Teil der Forschung. Reagan betonte jedoch, daß vor einer Installierung dieses Systems das Gespräch mit den Verbündeten und mit den Sowjets über seine Bedeutung und seine Auswirkungen als eines Mittels gesucht werden soll, die Welt von der nuklearen Bedrohung zu befreien. Außerdem müsse man im Auge behalten, daß die Sowjets in dieser Forschung den USA weit voraus seien und sie schon wesentlich länger betreiben als die USA.

Der Präsident betonte jedoch, daß er in Genf mit den Sowjets zu ernsthaften Verhandlungen entschlossen sei. Eine derartige Bereitschaft sei auf sowjetischer Seite nicht zu erkennen gewesen. Reagan: „Wir haben bisher mindestens sechs Versionen über mögliche Waffenreduzierungen angeboten. Sie haben dem jedoch bisher am Verhandlungstisch nichts entgegengesetzt. Sie wollen einfach darüber nicht diskutieren."

Auf die Frage, ob er und Gorbatschow sich mögen müßten, bevor sie miteinander ins Geschäft kommen könnten, erwiderte der Präsident: „Ich habe nicht die Absicht, ihm einen Freundschaftsring zu überreichen." Reagan fügte ernsthafter hinzu: „Es ist nicht nötig, daß wir uns mögen. Es ist nur nötig, daß wir wissen, daß es im Interesse unserer beiden Völker ist, die wir repräsentieren, wenn wir zu einer Entscheidung über die Bedrohung durch einen Krieg kommen. Wir sind, glaube ich, die einzigen Nationen in der Welt, die einen Weltkrieg starten können, und zugleich die einzigen, die ihn verhindern können. Das ist eine große Verantwortung für die gesamte Menschheit, und deshalb sollten wir diese Gespräche ernst nehmen."

DW. Moskau

Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass hat gestern in einer ersten Reaktion auf Reagans Äußerungen dessen „unkonstruktive Position" und „verleumderische Attakken" gegen die UdSSR verurteilt. Schon vor dem Gipfeltreffen habe Reagan jegliche Konzessionen in der SDI-Frage ausgeschlossen.

Verdacht ohne Fakten

■ Fortsetzung von Seite 1

im Kanzleramt berichtet.

Nach Angaben von Neusel hat sich der Spionageverdacht gegen Willner nicht auf dessen Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland gestützt. Er sei vielmehr durch Unstimmigkeiten im Lebenslauf des 59jährigen vor dessen „Flucht" Anfang 1961 aus der „DDR" entstanden. So habe Willner an der Leipziger Karl-Marx-Universität ein Journalistikstudium absolviert.

Die Geschichte des Verdachts gegen den Mann: Erstmals geriet Willner durch die Anfrage einer „befreundeten Botschaft" ins Blickfeld des BfV. Er war durch allzu interessierte sicherheitspolitische Fragen aufgefallen. Eine intensive Befragung durch den MAD anläßlich einer Wehrübung als Hauptmann der Reserve ergab auch keine negativen Erkenntnisse. Bei der Durchsuchung der Wohnung des Ehepaares in St.-Augustin Menden wurden nach Informationen der WELT ein Kurzwellen-Sender für den Empfang von Funksprüchen, Container als Versteck für Filme und Dokumente sowie größere Geldbeträge sichergestellt. Nach den Ermittlungen des Bundeskriminalamtes wurde die Wohnung seit dem 12. August, dem Tag des Urlaubsantritts des Ehepaares, nicht mehr betreten.

Koalition will Hilfen für Arbeitslose

PETER JENTSCH, Bonn

Mit insgesamt 1,88 Milliarden Mark will die Bundesregierung das „arbeitsmarktpolitische Instrumentarium treffsicherer" machen, um weitere 750 Millionen Mark sollen Wirtschaft und Arbeitnehmer durch eine Beitragssenkung zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 Prozentpunkte auf vier Prozent entlastet werden. Darauf einigte sich die Koalition in einem Spitzengespräch in der lange kontrovers geführten Diskussion um die Verwendung der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von insgesamt 5,3 Milliarden Mark.

Mit dem Ziel, die soziale Lage der Arbeitslosen zu verbessern und ihre Chancen für eine Wiedereingliederung in das Arbeitsleben zu erhöhen, ist vorgesehen, den Bezug von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer zu verlängern. Dafür sollen knapp 1,4 Milliarden Mark aufgewendet werden. Mit weiteren 745 Millionen Mark soll die berufliche Qualifikation Arbeitsloser gefördert werden.

Die Vorschläge:

- Der Bezug von Arbeitslosengeld soll für Arbeitslose ab 45 Jahren auf 16 Monate, ab 50 Jahren auf 20 Monate und ab 55 Jahren auf 24 Monate verlängert werden. Das ist eine Verlängerung um bis zu sechs Monaten gegenüber dem geltenden Recht.
- Arbeitslose ab 58 Jahren sollen Arbeitslosengeld oder -hilfe erhalten, ohne daß sie der Arbeitslosenvermittlung zur Verfügung stehen müssen. Beide Maßnahmen sind bis Ende 1989 befristet.
- Die Ehegattenfreibeträge in der Arbeitslosenhilfe (die nicht zur Unterstützung eines arbeitslosen Partners anrechenbar sind) werden von heute 325 Mark in zwei gleichen Schritten auf 650 Mark ab 1987 erhöht.

Neben diesen Leistungsverbesserungen wurde ein „Qualifizierungspaket" beschlossen, das im wesentlichen folgenden Inhalt hat:

- Jugendliche sollen durch ein höheres Unterhaltsgeld zur Fortbildung animiert werden. Das Unterhaltsgeld wird nach 75 statt wie bisher 50 Prozent des Facharbeiterlohns bemessen.
- Arbeitgeber sollen einen Einarbeitungszuschuß für „schwach qualifizierte" Arbeitslose auch bei befristeten Arbeitsverhältnissen erhalten. Der Zuschuß kann bis zu 70 Prozent des Bruttolohnes erreichen.
- Arbeitslosengeld oder -hilfe soll als Unterhaltsgeld bei einer Teilnahme an Bildungsmaßnahmen auch dann gezahlt werden, wenn der Anspruch nicht besteht.

SDI-Vertrag: Dregger für rasches Handeln

„Sicherheitspartnerschaft mit USA bekräftigen" / WELT-Gespräch

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Bundesregierung sollte nach Ansicht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, nach dem „fairen Angebot" der USA zur Beteiligung an der SDI-Forschung jetzt „zügig entscheiden" und ein Regierungsabkommen über die Mitarbeit deutscher Firmen an diesem Programm abschließen. Im Gespräch mit der WELT verwies Dregger darauf, daß die Ergebnisse der Gespräche einer deutschen Kommission unter Leitung des außenpolitischen Kanzlerberaters Teltschik zwar noch genau geprüft werden müßten. Aber eines sei schon jetzt klar: „Die USA sind bereit, die deutschen und europäischen Interessen in technisch-wissenschaftlicher, ökonomischer und strategischer Hinsicht voll zu berücksichtigen. Sie streben nicht nur nach mehr Sicherheit für sich selbst, sondern auch für Europa, und sie hüten sich sorgfältig vor dem Eindruck, deutsche und europäische Forschungskapazität zu Lasten Europas allein zu amerikanischem Nutzen in Anspruch nehmen zu wollen." Damit werde der Eindruck bestätigt, den er – Dregger – bei seinen Gesprächen in Washington im Juni gewonnen habe.

Dregger fuhr fort, es gehe jetzt nicht nur um technisch-wissenschaftliche Fragen, die Gegenstand eines Regierungsabkommens sein würden. Es gehe jetzt auch um die Bekräftigung der deutsch-amerikanischen Sicherheitspartnerschaft, die seit vierzig Jahren den Frieden in Europa erhalten habe und die durch keine andere ersetzt werden könne, auch nicht durch eine Sicherheitspartnerschaft mit der Sowjetunion, wie sie von der SPD angestrebt würde.

Bedrohung ausschalten

Durch eine Entscheidung der Bundesregierung für ein Rahmenabkommen zur Regelung der Zusammenarbeit im Bereich der SDI-Forschung würden spätere Entscheidungen darüber, „was, wann und in welchem Umfang an Raketenabwehrsystemen geschaffen werden soll, nicht präjudiziert".

Der Fraktionsvorsitzende warnte eindringlich davor, auf die von interessierter Seite gesteuerte Desinformationspolitik hereinzufallen. Bei SDI gehe es nicht um eine Militarisierung des Weltraums. Dregger: „Der Weltraum ist längst militarisiert durch die große Zahl der Offensivraketen, die alle durch den Weltraum fliegen." Bei SDI gehe es darum, durch Abwehrsysteme die außerordentliche Bedrohung durch Offensivraketen auszuschalten oder zumindest so wesentlich zu verringern, daß sie für den Angreifer an Wert verlieren. Den jetzt von der „DDR" und der Tschechoslowakei gemeinsam an die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Wunsch, über eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu verhandeln, wies Dregger als unseriös zurück. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die „DDR" noch die Tschechoslowakei verfügten über chemische Waffen.

Weltweite Null-Lösung

Weder Parteiabkommen von SPD und SED noch Verhandlungen, wie sie jetzt vorgeschlagen würden, könnten die chemischen Waffen beseitigen. Gefragt seien die Besitzer chemischer Waffen, also Washington und Moskau. Dregger forderte die SPD sowie die kommunistischen Führungen der „DDR" und der CSSR dazu auf, sich bei der Sowjetunion dafür einzusetzen, daß es zu einer weltweiten Null-Lösung bei chemischen Waffen komme. Die USA und die NATO seien dazu bereit.

Dregger forderte den amerikanischen Verbündeten dazu auf, die Beseitigung aller chemischen Waffen zum Gegenstand der Verhandlungen zwischen Gorbatschow und Reagan zu machen. Neben der atomaren brauche die Welt keine chemische Abschreckung. Auf diesem Felde sei es für beide Seiten möglich, sich zu bewegen, ohne die eigene Sicherheit oder die Sicherheit der jeweiligen Alliierten zu gefährden.

Nur eine weltweite Null-Lösung biete Schutz, da C-Waffen-freie Zonen nicht auch bedrohungsfrei seien. Selbst wenn die Bundesrepublik Deutschland, die „DDR" und die CSSR keine Chemiewaffen auf ihrem Gebiet stationiert hätten, so wäre es für die Sowjets kein Problem, von Polen oder den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion aus in den sogenannten chemiewaffenfreien Zonen ohne jegliche Verzögerung solche Kampfmittel einzusetzen.

Dregger erklärte abschließend, für die demokratische Öffentlichkeit der westlichen Länder sei es wichtig, nüchtern und verständigungsbereit ihre eigenen Sicherheitsinteressen gegenüber einer Macht zu verteidigen, deren Ziele expansiv seien und die sich eine ungeheure Überrüstung zugelegt haben, auch bei den chemischen Waffen, bei denen der Westen fünfzehn Jahre lang auf jede eigene Produktion verzichtet habe.

„Sowjets setzen in Angola C-Waffen ein"

DW. Bonn

In Angola operierende sowjetische Verbände setzen chemische Waffen ein. Das erfährt die WELT aus Kreisen der angolanischen Widerstandsbewegung Unita in Lissabon. Die Unita will in den nächsten Tagen der internationalen Presse Beweise dafür vorlegen. Die chemischen Kampfstoffe werden von Flugzeugen aus auf die Gebiete abgeworfen, die die von den Sowjets unterstützen Regierungstruppen bei ihrer jüngsten Offensive an die antikommunistische Unita verloren haben. Diese Offensive ist auf dem Gefechtsfeld offensichtlich gescheitert, und die Unita mache derzeit im Gegenangriff erhebliche Bodengewinne.

Vogel: Grüne 1987 nicht im Bundestag

dpa, Wiesbaden

Der Oppositionsführer im Bundestag, Hans-Jochen Vogel (SPD), glaubt nicht mehr, daß die Grünen 1987 in den Bundestag zurückkehren werden. Seine Beurteilung der Erfolgsaussichten der Umweltpartei im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl habe sich nach den Niederlagen der Alternativen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen geändert, sagte der Chef der SPD-Bundestagsfraktion gestern in Wiesbaden bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Ministerpräsident Holger Börner (SPD). Die Grünen gäben in wichtigen Fragen wie in der Außen- und Sicherheitspolitik keine oder „nicht weiterführende" Antworten.

Lambsdorff für rasche Streikrecht-Änderung

DW. Bonn

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat gegenüber der „Bild"-Zeitung die Änderung des Streikrechts noch in diesem Jahr für notwendig erklärt. Er sagte: „Wenn das Vorstandsmitglied der IG Metall, Jansen, vorschlägt, im nächsten Frühjahr neue Tarifverträge nur mit einer Laufzeit von sechs Monaten abzuschließen und im Herbst '86 neue Tarifverhandlungen auch über Arbeitszeitverkürzung aufzunehmen, dann kann ich nur sagen: Nachtigall, ick hör dir trapsen ... Da wird eine Streiksituation drei Monate vor der Bundestagswahl vorbereitet. Die Regierung muß sehr aufpassen, daß nicht wieder Beiträge der Arbeitnehmer zur Arbeitslosenversicherung zur Streikkasse umfunktioniert werden."

WELT DER WIRTSCHAFT

Die Lücke im Haushalt

cd. – Präsident Reagan kann sich außerhalb der USA des Beifalls für seine an den Kongreß gerichtete Warnung vor Handelsbeschränkungen sicher sein. Ob seine Worte im eigenen Land Gehör finden, erscheint dagegen mehr als zweifelhaft. Denn die protektionistischen Kräfte bekommen immer mehr Oberwasser, je drastischer sich die außenwirtschaftliche Schieflage der USA verschlimmert. Begründet werden die Forderungen nach Importbeschränkungen zwar damit, daß die amerikanischen Handelspartner auf diese Weise zu einer Beendigung ihrer unfairen Handelspraktiken gezwungen werden sollen. Aber letztlich würde diese Strategie nur in einen ausufernden Handelskrieg eskalieren, bei dem keine Seite gewinnen kann.

Vor allem aber wären Importbeschränkungen, auch wenn sie nur gegenüber wenigen Ländern ergriffen würden, nichts weiter als ein wirkungsloses Kurieren an Symptomen. Denn die Hauptursache des immer größer werdenden Lochs in der amerikanischen Handelsbilanz ist schließlich der hohe Dollarkurs, und der ist eine indirekte Folge des riesigen Budgetdefizits. Die Überbewertung des Dollars schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie und löst einen immensen Importsog aus.

Daran können Handelsschranken nicht das geringste ändern. Aber auch die von Reagan geforderte forciertere Expansionspolitik in anderen Ländern wird die USA nicht aus der Sackgasse führen. Der einzige Ausweg führt über ein beherztes Anpacken der Haushaltsprobleme.

„Qualität“

E. N. – Eine ganzseitige wunderschön aufgemachte Anzeige in einem Blatt, unter dessen Lesern man Leute mit höchstem Einkommen vermuten darf, schloß nach der Anpreisung der Luxus-Ware in den höchsten Tönen mit dem Satz: „Qualität hat seinen Preis.“ In der Phonetik, aber auch nur da, ist „Qualität“ das, was man an Sprachlauten wahrnehmen, aber nicht messen kann. Bei dieser Anzeige kann man den falschen Sprachlaut wahrnehmen und sehr gut messen, was damit bei der potentiellen Kundschaft angerichtet wird. Es ist so ähnlich, als ob der Spitzenkandidat einer Partei sich hinstellen würde, um zu fordern: „Wählen Sie meiner!“ Die stets weibliche Qualität, lateinischen Ursprungs, steht für Beschaffenheit, Eigenschaft. Sie kann schlecht und gut sein, was eigentlich auch beachtet werden müßte, wenn man sie denn schon zitiert. Im übrigen steht „Qualität“ auch für Güte. Haben Sie also die Güte, geehrte Werbewirtschaft, der Qualität ihren weiblichen Chrakter zu belassen.

Sozialstaat auf Pump

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

In Italien verdichtet sich jeden Tag mehr die schmerzliche Erkenntnis, daß der Sozialstaat in dem bisherigen Umfang nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Dabei mehren sich die Signale, daß die Koalitionsparteien erste Schritte zur Sanierung schon in das Finanzgesetz einbauen werden das bis Ende dieses Monats dem Parlament zur Verabschiedung vorgelegt werden muß. Schlagworte wie das des sozialistischen Arbeitsministers Gianni de Michelis, daß künftig „alle nicht mehr alles haben können“ und die Forderung des christdemokratischen Schatzministers Giovanni Goria nach „mehr Markt und weniger Staat“ weisen sämtlich in die gleiche Richtung. Der italienische Sozialstaat so wie er in den letzten 15 Jahren aufgebaut wurde, ist am Ende.

Ausgangspunkt ist die inzwischen von allen mit Wirtschaftsfragen betrauten Ministern akzeptierte Tatsache, daß der italienische Sozialstaat in seiner jetzigen Form nicht mehr finanziert werden kann. Die Aufblähung beider Systeme, des staatlichen Gesundheitswesens und der staatlichen Sozialversicherung, hat ein solches Ausmaß angenommen, daß sie zusammen mittlerweile ungefähr zur Hälfte am Gesamtfehlbetrag des Staatshaushalts beteiligt sind. Die andere Hälfte entfällt auf den Zinsendienst für die Staatsschuld, die ihrerseits wiederum nicht zuletzt durch die seit Jahren immer stärker angeschwollenen Sozialausgaben verursacht wurde.

Dabei halten sich diese Ausgaben – von einigen Ausnahmen abgesehen – durchaus im Rahmen der vergleichbaren Systeme in den anderen westlichen Ländern. Gegenüber den übrigen Partnerstaaten völlig aus dem Rahmen fällt lediglich die Zahl der Invalidenrentner: Fünf Millionen auf 56 Millionen Einwohner, im Vergleich zur Bundesrepublik beispielsweise zehnmal so viel. Hier ist aber zu berücksichtigen, daß das Gros dieser Invalidenrenten auf Süditalien entfällt und dort an die Stelle der schlecht funktionierenden Arbeitslosenunterstützung, wenn nicht überhaupt an die Stelle der staatlichen Armenfürsorge, tritt.

Der fundamentale Unterschied gegenüber den anderen großen Industriestaaten des Westens liegt vielmehr darin, daß sich Italien pro Kopf seiner Bevölkerung einen Sozialaufwand leistet, dem als Vorbild wirtschaftlich wesentlich weiter entwikkelte Länder zu Grunde liegen, das italienische Pro-Kopf-Produkt und -Einkommen aber gleichzeitig weit hinterherhinkt.

Dabei hat der Druck der auf der Wirtschaft lastenden Sozialabgaben schon jetzt einen solchen Umfang erreicht, daß Eingriffe auf der Einnahmeseite des Staates kaum noch möglich sind. Nach einer OECD-Untersuchung die sich auf das Jahr 1983 bezieht, belief sich der Anteil der Sozialabgaben in Italien auf 14,6 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, womit Italien in der westlichen Welt nur noch von Frankreich übertroffen wurde und selbst sogar die Bundesrepublik übertraf, die nur auf 13,3 Prozent kam.

Aus diesem Grunde gehen alle italienischen Reformbestrebungen jetzt dahin die Leistungen teils zu kürzen, teils gestaffelt auf die wirklich bedürftigen Einkommensschichten zu konzentrieren. Das Motto „Mehr Markt und weniger Staat“ bedeutet, so verstanden, daß in Zukunft die oberen Einkommensschichten ermuntert und ermutigt werden sollen auf private Formen der Versicherung auszuweichen. Mit dem neuen System das den Kern der staatlichen Gesundheitsfürsorge und der staatlichen Sozialversicherung für die Masse der Bürger zumindest im Prinzip zu bewahren gedenkt, will die Regierung – wie Ministerpräsident Bettino Craxi kürzlich der dem Spitzenverband der Industrie gehörenden Wirtschaftszeitung „Il Sole – 24 Ore“ erklärte – die Annäherung an „europäische Verhältnisse“. Das heißt auf der Leistungsseite vor allem Schluß machen mit Ineffizienz und Verschwendung, und auf der Seite der Benutzer Anpassung der von den Bürgern gezahlten Preise und Abgaben an die tatsächlich gebotenen Leistungen.

Diese Anomalien ist die Regierung Craxi jetzt zu korrigieren entschlossen. Eile tut freilich not. Denn schon im laufenden Jahr wird das italienische Staatsdefizit den Prognosen der EG-Kommission zufolge beinahe 18 Prozent und die Staatsschuld 99 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Beides Zahlen, die den EG-Durchschnitt mittlerweile um beinahe das Zehnfache überschreiten.

VERKEHRSWESEN / Das Kabinett verabschiedete den Bundesverkehrswegeplan

Die Wirtschaft beklagt zu geringe Mittel für Straßenbauinvestitionen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

In den Ausbau der Verkehrswege wird bis 1995 allein der Bund 126 Milliarden Mark investieren. Das sieht der Bundesverkehrswegeplan 1985 vor, der gestern vom Kabinett verabschiedet wurde. Der Verkehrsminister bleibt mit mehr als zwölf Milliarden Mark jährlich der größte Investor des Bundes. Dadurch würden 240 000 Arbeitsplätze gesichert. Von den Spitzenverbänden der Wirtschaft wird kritisiert, daß für den Ausbau des Straßennetzes zu wenig Mittel bereitgestellt werden.

„Der Bundesverkehrswegeplan ist Koordinierungsinstrument für die Verkehrsinvestitionspolitik.“ Das erklärte Bundesverkehrsminister Werner Dollinger. Aufgrund von Verkehrsprognosen seien gesamtwirtschaftliche Projektbewertungen nach gleichen Maßstäben für die Verkehrswege Schiene, Straße und Wasserstraße vorgenommen und untereinander koordiniert worden.

Das Investitionsprogramm des Bundesverkehrswegeplans unterscheidet zwischen vordringlichem Bedarf (laufende Vorhaben und neue Vorhaben) und Planungen. Der Umfang des vordringlichen Bedarfs orientiert sich an den Finanzierungsmöglichkeiten der Jahre 1986 bis 1995 und bezieht als Planungsreserve weitere fünf Jahre mit ein.

Größter Bereich mit Bruttoinvestitionen von 50,1 Milliarden Mark oder 39,7 Prozent aller Investitionen bleibt das Bundesfernstraßennetz. Von 1976 bis 1985 wurden für die Bundesfernstraßen 53,3 Milliarden Mark oder 45,9 Prozent aller Investitionsmittel zur Verfügung gestellt. Nahezu die Hälfte der Mittel werden in den nächsten zehn Jahren benötigt, um die Substanz zu erhalten. Für den Neubau der Bundesautobahnen und ihre Modernisierung sowie für den Neubau von Bundesstraßen sind für die nächsten zehn Jahre 26,2 Milliarden Mark vorgesehen, verglichen mit 35,2 Milliarden in der vorangegangenen Planperiode.

Dollinger wies darauf hin, daß es bei dem Bundestagsbeschluß von 1980 bleibe, nach dem das Autobahnnetz im Endzustand eine Länge von rund 10 500 Kilometern haben wird. Im Vordergrund stünden jetzt Maßnahmen zur Schließung von Lücken und zur Herstellung des vollen Verkehrswertes vorhandener Teilabschnitte. Die regionalen Ergänzungen dienten vor allem der besseren Erschließung strukturschwacher und peripherer Gebiete. Beim Bundesstraßennetz liegt der Schwerpunkt (rund drei Viertel der Mittel) wie bisher beim Bau von Ortsumgehungen.

Investitionszuschüsse des Bundes für den Ausbau des Schienennetzes werden gegenüber den vergangenen zehn Jahren um rund 25 Prozent auf 35,0 Milliarden Mark steigen. Dieses sind dann 27,8 Prozent aller Verkehrsinvestitionen gegenüber 24 Prozent in der auslaufenden Planperiode. Dies unterstreiche die Bedeutung, so Dollinger, die die Bundesregierung der Modernisierung des Bahnnetzes beimißt. Neben der Fortführung der bereits laufenden Neu- und Ausbaumaßnahmen sind eine Reihe neuer Vorhaben in den Verkehrswegeplan aufgenommen worden. Allerdings sind keine konkreten Strecken beschlossen worden. Mit dem Kabinettsbeschluß werden nach Angaben Dollingers lediglich „generelle Notwendigkeiten festgelegt“. Dies gelte auch für die Schnellverbindung Köln–Rhein-Main.

Bei den Bundeswasserstraßen werden als letzte Neubauprojekte der Saarausbau und der Rhein-Main-Donau-Kanal fertiggestellt. Für die Verbesserung der kommunalen Verkehrsverhältnisse sollen in den nächsten zehn Jahren 27,8 Mrd. Mark je zur Hälfte für den öffentlichen Personennahverkehr und die Kommunalstraßen ausgegeben werden.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) bemängelt, daß die Verkehrspolitik sich den Haushaltszwängen unterordne. Bei den Fernstraßen zeigt sich nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), daß die zur Zeit verfügbaren Mittel weit unterhalb des Investitionsbedarfs liegen. Beide Organisationen setzen auf eine Nachbesserung bei den parlamentarischen Beratungen.

AUF EIN WORT

„Im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Anstrengungen, nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, sind die Unternehmen aufgerufen, auch ihre Verwaltungsapparate zu überdenken und Quellen der Effizienzsteigerung zu erschließen.“

Franz Vogt, Vorsitzender des Vorstandes der Voko Franz Vogt & Co., Gießen
FOTO: DIE WELT

KONJUNKTUR

DIW sieht die Wirtschaft weiter auf Wachstumspfad

dpa/VWD, Berlin

Die in den Sommermonaten in vielen Bereichen gekräftigte konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wird sich nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in diesem Jahr weiter fortsetzen. Dabei werde die Nachfrage „beim verarbeitenden Gewerbe weiter expandieren, wobei das Tempo der Inlandsnachfrage, insbesondere nach Investitionsgütern, nun wohl weiterhin größer sein wird als die Nachfrage aus dem Ausland“.

Als Gründe für die stärkeren Impulse aus dem privaten Verbrauch nennt das Institut in seinem jüngsten Wochenbericht den Anstieg des realen verfügbaren Einkommens bei günstigerer Beschäftigungsentwicklung, eine weitere Verlangsamung der Preissteigerung und die starke Nachfrage nach Personenwagen. Die Wirtschaftsexperten rechnen damit, daß die Verschuldungsbereitschaft der Haushalte angesichts gesunkener Zinsen und damit weniger attraktiven Möglichkeiten zur Anlage ihres Einkommens steigen wird.

Bei weiter gefestigter Investitionsneigung dürfte das reale Bruttosozialprodukt in der zweiten Hälfte dieses Jahres „gleichbeschleunigt zunehmen“. Bremsfaktor sei weiterhin die ubranche. Eine Erhöhung des Sozialprodukts im Vergleich zu 1984 von 2,5 Prozent „erscheint möglich“. Für die Zukunft schlägt das DIW eine Geldpolitik vor, die die Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte weiter erhöht. „Die Förderung weiterer Zinssenkungen durch die Deutsche Bundesbank ist daher trotz der inzwischen erreichten Fortschritte nötig“, appelliert das Institut.

Weniger Neuzulassungen

dpa/VWD, Flensburg

In der Bundesrepublik ist die Zahl der Neuanmeldungen von schadstoffarmen Pkw im August erheblich gestiegen. Wie aus einer Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) hervorgeht, wurden im August dieses Jahres fast 16 000 fabrikneue Pkw mit anerkannten umweltfreundlichen Abgaseinrichtungen zugelassen. Das waren 10,6 Prozent der insgesamt 149 929 Pkw-Erstzulassungen im August. Insgesamt wurden 1985 bisher mit 1,63 Millionen 2,5 Prozent weniger Autos als ein Jahr zuvor neu zugelassen. Im August waren es 173 117 neue Kraftfahrzeuge – fünf Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

EG-FINANZMINISTER

Etatentwurf der Kommission wurde kräftig gekürzt

WILHELM HADLER, Brüssel

Kräftig zusammengestrichen haben die Finanzminister der EG auch in diesem Jahr wieder die Haushaltsanforderungen der Brüsseler Kommission. Der Etatentwurf für 1986, den der Rat gestern morgen nach 19stündigen Verhandlungen verabschiedete, bleibt mit 71,9 Mrd. Mark Zahlungsermächtigungen um rund 6,5 Mrd. Mark hinter den Wünschen der EG-Behörde zurück.

Allerdings decken die bisher beschlossenen Ausgabenansätze nur einen Teil der Kosten, die der Gemeinschaft durch den Beitritt Spaniens und Portugals entstehen werden. Ohne weitere Maßnahmen zugunsten Madrids würden die Spanier entgegen allen Versicherungen der EG bereits im ersten Jahr ihrer Mitgliedschaft Nettozahler in der Gemeinschaft werden. Der luxemburgische Ratspräsident Jean-Claude Juncker versicherte nach der Sitzung, die EG-Partner stünden zu ihren eingegangenen Verpflichtungen. Über eine Aufstockung der Ansätze soll in der zweiten Lesung (am 26. November) entschieden werde. Hintergrund ist, daß der Rat dem EG-Parlament einen künstlich niedrigen Budgetentwurf übermitteln wollte, um die Marge des Parlaments für Ausgabenerhöhungen möglichst klein zu gestalten.

Immerhin bedeuten schon die vorläufigen Budgetansätze eine Ausgabensteigerung um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Nach den Kommissionszahlen wären die EG-Ausgaben um über 23 Prozent geklettert. Weitaus wichtigster Ausgabenblock bleiben auch 1986 die Garantieausgaben für die Landwirtschaft (rund 47 Mrd. Mark). Sie sollen jedoch trotz der Erweiterung nur um fünf Prozent steigen.

HANDELSSCHRANKEN

Reagan warnt den Kongreß vor mehr Protektionismus

H.-A. SIEBERT, Washington

Mit großem Ernst hat Präsident Ronald Reagan an den amerikanischen Kongreß appelliert, in der Auseinandersetzung um neue Handelsschranken einen kühlen Kopf zu behalten. Eine rücksichtslose Flucht in den Protektionismus führe wie der Smoot-Hawley Tariff Act von 1930 ins Unglück, erklärte er in seiner 31. Pressekonferenz in Washington. Endgültig gefährdet würden die Familienfarmen, ganze Industriezweige und viele Arbeitsplätze, weil die anderen Länder mit Vergeltungsmaßnahmen antworten würden. Erforderlich sei eine klare Vision in dieser schwierigen Zeit.

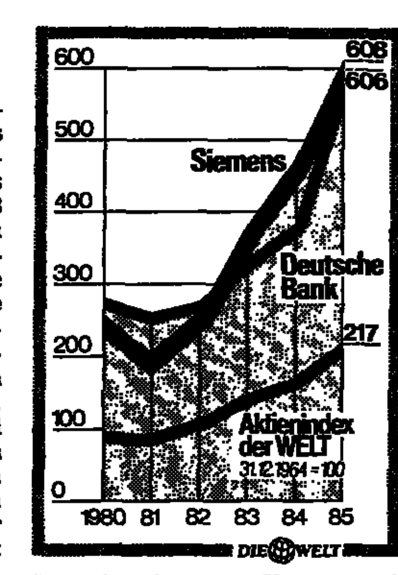
Reagan reagierte damit auf die ersten im Kongreß begonnenen Anhörverfahren, die den Abstimmungen über die nahezu 400 Handelsgesetzentwürfe in den Ausschüssen und im Plenum des Senats und Repräsentantenhauses vorausgehen. Große Chancen werden einem Gesetz, das von führenden Demokraten eingebracht worden ist und auf eine 25prozentige Importsteuer auf Produkte aus Japan, Taiwan, Südkorea und Brasilien zielt, eingeräumt. Erst kürzlich hatte der Präsident Einfuhrbeschränkungen für Lederschuhe abgelehnt und ein eigenes Handelsgesetz, das unfaire Absatzpraktiken strenger verfolgt, angekündigt.

Reagan führte die Konjunkturerfolge der USA auf die Steuersenkungen während seiner ersten Amtszeit und den freien und fairen Außenhandel zurück. Diese Politik habe Amerika mehr als acht Millionen Arbeitsplätze beschert, während andere Nationen, die an hohen Steuern und Protektionismus festhielten, Jobs verloren hätten und ihr Investitionskapital in die Vereinigten Staaten abgewandert sei. Der Präsident forderte die Handelspartner auf, dem Beispiel der USA zu folgen. Notwendig sei mehr Wirtschaftswachstum weltweit. Das diene auch Amerikas Export.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

HWWA fordert stärkere Steuersenkung

Hamburg (dpa/VWD) – Die Bundesregierung sollte nach Ansicht des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, über die bereits beschlossene Steuerreform 1986/88 hinaus weitere Steuersenkungen in der nächsten Legislaturperiode möglichst frühzeitig vornehmen. Es biete sich an, die für 1988 vorgesehene zweite Stufe der Steuerreform zu einem „entscheidenden Schritt in Richtung auf einen linear-progressiven Einkommensteuertarif“ zu machen. Es sei zu erwarten, daß sich ein Teil der damit verbundenen zusätzlichen Steuerausfälle selbst finanziere, da verbesserte Wachstumsbedingungen zu einer verstärkten Zunahme der Einkommen und Umsätze und damit des Steueraufkommens führten.



Erstmals haben jetzt Siemens und Deutsche Bank die Kursmarke von 600 DM überschritten. Zusätzlich zu den Kursgewinnen konnten die Aktionäre von Siemens noch 48,50 DM und die der Deutschen Bank 22 DM für Bezugsrechte kassieren.

DWK gründet Tochter

Bonn (DW) – Gestern ist die DWK-Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf GmbH (DWW) mit Sitz in Wakkersdorf (Bayern) als 100prozentige Tochtergesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (DWK) in Hannover gegründet worden. Die neue Gesellschaft hat ein Stammkapital von 100 000 Mark. Die DWW ist für die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (WAW) die Bau- und Betriebsgesellschaft. Nach Erteilung der ersten Teilerrichtungsgenehmigung durch das bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen ist beabsichtigt, unverzüglich mit den Bauarbeiten zu beginnen.

Neuer Chef ohne Namen

München (sz.) – Wolfgang Laaf, Geschäftsführer der Friedrich Flick Industrieverwaltung KG aA, Düsseldorf, ist zum neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Münchener Krauss-Maffei AG gewählt worden. Dies teilte das Unternehmen gestern nach der konstituierenden Sitzung des aufgrund der geänderten Besitzverhältnisse neu formierten Aufsichtsrates mit. Wie auf Anfrage erklärt wurden, hat sich dieses Gremium auch auf einen neuen Vorstandsvorsitzenden geeinigt, jedoch soll dessen Name erst zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden. Begründet wird diese Zurückhaltung mit „Rücksicht auf das Betriebsverfassungsgesetz und auf das betroffene Unternehmen“, aus dem der neue Mann kommen wird. Der Chefsessel bei Krauss-Maffei ist seit dem 1. Juli vakant, nachdem der Vertrag des bisherigen Vorstandsvorsitzenden Hans-Heinz Griesmeier zum 30. Juli 1985 ausgelaufen und nicht verlängert worden war.

Rekordzahl von Touristen

Peking (dpa/VWD) – China verzeichnete in der ersten Hälfte dieses Jahres eine Rekordzahl von Auslandstouristen. Sie stieg nach einer Meldung der Tageszeitung „China Daily“ im Vergleich zur Vorjahresperiode um 59 Prozent auf knapp neun Mill. Besucher. 8,3 Mill. davon kamen allerdings aus der benachbarten britischen Kronkolonie Hongkong und aus Macao. Unter den 635 000 Überseetouristen (plus 34 Prozent) waren die meisten Japaner. Ausländische Besucher können inzwischen in 106 chinesische Städte reisen ohne vorher – abgesehen von dem Einreisevisum – spezielle Genehmigungen einholen zu müssen.

Wochenausweis

	15.9.	7.9.	15.8.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	64,6	64,4	63,1
Kredite an Banken	99,9	96,5	89,1
Wertpapiere	3,4	3,4	3,4
Bargeldumlauf	109,7	110,9	109,7
Einl. v. Banken	52,7	51,4	39,8
Einlagen v. öffentl. Haushalten	5,3	0,9	3,2

MITTELSTAND

Vorschläge zur Reduzierung der hohen Lohnnebenkosten

PETER JENTSCH, Bonn

Um die hohe Belastung der mittelständischen Wirtschaft durch die Lohnnebenkosten zu senken, hat die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM) gestern ein Bündel von Vorschlägen zur Reduzierung der gesetzlich indizierten Lohnnebenkosten veröffentlicht. Dabei unterstellt die AWM, daß insbesondere mittelständische Unternehmen des Dienstleistungsgewerbes, die ihre Leistungen mit hoher Personalintensität erbringen müssen, von den Lohnnebenkosten besonders getroffen sind. Während 1966 für 1 DM Direktentgelt 43,4 Pfennig an zusätzlichen Nebenkosten anfielen, liegt dieser Wert heute bei knapp 80 Pfennig.

Im einzelnen fordert die AWM den Gesetzgeber auf, die Beiträge zur Rentenversicherung durch eine Erhöhung des Bundeszuschusses stabil zu halten und der Rentenversicherung keine neuen gesellschaftspolitischen Aufgaben, die höhere Beiträge nötig machten, zu übertragen. In der gesetzlichen Krankenversicherung soll durch kostendämpfende Maßnahmen eine Senkung der Beiträge erreicht werden.

Darüber hinaus sollen die Unternehmen von den steigenden Aufwendungen für den Mutterschutz entlastet werden. Schließlich soll die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etwa durch die Einführung von Teilarbeitsfähigkeit oder Karenztagen modifiziert werden. Darüber hinaus fordert die AWM eine Entschärfung der Arbeitsstättenverordnung, eine Reform des Konkursrechts, insbesondere der Sozialplanregelungen, sowie eine Überprüfung der Kündigungsschutzvorschriften.

AGRARPOLITIK / Unterstützungszahlungen sind so hoch wie die Wertschöpfung

Was nicht im Subventionsbericht steht

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Streit, wie die Vorsteuerpauschale für die Landwirte im Subventionsbericht ausgewiesen werden sollte, war eigentlich müßig, wenn man die anderen Summen betrachtet, die an die Bauern fließen und nicht im Subventionsbericht stehen. Für den Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sind 1984 im Subventionsbericht Finanzhilfen und Steuervergünstigungen von 3,347 Milliarden Mark angegeben. Davon entfallen 872 Millionen auf Steuervergünstigungen.

Nach einer Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs im Landwirtschaftsministerium, Georg Gallus, kommen dazu noch Ausgaben für die Agrarsozialpolitik, soweit sie nicht im Subventionsbericht erfaßt sind, von 2,990 Milliarden Mark. Über die Umsatzsteuer seien 1984 ferner 1,6 Milliarden Mark als Einkommensausgleich für EG-Beschlüsse, vor allem für den Abbau des Währungsausgleichs, bezahlt worden. Im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ seien darüber hinaus 590 Millionen Landesmittel einzubeziehen. Daneben gibt es noch ländereigene Agrarprogramme, die Gallus nicht aufführt, die von Experten auf rund 3 Milliarden Mark veranschlagt werden.

Die Europäische Gemeinschaft hat nach Angaben des Staatssekretärs für die Durchführung der Agrarmarktordnungen und als direkte Strukturhilfen 7,568 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt, wovon nur 764 Millionen Mark der Landwirtschaft als direkte Zahlungen zugeflossen sind. Von den Gesamtmitteln von 16,095 Milliarden Mark, eine Zahl, die bisher in den Veröffentlichungen des Landwirtschaftsministeriums nicht gefunden wurde, stammten 48 Prozent von der EG. Zum Vergleich: Im jüngsten Agrarbericht wird die Netto-Wertschöpfung der Landwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1983/84 mit 17,86 Milliarden Mark angegeben. Werden also die Länderprogramme mit berücksichtigt, dann waren die Subventionen an die Landwirtschaft ungefähr so hoch wie ihre Wertschöpfung.

Aber dies ist nicht alles. Dazugerechnet werden müssen mindestens noch die Belastung der Verbraucher durch höhere Preise. Sie wird vom liberalen Kronberger Kreis auf rund 86 Milliarden Mark im Jahr für die EG veranschlagt, wobei davon ausgegangen wird, daß die Stützpreise im langjährigen Durchschnitt um mindestens 25 Prozent über den Gleichgewichtspreisen gehalten werden. Thomas Schlier von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) rechnet mit 20 Prozent Preisstützungskosten. Aber auch er kommt auf eine Belastung für die deutschen Verbraucher von noch einmal rund 20 Milliarden.

CSSR

Reges Interesse an Technologie-Import

dpa/VWD, Brünn

Die CSSR will ihre Wirtschaftspolitik flexibler gestalten. Ein Zeichen dafür ist der auf der Brünner Maschinenbaumesse bekanntgegebene Beschluß der Regierung, gemischte Gesellschaften in der CSSR mit westlicher Kapitalbeteiligung bis zu 49 Prozent konkret ins Auge zu fassen. Der harte Konsolidierungskurs der CSSR zum Abbau der vergleichsweise nie sehr hohen Verschuldung im Westen ist beendet. Die Veralterung des Maschinenparks soll nun Zug um Zug abgebaut werden.

Die Maschinenbaumesse in Brünn, die gestern zu Ende ging, zeigte deshalb eine rege Verhandlungstätigkeit mit westlichen Ausstellern über den Import westlicher Technologie für die tschechoslowakische Wirtschaft. Da die Finanzierung dank der geringen Verschuldung des Landes problemlos ist, bleibt nur eine Schwierigkeit: Die tschechoslowakischen Außenhandelsbetriebe haben offensichtlich die Kompensationsschraube angezogen, sie verlangen eine höhere Quote von Gegenkäufen.

FRANKREICH / Weniger Subventionen für Staatsunternehmen im Budgetentwurf

Paris setzt rigorose Sparpolitik fort

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der von der französischen Regierung gestern beschlossene Budgetentwurf für 1986 entspricht den Erwartungen: Er ist noch rigoroser ausgefallen als der laufende Sparhaushalt. Die Staatsausgaben sollen nur um 3,9 Prozent auf 1034 Mrd. Franc erhöht werden, was wahrscheinlich eine reale Kürzung bedeutet. In dem Entwurf wird ein Preisanstieg (Sozialprodukt) von 3,7 Prozent unterstellt. Die OECD erwartet aber 4,7 Prozent. Ziel ist, die Inflationsrate (Lebenshaltungskostenindex im Jahresvergleich) von zuletzt 5,6 Prozent bis Ende 1986 auf 2,8 Prozent zu reduzieren.

Fast die Hälfte der Staatsausgaben entfällt auf die öffentliche Verwaltung (Beamtengehälter). Sie steigen um 5,6 Prozent, also auch real, auf 456 Mrd. Franc. Jedoch sollen 3900 Beamtenstellen durch teilweise Nichtersetzen natürlicher Abgänge (Pensionierungen) gestrichen werden. Erhöht werden auch die Budgets des Innen-, Verteidigungs-, Erziehungs- und Forschungsministeriums. Dagegen bekommt das Industrieministerium seine Mittel gegenüber diesem Jahr um nominal 26 Prozent gekürzt. Das bedeutet vor allem eine kräftige Reduzierung der Subventionen an die verstaatlichten Unternehmen, die überdies aufgefordert sind, dem Staat mehr Dividende auszuschütten. Für staatliche Investitionen (Infrastruktur) sollen fünf Prozent weniger bereitgestellt werden, und die Programmermächtigungen für die Einleitung künftiger Vorhaben werden um 15 Prozent gekürzt.

Eine starke Belastung des Haushalts ist die zunehmende Staatsverschuldung (zur Zeit 1100 Mrd. Franc), die eine um 13 Prozent auf 95 Mrd. Franc steigende Zinslast zur Folge hat. Dazu kommen die laufenden Tilgungen und die vorzeitige Rückzahlung der im Juni 1983 erhobenen Zwangsanleihe, die im Januar, also kurz vor den Wahlen, erfolgen soll.

Ein eigentliches Wahlgeschenk bedeutet dies aber ebensowenig wie die erneute Ermäßigung der Einkommensteuer um drei Prozent, die konjunkturell aber nicht sehr stark ins Gewicht fällt, zumal die Sozialversicherung ihre Beiträge erhöhen muß, da ihr der Staat 12 Mrd. Franc weniger zuschießen will als dieses Jahr. Auch wird die Verminderung des Körperschaftssteuersatzes von 50 auf 45 Prozent für reinvestierte Gewinne teilweise durch eine Sondersteuer auf Schweröl und Industriegas (1,9 Mrd. Franc) kompensiert. Im Endergebnis verbleibt aber doch eine gewisse Steuerentlastung.

Insgesamt sollen die Staatseinnahmen in dem gleichen Umfang steigen wie die Ausgaben, so daß das Budgetdefizit mit 145 Mrd. Franc unverändert bliebe. Das wären drei Prozent des erwarteten Bruttosozialprodukts – ein Limit, welches Staatspräsident Mitterrand schon für die beiden letzten Budgets festgelegt hatte, die aber etwas übertroffen wurden. Dabei ist ein reales Wachstum des Sozialprodukts von zwei Prozent unterstellt gegenüber 1,5 Prozent im laufenden Budget.

NIEDERLANDE / Regierung rechnet für 1986 nur mit bescheidenem Wachstum

Noch keine Entspannung am Arbeitsmarkt

VWD, Den Haag

Das reale wirtschaftliche Wachstum in den Niederlanden wird in diesem und im nächsten Jahr bei einer Jahresrate von rund zwei Prozent verharren. Dies geht aus einer neuen Schätzung der Regierung hervor. 1984 hatte die Wachstumsrate 1,7 Prozent betragen. Der Haushalt 1986, der ein Ausgabenvolumen von 169,4 Mrd. hfl (150,8 Mrd. DM) und Einnahmen von 142,9 Mrd. hfl vorsieht, geht von einer Inflationsrate von 1,25 bis 1,50 Prozent aus nach 2,3 bis 2,5 Prozent in diesem und 3,3 Prozent im vergangenen Jahr. Die Lage am Arbeitsmarkt dürfte weitgehend unverändert bleiben und eine Arbeitslosenzahl von 765 000 Personen oder eine Rate von 14,5 Prozent der Erwerbsfähigen aufweisen. Im Durchschnitt 1984 waren es 820 000 Arbeitslose. Der private Verbrauch wird für 1986 eine Zunahme von 2,4 bis 2,5 Prozent aufweisen nach 1,5 bis 1,7 Prozent in diesem Jahr. Die Sachanlageinvestitionen der Industrie dürften von etwa sieben Prozent plus in diesem auf rund sechs Prozent im nächsten Jahr langsamer zunehmen.

Nach Angaben des Finanzministeriums werden die realen Zinsen in den Niederlanden weiterhin hoch bleiben. Darauf deutet schon das Haushaltsdefizit hin, das mit 26,5 Mrd. hfl nur um 200 000 hfl niedriger ausfällt als 1985. Gleichwohl wird der Anteil des kombinierten Finanzierungsdefizits der nationalen und der lokalen Regierungen auf einen Anteil von 7,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken gegenüber acht Prozent 1985. Damit verfehlt die Regierung ihr Ziel, die Neuverschuldung auf sieben Prozent bis Ende 1986 zu reduzieren. Allerdings liegt der Anteil deutlich unter dem Höchststand von 10,7 Prozent aus dem Jahre 1983, als die derzeitige Regierung das Amt übernahm.

Größere Sparprogramme dürften nach Einschätzung von Beobachtern allein dadurch verhindert worden sein, daß im kommenden Frühjahr Wahlen anstehen. Dennoch sieht der Haushalt 1986 einige Kürzungen im Bereich Gesundheit und soziale Sicherheit vor, um Bürger und Unternehmen von den hohen Abgaben etwas zu entlasten. Erwartungsgemäß schlägt die Regierung auch eine Senkung der Körperschaftsteuer von 43 auf 42 Prozent vor.

IAA '85 Die WELT berichtet aus Frankfurt IAA '85

Anhänger im leichten Aufwind

Die deutschen Hersteller von Anhängern und Aufbauten erwarten für 1985 einen leichten Anstieg der Zulassungen von etwa fünf Prozent, sofern das im ersten Halbjahr erreichte Nachfrageniveau auch in der zweiten Jahreshälfte realisiert werden kann. So lagen die Zulassungen von Kfz-Anhängern während der ersten sechs Monate zwar deutlich über dem Vorjahr, auf der anderen Seite läßt sich nach den Worten des zuständigen Abteilungsleiters im Verband der Automobilindustrie, Kunibert Schmidt, beim Vergleich mit der zweiten Jahreshälfte 1984 bei gewöhnlichen Mehrachs-Sattelanhängern eine deutliche Aufwärtstendenz erkennen.

Bei Einachsanhängern und Wohnwagen ist auch für 1985 wieder mit einem – wenn auch gebremsten – Rückgang zu rechnen. Im ersten Halbjahr lag bei Anhängern der Rückgang bei 8,5 Prozent (auf 60000 Einheiten), wobei Sattelanhänger mit 2450 Stück um 14 Prozent zu Tal fuhren. Einachsanhänger-Zulassungen nahmen um sieben Prozent auf 39 900, Wohnwagen um 6,5 Prozent auf 17 927 ab.

Bei Betrachtung der Aufbauarten (ab sechs Tonnen Gesamtgewicht) sind die stärksten Einbrüche bei Pritschen, Kipp- und Tankaufbauten zu beobachten, während Isolierwände und Wechselanhänger noch kräftig zulegten. Der Baubereich, ein wichtiger Abnehmer, ist nach wie vor unsicher.

So erfreulich der Produktionsanstieg nach einem schwachen Vorjahr aussieht, unerfreulich ist der anhaltende Preisverfall. „Vielfach werden allenfalls Deckungsbeiträge, wohl nirgendwo noch Vollkostendeckungen erzielt", meint Schmidt in einem WELT-Gespräch. Je stärker rationalisiert wurde, um so größer fielen die Überkapazitäten aus.

In der Vergangenheit seien labile Unternehmen nicht vom Markt verschwunden, sondern hatten (oft branchenfremde) Käufer gefunden. Die Bruttoumsatzrendite falle seit längerer Zeit negativ aus. Sie liege gegenwärtig bei minus 0,6 Prozent. „Das bedeutet, daß hier echte Verluste vorhanden sind, und es wird von der Substanz gelebt."

Interessant: Die Beschäftigung hat jetzt wieder leicht zugenommen, die Kurzarbeit abgenommen. Das Dutzend der größten industriell fertigenden Unternehmen erwirtschaftete wohl 50 Prozent des Branchenumsatzes. Zu ihnen gehören der Marktführer Kässbohrer, aber auch Ackermann-Fruehauf, Blumhardt, Kögel, Krone und Schmitz.

Mittelfristig steht die Branche – Strukturwandel vorausgesetzt – nicht schlecht da. Von den bis zum Jahr 2000 um 40 Prozent steigenden Verkehrs-Tonnenkilometern sollen – so die Prognosen – zwischen 60 und 75 Prozent auf den Straßenverkehr entfallen.

Freilich: Konjunkturelle Irritationen werden sich überproportional auswirken, bei Lkw wie auch bei Anhängern. Europaweit müßten die Kapazitätsstrukturen bereinigt werden. Kurzfristig wird die Branche 1985 ganz überwiegend mehr investieren.

Das nominale Umsatzplus der Branche im vergangenen Jahr (siehe Tabelle, real ging der Umsatz um ein bis zwei Prozent zurück), war vor allem dem Plus bei Pkw-Aufbauten, Containern und Wohnanhängern zu verdanken, aber auch dem Export insgesamt. HARALD POSNY

Anhänger/Aufbauten	1984	±%
Umsatz (Mill. DM) *)	5611	+ 3,0
Inland	3936	+ 1,1
Export	1675	+ 4,2
Mitarbeiter *)	37 200	- 0,6
Produktionswerte (Mill. DM)		
Anhäng. z. Lastenbeförd.	490	- 10,2
Sattelanhänger	461	- 16,2
Anhänger-Fahrgest.	55	- 5,6
Wohnanhänger	561	+ 4,7
Lkw-Aufbauten	1202	- 6,9
Pkw-AufbautenErgebniss	504	+ 38,0
Container/Behälter	274	+ 21,8
Inlandszulassungen (Stück)		
Kfz-Anhänger (ges.)	126 663	- 1,5
dav. Anh. z. Lastbef.	87 870	- 0,2
Sattelanhänger	4932	+ 0,5
Wohnanhänger	28 495	- 5,8
and. Anhänger	5366	+ 0,3

*) einschl. Handwerk und Reparaturleistungen.

Toyota: Mehr Absatzschwung

In Sachen umweltschonender Autos haben die Japaner, vor allem jedoch der Marktführer im Lande, Toyota, einen großen Vertrauensbonus. Michael Gernert, Geschäftsführer der Toyota Deutschland GmbH, und durch langjährige Tätigkeit mit Marktkenntnissen aus Japan und den USA versehen, ist sicher, daß auch die deutschen Kunden anerkennen, daß das Unternehmen 15millionenfache Erfahrung auf dem Gebiet hat.

Gleichwohl hat man auf der IAA als erstes Unternehmen einen Magermotor vorgestellt, der mit einem besonders mageren Benzin-Luftgemisch arbeitet. Er soll 15 Prozent weniger Treibstoff verbrennen und erheblich weniger Stickoxide produzieren. Darüber hinaus wird er als besonders kostengünstig gepriesen.

Toyota, mit einer Produktion von über 3,4 Mill. Wagen einer der größten Autohersteller in der Welt, strebt einen Welt-Marktanteil von zehn Prozent an. In Deutschland werden rund 30 Mill. DM für Marktförderung ausgegeben, um die verlorengegangene erste Position unter den Japanern wiederzuerlangen. Bei 62 000 bis 63 000 verkauften Autos über das Gesamtjahr 1985 wird man einen Marktanteil von 2,6 Prozent und eine knappe Milliarde DM Umsatz (nach 865 Mill. DM im Jahr zuvor) erreichen. Schon 1984 wurde nach einigen Verlustjahren ein Gewinn von 6,7 Mill. DM erwirtschaftet.

Gernert räumt ein, daß bei aller guten Motortechnik Innenausstattung und Styling noch verbesserungsfähig sind. Das Jahr 1985 sei bei Toyota das „Europa-Jahr". Man wolle, nachdem man sich sehr lange am US-Markt orientiert hat, „europäische" Autos anbieten, die sich mit Sicherheit auch in den USA verkaufen ließen.

Der Ende 1984 eingeführte neue Starlet und der neue Corolla (mit Drei-Ventil-Motoren und japaneruntypisch relativ hohen Preisen) haben, so Gernert, „voll eingeschlagen", so daß in den Absatz neues Leben kommt. Das gilt um so mehr für die nächsten Jahre, für die jenseits der Klasse des Audi 80 ein erfolgreiches Pendant zu Rekord und Sierra entwickelt wird. HARALD POSNY

Steigende Nachfrage nach Autotelefonen

Mit einem neuen Autotelefon mit höherem Bedienungskomfort und modernem Design präsentiert sich AEG auf der IAA auch als Zulieferer für die Automobilindustrie. Das Unternehmen rechnet für dieses Autotelefon mit einer „deutlich gesteigerten Nachfrage". Bisher werden jährlich rund 1500 Autotelefone verkauft. Der neue AEG-Stand auf der IAA trägt dem steigenden Geschäft mit der Automobilindustrie Rechnung.

Im vergangenen Jahr summierten sich die Umsätze des Konzerns mit Autoelektrik und -elektronik auf gut 200 Mill. DM. Ein großer Teil davon entfällt auf Kabel und Kabelsätze. Besonders stark expandiert ist im vergangenen Jahr mit plus 20 Prozent das Geschäft mit Kfz-Kleinmotoren, die für Autoheizungen, Gebläse und Kühlerventilatoren eingesetzt werden.

Zunehmenden Bedarf registriert AEG auch bei Schrittmotoren für Antiblockiersysteme, Dieseleinspritzpumpen und Geschwindigkeitsanzeigern. (adh.)

Bergauf mit dem Allradantrieb

Mit Allradantrieb klettern moderne Autos nicht nur steile Berge mühelos hinauf, sie erklimmen von Jahr zu Jahr auch immer höhere Gipfel in der Verkaufsstatistik. Die bescheidene Zahl von knapp 15 000 stand vor Beginn des Booms 1980 in den Zulassungslisten des Kraftfahrtbundesamtes, in diesem Jahr werden es schon mehr als 60 000 Allrad-Fahrwerke sein. Profitiert von dem Run haben in besonderem Maße die ausländischen Hersteller. Sie steigerten ihren Anteil von ursprünglich 60 auf mittlerweile weit über 80 Prozent der Allradzulassungen, vor allem dank der Japaner, die ständig neue Modelle vorstellen.

In der technischen Konzeption des Vierradantriebes unterscheiden sich in- und ausländische Hersteller grundlegend. Während die deutschen Firmen wie Audi, VW, Ford und BMW auf den permanenten Antrieb aller vier Räder setzten, wird bei den Ausländern im Normalbetrieb die Motorkraft nur auf zwei Räder verteilt. Erst bei Bedarf beteiligen sich hier auf Knopf- oder Hebeldruck des Fahrers die restlichen Reifen am Antrieb. Quasi eine Kombination aus beiden Systemen hat Daimler Benz für das nächste Jahr angekündigt: Ein Elektroniksystem schaltet automatisch den Vierradantrieb und stufenweise verschiedene Differentialsperren zu.

Um den praktischen Nutzen gibt es unter engagierten Autofahrern viele Diskussionen. Die einen sprechen mit glänzenden Augen von der „unübertroffenen Traktion", andere sehen darin höchstens Vorteile für Förster und Landwirte. Auch als Zugwagen für Anhänger und in schneereichen Gebieten haben die Allradler unbestrittene Pluspunkte. Sie müssen allerdings bei deutschen Herstellern mit Mehrpreisen von 5000 bis 10 000 Mark und mit zusätzlichem Spritverbrauch von ein bis zwei Litern je 100 Kilometer bezahlt werden.

Zum Thema Fahrsicherheit von Allradlimousinen stellten Tester der Fachzeitschrift „Auto, Motor und Sport" vor kurzem fest: „Der in der Theorie plausible Zugewinn an Fahrsicherheit stellt sich in der Praxis nicht immer ein. Im Gegenteil: Unter schwierigen Fahrbahnbedingungen erfordern Quattro-spezifische Eigenschaften erhöhte Vorsicht."

Daß es nicht immer der aufwendige Allradantrieb sein muß, demonstriert die schwedische Firma Volvo. Sie verkauft in ihren großen Modellen seit einigen Wochen eine Anti-Schlupf-Regelung, die ein Durchdrehen der Antriebsräder verhindert. Dabei wird auf elektronischem Weg die Motorleistung gedrosselt, damit die Reifen immer sicher greifen. Bei Mehrkosten von insgesamt 1500 bis 2000 Mark warnt das System – eine Umkehrung der Antiblockierbremse – den Fahrer auch vor Wasserglätte. Andere Firmen liebäugeln ebenfalls mit der Schlupfbremse. (dpa/VWD)

BERENTZEN / Marktführer bei Fruchtspirituosen – China-Geschäft bahnt sich an

Verkaufsentwicklung wieder positiv

H. HILDEBRANDT, Haselünne

In der durch Steuererhöhungen und Kaufzurückhaltung gebeutelten Spirituosenindustrie ist seit Jahresbeginn wieder ein leichter Hauch von Hoffnung zu spüren. Die Talfahrt der Absatzzahlen, die durch das Sinken des Pro-Kopf-Konsums von 8,4 Liter im Jahre 1976 auf nur noch 6,7 Liter im Vorjahr verdeutlicht wird, konnte gestoppt werden. Für das erste Halbjahr 1985 vermeldet die Branche sogar schon wieder ein Umsatzplus von etwa 4 Prozent zu Endverbraucherpreisen.

Bei der Kornbrennerei J. B. Berentzen, Haselünne, lag der Flaschen-Absatz bis Ende August 1985 sogar um 5 Prozent über den Vorjahreswerten. Das emsländische Familienunternehmen, das zur Spitzengruppe unter den noch verbliebenen rund 125 deutschen Spirituosen-Herstellern zählt, konnte damit vor allem seine führende Marktposition bei den Fruchtspirituosen weiter ausbauen. Dieses Segment wurde erst 1975 von den Emsländern mit ihrer Erfolgsspirituose „Berentzen-Appel" geschaffen.

In wenigen Jahren katapultierten sie sich damit auf den zweiten Platz in der Spirituosen-Hitliste. Der Umsatz einschließlich Tochtergesellschaft liegt nach Branchenschätzungen bei 300 Mill. DM. Durchaus nicht unerwartet konnte die Rekordzahl von 25,2 Mill. abgesetzten Flaschen aus dem Jahr 1976 in der Folgezeit jedoch nicht gehalten werden, sie sank bis 1984 auf 16,4 (83: 17,8) Mill. Flaschen ab, Spirituosen aus anderen heimischen Früchten eingeschlossen.

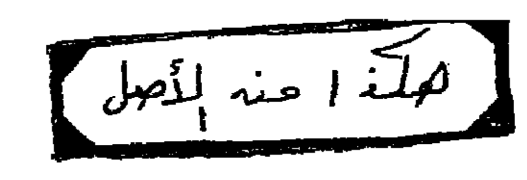
Während sich nun der „Appel"-Absatz im 1. Halbjahr 1985 etwa auf Vorjahreshöhe stabilisieren konnte, verzeichneten die anderen „Fruchtigen" sogar ein Plus von weit über 30 Prozent.

Auch mit seinen traditionellen Weizenkorn-Marken liegt Berentzen wieder deutlich im Aufwind. 1984 wurden davon 8,7 (8,5) Mill. Flaschen abgesetzt, das 1. Halbjahr 1985 brachte ein klares zweistelliges Plus, so daß hier inzwischen die dritte Position unter den national angebotenen Marken eingenommen wird.

Positiv entwickeln sich auch die Exportaktivitäten mit Schwerpunkten im Duty-Free-Bereich, in den benachbarten westeuropäischen Ländern und in den USA. Inzwischen haben auch die Chinesen Interesse angemeldet, entsprechende Verhandlungen laufen. Bei einem Anteil von 19 Prozent am deutschen Spirituosen-Export stammt heute in diesem Sektor bereits fast jede fünfte Flasche aus der emsländischen Brennerei.

Die zukünftige Marketing-Politik sieht eine deutliche Herausstellung des Markencharakters der Produkte vor. Die Qualitätsgarantie erhält dabei den Vorrang vor preislichen Konzessionen.

Bei der durch generelle Kostenerhöhungen verschlechterten Ertragssituation werden für Anfang 1986 zudem Preisanhebungen von drei bis fünf Prozent für unvermeidbar gehalten, zumal laut Jan-Bernd Berentzen, Gesamtvertriebsleiter des Unternehmens, „der Staat mit seinen Steuererhöhungen den finanziellen Spielraum bisher für sich beanspruchte". Ausgeklammert aus dieser Preiserhöhung bleibt jedoch ein weiteres Produkt des Hauses, der „Weinbrand Winkelhausen".



ANUGA / Überkapazitäten bei Industrie und Handel

Neue Rekordbeteiligung

HENNER LAVALL, Köln

Das „größte Schaufenster des weltweiten Nahrungsangebots", die Anuga in Köln, befindet sich auch in diesem Jahr auf Rekordkurs. Vom 12. bis zum 17. Oktober „wird ein neuer Meilenstein in der 66jährigen Geschichte gesetzt", erklärte der Hauptgeschäftsführer der Messe- und Ausstellungsges. mbH, Köln, Dieter Ebert. Gegenüber der letzten Anuga vor zwei Jahren wird die Beteiligung nochmals um 6,5 Prozent auf 5200 Anbieter aus 86 Ländern steigen. Der Auslandsanteil am Gesamtangebot liegt bei 66 Prozent. Für diese Rekordbeteiligung hat die Messe das Ausstellungsgelände gerade um 15 000 auf 227 000 Quadratmeter in 14 Hallen vergrößert.

Die einmalige Bedeutung der Anuga als „Weltmarkt der Ernährung" sieht Ebert auch in der gebotenen Plattform für Kooperationen und Know-how-Transfer zwischen den Staaten der Dritten Welt und den Industrienationen. Unter den 86 ausstellenden Ländern (mit 76 offiziellen Staatsschauen) befinden sich 39 Entwicklungsländer.

Auch in diesem Jahr ist das Angebot wieder in drei Fachbereiche gegliedert: die Consuma mit den Schwerpunkten Getränke, Tiefkühlkost, Milchprodukte, Süßwaren, Fisch, Fleisch- und Wurstwaren sowie den Staatsschauen, die Gastroma mit den neuesten Systemen für die Außer-Haus-Verpflegung und die Technica mit Maschinen und Geräten.

Daß die Messe nicht nur das Marktgeschehen allgemein betrifft, sondern – so Ebert – „auch handelspolitische Aspekte berührt", zeigte sich in der Diskussion der Vetreter von Ernährungsindustrie und Lebensmitteleinzelhandel über die Wettbewerbsproblematik. So tritt die Industrie nach Angaben ihres Hauptgeschäftsführers Gerhard Hein dafür ein, das Kartellrecht zu stärken und die „Gemeinsame Erklärung" von Handel und Industrie beim Bundeskartellamt als Wettbewerbsregel anzumelden. Damit könnten Verstöße letztendlich vor Gericht geklärt werden.

Der Hauptverband des Deutschen Lebensmittel-Einzelhandels (HVL) sieht dagegen nach den Worten seines Geschäftsführers Johann-Anton Pernice das gegenwärtige Kartellrecht „dem Bankrott zusteuern", wenn es bei der Diskussion um Massa nicht greifen sollte. Der HVL plädiert in diesem Fall für eine Änderung, „die vornehmlich die Erfassung der systematischen Verkäufe unter Einstandspreis und die Konditionen-Diskriminierung als Ziel haben müsse".

Die Überkapazitäten in der Industrie und bei den Verkaufsflächen des Handels haben beide Verbände, die übrigens die Anuga entscheidend mittragen, im ersten Halbjahr zu spüren bekommen. Zwar konnte die deutsche Ernährungsindustrie in den ersten sechs Monaten den Umsatz real um 1,7 Prozent auf 76,1 Mrd. DM steigern, doch ist dieses Plus weitgehend dem Export zuzuschreiben. Hier wurde eine Steigerung um zehn Prozent auf 11 Mrd. DM erzielt. Mit jetzt 4373 Betrieben (Stand Juni 1985) haben innerhalb von zwölf Monaten 110 Einheiten in der Ernährungsindustrie aufgegeben. Dem „gnadenlosen Wettbewerb" (Pernice) sind auch im Lebensmittel-Einzelhandel über das Jahr gerechnet 3000 kleine und mittlere Betriebe zum Opfer gefallen.

PIEROTH / Umbesetzungen in der Geschäftsführung

Glykol-Affäre bringt Verlust

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

Der dem Weinhandelsunternehmen Pieroth aus der Glykol-Affäre entstehende Schaden wird von der Geschäftsführung auf mehr als 30 Mill. DM geschätzt. Das Geschäftsjahr 1985 wird mit Verlust abschließen, die Umsatzeinbußen werden im Inland bei 50 Mill. DM liegen. Dennoch wird das durch die Affäre angeschlagene größte deutsche Weinunternehmen weder seinen Namen ändern noch fremdes Kapital aufnehmen, wie auf einer Pressekonferenz in Frankfurt erklärt wurde.

„Wir bekennen uns zu unserer Gesamtverantwortung gegenüber unseren Kunden und der Öffentlichkeit", sagte Geschäftsführer Kuno Pieroth, betonte aber erneut, die Geschäftsführung sei von der Glykol-Affäre „völlig überrascht" worden. Bei Pieroth sei kein Milligramm der umstrittenen Substanz in den Wein gekommen. Lediglich bei 15 000 Flaschen sei im Unternehmen auf Betreiben eines inzwischen entlassenen technischen Betriebsleiters deutscher Wein unzulässig mit österreichischem Wein verschnitten worden, ohne zu wissen, daß dieser mit Glykol versetzt war.

Alles andere geht, wie Pieroth sagt, auf das Konto österreichischer oder deutscher Vorlieferanten. Dies zu klären, sei jetzt Aufgabe der Staatsanwaltschaft. Den 32 aufgefallenen Pieroth-Weinen (die Zahl wird sich durch laufende Untersuchungen möglicherweise noch deutlich erhöhen) stünden 1500 nachweislich saubere Weine der Firma gegenüber.

Entgegen umlaufenden Gerüchten wird Kuno Pieroth sich nicht aus der Geschäftsführung zurückziehen, sich dort künftig allerdings ganz auf die Aufgabe konzentrieren, „verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen". Neu in die Geschäftsführung tritt der bisherige Auslandschef Peter Winter ein. Sein Ressort hatte schon in den vergangenen Jahren stets für die Wachstumsraten der Firma gesorgt.

Zwei Familienangehörige treten von ihren Funktionen zurück: Klaus Pieroth (Ressortleiter Technik) und Mitgesellschafter Dieter Pieroth (Ressortleiter Tochterfirmen). Der bisherige Generalbevöllmächtigte Technik, Werner Klopfer, wird künftig nur noch das Tochterunternehmen Niederthäler Hof führen.

Kuno Pieroths Verbleiben in der Firmenleitung und der (derzeitige) Verzicht auf jeden Gedanken an eine Namensänderung geht offensichtlich auf Erfahrungen der letzten Wochen zurück, in denen die Belegschaft und auch Teile der Stammkundschaft immer wieder gefordert haben, das bisher große Ansehen des Unternehmens nicht einfach preiszugeben.

Kurzfristig muß das Unternehmen, um die Liquiditätsprobleme im Zusammenhang mit der Rückholaktion für über eine Million Flaschen österreichischen Weins (egal, ob mit oder ohne Glykol) zu lösen, 100 bis 150 Mitarbeiter im Inland entlassen. Für eine größere Zahl wird es im Oktober Kurzarbeit geben, dazu Einkommensverzicht für außertariflich bezahlte Mitarbeiter. Die Gesamtbelegschaft beträgt im In- und Ausland bisher 3600 Menschen. Insgesamt sind 15 000 Menschen direkt oder indirekt von der Existenz der Firma abhängig.

Die Mitarbeiter sind nach dem bei Pieroth seit Jahren bestehenden Beteiligungsmodell nur an Gewinnen, nicht am Verlust beteiligt. Wie hoch dieser Verlust 1985 sein wird, wurde nicht gesagt.

Langfristig hofft Pieroth, etwa 1988 wieder den Rekordumsatz des Jahres 1984 (641,5 Mill. DM) erreichen zu können. Im Ausland wird man vermutlich schon 1985 ein „befriedigendes Ergebnis" erzielen. Und selbst im Inland wurden im letzten Monat trotz Glykol bereits wieder 50 Prozent der Umsätze im Neugeschäft erzielt.

PRAKLA-SEISMOS

In eine AG umgewandelt

D. SCHMIDT, Hannover

Die bundeseigene Prakla-Seismos GmbH, Hannover, ist jetzt in Vorbereitung auf die für 1986 vorgesehene Teilprivatisierung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Wie die Gesellschaft, die sich weltweit mit der Aufsuchung von Rohstoffen befaßt, im Anschluß an eine Gesellschafterversammlung mitteilt, gibt es in Unternehmensleitung und Aufsichtsrat keine personellen Veränderungen. Prakla-Seismos hatte vor einigen Wochen bereits das Stammkapital durch Umwandlung freier Rücklagen von 26 Mill. DM auf 50 Mill. DM erhöht. In der Satzung wurde ein genehmigtes Kapital von weiteren 10 Mill. DM geschaffen, das es ermöglicht, das Grundkapital im Rahmen der Teilprivatisierung auf 60 Mill. DM zu erhöhen.

Mit der geschäftlichen Entwicklung im laufenden Jahr zeigt sich der Vorstand sehr zufrieden. In den ersten sechs Monaten wurde der Umsatz kräftig auf 186 (138) Mill. DM erhöht. Der Bilanzgewinn wird mit 3,8 Mill. DM angegeben. Wie es heißt, ist die Auftragslage voll befriedigend. Der Vorstand rechne für das Gesamtjahr 1985 mit einem gegenüber dem Vorjahr „wesentlich verbesserten Jahresergebnis". Für 1984 war ein Jahresüberschuß von 5,35 Mill. DM ausgewiesen worden.

Im Rahmen des Ausbaus ihrer Kapazitäten und zur Modernisierung der technischen Ausrüstung für geophysikalische Messungen investierte Prakla-Seismos im Berichtszeitraum 38,7 Mill. DM; die Abschreibungen erreichten 22,1 Mill. DM. Auch für das zweite Halbjahr seien erhebliche Investitionen vorgesehen. So habe die Gesellschaft ein Fischereifahrzeug von der Reederei Nordsee erworben, das nach gründlichem Umbau im Frühjahr 1986 für Messungen in Hochseegebieten zur Verfügung stehen werde.

KABELMETAL / Höhere Dividende angekündigt

Gedämpft optimistisch

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Eine auf 11 (10) Prozent erhöhte Dividende wird die Verwaltung der Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (Kabelmetal), Osnabrück, der Hauptversammlung am 4. Februar für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) vorschlagen. Kabelmetal-Vorstandschef Jörg Stegmann meinte bei der Erläuterung der vorläufigen Abschlußzahlen, auch dies sei „noch kein guter Dividendensatz"; immerhin habe das Unternehmen aber zum dritten Mal in Folge die Ausschüttung erhöht.

Vor allem der günstige Geschäftsverlauf mit der Industriekundschaft und deutlich verbesserte Beteiligungserträge rechtfertigten die Anhebung. Das Baugeschäft hingegen, das noch immer rund die Hälfte des Umsatzvolumens repräsentiert, habe sich im Berichtsjahr sowohl mengen- wie ertragsmäßig erneut verschlechtert.

Wegen der noch nicht verabschiedeten Bilanz wollte Stegmann Zahlen zur Ertragsrechnung noch nicht nennen. Er ließ aber keinen Zweifel daran, daß die vorgeschlagene Dividende in vollem Umfang aus dem AG-Ergebnis stammt. Die von den Töchtern abgeführten Gewinne würden den stillen Reserven zugute kommen. Nach den Worten Stegmanns haben alle Gesellschaften ein positives Ergebnis erwirtschaftet.

Kabelmetal weist für 1984/85 einen um 2,8 Prozent auf 681 (662) Mill. DM erhöhten Umsatz aus, wobei das um 12,6 Prozent auf 262 (233) Mill. DM gestiegene Auslandsgeschäft den Rückgang im Inland (minus 2,6 Prozent) überkompensierte. Der Exportanteil erhöhte sich weiter auf 38,5 (35,2) Prozent. Unverändert schwierig sei das Baugeschäft verlaufen. Vor allem im Neubau, der das Preisgefüge maßgeblich bestimmt, habe sich die Abschwächung fortgesetzt. Stegmann erkennt jetzt aber Anzeichen dafür, daß die Tahlsohle erreicht ist.

Mit 679 Mill. DM lagen die Auftragseingänge auf dem Niveau des Vorjahres. Ähnliches gilt für den Auftragsbestand von 97,5 Mill. DM, der unverändert die Beschäftigung für die Dauer von zwei Monaten garantiert. Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich um 30 auf 2687 Mitarbeiter. Die Sachanlageinvestitionen erreichten 22,8 (17,3) Mill. DM und lagen geringfügig unter den Abschreibungen.

„Mit gedämpftem Optimismus", so Stegmann, gehe Kabelmetal in das Geschäftsjahr 1985/86. Die Probleme im Wohnungsbau werde das Unternehmen durch verstärkte Anstrengungen in den übrigen Produktbereichen auszugleichen versuchen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Celle: Georg Donner, Elektromeister, Hermannsburg; **Clausthal-Zellerfeld:** Nachl. d. Ursula Klapschinski geb. Schröder, Altenau; **Goslar:** Nachl. d. Helmut Erhard Roggentin, Fabrikant; **Heilbronn:** Lywana Pelz- u. Ledermoden GmbH i. L.; **Köln:** Nachl. d. Johann Bernard Rolfes; **Lüdenscheid:** Grauwacke-Schotter- u. Splitterk Neuenrade GmbH, Neuenrade; Schraubenfabrik Mayweg GmbH & Co. KG, Altena/Westf.; **Oldenburg/Oldb.:** Vereins Freunde d. „Jott Zett" u. Festival-Arbeitsgemeinschaft, Wildeshausen, eingetr. Verein, Wildeshausen; **Osnabrück:** Helmuth Müller; **Saarbrücken:** Galerie Isfahan Orient Teppiche Ansari Motlagh GmbH; **Schweinfurt:** Modern u. Schnellbau Walter Hofmann GmbH, Bad Kissingen; Junge u. Jordan GmbH, Wolzwarenfabrik, Ostheim v. d. Rhön.

Konkurs beantragt: Duisburg: Pape Fruchtimport KG.

Vergleich beantragt: Hannover: MAEC SPORTS Handelsges. mbH; **Worms:** Corus Chemische Fabrik Dr. W. Holthof GmbH.

GARDENA / Produktion in Australien

Gutes Auslandsgeschäft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Gardena Kress + Kastner GmbH, Ulm, einer der führenden deutschen Hersteller von Gartengeräten, wird im ablaufenden Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) ihren Umsatz auf über 160 (über 140) Mill. DM steigern und damit nach eigenen Angaben das gesteckte Umsatzziel erreichen. In Anbetracht der allgemeinen Entwicklung des Gartengeschäfts sei dies ein überdurchschnittlich gutes Resultat.

Immerhin war das ablaufende Gartenjahr geprägt von einem langen und kalten Winter, einem verregneten Frühjahr und einem miesen Sommer. Hinzu kommt, daß die Gartenflächen je Haushalt tendenziell abnehmen. Der gesamte „grüne Markt" in der Bundesrepublik hat sich bei einem Volumen von rund 6 Mrd. DM stabilisiert. Ein Viertel davon, nämlich 1,5 Mrd. DM, entfällt auf den technischen Gartenbedarfsbereich, also Rasenmäher sowie sonstige Geräte und Werkzeuge für den Garten. Das Umsatzwachstum von Gardena wurde denn auch im Exportgeschäft bewerkstelligt, dessen Anteil am Umsatz nunmehr bei über 40 Prozent liegt. Die Auslandsaktivitäten sollen weiter verstärkt werden, und dies über Europa hinaus in USA, Kanada, Australien und Neuseeland. In Australien betreibt Gardena eine eigene Produktion.

Je die Hälfte des Umsatzes werden im Bereich der Hobbygarten-Bewässerung und im Gartengeräte-Bereich (Kombisysteme, Schneidgeräte) erzielt. Neu ins Programm aufgenommen hat Gardena nunmehr auch Handrasenmäher. Die Ertragslage wird mit „zufriedenstellend" bezeichnet. Das Unternehmen sei voll ausgelastet. Die Mitarbeiterzahl ist innerhalb Jahresfrist um 200 auf rund 1300 aufgestockt worden. Inländische Produktionsstätten sind in Ulm, Niederstotzingen und Heuchlingen.

ECE hält am Wachstumskurs fest

J. BRECH, Hamburg

Ein überdurchschnittliches Wachstum von 6 Prozent im ersten Halbjahr 1985 haben die 17 Einkaufscentren erreicht, die von der Hamburger ECE Projektmanagment GmbH für Auftraggeber aus den Bereichen Handel, Banken und Versicherungen betrieben werden. Wie das Unternehmen mitteilt, sei die langfristig erfolgreiche Entwicklung der ECE-Center ungebrochen. Das Umsatzvolumen der etwa 1600 Mieter in den Einkaufs-Zentren gibt die ECE für 1984 mit 2,6 Mrd. DM an.

In der Geschäftspolitik soll der Wachstumskurs über die Entwicklung neuer und die Umstrukturierung bestehender Projekte fortgeführt werden. Als Entwicklungsgesellschaft habe die ECE, die zur Hamburger Unternehmensgruppe Otto gehört, ständig ein Planungs- und Bauvolumen von rund 400 Mill. DM für gewerbliche Objekte, vor allem Einkaufscentren und Bürohäuser in Arbeit, heißt es.

Unter den bestehenden großen Zentren entwickelt sich das Alstertal-Einkaufs-Zenter (AEZ) in Hamburgs Norden mit einer Zuwachsrate von 3 Prozent auf 288 Mill. DM Umsatz unterdurchschnittlich. Im AEZ besteht Platzmangel, erklärt die ECE, der durch Ausbau behoben werden soll.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Schumag im Aufwind

Frankfurt (cd.) – Die Schumag AG, Produzent von Maschinen- und Präzisionsteilen und zum Kurs von 300 DM im Juni emittierter Börsenneuling im Freiverkehr (Kurs gestern 328 DM), berichtet über eine deutliche Verbesserung des Ertrags in den ersten acht Monaten, der nach einer Ausschüttung von 7,00 bis 7,50 DM je Aktie eine mindestens ebenso hohe Thesaurierung erlaubt. Der Umsatz von 53 Mill. DM übertrifft den Vorjahresvergleichswert um gut 19 Prozent. Der Auftragsbestand stieg um 465,4 Prozent auf 53 Mill. DM, der Auftragseingang wird Ende September dank Hereinnahme eines 15-Millionen-Großauftrags von Mannesmann um rund 30 Prozent höher sein als vor einem Jahr.

Stihl beteiligt Mitarbeiter

Stuttgart (nl.) – Die Andreas Stihl Maschinenfabrik, Waiblingen, deren persönlich haftender Gesellschafter Hans Peter Stihl, Vorsitzender des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg ist, bietet den 3700 Mitarbeitern Genußrechte als Unternehmensbeteiligung im Rahmen des 936-DM-Gesetzes an. Nach Mitteilung von Stihl können die inländischen Mitarbeiter, die seit dem 1. Juli 1985 dem Betrieb angehören, bis zu 27 Genußscheine im Werte von 100 DM, die zu zwei Drittel bezuschußt sind, erwerben.

Gutes Neugeschäft

München (sz.) – „Mit Volldampf" will die Bayerische Landesbausparkasse (LBS), München, nach den Worten ihres neuen Sprechers der Geschäftsleitung, Gerhard Dittler, „in das letzte Quartal eines voraussichtlich sehr guten Bausparjahres starten". In den ersten acht Monaten 1985 konnte die LBS rund 81 000 Bausparverträge (plus 8,5 Prozent) mit einer Bausparsumme über 2,4 Mrd. DM (plus drei Prozent) abschließen. Der Bestand erhöhte sich damit um etwa 2 Prozent auf 1,3 Mill. Verträge mit rund 46 Mrd. DM. Zugeteilt wurden bis Ende August 80 500 Verträge über 2,2 Mrd. DM. Als neue Angebotsvariante stellte Dittler den Tilgungs-Bausparvertrag vor.

Firma in Saudi-Arabien

Essen (dpa/VWD) – Die zum Gutehoffnungshütte-Konzern gehörende Ferrostaal AG, Essen, wird in Saudi-Arabien zusammen mit der Nationalen Industrialisierungsgesellschaft (NIC) ein Werk zur Verarbeitung von jährlich 50 000 Tonnen Walzdraht gründen. Mit dem Bau der Anlage soll im Frühjahr 1986 begonnen werden. Wie Ferrostaal mitteilte, wird sich möglicherweise die Deutsche Entwicklungsgesellschaft an dem Projekt beteiligen.

13,5 Mill. DM Kapital

Stuttgart (DW.) – Das Aktienkapital der Hugo Boss AG, Metzingen, das je zur Hälfte von den Gebrüdern Jochen und Uwe Holy gehalten wird, beläuft sich auf 13,5 Mill. DM und nicht, wie durch einen Übermittlungsfehler in der WELT vom 18. September 1985 angegeben wurde, 3,5 Mill. DM.

Rexor: Starkes Mitgliederplus

S. SCHUCHART, Düsseldorf

Ein starker Mitgliederzuwachs in diesem und dem vergangenen Jahr hat die Rexor Schuh-Einkaufsvereinigung eG, Frankfurt, nach den Worten von Vorstandsmitglied Wolfgang Scholz kräftig vorangebracht. Zum Jahresende 1984 waren 554 (515) Schuh-Einzelhändler angeschlossen. Dadurch erhöhte sich der zentralregulierte Umsatz um 14,2 Prozent auf 196 Mill. DM. Daran war die deutsche Schuhindustrie mit 150 Mill. DM beteiligt.

Der addierte Einzelhandelsumsatz der Mitgliedsfirmen, deren jährliche Umsätze zwischen 250 000 und 2 Mill. DM liegen, stieg 1984 auf 550 (523) Mill. DM. Damit sind diese Unternehmen doppelt so stark gewachsen wie der gesamte Schuheinzelhandel mit 6,1 Prozent. Die Bedarfsdeckungsquote über die zentralen Vertragslieferanten schwankte zwischen 40 Prozent für modische Schuhe bis hin zu 90 Prozent bei Bequemschuhen, den beiden Schwerpunkt-Sortimentsschienen. In beiden Bereichen bestehen nach Ansicht von Scholz gute Chancen für den mittelständischen Schuh-Einzelhandel, sich im Markt zu behaupten. Allerdings müsse sich der Einzelhändler mit einem tiefen kundenspezifischen Sortiment gegen den Wettbewerbsdruck der Fabrikfilialen und anderen Großfilialisten zur Wehr setze.

Auch für das laufende Jahr gibt sich die Einkaufsgenossenschaft optimistisch. Für das Gesamtjahr peilt Rexor einen zentralregulierten Umsatz in Höhe von 220 Mill. DM und einen Mitgliederbestand von knapp 600 Firmen an.

Aktien kamen weiter voran

BASF-Kapitalerhöhung bereitet keine Probleme

DW. – Die erste Börsenstunde wurde durch ein ungewöhnliches Kursfeuerwerk bestimmt. Es kam auf breiter Front zu steigenden Notierungen. An den Käufen waren Ausländer beteiligt, aber auch deutsche Fonds nahmen Material auf. Wenn es im späteren Verlauf gelegentlich zu weichenden Notierungen kam, die teilweise sogar die Vortagsnotierungen unterschritten, lag dies an Glattstellungen der Börsenkulisse aber auch an Tauschoperationen institutioneller Anleger. Keinerlei Schwierigkeiten bereitet der BASF-Bezugsrechthandel.

Der BASF-Kurs zog weiter an, das Bezugsrecht wurde auf 2,75 (plus 0,35) festgesetzt und lag damit erneut leicht über der rechnerischen Parität. Großchemieaktien, die noch unter ihren bisherigen Jahreshöchstkursen blieben, setzten ihren Anstieg bis zu drei DM fort. Siemens schloß trotz Glattstellungen leicht über Vortagsstand. Zu den neuen Favoriten zählten die Veba-Aktien, die unter lebhaften Umsätzen bis zu vier DM gewannen. Weiterhin im Mittelpunkt Mannesmann, wo ebenfalls ein neuer Spitzenstand zustande kam. Bei den übrigen Maschinenbauwerten gab es einige Rückschläge. Metallgesellschaft fiel um rund 10 DM zurück, das Bezugsrecht wurde ebenfalls reduziert. Mit 13,60 DM blieb das erstmals gehandelte VEW-Bezugsrecht unter der rechnerischen Parität. Der Bankenmarkt tendierte unter Schwankungen freundlicher. Verstärkte Nachfrage vor allem nach den beiden bayerischen Instituten.

Frankfurt: Thüringer Gas zogen um 15 DM an, Hartmann + Braun verbesserten sich um 20 DM und Hutschenreuhter befestigten sich um 8 DM. Binding und Heidelzement sanken je um 5 DM.

Düsseldorf: Banning zogen um 10 DM, Audi NSU um 12 DM und Dyckerhoff St. um 3,50 DM an. DAT sanken um 5 DM, Conlonia verminderten sich ebenfalls um 5 DM und AMV mußten eine Einbuße von 10 DM hinnehmen.

Hamburg: Beiersdorf erhöhten sich um 2 DM. HEW waren mit minus 0,50 DM knapp gehalten, während für NWK-Vz. 2,90 DM mehr gezahlt werden mußten. Unverändert blieben Phoenix Gummi. Reichelt gaben um 2 DM und Hapag Lloyd um 4 DM nach.

Berlin: Rheinmetall Vz. konnten sich um 16,50 DM und Tempelhofer Feld um 10 DM verbessern. Lehmann legten 4 DM, Orenstein 3,50 DM und Dt. Hypobank Berlin 1,50 DM zu. Herlitz St. büßten 9 DM, kempinski 5,50 DM und Helitz Vz. 2 DM ein.

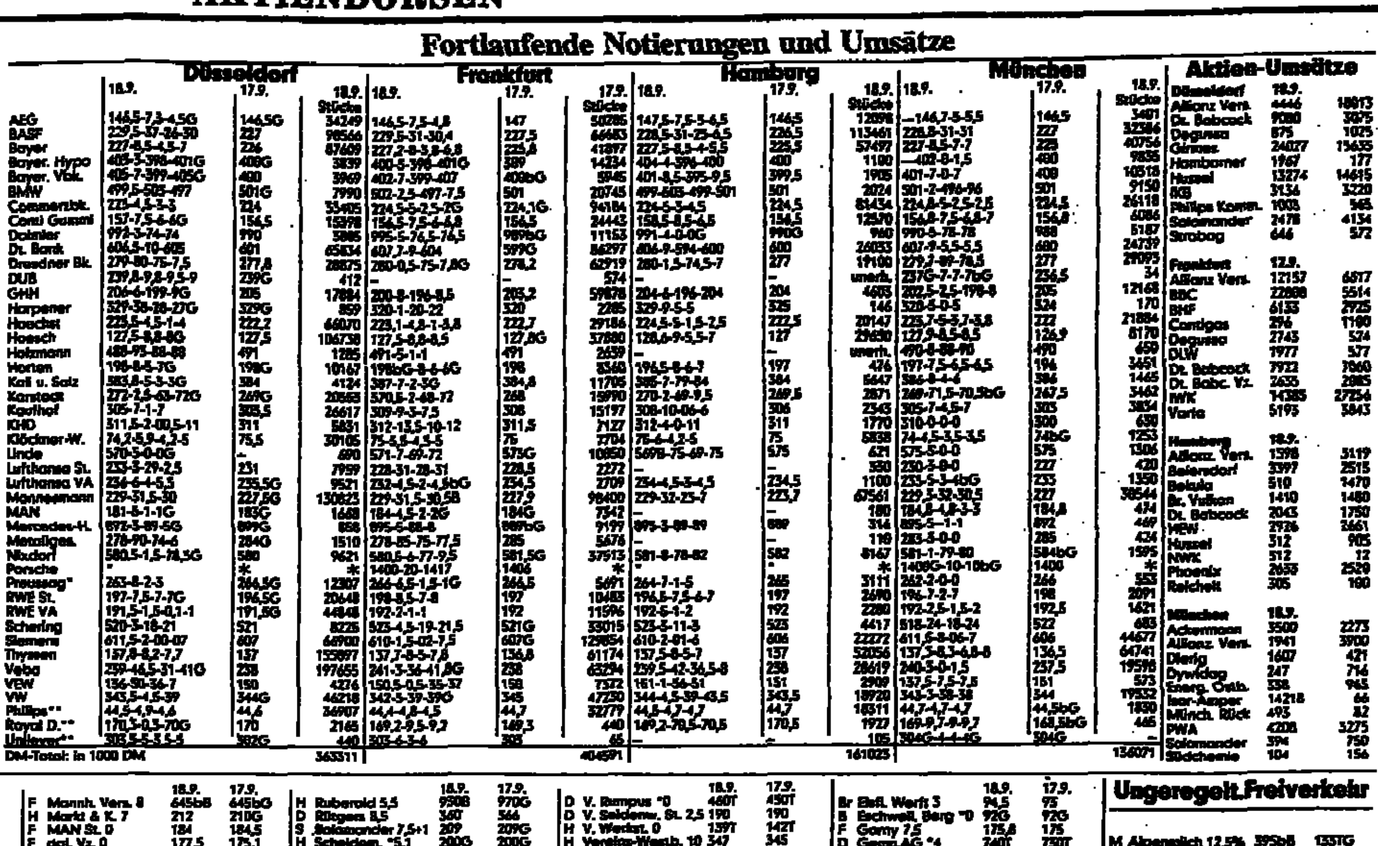
München: Ackermann zogen um 4,50 DM an, Aigner verbesserten sich um 1 DM und Audi um 20 DM. AKS verminderten sich um 3,40 DM, Dywidag sanken um 2 DM und Elektro 2000 um 1 DM.

Stuttgart: BW-Bank wurden um 48 DM höher gehandelt und Württ. Feuer zogen um 59 DM an. Fuchs-Petrolub konnten sich um 2,20 DM auf 609 DM verbessern.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 217,60 (216,59)
WELT-Umsatzindex: 8615 (7442)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Inland

	18.9.	17.9.
H Br.H.Hypo 10+1	373G	373,5
Ha Brsch.Jute *0	125	120,3
H Breitenb.-C. *28	620G	620G
H Br. Straßb. *0	440B	440B
H Br. Vulkan 0	79,1	79,9
H Br. Wollk. 7	174	175
F BBC 6	279	276
S BSU Textil 0	1320G	1320G
D Buckau-W. 4,1	152T	131G
D Buderus *12,6	380	380G
M Bgl.Br.Ing. *12+1	980G	980G
S Bgl.Brh.Rav. *0	360G	360G

	18.9.	17.9.
M En. Oberfr. 6	310bG	310bG
M En. Ostb. 6	222bG	220bG
H Elbkraft 0	95	95,2
B Engelhardt 7	216	212
D Enka 7,5	384	385
M Erlus 10	330bG	335B
M Erste Kulmb. 9	1250G	1250bG
S esbi *0	–	–
S Essl. Masch. *6	440G	440G
M Esterer **10	570G	570G
D Farb. Liqu.*RM0	7,7	7,8
F Flachglas 9	276,5	275
D Ford *19,36	850T	850T
B Forst. Ebn. *4 %	4300bB	4500T
M Fr. Oberl. Wk. 5	235bG	235bG

	18.9.	17.9.
S Hohner *6	166,8	166
H Holsten-Br. 6	243	243
F Holzmann 10	491	495
D Horten 4	197	196
B Hw. Kayser *12	285	280bB
D Hoesel 6	398	394
M Hutschenr. 9+1	315bG	315bG
H Hypo Hbg. 10+2,5	501	509,5
D IKB 7,5	241,9	240
S IWKA 3	314,5	317,1
M Isar-Amper 7,5	353bG	353bG
D Isenbeck 4,75	168G	168G
H Jacobsen *8	650G	650G

Ausland

New York

Colgate	25,875	26
Commodore	9,25	9,75
Comwlth. Edison	29,125	29,25
Comm. Satellite	32,5	32,625
Control Data	–	17,5
CPC Int.	44,25	44
Curtiss Wright	36	35,75
Deere	26	25,75
Delta Airlines	42	41,875
Digital Equipm	104,25	104,5
Dow Chemical	34,875	34,75
Du Pont	55,75	55,5
Eastern Gas-Fuel	22,575	22,625
Eastman Kodak	42,625	42,875
Exxon	49,875	49,875
Firestone	19,25	19,375
Fluor	15	15,175
Ford	43,75	43,875
Foster Wheeler	11,5	11,625
Fruehauf	25,5	25,625
GAF Corp.	33,5	33,75

Nat. Semiconductor	11,75	11,875
National Steel	25,5	25,875
NCR	31,125	31,125
Newmont	45,125	44,125
PanAm World	7,25	7,375
Pfizer	44,75	44,75
Phibro	35,5	35,375
Philip Morris	77,125	77,25
Phillips Petroleum	11,375	11,5
Pittston	12,875	12,875
Polaroid	30,875	38,625
Prime Computer	17,75	17,5
Procter & Gamble	56,75	57
RCA	42,375	42,25
Revlon	40,75	41,25
Reynolds Ind.	25,875	25,875
Rockwell Int.	37,5	37,75
Rorer Group	40,125	40,875
Schlumberger	33,625	33,875
Sears, Roebuck	33,75	34

Toronto

Abitibi Price	20,5	20,5
Alcan Alu.	34,625	34,875
Bk. of Montreal	29,5	29,5
Bk. of Nova Scotia	12,875	12,75
Bell Cda Enterprises	41,575	41,75
Bluesky Oil	3,65	3,65
Bow Valley Ind.	14,75	14,875
Brenda Mines	–	–
Brunswick M & Sm.	13,25	13,5
Cdn. Imperial Bk.	36,625	36,25
Cdn. Pacif. Enterpr.	26,75	27
Cdn. Pacific Ltd.	16,625	16,75
Cominco	12,5	12,5
Coseka Res.	2,9	2,95
Denison Mines	11,875	11,75
Dome Petroleum	2,76	2,77
Domtar	18,25	18,25
Falconbridge Ltd.	18	18,25
Great Lakes Forest	–	17,25
Gulf Canada	19,75	19,875
Gulfstream Res.	1,18	1,21

London

All. Lyons	278	280
Anglo Am. Corp.$	12,25	12
Anglo Am. Gold $	6,825	6,825
Babcock Int.	137	137
Barclays Bank	372	377
Beecham	330	330
Bowater	338	330
B.A.T. Industries	276	278
Br. Leyland	–	–
British Petroleum	528	531
BTR	363	360
Burmah Oil	295	297
Cadbury Schweppes	142	142
Charter Cons.	185	185
Cons. Gold. Fields $	4,39	4,24
Cons. Murchison	350	–
Courtaulds	145	174
De Beers $	4,43	4,43
Distillers	385	386
Driefontein $	18,75	18,62

Mailand

Finsider A	–	–
Generali	64800	64700
IFI Vz.	10600	10700
Italcementi	50000	50450
Italgas	1789	1810
Magneti Marelli	2025	2019
Mediobanca	129000	132300
Mondadori A.	3005	3050
Montedison	2435	2445
Mira Lanza	34000	35750
Olivetti Vz.	5850	6200
dgl. St.	7460	7770
Pirelli SpA	3260	3270
La Rinascente	964	960
RAS	111000	112500
SAI Risp.	19665	19570
SIP	2670	2659
Snia Viscosa	3895	3940
STET	3595	3698
Index	399,85	392,39

Amsterdam

Volker Stevin	30,2	29,8
Westland Utr. Hyp.	94,4	94,5
Index ANP/CBS	221,80	220,00

Wien

Creditanst.-Bkv.Vz.	371	378
Gösser-Brauerei	516	515
Länderbank Vz.	361	364
Österr. Brau AG	500	505
Perlmooser	605	615
Reininghaus	720	728
Schwechater Br.	311	315
Semperit	96	97
Steyr-Daimler-P.	–	175
UniversaleHochTief	262	263
Veitscher Magnesit	570	568
Index	100,28	100,30

Tokio

Sumitomo Bank	1690	1710
Sumitomo Marine	690	705
Takeda Chem.	845	850
Teijin	497	498
Tokio Marine	870	877
Tokyo El. Power	2140	2140
Toray	538	540
Toyota Motor	1160	1160
Index	1005,75	1009,24

Kopenhagen

Den Danske Bank	345	345
Jyske Bank	710	700
Kopenh. Handelsbk.	297	297
Novo Industri	267	267
Privatbanken	300	300
Ostasiat. Komp.	256	244
Dan. Sukkerfabr.	490	495
For. Bryggerier St.	1045	1060
Kgl. Porc. Fabr.	350	355

Zürich

dgl. NA	1135	1135
Winterthur Inh.	5350	5400
Winterthur Part.	4600	4620
Zür. Vers. Inh.	5625	5650
Index: Schw. Kred.	413,90	415,90

Brüssel

Arbed	1750	1715
Brux. Lambert	2020	1965
Cockerill Ougrée	212	214
Ebes	3050	3015
Gevaert	4210	4125
Kredietbank	9350	–
Pétrofina	6230	6180
Soc. Gén. d. Belg.	1890	1835
Sofina	7850	7800
Solvay	5740	5400
UCB	5670	5250
Index	2472,65	2456,39

Hongkong

Hongk. + Sh. Bk.	7,2	7,25
Hongk. Teleph.	8,5	8,5
Hutch. Whampoa	26,1	26,2
Jard. Matheson	11,6	11,6
Swire Pac. + A +	24,4	24,5

Singapur

Cycle + Car.	3,3	3,28
Cold Storage	2,95	2,74
Dev. Bk. of Sing.	5,2	5
Fraser + Neave	5,75	5,75
Kl. Kepong	2,14	2,12
Mal. Banking	5,7	5,7
Nat. Iron	7	7
OCBC	8	7,9
Sime Darby	1,74	1,74
Singapur Land	2	2,1
Un. Overs. Bank	3,52	3,42

Sydney

ACI	2,68	2,73
Ampol, Explor.	2,81	2,8
Bridge Oil	3,48	2,58
Brok. Hill. Prop.	7,3	7,3
Coles	4,06	4,09
CRA	5,38	5,46
CSR (Theiss)	3,05	3,14
Metals Expl.	0,41	0,41
MIM-Holdings	2,55	2,63
Myer Emporium	3,42	3,48
North Broken Hill	2,42	2,43
Oakbridge	1,25	1,25
Peko Wallsend	4,82	4,85
Poseidon	3,95	4
Thomas Nat. Tr.	2,1	2,2
Wahons Bond	0,45	0,46
Westpacific Banking	4,6	4,7
Western Mining	3,74	3,83
Woodside Petr.	1,31	1,3
Index	945,50	962,00

Optionshandel

Frankfurt: 18. 09. 85
3187 Optionen = 163 150 (158 900) Aktien,
davon 520 Verkaufsoptionen = 26 650 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-130/16,5, 10-140/7,2, 10-150/2,00, 1-130/20, 1-140/13,4, BASF 10-211/21, 10-220/12, 10-221/11, 10-230/4, Bayer 10-191/36, 10-201/27,8, 10-211/16, 10-220/7, 10-221/6, BBC 1-250/36,8, BHF 1-340/18, Bay. Hypo 10-370/30, 1-400/18, 1-410/5, Bekula 1-110/6,5, BMW 10-510/4, 1-500/42, 1-510/3, 1-520/23, 1-580/12, Bay. Vereinsbk. 1-400/20, Commerzbk. 10-23/3,5, 10-171,75/51, 10-190/33, 10-187,75/25,75, 10-200/23,5, Conti 10-137/21, 1-157/12, 1-170/5,1, Daimler 10-909,50/85, 1-988,50/48, 1-1000/45, Dt. Babcock St. 10-167/12, 10-170/9,5, 1-180/6,6, Dt. Babcock Vz. 10-158/24, 1-170/14, Deutsche Bk. 10-500/105, 10-550/56, 10-590/17, 10-600/11, Degussa 1-380/10, Dresdner Bk. 10-192,50/84, 10-212,50/65, 10-240/38, 10-250/29, Hoechst 10-191/33, 10-201/23, 10-220/4,8, 10-221/4,5, Hoesch 10-110/17,5, 10-120/7,5, Karstadt 10-213/58, 10-223/48, Kaufhof 10-270/37, Klöckner 10-60/15, 10-65/10, 10-70/4,7, 10-75/1,7, Lufthansa St. 10-225,50/8, Lufthansa Vz. 10-205,50/28, 10-215,50/18, 10-225,50/8,8, MAN 10-170/15,4, 1-160/25,5, Mercedes 1-830/80, Mannesmann 10-180/50, 10-186/44, 10-190/40, 10-196/34, 10-200/30, 10-310/20,8, Nixdorf 1-580/28, 1-590/21,2, Preussag 1-280/12,4, 1-300/6,6, RWE St. 10-190/9,4, 1-190/16,4, 1-200/11,4, 1-210/7, RWE Vz. 1-200/7,5, Schering 10-500/22,5, Kali + Salz 10-272/110, 1-330/73, Siemens 10-563,30/45, 10-570/39, 10-580/29, 10-583,30/25, Thyssen 10-98,25/38, 10-100/37,5, 10-106,25/29, 10-110/27,5, 10-120/17,5, Veba 10-171/70, 10-181/60, 10-191/50, 10-201/39, 10-211/29,5, VW 10-315/27, 10-335/14,8, 10-340/11, Alcan 10-80/2,1, 1-80/5,4, 1-85/3,6, Chrysler 1-100/14,5, 1-110/7, General Motors 1-210/13, IBM 10-380/9, 1-400/17,2, Norsk Hydro 10-38,4/2,5, 1-40/4,5, Philips 10-45/1,4, 1-45/4, 4-45/3,5, Sony 4-50/3, Xerox 1-150/13, **Verkaufsoptionen:** AEG 1-130/2, 1-140/3,6, BASF 10-220/1, 1-220/2,21, Bayer 10-220/1,4, 1-220/3,2, BMW 1-450/5, 1-490/18, 4-440/8, Commerzbk. 1-200/2, Conti 10-150/1,5, 1-150/2,5, 4-150/4,5, Daimler 1-900/8, 1-930/7, 1-950/15, Dt. Babcock St. 4-180/7, Deutsche Bk. 10-570/1,4, 10-580/3, 1-570/4, 1-580/8,4, Dresdner Bk. 1-250/2,1, 1-260/4, GHH St. 1-190/4,6, Hoechst 1-220/3, 4-210/2,4, 4-220/5, Hoesch 1-120/1,5, 4-120/3,4, Karstadt 1-280/7, Kaufhof 1-280/5, 1-290/8, Klöckner 10-75/2,5, 1-75/4, Linde 1-550/10, 4-500/6, MAN 4-170/3, Mercedes 4-850/8, Metallges. 1-380/9,9, Mannesmann 10-220/1, 4-290/7, RWE St. 1-200/8,9, Kali & Salz 1-350/7, Siemens 1-580/4, 1-570/8, 1-590/10, Thyssen 1-130/3,5, 4-120/1,6, 4-130/4, Veba 1-230/2,7, VW 10-340/7,8, 1-320/5, 1-330/6,4, General Motors 4-200/16, Philips 1-50/7.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18.9.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞–8⅛	4⅜–4½	4⅜–4⅝
3 Monate	8⅛–8⅜	4½–4⅝	4½–4⅝
6 Monate	8¼–8⅜	4½–4⅝	4⅜–4⅞
12 Monate	8¾–9	4⅝–4⅞	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18.9. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1305,00	1681,50
10 US-Dollar (Indian)**	1325,00	1584,30
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	672,60
1 £ Sovereign alt	216,00	289,04
1 £ Sovereign Elizabeth II.	209,00	261,06
20 belgische Franken	167,75	219,74
10 Rubel Tscherwonez	218,50	277,85
2 südafrikanische Rand	208,50	255,98
Krüger Rand, neu	913,25	1081,81
Maple Leaf	932,75	1103,24
Platin Noble Man	889,50	1053,93
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,50	271,89
20 schweiz. Franken „Vreneli"	183,75	237,98
20 franz. Franken „Napoléon"	171,75	224,30
100 österr. Kronen (Neuprägung)	862,75	1047,38
20 österr. Kronen (Neuprägung)	170,25	216,89
10 österr. Kronen (Neuprägung)	88,80	117,99
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	389,25	488,35
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	93,26	149,11

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

18.9.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs⁴)	Frankf. Sorten*) Ankauf	Frankf. Sorten*) Verkauf
New York³)	2,9055	2,9135	2,8825	2,84	2,94
London¹)	3,867	3,881	3,806	3,80	3,85
Dublin¹)	3,105	3,119	3,060	3,04	3,19
Montreal³)	2,1045	2,1125	2,0856	2,08	2,16
Amsterd.	88,875	89,005	88,675	86,78	90,77
Zürich	121,60	121,80	121,67	120,00	122,75
Brüssel	4,944	4,964	4,886	4,77	4,97
Paris	32,725	32,885	32,365	31,75	33,50
Kopenh.	27,365	27,688	27,370	26,75	28,50
Oslo	34,225	34,345	33,565	33,25	35,00
Stockh.**)	33,985	34,145	33,150	33,90	34,75
Mailand²)**)	1,4865	1,4965	1,4620	1,44	1,54
Wien	14,215	14,255	14,205	14,13	14,35
Madrid**)	1,68	1,69	1,651	1,66	1,78
Lissabon**)	1,663	1,683	1,576	1,35	2,05
Tokio	1,1985	1,2025	–	1,16	1,22
Helsinki	47,27	47,47	46,280	46,00	48,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*)**)	2,086	2,12	–	1,60	2,40
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	1,978	1,997	–	1,93	2,01
Johannbg.*)	1,123	1,167	–	0,80	1,40

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Bereits in New York präsentierte sich der US-Dollar am 18. 9. erholt und schloß bei 2,8970 nach einem Hoch von 2,9060. Man sprach davon, daß von einer Zentralbank US-Dollar gekauft wurden. Am europäischen Markt handelte man recht vorsichtig, wobei eine leichte Kaufneigung überwog und ein Anstieg bis 2,9120 zu verzeichnen war. Amtlich wurde der Kurs mit 2,9095 festgestellt. Die neuesten Zahlen für den Wohnungsbau brachten am Nachmittag keine Belebung. Der Dollar pendelte weiter zwischen 2,9050 und 2,9100. Der gestern stark gedrückte Yen zog um 6,7 Promille auf 1,2010 an. Auch der Schweizer Franken setzte mit einem Gewinn von 3,5 Promille auf 121,70 überdurchschnittlich zu. US-Dollar in: Amsterdam 3,2645; Brüssel 58,6800; Paris 8,8540; Mailand 1951,00; Wien 20,4280; Zürich 2,3907; Ir. Pfund/DM 3,112; Pfund/Dollar 1,3315; Pfund/DM 3,874.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 18.9.: In D-Mark 2,22520 (Parität 2,24184); in Dollar 0,76583 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 18.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Terminmarkt kam es am 18. September aufgrund leicht befestigter Euro-Dollar-Depots zu einer Vergrößerung der Dollar-Termin-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,95–0,85	2,78–2,68	5,45–5,25
Pfund/Dollar	0,38–0,36	1,08–1,00	1,77–1,72
Pfund/DM	3,00–1,80	7,30–5,90	12,8–11,4
FF/DM	22–6	52–38	100–84

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18.9.: Tagesgeld 4,30–4,40 Prozent; Monatsgeld 4,55–4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60–4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 18.9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 18.9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,86) – 8,00 (6,24) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,80, Rendite 6,08.

Rentenmarkt verunsichert

Die anhaltende Zinsungewißheit in den USA und der leichte Kursanstieg der US-Bonds nahmen Ausländer zum Anlaß, ihre Kaufkurse bei den deutschen öffentlichen Anleihen etwas zurückzunehmen. Das führte sowohl bei den Bundesanleihen als auch bei den Bundesobligationen zu Kursreduzierungen um 0,10 bis 0,20 Prozentpunkte. Unter diesen Umständen ist die Placierung der neuen Anleihe des Landes Nordrhein-Westfalen noch schwieriger geworden. Anhaltende Unsicherheit auch bei den DM-Auslandsanleihen.

Bundesanleihen

			18.9.	17.9.
F	5½ Bund 78 II	3/86	100,55G	100,35
F	5½ dgl. 78	5/86	100,35	100,35
F	7¼ dgl. 76 I	12/86	105G	105bG
F	6½ dgl. 79	1/87	102,1G	102,1bG
F	7¼ dgl. 76 II	1/87	105,1G	105,1
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,5	102,55
F	6½ dgl. 77	7/87	102,45	102,45
F	6 dgl. 77	10/87	101,8	101,8
F	6 dgl. 78 I	1/88	101,95	102,05
F	6½ dgl. 78 I	9/88	103,65	103,75
F	6½ dgl. 78 II	12/88	103,6bG	103,65
F	6¾ dgl. 79	1/89	103,8	103,9
F	7½ dgl. 79 I	4/89	104,85	104,85
F	10 dgl. 81 I	4/89	112,55	112,55bG
F	7½ dgl. 79 I	6/89	105,95	105,9
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,25	107,25
F	8 dgl. 79 II	8/89	107,35bG	107,35G
F	7½ dgl. 79 II	9/89	106,85	106
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	106,9bG	106,9
F	7¾ dgl. 80	1/90	107,1	107,1
F	10 dgl. 80	4/90	115,8	115,75
F	5¾ dgl. 78	5/90	100,2	100,2
F	8¼ dgl. 80 I	7/90	109,4	109,35
F	8¼ dgl. 80 II	11/90	109,9	109,85G
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	107,8	107,8bG
F	9 dgl. 81	2/91	112,5bG	112,5
F	7½ dgl. 83 III	6/91	106,85	106,85
F	10¾ dgl. 81	7/91	118,4	118,4
F	10¾ dgl. 81	9/91	121,25	121,35G
F	10 dgl. 81 II	12/91	118,1G	118,1G
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	116,35	116,35
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	116,6	116,6
F	9½ dgl. 82	4/92	115,6	115,6
F	9 dgl. 82 I	5/92	113,85	113,15
F	8½ dgl. 82	6/92	110,6G	110,6bG
F	9 dgl. 82 II	8/92	113,45	113,5
F	8¾ dgl. 82	9/92	112,35G	112,35G
F	7¾ dgl. 82 %	12/92	107,5	107,55G
F	7½ dgl. 83	1/93	106,1	106,15
F	6 dgl. 78 II	3/93	98,8	99,1
F	7½ dgl. 83 II	3/93	106,2	106,2
F	8¼ dgl. 83	6/93	109,65	109,65
F	8 dgl. 83	7/93	108,65	108,8
F	8¼ dgl. 83 II	8/93	109,85	109,9G
F	8¼ dgl. 83 III	10/93	109,9	109,95G
F	8¼ dgl. 83 IV	11/93	109,85G	109,85
F	8¼ dgl. 83 V	12/93	109,95	110
F	8¼ dgl. 84	1/94	110	110
F	8¼ dgl. 84 II	2/94	110,15	110,15
F	8 dgl. 84	5/94	108,75	108,9
F	8¼ dgl. 84 III	6/94	110,5	110,5G
F	8¼ dgl. 84 IV	7/94	110,65	110,65G
F	7¾ dgl. 84 S.50	11/89	103,9	104,2
F	7 dgl. 84 S.51	12/89	102,85	103,15
F	6¾ dgl. 84 S.52	2/89	102	102,35
F	7½ dgl. 85 S.53	3/90	103,5	103,85
F	7 dgl. 85 S.54	4/90	102,6	102,95
	6¾ dgl. 85 S.55	6/90	101,7	102bG
	6½ dgl. 85 S.56	7/90	100,75bG	101,05bG

F	6 dgl. 77	9/87	101,6	101,55
F	6 dgl. 78 II	7/88	101,2	101,1
F	6½ dgl. 77	5/89	102,45	102,5
F	8 dgl. 79 I	7/89	106,5	106,4
F	6 dgl. 78 I	2/90	100,2	100,5
F	8 dgl. 80 II	7/90	107,8	107,7
F	9 dgl. 81	3/91	111,8	111,8
F	10½ dgl. 81	9/91	119,6	119,6
F	10¼ dgl. 81	11/1	118,9G	119,1G
F	8 dgl. 80 I	2/92	107,7	107,8
F	10 dgl. 82	2/92	117,6	117,85
F	9¾ dgl. 82	7/92	115,4	115,7
F	8 dgl. 82	11/92	107,8	108,1G
F	7¾ dgl. 83	1/93	106,85	107,1
F	8¾ dgl. 83	10/93	109,5	109,75
F	8¼ dgl. 84	6/94	109,9	110,1
F	7½ dgl. 84	10/94	104,45	104,7
F	7¼ dgl. 85	1/95	104,1	104,55

Bundespost

F	6½ Bdpost 68	6/88	102G	102bG
F	8 dgl. 72 I	9/87	104,85	104,85
F	8 dgl. 80	3/90	107,55G	107,55
F	7¾ dgl. 80	9/90	107,4	107,4
F	8¾ dgl. 80	12/90	111,3	111,25
F	10 dgl. 81	3/89	112,25	112,25
F	10½ dgl. 81	6/89	113,7G	113,7
F	10½ dgl. 81	10/91	120G	120
F	9¾ dgl. 82	2/92	116,65G	116,65
F	8¾ dgl. 82	6/92	111,9G	111,9
F	8½ dgl. 82	10/92	110,65	110,75G
F	7¾ dgl. 83	2/93	107,15	107,5
F	8½ dgl. 83	9/93	111,3	111,3G
F	8¼ dgl. 84	2/94	109,9	110
F	8 dgl. 84	9/94	109	109,1
F	7 dgl. 85	97	103,65	103,8

Länder – Städte

S	6¼ Bd.-Württ.78	86	101,3G	101,25G
S	8¼ dgl. 82	92	108G	108G
M	6½ Bayern. 67	87	103G	103G
M	6 dgl. 68	85	100,5bG	100,65bG
M	6 dgl. 78	88	100,6bG	100,6bG
M	8¾ dgl. 80	90	109G	109bG
M	8¾ dgl. 82	92	110,5G	110,5bG
M	7¾ dgl. 83	93	105,75bG	105,75G
M	8 dgl. 84	94	107,1bG	107,1bG
M	7¼ dgl. 85	95	101G	101G
B	8 Berlin 72	85	100	100
B	6½ dgl. 78	88	102,45	102,45
B	8¾ dgl. 80	88	107,75	107,75
Br	7¾ Bremen 71	87	102G	102G

M 6½ dgl. Pf 3	96,5G	96,5G
M 6½ dgl. Pf 12	96G	96G
M 7 dgl. Pf 28	102,75G	102,75G
B 5 Berl.Pfandb. Pf 7	103,5G	103,5G
B 7 dgl. Pf 31	101,5	101,5
B 6 dgl. Pf 34	100G	100G
B 6½ dgl. Pf 37	100,25G	100,25G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn 7 dgl. Pf 80	100,75G	100,75G
Hn 7½ dgl. Pf 87	106G	106G
Hn 6 dgl. KS 29	98,75G	98,75G
Hn 7 dgl. KS 30	102,2G	102,2G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	123G	123G
D 5 dgl. Pf 54	117,5G	117,5G
D 6 dgl. Pf 109	88G	88G

D 4 dgl. Pf 18	107G	107G
D 6 dgl. Pf 28	100,75G	100,75G
D 6½ dgl. Pf 67	95TG	95TG
D 5½ dgl. KO 3+E	128G	128G
D 7½ dgl. KO 77	108G	108G
S 5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S 5½ dgl. Pf 107	88,5G	88,5G
S 7 dgl. Pf 125	102,9G	102,9G
S 7 dgl. Pf 128	99G	99G
S 8 dgl. Pf 177	100G	100G
S 6 dgl. KS 77	89G	89G
Br 5 St.Kr.Ol-Br Pf13	124,25G	124,25G
Br 5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br 5 dgl. Pf 36	94G	94G
Br 5½ dgl. Pf 43	93,45G	95,45G
Br 6 dgl. Pf 56	89G	89G

F 7½ dgl. 71/86	100,5G	100,5G
F 7½ dgl. 76/87	101	101,25G
F 7½ Klöckner W. 71/86	100,5G	100,5G
F 8 dgl. 72/87	102,1T	102,1T
F 6 NWK 61/86	100,1G	100,1G
F 6 dgl. 62/87	100,7G	100,7G
F 6 Ob.Don.Krwk. 64/8[...]	99,5G	99,5G
F 6 Rh.Brkw. 65/89	99,25	99,25G
F 6 dgl. 65/90	99,1T	99G
F 6 RWE 65/88	99,5G	99,5G
F 6 dgl. 65/90	99	99,15G
F 7½ dgl. 71/96	100,75T	100,75T
F 7 dgl. 72/87	100,65G	100,65G
F 6 Rh.-M.-Don. 62/87	100,5G	100,5G
F 6½ dgl. 68/88	102,9G	102,9
F 8 Schleswag 71/86	100,75G	100,75G

M 7½ dgl. KS 27	104,8TG	104,8TG
M 5 Bayer.Hypo Pf 33	131,25G	131,25G
M 5½ dgl. Pf 11	134,5G	134,5G
M 6 dgl. Pf 34	85,5G	85,5bG
M 6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M 6½ dgl. Pf 10	92,5G	92,5G
M 6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Ldk. Aufb. IS 15	100,7G	100,7G
M 6 dgl. IS 16	100,95G	100,95G
M 6 dgl. IS 17	100,75G	100,45G
M 8½ dgl. KO 49	100G	100G
M 8½ dgl. KO 48	100,1G	100,1G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 105	102,5G	102,5G
M 5 Bayer.Verbk. Pf 11	125G	125G
M 6 dgl. Pf 4	99G	99bG

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	102,6	102,6

Wandelanleihen

	18.9.	17.9.
F 4¼ AKZO 69	99G	99G
F 5 Asics Corp. 83	107,5bG	107,5T
F 3½ All Nippon 78	178G	175G
F 3½ Asahi Opt. 78	120G	120G
F 4¼ Canon Inc. 77	340G	340G
F 5¾ Daiei Inc. 80	132G	132G
F 3 Daikin Int. 84	124,5	123
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	560T	565T
F 5¼ Hoogovens 68	94G	94G
F 3½ Izumiya Co. 78	138G	138G
F 3½ Jusco Co. 78	119	119G
F 4 Kawashima Tex. 84	108,5G	108,5

F 6 Komatsu 76	194	195T
F 6 Konishiroku Pho81	140G	141T
F 6¼ dgl. 82	150G	150G
F 3½ Korakuen 78	150	152bG
F 3½ Marudai F. 78	105,5	105,5G
F 5¼ Minolta Cam. 77	320G	320G
F 4 dgl. 79	257G	246bG
F 6¼ Mitsub. H. 81	269,5	268,75G
F 6 dgl.81	197,25T	196,25G
F 6 Nichii Co. Ltd.80	151G	150G
F 3½ Nissan Mot. 78	183	183
F 4 Nisshin Steel 78	174G	174G
F 7¾ Nitto Boseki 84	105G	105G
F 3½ Olympus 78	266G	265
F 3½ Omron Tat. 79	315G	315
F 4¾ Orient Fin. 79	240G	240G
F 3½ Renown Inc. 84	108	108,25

Ausländische Aktien in DM

	18.9.	17.9.
M Abbott Labor	157,5	158,4
F L'Air Liquide	185G	190G
D Akzo	111	111
F Alcan	73,5	76
F Alcoa	97,5	99
F Alg. Bk. Nedld.	441G	441
F All Nippon Air	7,5T	7,7T
F Allied Corp.	125	124
M ALPS El.	15,5	15,5
F Amax	42,1	42,2
F Am. Cyanamid	146G	146G
F Ameritech	259	257G
M AMR	114,7	120,7
D American Expr.	121	122,5bG

	18.9.	17.9.
D Gen. Shopping	128T	128T
D Gevaert	198G	196G
F Goodyear	78,1	80
H Grace	120	121,5
F Greyhound	78,5G	78,5G
D GKN	8,5G	8,5G
F Gulf Canada	41,2	41
D Halliburton	74,5G	77,7
F HCA Hospital	119G	124,5
M Hewlett Packard	94,4	94,4
F Highveld Steel	-	-
F dgl. o. O.	-	-
F Hitachi	808	800
M Holiday Inns	146,2	146,2

	18.9.	17.9.
M Pepsi	147,2	147,2
F Pernod	231G	231,5G
F Peugeot	130	129
F Philip Morris	227	223
M Phibro-Salomon	102,2	104,4
H Philips	44,5	44,7
M Pioneer El.	21,6	21,4
F Pirelli	4,8	4,75
M Polaroid	90,4	90,4
M Prime Computer	50,5	50,5
F Procter & G.	164,5	164,5
D Ramada Inns	22bG	22,5
M Ranger Oil	9,9	9,9
F Reuter	13	12,4G

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee fester aus dem Markt ging, konnte Kakao kleine Aufschläge erzielen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	17.9.	16.9.
Sept.	282,00	280,75
Dez.	295,00	293,50
März	302,75	301,25

Kakao New York ($/t)	17.9.	16.9.
Terminkontr. Sept.	2183	2106
Dez.	2242	2175
März	2272	2227
Umsatz	2562	818

Kautschuk London (p/kg)	17.9.	16.9.
Nr. 1 RSS loco	61,00-63,00	61,00-63,00
Okt.	58,75-59,75	-58,00
Nov.	58,75-59,75	-59,00
Dez.	-60,00	-60,00

Tendenz: ruhig

Aluminium		
f. Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Silber (p/Feinunze) London Kasse	441,00	446,75
3 Monate	453,25	459,10
6 Monate	464,20	471,55
12 Monate	487,90	495,05

Platin (£/Feinunze) London fr. Markt	17.9.	16.9.
	227,80	233,10

Zinn (£/t) mittags	9158-9160	9175-9180
3 Monate	9110-9111	9115-9116
Quecksilber ($/Fl.)	-	-
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	-



Kann's denn Sünde sein?

egw – Um diese Stunde gähnte die Großstadtstraße leergekehrt, weit und breit war kein Fahrzeug zu sehen. Aber als der ältere Herr trotz Rotlicht für Fußgänger die Kreuzung betreten wollte, hielt ihn eine sanfte Simme zurück: „Tun Sie's nicht, es ist eine Sünde."

Eine Sünde? Was für ein seltenes Wort, längst aus dem Vokabular des menschlichen Umgangs gestrichen – und in diesem Falle doch wohl zu pathetisch. Eine minimale Gesetzesüberschreitung wär's ja wohl gewesen, aber doch völlig negligeabel.

Gewiß, sagte die Stimme, gewiß, aber wo die Begriffe fehlen, breitet sich das Übel aus. In der Tat. Wer spricht denn heute noch von Sünde, wenn einer etwas Unrechtes tut? Der Winzer, der seinen Wein verfälscht, hat dabei vielleicht ein ungemütliches Gefühl gehabt, aber an Sünde hat er nicht gedacht. Der Mann, der die Frau seines Freundes erobert, ist eher stolz darauf, als daß er sich ein Gewissen daraus machte. Der Financier, dem ein krummer Coup gelungen ist, ist so lange glücklich, bis er ertappt wird. Der geschickte Steuerhinterzieher erregt gar noch Bewunderung, und der ungeschickte wird allenfalls der Dummheit bezichtigt, nicht der Sünde. Der Politiker schließlich, der ganz bewußt falsch Zeugnis redet wider seinen Parteigegner, hält das für die selbstverständlichste Sache von der Welt, nie und nimmer für Sünde.

Die Besseren, die werden sicherlich manches aus Anstand nicht tun, aber keiner, der sich als moderner Mensch fühlt, wird auf die Idee kommen, er müsse eine Sünde vermeiden. Und wenn in einer Gazette zu lesen stünde, der Mörder habe eine schwere Sünde begangen, so würde das fraglos lächerlich wirken. Er hat getötet, gemordet, er war ein Räuber, was immer, aber einen Sünder nennt man ihn nicht. Freilich, wenn er die Geschwindigkeitsbegrenzung mißachtet, dann ist er ein Sünder, ein Verkehrssünder nämlich.

Der Begriff Sünde ist aus unserem Leben getilgt, von der Technik überrannt, ins Abseits getrieben. Was wundert uns der allgemeine Verfall? Der weise Chinese hat es schon gesagt: Wo die Begriffe fehlen ...

Millionen in den Sand gesetzt: Der Neubau des Stuttgarter Linden-Museums

Der Islam bleibt im Depot

Völkerkundemuseen haben es schwerer, ihr Erscheinungsbild zu bestimmen, als Kunstmuseen, die es sich allenfalls selber schwer machen. Über ihren Aufgabenbereich herrscht weithin Einigkeit. Sie sollen anhand authentischen Materials Kenntnisse über die Kulturen fremder, meist außereuropäischer Völker vermitteln. Dabei sollen die Probleme der Gegenwart gegenüber der Darstellung der Vergangenheit nicht zu kurz kommen.

In den meisten Museen aber verführt die Beschaffenheit der Bestände leicht dazu, die Kunst der fremden Völker vorrangig zur Schau zu stellen. Das breite Publikumsinteresse scheint ihnen darin recht zu geben. Es war die „Kunst" der sogenannten Primitiven, die am Beginn unseres Jahrhunderts Künstler wie Gauguin, Picasso und andere faszinierte und damit nicht nur die Expressionisten in die Völkerkundemuseen lockte. Deren Sammlungen stammen größtenteils aus der Kolonialzeit, wurden von Kaufleuten und Offizieren zusammengetragen und wurden nicht selten zum Anlaß einer Museums-Gründung.

Auch das Stuttgarter Linden-Museum, nach allseitigem Zeugnis weltweit zu den bedeutendsten unter seinesgleichen zählend, ist vor hundert Jahren so entstanden. Im Jahr 1882 konstituierte sich in Stuttgart der „Württembergische Verein für Handelsgeographie" und beschloß zwei Jahre später die Gründung eines Museums, um die Öffentlichkeit besser informieren zu können und um, laut Gründungsprotokoll, „der notleidenden württembergischen Wirtschaft zu helfen".

Zum Vorsitzenden des Vereins wurde der königliche Kammerherr Karl Graf von Linden gewählt; er baute mit Umsicht, Energie und Zähigkeit die handelsgeographische Sammlung zu einem mustergültigen Museum für Völkerkunde aus, dessen Einzug in den von ihm initiierten Neubau er nicht mehr erleben durfte.

Graf Linden starb 1910; im Mai 1911 wurde das neue Museum unter seinem Namen eröffnet und erwies sich nach wenigen Jahren bereits als zu klein. Der Graf hatte den kolonial*wirtschaftlich orientierten Sammlungen* eine neue Tendenz und Bedeutung gegeben, weil er unter dem Einfluß der europäischen Zivilisation die außereuropäischen Kulturen in ihrer Substanz bedroht sah.

Deshalb sammelte er unermüdlich ihre Zeugnisse „als Dokument des Bestehenden und Gewachsenen". Bei seinem Tod waren bereits mehr als 60 000 Objekte inventarisiert. Naturgemäß stammten sie in der Mehrzahl aus den damaligen deutschen Schutzgebieten.

Nach Lindens Tod wurden die Sammlungen laufend erweitert und die Räume immer beengter. Im Zweiten Weltkrieg wurde das Haus am Hegelplatz zerstört und als erstes Gebäude Stuttgarts nach dem Krieg wiederaufgebaut. Was ihm damals zum Ruhm gereichte, zeigte sich bald als Nachteil. Das Nachkriegs-Baumaterial hielt auf die Dauer den Belastungen nicht stand. Das Museum mußte in den siebziger Jahren geschlossen und praktisch wieder neu aufgebaut werden; original sind heute nur noch die aufrechten Wände.

Vor kurzem wurde es wieder der Öffentlichkeit zugänglich. Die Sanierung kostete rund dreißig Millionen Mark. Das Museum, das neunzig Jahre lang allein auf privater Basis operiert hatte, war inzwischen in die Trägerschaft der Stadt Stuttgart und des Landes Baden-Württemberg übernommen worden, was ihm erstmals auch einen namhaften Ankaufsetat einbrachte und eine gezielte Anschaffungsstrategie ermöglichte.

Wesentliche Lücken konnten geschlossen werden; die alten Bestände aus Afrika, Ozeanien und Amerika wurden in den letzten Jahrzehnten ergänzt durch Erwerbungen aus den asiatischen Hochkulturen, die zum Teil allerdings noch bis Mai nächsten Jahres auf ihre Unterbringung warten müssen.

Das zweite Obergeschoß ist für die Abteilungen Süd- und Ostasien reserviert. Im Erdgeschoß werden Amerika und Ozeanien gezeigt, im ersten Obergeschoß Afrika und der Orient, konzentriert auf den Islam in seinen verschiedenen Aspekten.

Diese Einschränkung beweist exemplarisch, daß das „neue" Linden-Museum noch immer das alte ist. Seine prekären Raumprobleme, seit *1915 bekannt und beklagt, sind hier*, so scheint es, weithin elegant überspielt, aber keineswegs behoben worden. Dem Besucher erscheint es unbegreiflich, daß im Zuge dieser kostspieligen Renovierung die einmalige Gelegenheit zu der dringend notwendigen Erweiterung des Museums nicht genutzt wurde.

Keine Frage: die Präsentation der durchweg hochrangigen Ausstellungsstücke und Ensembles wäre in einem Museum für außereuropäische Kunst und Kulturgeschichte faszinierend. Sie ist es auch hier, ob es sich um Kunst- und Kulturgüter der Indianer und Eskimos, der Jäger und Pflanzer Australiens, der Fischer und Seefahrer Mikronesiens, der verschiedenen Stämme Afrikas oder um die herrlichen Zeugnisse islamischer Kultur und Wissenschaft handelt.

Aber – um bei diesem Beispiel zu bleiben – *die islamischen Völker* hatten auch einen Alltag, der die Ethnologen interessiert, und ihr heutiges Dasein läßt sich aus ihrer hochzivilisierten Vergangenheit schwerlich interpretieren. Das Linden-Museum besitzt eine umfangreiche Sammlung, die ohne weiteres auch diese Aspekte veranschaulichen könnte; sie mußte im Depot bleiben.

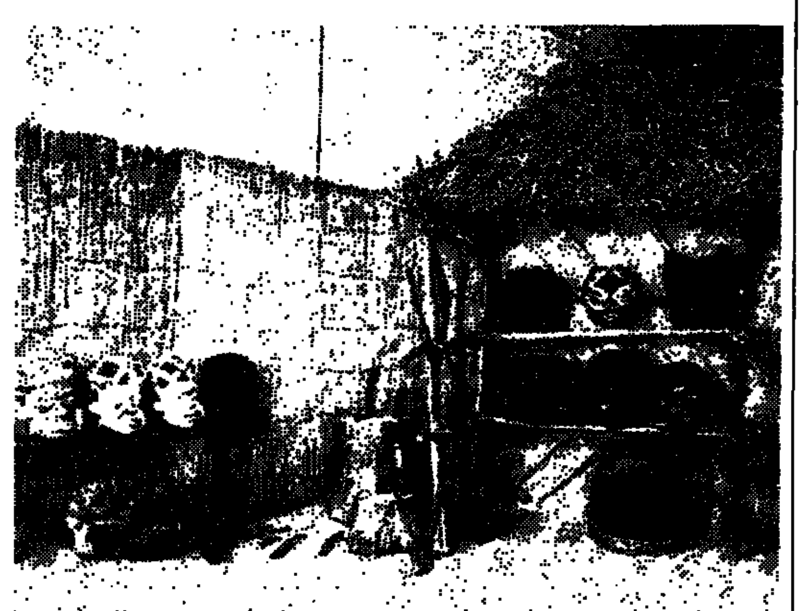
Das Stuttgarter Sammlungskonzept richtet sich ausdrücklich auf Kulturen, nicht auf Einzelobjekte oder Objektgruppen. Die Darstellung von Hochkulturen ist nicht nur besonders attraktiv, sie erfüllt auch eine der wichtigsten Aufgaben der Völkerkundemuseen, indem sie Vorurteile korrigiert, Achtung und Verständnis gegenüber fremden und vermeintlich primitiven Kulturen weckt und fördert.

Doch wurden auch Beispiele gegenwärtiger Alltagskultur in die neue Schausammlung aufgenommen und Zeugnisse sogenannter „Tourismuskunst", ein Markt in Nigeria etwa, eine afrikanische Verkaufsbude, eine Straße aus dem Basar von Taschkurgan (Afghanistan), ein voll ausgerüstetes Zelt turkstämmiger Nomaden zum Beispiel. Merkwürdigerweise wirken gerade diese aktuellen Ensembles überraschend „museal"; eine Auswirkung der Raumnot. Insgesamt jedoch gelang es der geschickten und durchdachten Präsentation, daraus eine Tugend zu machen, die einen *Besuch allemal zu einem Erlebnis* werden läßt.

EO PLUNIEN



In die Enge gezwängt: Lebensmittelladen in der Rekonstruktion des Bazars von Taschkurgan (Afghanistan) im Stuttgarter Linden-Museum



Aktuelle Ensembles: Nachbau einer Maskenwerkstatt mit Schnitzwerkzeugen und Maskenformen FOTO: LINDEN-MUSEUM

JOURNAL

Polnische Musiker bleiben im Westen

JGG, **Warschau**

Wegen der drastischen Abgaben, die der polnische Fiskus ab 1986 erheben wird, haben zahlreiche im Westen tätige Musiker signalisiert, daß sie diese Abgaben verweigern und nicht nach Polen zurückkehren werden. Die rund 2000 Musiker, von denen die meisten in der Bundesrepublik wirken, müßten ab 1. Januar 35 statt bisher 25 Prozent ihres Bruttoeinkommens abzweigen.

Italo Calvino liegt im irreversiblen Koma

dpa/UPI, **Siena**

Der italienische Schriftsteller Italo Calvino, der nach einer Gehirnblutung in ein Krankenhaus in Siena gebracht und operiert worden war, soll nach Angaben der behandelnden Ärzte in einem irreversiblen Koma liegen. Sein Gesundheitszustand sei hoffnungslos, nachdem er eine neue Gehirnblutung erlitten habe.

Mannheimer Filmwoche: Drei deutsche Beiträge

dpa, **Mannheim**

Drei deutsche Filme bewerben sich auf der 34. Internationalen Filmwoche um den mit 10 000 Mark dotierten „Großen Preis", der dem Regisseur des besten Erstlingsspielfilms verliehen wird. Das ist die bisher stärkste Beteiligung deutscher Produktionen in dieser seit 1961 in Mannheim laufenden Konkurrenz, die diesmal vom 7. bis 12. Oktober stattfindet.

Böll-Archiv ohne Publikationsrechte

lnw, **Köln**

Die Stadt Köln erwirbt mit dem Archiv Heinrich Bölls zwar Unmengen an Papier, aber keine Rechte an bereits veröffentlichten oder unveröffentlichten Werken. Der von René Böll geführte Lamuv-Verlag teilte mit, Erben des Nachlasses von Heinrich Böll seien die Ehefrau Anna Maria Böll und die beiden Söhne René und Vincent.

Balzan-Preis für Gombrich und Serre

dpa, ***Mailand***

Die mit jeweils 250 000 Schweizer Franken dotierten Balzan-Preise gehen in diesem Jahr an den britischen Kunsthistoriker Sir Ernst Hans Josef Gombrich und an den französischen Mathematiker Jean Pierre Serre. Gombrich, der 1909 in Wien geboren wurde und nach England emigrierte, leitet seit 1959 das *„Warburg Institute" in London*. Der Franzose Serre wurde für seine Forschungen in der algebraischen Topologie und Geometrie sowie in der Zahlentheorie geehrt.

Musikpreis an Messiaen und Lutoslawski

dpa, **Berlin**

Den Komponisten Olivier Messiaen und Witold Lutoslawski ist der Preis des Internationalen Musikrates in der Unesco für das Jahr 1985 zuerkannt worden. Die Verleihung findet am 1. Oktober, dem internationalen „Tag der Musik", im Apollosaal der Ostberliner Staatsoper statt. Der Internationale Musikrat hält seine diesjährige Generalversammlung in der „DDR" ab, wo auch die 6. Weltmusikwoche veranstaltet wird.

„Gloria-Palast" soll abgerissen werden

hrk. **Berlin**

Um die Zukunft des „Gloria-Palasts" – seit Jahren Schauplatz der Berliner Filmfestspiele – ist ein heftiger Streit entbrannt. Das Lichtspieltheater ist vom Abriß bedroht. Das Kino soll bis auf die Fassade und das Foyer abgerissen und ein neuer, kleinerer Filmsaal in ein Apartmenthaus-Komplex eingefügt werden. Eine Resolution für den Erhalt des Hauses ist inzwischen von Filmkünstlern unterzeichnet worden.

Werner Marx wird 75

„Denker im Ruhestand" hat er sich einmal augenzwinkernd genannt; es war natürlich nicht ernst gemeint. Werner Marx, der heute seinen 75. Geburtstag feiert, ist *nicht nur Freiburgs erlauchtester*, sondern wohl auch sein auffälligster Emeritus, der die Philosophie, ähnlich wie sein Freund Gadamer von Heidelberg aus, auch im hohen Alter noch kontinuierlich mit Anregungen versorgt. Der Nachfolger Heideggers hat in den Jahren zwischen 1964 und 1976 die Philosophie seines Freiburger Vorgängers systematisch wieder näher an die Traditionen des deutschen Idealismus herangeführt. Dem genius loci huldigend, hat er dennoch die Werke der Klassiker (Fichte, Hegel, Schelling) als die „äußerste Möglichkeit" vorgeführt, die menschliche Sittlichkeit auf Prinzipien und dadurch auch zur Darstellung zu bringen. Die Diskussion darüber ist nicht beendet. Werner Marx mag ihr noch so manchen schöpferischen Impuls verleihen.

A.W.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Akzente"-Heft über Wyndham Lewis

Ein Windstoß für die Vortizisten

Literaturzeitschriften gibt es im deutschen Sprachraum in Hülle und Fülle. An die 100 sind der „alternativen" Szene zuzurechnen und fallen gleich mit Titeln wie „Literatte", „Literatortur", „Kultuhr" ins Haus (oder in die Wohnkommune). Statistiker haben für sie eine durchschnittliche Lebensdauer von sieben bis acht Nummern errechnet. Weitere *100 gelten* als „etabliert", wenn auch nicht gerade emanzipiert, denn sie hängen mit Wonne an den Brüsten der Behörden (in Österreich) oder der großen Verlage (in Deutschland).

Die von Michael Krüger zweimonatlich herausgegebenen „Akzente. Zeitschrift für Literatur" (Kolberger Straße 22, München 80), erscheinen zwar ebenfalls unter dem Dach eines *Verlages, des Hauses Hanser*, aber keineswegs im Korridor von dessen Presseabteilung. Nunmehr über dreißig Jahre alt, steuern sie einen unabhängigen Kurs, indem sie Proben aus der Gegenwartsliteratur mit der Wiederentdeckung der großen Werke der literarischen Moderne verbinden. Daß Entdeckungen noch möglich sind, zeigt das Augustheft der „Akzente", das fast ganz Wyndham Lewis gewidmet ist.

Wyndham Lewis (1882–1957) war Sohn eines amerikanischen Bürgerkriegsveteranen und Hobbyseglers. Vor Nova Scotia an Bord einer Yacht geboren, wurde er Kanadier und blieb es, obwohl er mit sechs Jahren nach England kam. Lewis war eine gewaltige Doppelbegabung als Maler und Schriftsteller. Vor 1914 schuf er die Kunstrichtung des *Vortizismus*. Sein Roman „Tarr" war das bedeutendste Buch, seine Zeitschrift „Blast" (Windstoß) das Organ dieser Bewegung.

Nach 1918 tauchte Lewis unter und arbeitete an einem gigantischen satirischen, phantastischen, polemischen Buch über seine Zeit. Der Verleger erklärte, es sei zum Drucken zu teuer, zum Halten zu schwer und zum Wegräumen zu groß. So bombardierte Lewis, beginnend mit „The Art of Being Ruled" (1926) das Publikum *mit sechs nunmehr* selbständigen Teilstücken. Buch folgte auf Buch – und Fehde auf Fehde. „Enemy" (Feind) nannte sich Lewis' neue Zeitschrift. Seine Kritik der literarischen und künstlerischen Gegenwart ging in die politische Kritik der Dekadenz über. Als Lewis zu Beginn der fünfziger Jahre erblindete und das Malen einstellen mußte, widmete er sich noch einmal *ganz* dem Roman.

In „Akzente" findet sich ein lesenswertes Porträt Lewis' von Steve Lake, Übersetzungen aus „Blast", „The Wild Body", „Revenge for Love", die Schilderung seiner Erblindung, sowie Urteile von Zeitgenossen, die meist durch ein Porträt von Lewis' Hand illustriert sind.

Daß eine deutsche Zeitschrift einen der größte Sprachkünstler und Zeitkritiker des Jahrhunderts wiederentdecken muß, ist überraschend; fehlt doch unter den dreißig Trägern des Namens Lewis, deren Werke in Deutsch erhältlich sind, ausgerechnet Wyndham. Wieso? Nun, John R. Harrison hat sich in seinem Buch „The Reactionaries" seinerzeit aufs Höchste darüber verwundert, daß mit W. B. Yeats, *Wyndham Lewis*, Ezra Pound, T. S. Eliot, D. H. Lawrence ausgerechnet die Bahnbrecher des neuen Ausdrucks in der englischen Literatur entschiedene Gegner liberal-demokratisch-humanitärer Denkungsart waren. Pounds Sünden gelten mittlerweile als durch den Aufenthalt im Käfig von Pisa und dem Irrenhaus von Washington abgegolten, Eliot, der Temperierteste, umschiffte die politischen Klippen, so daß er 1948 für den Nobelpreis reif war, doch auf Lewis und Yeats richtet sich noch immer der Demokraten Zorn. *Doch was bleibt von der englischen* Literatur dieses Jahrhunderts, wenn man die „Reactionaries" herausstreicht?

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Oper Frankfurt: „Dido und Aeneas" und mehr Musik von Henry Purcell

Liebesverbot bei höheren Töchtern

Fast 300 Jahre sind es mittlerweile her, daß in einem Internat für höhere Töchter im Londoner Stadtteil Chelsea Henry Purcells einzige Oper „Dido und Aeneas" zum ersten Mal gespielt wurde. Der Leiter des Instituts war gleichzeitig Ballettmeister an einem Londoner Theater und kannte den Komponisten, der vom Cembalo aus die Uraufführung leitete. Auf der Szene agierten – mit Ausnahme eines Lehrers, der den Aeneas sang – nur Elevinnen des Pensionats.

Mit Rücksicht auf ihr Alter und um des lieben Frieden mit der puritanischen Obrigkeit willen, hatte der Librettist Naham Tate die heroisch-amouröse Affäre zwischen der schönen Kathargerkönigin Dido und dem aus Troja vertriebenen Aeneas zu einer *recht simplen und auf gar keinen* Fall jugendgefährdenden Story heruntergespielt, allen mythologischen Ballast liquidiert und mit der kleinen Oper sozusagen ein internes Liebesverbot erlassen.

Um das nur einstündige Stück wenigstens auf „Salome"-Länge zu bringen, erweiterte man bei der Frankfurter Neuinszenierung die eigentliche Oper um einen Prolog und einen Epilog. Da aber weder zum einen noch zum anderen die ursprünglich vielleicht einmal komponierte Musik auffindbar war, mußte für den Anfang eine diskrete Gambensonate Purcells herhalten und für das Nachspiel ein recht bombastischer Bläsersatz, den der Komponist für die Begräbnisfeier der Königin Mary geschrieben hatte. Zur Streichermusik der eigentlichen Oper paßt er so wenig wie das „Meistersinger"-Vorspiel zum „Parsifal".

Einfallsreich und unverwechselbar ist Henry Purcell ohnehin nur dort, wo er auf frühenglische Madrigale, auf Volkstänze und Volkslieder zurückgreifen kann. Wenn er nach Lully schielt oder der Tradition der italienischen Oper verpflichtet bleibt, ist eine gewisse musikalische Substanzarmut unüberhörbar. So erweist sich auch bei der Wiedergabe in Kammerbesetzung das verwirrende Gemisch der heterogenen Klangmuster eher als regressives Experiment.

Michael Boder gelingt gleichwohl eine makellose, stilkundige, gegen Ende etwas breit gezogene Wiedergabe. Er konnte sich auf den von Volkmar Olbricht überaus penibel vorbereiteten Chor und vor allem auf ein Solistenensemble stützen, das wohl Erfahrung mit barocker Musik hat, aber noch nicht durch Routine und *Allüre ramponiert ist. Noch im Lamento*-Schmerz der Dido bewahrte Glenys Linos ihr sinnlich glühendes Timbre. Elaine Woods (Belinda) bestach durch Leichtigkeit der Koloraturen und Eleganz der Linienführung. Auch Valentin Jar als Aeneas-Karikatur wußte zu gefallen.

Natürlich inszenierte Jürgen Tamchina nicht so, wie es die Zeitgenossen zu goutieren gewohnt waren, sondern aus zeitkritischer Retro-Perspektive, wenn er stets die Geistlichkeit als disziplinierende Ordnungsmacht einsetzt oder Attacken gegen die Prüderie und den Sittencodex des englischen Puritanismus vorantreibt.

Im Vorspiel – es wurde zu Lebzeiten des Komponisten nie aufgeführt – geben Schauspieler und erotische Brandstifter ihre Künste zum Besten, von einer hypokritischen Puritanerclique argwöhnisch verfolgt. Nur konstruiert Tamchina damit einen Zusammenhang zwischen musikalischem Stil und der Gesellschaftsordnung einer Periode, der niemals bestand.

Im übrigen hat es der Regisseur glänzend verstanden, den musikalischen Bruch zwischen Oper und Epilog szenisch zu kaschieren: In der grandiosen Verzichtgeste Didos, die als blutendes Mahnmal noch in das *Schlußtableau hineinreicht, wenn zur* Trauermusik für die Königin Mary die menschlich-allzu-menschlichen Sehnsüchte einer Lost Generation ersterben.

HEINZ LUDWIG

Bayreuth-Konkurrenz: Konzertanter „Lohengrin" unter Solti in Stuttgart

Triumph über die Sopran-Seelchen

Noch bevor Wolfgang Gönnenwein seinen offiziellen Einstand als Stuttgarter Generalintendant gibt, präsentierte er als Chef der Ludwigsburger Festspiele den Stuttgartern in ihrem Opernhaus einen „Lohengrin" – unter jenem Georg Solti, nach dem große Bühnen zur Zeit vergeblich ihre Fühler ausstrecken. Wohin der Weg von einem kleinen „schwäbischen Glyndebourne" zu den „Internationalen Festspielen Baden-Württemberg" führen kann, wird damit deutlich angezeigt.

Daß die beiden Vorstellungen nur halbe Aufführungen waren – weil nämlich lediglich konzertant – bedeutete nicht einmal einen Wermutstropfen. Das lag weniger an Ben Willikens Versuch einer Konzert-Raumgestaltung mit perspektivischen Raumspielen und frei schwebendem Linienzierrat, als einzig an Soltis drastischer, wohlorganisierter Theatralik, mit der er im Gegensatz zu seinem Bayreuther „Ring" noch einmal bewies, wer in den sechziger Jahren die Maßstäbe für eine entschlackte, theatralisch durchfärbte Wagner-Interpretation aufgestellt hat.

Selbst auf dem Konzertpodium verriet Solti den alten Theaterhasen, der aus Wagners Partitur unfehlbar die Momente dichtester Dramatik herauslöste. Selten gelang es einem Dirigenten, konventionelle Floskeln und musikdramatische Gestaltung so voneinander abzuheben, ohne sich dabei von den Wagnerschen Reminiszenzen an die Nummern-Oper zu distanzieren. Solti löste das Problem durch die spannungsvoll empfundene Kontrastierung, wobei sich das Drama wie eine Folie vom romantischen Tableau abhob.

Das reizvolle an Soltis Darstellung sind die ungemein feinen und schwungvoll-zackig dirigierten Überleitungen, Chorvorspiele, Stellen wie die geradezu lustvoll kommentierte zweite Strophe von Elsas Traumerzählung. Schwierig ist ja auch nicht etwa die große, dramatisch aufgeladene Szene zwischen Ortrud und Telramund, sondern die brabantische Umständlichkeit des Morgenblasens und des Brautzugs.

In Stuttgart rissen sich routinierte Bayreuth-Kämpen unter Soltis Argusaugen nach besten Kräften am Riemen. Hans Sotins König klang schlank wie in besten Zeiten. Bei Hermann Bechts sehr kontrollierter Darstellung des Telramund blieb einzig diese Figur etwas blaß. In der wehleidigen Miene und im bebenden Gesang Siegfried Jerusalems kündigte sich die Indisposition leider allzu schnell an. Die Damen trugen eindeutig den Sieg davon. Das fiel Eva Randovas erfahrener, hier auch auffallend subtiler Ortrud nicht schwer.

Die Überraschung war indes Julia Varadys ideale Verkörperung der Elsa. Ohne geradewegs aus der Tradition der deutschen Sopran-Seelchen zu kommen, weiche Tongebung mit lyrischer Entrücktheit zu verbinden, gab sie der Elsa selbstbewußte Züge und behauptete mit forscher Dickköpfigkeit die Realität ihres Traums. Keine Note, die nicht ihren Sinn erhalten hätte. Das mag manchmal zu sehr durch die Brille der Gesangstechnikerin gesehen sein, unterscheidet sich aber wohltuend vom pauschalen Schwanengesang ihres Ritters. Stuttgarts Opernchor und Orchester taten alles, um Sir Georg bei Laune zu halten.

ROLF FATH

Das Krefelder Haus Lange feiert 30 Jahre Dienst an der modernen Kunst

Vor der Tür eine Fontäne aus Feuer

Das Krefelder Museum Haus Lange feiert jetzt sein 30. Jubiläum – geziemend mit einer großen Ausstellung. 1955 übergab der Fabrikantensohn Ulrich Lange der Stadt Krefeld sein von Mies van der Rohe gebautes Elternhaus als Ausstellungshaus. Es war dazu in besonderem Maße geeignet, Vater Hermann Lange war nämlich ein eifriger Kunstsammler: Die Hängeleisten, an denen noch heute die Bilder befestigt werden, sind Originalzubehör.

Für die Jubelschau sind 35 Künstler, die die Geschichte des Hauses bestimmten, mit wenigen, aber wichtigen Stücken ausgewählt worden. Meistens aus Privatbesitz geliehen, sind die selten gezeigten Bilder überraschend und wie neu.

Es ergeben sich aufschlußreiche Gegenüberstellungen, wenn die Meister der Moderne mit Beispielen aus früher und später Schaffensperiode zusammenstehen. Da sich die Ausstellungen auf zwei Häuser verteilen – das nebenan gelegene Haus Esters ist miteinbezogen – bietet sich zudem Gelegenheit, die letzten Kunst-Jahrzehnte zu rekapitulieren. Im Haus Lange begegnet man im Parterre den Fünfzigern: Kounellis, Beuys, Rainer, Klein, Rauschenberg, Twombly. Mythologie und Geschichte, Magie und Beschwörung konkretisieren sich vor der Tür in Kleins „Feuerfontäne", und innen mit dem – wiederhergestellten – „Weißen Raum", sowie mit dem blaugefärbten Polyesterabguß Armans vor vergoldetem Grunde. Auch der „Wendepunkt" 1960, mit den Arbeiten der „Neuen Realisten" Arman, Christo, Tinguely und Rauschenberg, wird als Akzent deutlich.

Im Obergeschoß gibt es in abgeschlossenen Einzelräumen Präsentationen von Jungtürken: Nicola de Maria, der unsägliche Felix Dröse, Hubert Kiecol mit seinen überdimensionierten Bauklötzchen, Thomas Schütte, Norbert Prangenberg und, mit seinen poetischen Kleinformaten, Abraham David Christian. Von Richard Tuttle ist eine seiner wenigen wirklich guten Arbeiten zu sehen, und die auf einzelnen Blättern eines Buches entworfene Grammatik der Strichmännchen und Bildzeichen von A. R. Penck zeigen, welche Kraft in dem frühen Konzept des Malers steckte.

Nebenan, in Haus Esters, sind die 60er und 70er Jahre versammelt. Eine kühlere Sprache, ein metallischerer Klang der Kunst begegnet dort dem Besucher. Außen die Skulpturen von Oldenburg und Rückriem, von Long und Weiner, innen die Feier der Farbe in den neuen Arbeiten von Polke, Mangold und Richter. Zu den für die Ausstellung geschaffenen Werken gehört ein grandioses Wandbild in getupfter Tusche von Sol LeWitt.

Den stärksten Angriff auf die Nervenkraft des Besuchers dürfte Bruce Naumanns audiovisuelle Passage reiten, in der in vier Boxen das Thema Tod und Leben abgehandelt wird. Die ganze Ausstellung kann man in ihrer Kraft und Wirkung in der konzeptionellen Arbeit von Lawrence Weiner über dem Eingang zum Haus Esters zusammengefaßt sehen, einem Wandspruch mit der ebenso lapidaren wie poetischen Vorstellung: „Spannung genug, einen Stein zu halten, über dem Rhein." (Bis 1. Dez.; Katalog, 2 Bd., 37 Mark.)

GERHARD CHARLES RUMP

„Auch ein Embryo ist schutzbedürftig"

Forschungen an befruchteten Eizellen sind umstritten

Eine „öffentliche Debatte" zum Thema künstliche Befruchtung hat der britische Mediziner Robert Edwards auf dem 11. Weltkongreß für Gynäkologie und Geburtshilfe in Berlin gefordert. Edwards, der „Vater" des ersten „Retorten-Babys", hatte sich zuvor schon für die Zulassung von wissenschaftlichen Forschungen mit befruchteten Eizellen ausgesprochen, die bei der künstlichen Befruchtung anfallen. Solche Versuche sind allerdings selbst unter den Ärzten, vor allem in der Bundesrepublik, heftig umstritten. Zum Stand der Diskussion veröffentlicht die WELT einen Aufsatz des Präsidenten der „Deutschen Gesellschaft zum Studium der Fertilität und Sterilität", Professor Joachim Hahn.

Von JOACHIM HAHN

Eine der heikelsten Themen bei der Durchführung der künstlichen Befruchtung ist die Frage, ob Versuche mit menschlichen Embryonen durchgeführt werden dürfen oder nicht.

Zahlreiche nationale und internationale Gremien haben das Thema zum größten Teil kontrovers diskutiert. Eine einvernehmliche Regelung ist auch auf nationaler Ebene noch nicht in Sicht. Wie in anderen Ländern ist auch in der Bundesrepublik Deutschland eine gewisse Polarisierung der Standpunkte festzustellen.

Auf der einen Seite werden jede Art von Versuchen mit menschlichen Embryonen abgelehnt und bei Verstößen strafrechtliche Maßnahmen für notwendig gehalten. Auf der anderen Seite steht die Auffassung, daß Versuche mit menschlichen Embryonen möglich sein müssen. Eine Einschränkung beziehungsweise ein Verbot solcher Versuche würde zwangsläufig zu einem unverantwortlichen Wissensrückstand führen.

Wenn wir davon ausgehen, daß sich bereits mit der Befruchtung artspezifisches menschliches Leben zu entwickeln beginnt – und daran ist nicht zu zweifeln –, dann muß nach unseren Wertvorstellungen dem menschlichen Embryo der Status eines Subjektes und nicht eines Objektes zugebilligt werden, das heißt, daß man den Embryo als schutzwürdig anerkennen muß. Jeder willkürliche Umgang mit menschlichen Embryonen – auch in den frühen Entwicklungsstadien – ist mit der Wertentscheidung des Grundgesetzes zugunsten der Menschenwürde nicht in Einklang zu bringen. Um die Schutzbedürftigkeit des Embryos zu sichern, muß an Sanktionen, die bis zur Schaffung eines Straftatbestandes reichen, gedacht werden.

Andererseits könnten durch die Forschung an menschlichen Embryonen möglicherweise die Transferergebnisse nach In-vitro-Befruchtung verbessert werden. Darüber hinaus könnte die Forschung in Zukunft zur Entwicklung von Diagnose- und Behandlungsmethoden zum Beispiel bei Krebs, aber auch bei Immun- und Erbkrankheiten führen. Hierbei ist auch an die Möglichkeiten eines zukünftigen Gen-Transfers zu denken.

Zur Zeit wird allerdings die Notwendigkeit, Forschung an menschlichen Embryonen zu betreiben, von vielen Wissenschaftlern nicht gesehen, da vor allem die Ziele dieser Forschung noch unklar sind. Die meisten Wissenschaftler sind der Ansicht, daß bestimmte Fragen der Grundlagenforschung zur Zeit auch noch durch Versuche an tierischen Embryonen geklärt werden können. Daraus erst könnten sich künftig Fragestellungen ergeben, die eine gezielte Untersuchung an menschlichen Embryonen sinnvoll erscheinen lassen.

Wie entsteht nun der Konflikt? Vom Grundgesetz wird zum einen die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und zum anderen die Freiheit von Wissenschaft und Forschung garantiert. Wie stehen diese Grundrechte zueinander?

Verfassungsrechtlich entspricht eine willkürliche Manipulation an artspezifischem menschlichem Leben nicht der Wertentscheidung des Grundgesetzes zugunsten der Menschenwürde. Oder anders ausgedrückt: Die im Grundgesetz garantierte Freiheit der Forschung muß in diesem Fall hinter dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zurücktreten.

Daraus ist weiter zu folgern, daß der Umgang mit artspezifischem menschlichen Leben nicht in das Belieben des Forschers gestellt werden kann und daß sich der Wissenschaftler in diesem Bereich nicht uneingeschränkt auf die ihm nach Artikel 5 Absatz 3 Grundgesetz gewährte Forschungsfreiheit berufen kann.

Versuche mit befruchteten menschlichen Eizellen zu Forschungszwecken sollten nur in Ausnahmefällen und unter kontrollierten Bedingungen zugelassen werden, wenn Ziele der medizinischen Forschung im Sinne eines Heilversuchs in Betracht kommen, das heißt, wenn diese Forschung in entscheidender Weise dem Leben anderer zu dienen vermag. Dafür sollten der Gesetzgeber und/oder die Standesorganisation den Rahmen schaffen.

Ich persönlich habe Zweifel, ob Staat, Standesorganisation und/oder örtliche Ethik-Kommissionen die Kompetenz besitzen, in Einzelfällen Entscheidungen darüber zu treffen, was Wissenschaftlern in der Forschung erlaubt ist und was nicht.

Mir scheint, daß nach wie vor in erster Linie das Verantwortungsbewußtsein des Forschers selbst gefordert ist. Er ist zum Respekt vor dem menschlichen Leben verpflichtet. Dabei spielt die persönliche Bewertung vor dem eigenen Gewissen, das ethische Empfinden, eine entscheidende Rolle. Es hängt von uns ab, ob wir in einer ethischen Welt leben wollen oder nicht.

LEUTE HEUTE

„Wie viele Pariser achten noch auf die Brücke aus dem Jahre 1606, wenn sie über den Pont Neuf laufen?", grübelte der als Verpackungskünstler



bekannte Bulgare **Christo Javacheff**. Mit elf Kilometer Nylonseil schnürte er jetzt 40 000 Quadratmeter beiges Nylontuch um die Brücke über die Seine. Christo und sein amerikanischer Ingenieur **Ted Dougherty** haben ihr Werk generalstabsmässig vorbereitet. Ein Dutzend Froschmänner, 60 Bergsteiger, Zimmerleute und Seiler, Elektriker und Statiker sowie 150 Studenten wurden als Helfer engagiert. Die Reiterstatue von Henri IV, der den Pont-Neuf einst einweihte, und die Straße wurde nicht verhüllt. Nur Fußgänger werden während der zweiwöchigen Christo-Ausstellung auf Nylon-belegten Bürgersteigen promenieren. Verpackte Laternen verbreiten nachts diffuses Licht. Sechs Millionen Mark, die er selber aufbringt, kostet den Künstler das Unternehmen. Er verdient an Zeichnungen, Arbeitsskizzen und Collagen, die er zu Preisen zwischen 25 000 und 150 000 Mark verkauft.

Meuterei in der Bhagwan-Zentrale – Vertraute haben sich abgesetzt

Sud aus Mystik und Psychologie

Bhagwan hat sich aus alten und neuen, westlichen und östlichen Formen von Philosophie, Mystik und Psychologie seinen eigenen scharfen Sud gebraut. Dessen Hauptbestandteil ist der „linkshändige" Tantrismus, ein indischer Kult, in dem durch ekstatisches Erleben die in jedem Menschen schlummernde seelische Kraft geweckt werden soll.

Dem Zen-Buddhismus ist das Konzept der Bewußtheit entnommen, vom abtrünnigen Theosophen Jiddu Krishnamurti stammt die starke Betonung der Notwendigkeit von Enthemmung. Der Sufismus, die islamische Mystik, prägte den auf Parabeln und Geschichten aufbauenden Teil der Reden Rajneeshs; der 1949 verstorbene Leiter des Instituts für die harmonische Entwicklung des Menschen in Fontainebleau, George Iwanowitsch Gurdjieff, hat Okkultes und Mystisches beigesteuert. Von großer Bedeutung ist die Einbeziehung des Körpers, der als notwendiges Vehikel zum Befreiungsversuch angesehen wird und nicht, wie asketische Lehren verkünden, als das entscheidende Hindernis.

Die therapeutischen Methoden und Konzepte stammen aus der humanistischen Psychologie: der „Urschrei" Arthur Janovs, die Tiefenmassage von Ida Rolf, Wilhelm Reichs Gleichsetzung der Sexualität mit kosmischer Urenergie, die Gruppenarbeit. Hinzu kommen bewegungsbetonte Meditationstechniken, mit denen die Öffnung zum uneingeschränkten Erleben eigener Gefühle und unterbewußter Prozesse weitergeführt wird.

Es sind überwiegend europäische und amerikanische mittelständische Kopfarbeiter, die auf Rajneeshs Intellektualität und Spiritualität ansprechen. Die ersten, die kamen, waren Briten. Heute bilden Deutsche die stärkste Gruppe. Gemeinsam ist den meisten Anhängern, daß sie an psychischem Streß gelitten haben und daß sie Antworten auf Fragen jenseits der üblichen Rationalität suchen. Für sie liegt der Reiz Bhagwans vermutlich in der auswählenden Synthese von Religion, Okkultismus, Meditation und Körperbetontheit.

„Geldverdienen macht Spaß"

Das wahre Ausmaß des wirtschaftlichen Sektenerfolges kann bislang nur vermutet werden. Erst wenn die geflüchtete „Generaldirektorin" Ma Anand Sheela wegen der ihr angelasteten Unterschlagung vor ein Gericht käme, müßte Bhagwan Einzelheiten seines Kommunen-Imperiums preisgeben.

Aus kleinen Meditationszentren entstand ein Netz von Dienstleistungsfirmen und Kommunen mit Millionenumsätzen. Heute betreiben Bhagwan-Anhänger Reinigungsunternehmen für Großküchen, Büros und Wohnungen. Zur Sekte gehören Ärzte- und Psychologenpraxen, Computerfirmen sowie Betriebe für Bauarbeiten aller Art. Das Kernstück bilden gepflegte Restaurants und Diskotheken. Ihr europäischer Jahresumsatz wird auf 20 Millionen Mark geschätzt.

Wesentliches Element des Erfolgs ist der ständige Arbeitswille und unermüdliche Einsatz der rotgekleideten Anhänger, von denen nur etwa zehn Prozent in einer Kommune leben. Wurde ihnen im indischen Poona noch die Abkehr von der Konsumgesellschaft gepredigt, empfahl ihnen der Meister in den USA die „bewußtseinserweiternde Marktwirtschaft": „Kapitalismus ist ein Zustand der Freiheit. Arbeit ist Meditation – Geldverdienen macht Spaß." f. n.



Bhagwan-Anhänger in Ekstase: Die spirituelle Nähe zum Meister ist wichtiger als persönliches Einkommen

FOTO: DIETER KLAR/DPA

Wie der Bhagwan von seiner Geliebten geleimt wurde

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Die schönen Tage von Rajneeshpuram sind vorüber. Der Bhagwan Shree Rajneesh, der 1981 seinen Ashram aus dem indischen Poona auf eine riesige Ranch im Westen der USA verlegte und dort seine Lehre von Liebe, Sex und Reichtum verbreitete, spricht neuerdings nur noch von Verschwörung und Verrat. In die Reihen seiner Jünger und Jüngerinnen hat sich Aids eingeschlichen, und etwa ein Dutzend seiner vertrautesten Anhänger hat sich nach Zürich abgesetzt und soll seine Schweizer Bankkonten um ganze 55 Millionen Dollar geplündert haben. Im Guru-Land herrscht großer Kummer.

Dabei hatte sich alles so schön angelassen. Als ihm im heimatlichen Indien der Boden zu heiß wurde – die indische Regierung warf ihm „sexuelle Perversion" vor und verlangte von ihm eine Steuernachzahlung von rund fünf Millionen Mark – ließ der Bhagwan sich 1981 in den USA nieder. Als neuen Wohnsitz erkor er das winzige Nest Antelope (mit ehemals 40 Einwohnern) in einer menschenleeren Gegend des US-Staates Oregon. Neuankömmlinge können in Oregon schon nach zwanzig Tagen das Wahlrecht ausüben und so hatten die „Sannyasin", wie die Anhänger des Bhagwan sich nennen, schnell die Mehrheit im Gemeinderat und nutzten sie, um Antelope in „Rajneeshpuram" umzubenennen.

Das Geld begann in Strömen zu fließen, da der Verkauf von Büchern, Schallplatten sowie Ton- und Videokassetten mit den Predigten des Bhagwan Millionen einbrachte. Die „Rajneesh-Stiftung" kaufte rund um Antelope – pardon: Rajneeshpuram – etwa 250 Quadratkilometer Land auf und begann, daraus eine Musterranch zu machen. Bald sah man ganz in rot gekleidete Cowboys gespornt und gestiefelt durch die versteppte Landschaft reiten, gigantische gelbe Bulldozer ebneten Hügel ein und bauten einen Flugplatz fuer die fuenf Flugzeuge von „Air Rajneesh". Häuser wurden aus dem Boden gestampft und Äcker bearbeitet. An der „Nirwana-Strasse" entstanden ein Einkaufszentrum und ein Postamt.

Der Bhagwan lebte zurückgezogen inmitten all dieser Betriebsamkeit. Er stellte seine öffentlichen Auftritte ein und begnügte sich damit, sich täglich in einer seiner angeblich 30 Rolls Royce-Limousinen durch die Kommune chauffieren zu lassen. Die Sannyasin warteten jeden Tag geduldig am Strassenrand auf die Ausfahrt ihres Gurus, um ihn nach indischer Art mit zusammengelegten Handflächen zu grüßen.

So inbrünstig der Bhagwan auch von seinen Jüngern verehrt wurde, die Zügel waren ihm in den letzten Jahren längst entglitten. Die eigentliche Herrscherin der Kommune war die Inderin Ma Anand Sheela, Präsidentin der Rajneesh-Stiftung, die sich brüstete, als einziges Kommunenmitglied täglichen Zugang zum Bhagwan zu haben. Sie regierte mit eiserner Hand und führte den 14stündigen Arbeitstag ein. Das Murren der Kommunarden, sie hätten nach der Arbeit weder Zeit noch Energie für die Liebe, ueberhörte sie. Sheela hatte eine so böse Zunge, dass sie als Teilnehmerin an Fernseh-Talkshows heiß begehrt war. Gelegentlich ließ sie sich vor der Kamera zu solchen Unflätigkeiten hinreißen, daß die Mikrofone abgeschaltet werden mußten.

Sheela stand dann auch im Mittelpunkt des grossen Skandals, der der Idylle von Rajneeshpuram ein Ende machte. Dem Bhagwan ging auf, daß Sheela sich eigentlich zu viel herausnahm, und er versuchte, ihre Macht zu beschneiden. Sheela schmiß ihm darauf den Guru-Laden vor die Füße und entfloh am vergangenen Wochenende mit etwa einem Dutzend ihrer engsten Kumpane nach Europa. Der Bhagwan besah sich den Schaden und führte in einer Pressekonferenz betrübt Klage. Sheela habe nicht nur ihm und seinen Jüngern nach dem Leben getrachtet, sondern sie auch um ihr hart verdientes Geld gebracht und der Kommune nichts als Schulden hinterlassen. Als er ihr auf die Schliche gekommen sei, sei sie verschwunden. „Sie bekam plötzlich Angst und machte sich feige aus dem Staube", sagte der Guru.



Hat ihren Herrn verlassen und betrogen: Ma Anand Sheela, vor einem Bild des Bhagwan

FOTO: DPA

Seine Pressesprecherin Ma Dhyan Rosalie malte das Bild einer ausgeklügelten Verschwörung. „Wir haben Geheimzimmer entdeckt, einen Tunnel und Bücher nach dem Motto 'Wie tötet man'. Wenn man gleichzeitig zwei Hebel in Sheelas Wohnzimmer betätigte – einen an der Klimaanlage, den anderen an einer Schranktür –, öffnete sich eine Tapetentür, die nicht zu erkennen war. Sie führte in ein Zimmer, in dem sich ein Kühlschrank und eine Badewanne befanden. Und von hier begann, versteckt hinter einem Regal, ein Tunnel, der auf der anderen Seite des Baches endete. Der Tunnel ist etwa 50 Meter lang". In einem Nachbargebäude wurde ein Laboratorium entdeckt. „Da wurden Mäuse", so die Pressesprecherin, „mit einem langsam wirkenden Gift behandelt".

Ein Pilot von „Air Rajneesh" behauptete jetzt, Sheela habe ihm den Befehl erteilt, das Gerichtsgebäude des Landkreises Wasco – zu ihm gehört der Sektensitz – zu bombardieren. Der Pilot hätte, so die Sheela-Anweisung, das mit Dynamit beladene Flugzeug auf das Haus stürzen lassen sollen, zuvor aber hätte er sich mit einem Fallschirm retten sollen. Der Pilot habe sich geweigert, diesen Plan auszuführen und sei dafür von Sheela aus der Sektengemeinschaft verbannt worden.

Die Behörden haben sich mittlerweile in die Untersuchung der Affäre eingeschaltet. Es ist durchaus möglich, daß auch das FBI aktiv wird.

(SAD)

Nur knapp der Katastrophe entgangen

AFP, Peking

Die rund eine Million Einwohner zählende nordostchinesische Stadt Fushan ist am 30. August offenbar nur knapp einer Giftgaskatastrophe entgangen. Wie die Zeitung „China Daily" erst gestern berichtete, erlitten rund 2000 Menschen Vergiftungen, als eine giftige Chlorgaswolke am Bahnhof der Stadt aus einem lecken Kesselwagen eines Güterzugs entwich. In dem defekten Wagen befanden sich den Angaben der amtlichen Zeitung zufolge 46 Tonnen des hochgiftigen Gases. Der Unfall ereignete sich, als der Zug unter einem Kran durchfuhr und dabei ein Sicherheitsventil an einem der Waggons beschädigt wurde. Aus dem Leck sei der Giftstoff unter starkem Druck rund fünf Meter hoch gespritzt, berichtete die Zeitung. Zahlreiche Menschen im Bahnhof hätten sofort Vergiftungen erlitten, andere hätten aufgrund des Sauerstoffmangels das Bewußtsein verloren.

Panne in Itaipu

AFP, Rio de Janeiro

Eine technische Panne im brasilianischen Wasserkraftwerk Itaipu, einem der größten der Welt, hat am Dienstag nachmittag zu Stromausfall in sieben Bundesstaaten geführt. Am Abend war die Stromversorgung in den meisten der betroffenen Regionen wiederhergestellt. Zu Stromausfall war es in Saõ Paulo, Rio de Janeiro, Mato Grosso, Mato Grosso do Sul, Minas Gerais, Espirito Santo und Brasilia gekommen. Einige Zonen von Saõ Paulo hätten auch am Abend noch keinen Strom.

Boeing: Keine Probleme

AP, Washington

Eine Inspektion von mehr als 300 Flugzeugen des Typs Boeing 747 hat keine Sicherheitsprobleme enthüllt, die Anlaß zu Besorgnis gäben. Das teilte in Washington der Sprecher der US-Luftfahrtbehörde, Fred Farrar, mit. Allerdings seien einige lose Bolzen und Nieten entdeckt worden. Die Inspektion war veranlaßt worden, nachdem eine Boeing 747 der Fluggesellschaft Japan Airlines (JAL) am 12. August abgestürzt war.

Millionen-Belohnung

dpa, Rom

Die Justiz in Florenz hat eine Belohnung von 500 Millionen Lire (750 000 Mark) für Hinweise ausgesetzt, die zur Verhaftung des Liebespaarmörders führen, der in den vergangenen 17 Jahren 16 Menschen umgebracht hat (WELT v. 11.9.). Die Aussetzung der Belohnung gab das italienische Innenministerium gestern in Rom bekannt.

Mißbrauch von Kindern

dpa, Bonn

Die polizeiliche Kriminalstatistik der Bundesrepublik weist von Jahr zu Jahr weniger Fälle von sexuellem Mißbrauch von Kindern aus. Wie aus einer gestern vom Kabinett beschlossenen Antwort auf eine Große Anfrage der Grünen hervorgeht, wurden 1984 10 589 Fälle zur Anzeige gebracht gegenüber 15 566 im Jahr 1973. Mehr als 90 Prozent der Opfer sind Mädchen. Die Statistik sei, weil von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden müsse, aber „nur mit Vorbehalt zu verwenden", hieß es.

Rose als Nationalblume

AFP, Washington

Die Rose soll „Blume der USA" werden. Der amerikanische Senat billigte am Dienstag einstimmig eine Gesetzesvorlage, in der die Rose als „Nationalblume" vorgeschlagen wird. Das Projekt muß noch vom Repräsentantenhaus gebilligt werden.

Zwei-Tage-Woche?

rtr, Stuttgart

In einer gestern in Karlsruhe veröffentlichten „Denkschrift" zur Haushaltsführung des Bundeslandes rügte der Rechnungshof, daß mehr als die Hälfte der Professoren an den baden-württembergischen Fachhochschulen ihre Lehrtätigkeit nur an zwei oder drei Wochentagen erbringe. Wegen der Übernahme von Ämtern stehe weniger als die Hälfte der Professoren für die volle Lehrverpflichtung von 18 Semester-Wochenstunden zur Verfügung.

Flugverkehr lahmgelegt

dpa, Paris

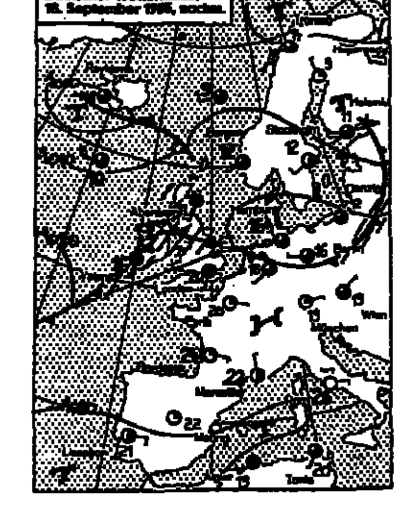
Ein neuer Streik der französischen Fluglotsen hat gestern den innerfranzösischen Flugverkehr völlig lahmgelegt und auch die Verbindungen ins Ausland erheblich gestört. Die Fluglotsen streiken bis heute abend, um die Anrechnung von Prämienzahlungen bei der Altersversorgung zu erreichen. Der Streik hat auch auf den Flughäfen der Bundesrepublik Deutschland zu Streichungen von Flügen und stundenlangen Wartezeiten geführt. Die Lufthansa annullierte alle Flüge von und nach Frankreich.

ZU GUTER LETZT

„Das Ungeheuer von Loch Ness hat sich nach längerer Pause wieder gemeldet", berichtete gestern AP.

WETTER: Heiter und trocken

Wetterlage: An der Westflanke eines Hochs mit Kern über dem Balkan wird warme Mittelmeerluft nach Deutschland gelenkt.



Vorhersage für Donnerstag:

Gesamtes Bundesgebiet und Berlin: In der Südhälfte Nebel, nach Auflösung heiter, nur im norddeutschen Flachland zeitweise wolkig. Nachmittagstemperaturen zwischen 19 Grad an der Küste und 26 Grad im Südwesten. Nächtliche Tiefstwerte 10 bis 6 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Bewölkungsverdichtung und vor allem im Norden zeitweise etwas Regen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	27°
Bonn	20°	Kopenh.	15°
Dresden	15°	Las Palmas	23°
Essen	18°	London	20°
Frankfurt	19°	Madrid	22°
Hamburg	16°	Mailand	22°
List/Sylt	15°	Mallorca	27°
München	19°	Moskau	10°
Stuttgart	20°	Nizza	25°
Algier	19°	Oslo	12°
Amsterdam	15°	Paris	20°
Athen	28°	Prag	16°
Barcelona	27°	Rom	26°
Brüssel	17°	Stockholm	12°
Budapest	22°	Tel Aviv	28°
Bukarest	25°	Tunis	20°
Helsinki	11°	Wien	19°
Istanbul	21°	Zürich	19°

Sonnenaufgang* am **Freitag**: 7.04 Uhr, Untergang: 19.26 Uhr; **Mondaufgang**: 14.48 Uhr, Untergang: 22.04 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Auch eine Nonne muß hinter Gitter

Scharfe Polemik nach Urteilen im Camorra-Prozeß / „Reuige" Mafiosi als Kronzeugen

KLAUS RÜHLE, Rom

Das Urteil im neapolitanischen Camorra-Prozeß ist gesprochen (die WELT berichtete in einem Teil ihrer Auflage), aber die öffentliche Meinung Italiens ist alles andere als befriedigt darüber. Dabei interessiert weniger, daß 137 Angeklagte zu insgesamt 776 Jahren Haft verurteilt und 102 freigesprochen wurden als vielmehr die Methode, die für die Rechtsfindung angewendet wurde. Das gilt besonders für den zu zehn Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von über 80 000 Mark verurteilten ehemaligen TV-Showmaster Enzo Tortora.

Zwar fehlen noch die Begründungen für die verhängten Strafen. Doch nach dem Hergang des Riesenprozesses, der am 4. Februar dieses Jahres begann, dürfte schon jetzt klar sein, daß die Verurteilung Tortoras wie anderer Angeklagter allein auf den belastenden Aussagen reumütiger Camorristen basiert, die auf diese Weise eine erhebliche Strafmilderung für sich selbst erreichten. Unter den Verurteilten befinden sich auch der katholische Geistliche Mariano Santini, der fünf Jahre und zwei Monate erhielt, und die Nonne Aldina Murelli, die vier Jahre und zwei Monate hinter Gitter muß.

In den Kommentaren der großen italienischen Blätter – „Corriere della Sera" und „Stampa" – werden ernste Bedenken über diese Art der Rechtsfindung und Rechtsprechung geäußert. Es bestehe der Verdacht, daß ein Unschuldiger das Opfer des Denunziantentums echter Verbrecher geworden sei, und daß Enzo Tortora in Wahrheit weder der Camorra angehört noch mit Drogen gehandelt habe. Der sozialistische Vizeparteisekretär Claudio Martelli geht noch einen Schritt weiter und beschuldigt das Gericht in Neapel der Rechtsbeugung. Und „Il Messaggero" beklagt das Land, das seine Rechtsprechung auf die Aussagen reumütiger Verbrecher gründen müsse.

Im Grunde geht es den Kommentatoren des Urteils gar nicht so sehr um die Schuld oder Unschuld des populären Ex-Showmasters, jetzt Abgeordneter der Radikalen Partei im Europaparlament, als vielmehr um die Frage, ob Strafminderung für Angeklagte, die sich zur Zusammenarbeit mit der Justiz entschlossen haben, rechtens sei. Eingeführt wurde diese Art der Belohnung bei der Bekämpfung des politischen Terrorismus. Sie erwies sich als außerordentlich erfolgreich. Aber darf es auch bei der Bekämpfung anderer Verbrechen angewandt werden? Darüber herrschen in Italien Zweifel.

Die Verteidiger des Showmasters haben Berufung eingelegt. Während des Untersuchungsverfahrens sagte eine große Anzahl von Camorristen gegen ihn aus. Und gerade diese Vielzahl von Belastungszeugen mag den Ausschlag gegen ihn gegeben haben.

Auf alle Fälle wird Tortora die zehn Jahre Gefängnis nicht absitzen müssen, nachdem er als Kandidat der Radikalen Partei ins Europaparlament gewählt wurde. Er genießt dort volle Immunität, die nach den gültigen Satzungen nur im Falle von Verbrechen in flagranti aberkannt werden kann. Dies trifft bei ihm nicht zu.

Um ihm die Immunität zu nehmen, müßte das Parlament in Rom einen Antrag an das Europaparlament stellen, was höchst unwahrscheinlich ist.

Keine Patronen in Scholls Garten

rtr, Baden-Baden

Bei der zweiten Durchsuchung der beiden Häuser in Bad Soden und Ludwigshafen des als Juwelenräuber angeklagten früheren rheinland-pfälzischen FDP-Vorsitzenden Hans-Otto Scholl hat die Polizei am Dienstag weder den gesuchten Schmuck noch einen Revolver gefunden. Der Vorsitzende Richter der Großen Strafkammer des Landgerichts Baden-Baden, Günter Hertweck, sagte gestern, die Beamten hätten ihm lediglich zwei Kartons mit Papieren und einer Brille gebracht. Ein Tresor und abgefeuerte Patronenhülsen seien in den Häusern und Gärten nicht entdeckt worden.

Zum Inhalt der Kartons, den er noch nicht näher geprüft habe, werde er sich erst in der Hauptverhandlung äußern, die morgen fortgesetzt wird, sagte Hertweck. Die Kammer hatte die erneute Durchsuchung angeordnet, weil früher nicht nach allen Gegenständen, die bei dem Scholl zur Last gelegten Überfall auf das Juweliergeschäft Koch in Baden-Baden eine Rolle gespielt haben sollen, gezielt und möglicherweise nicht gründlich genug gesucht worden sei.

Pillen ohne Arzt

Immer mehr Deutsche greifen im Falle leichter Befindlichkeitsstörungen und Bagatellerkrankungen zu Medikamenten, ohne einen Arzt aufzusuchen. Nach einer Analyse des Instituts für Gesundheitssystemforschung würde ein Verbot der Selbstmedikation jährlich mindestens eine Milliarde Mark Mehrkosten für Arbeitsausfall wegen zusätzlicher Arztbesuche verursachen. Daraus folgt, daß das Gesundheitswesen, will es finanzierbar bleiben, darauf angewiesen ist.

In diesem Sinne hat denn auch der Gesetzgeber die Selbstmedikation durch den Erlaß der inzwischen erweiterten Negativliste, die die medikamentöse Behandlung der Bagatellerkrankungen von der Erstattung durch die gesetzlichen Krankenkassen ausnimmt, hoffähig gemacht. Denn wenn bei bestimmten Mißbefindlichkeiten zwar der Arztbesuch, nicht aber die verordneten Arzneien von der Kasse bezahlt werden, drängt man den Patienten folgerichtig auf den Weg, im Rahmen der Selbstbeteiligung die benötigten freiverkäuflichen Arzneimittel selbst zu kaufen.

Ärzte und Apotheker stehen der Selbstbedienung skeptisch gegenüber. Ärzte argumentieren , durch die Selbstbehandlung und den möglichen Verzicht auf den Arztbesuch könnten Krankheiten verschleppt werden, zu größeren gesundheitlichen Schäden führen. Deren Behandlung wiederum sei viel teurer als ein Arztbesuch. Apotheker wettern gegen die Freiverkäuflichkeit, weil sie die knappe Milliarde Mark Umsatz, die freiverkäufliche Mittel in Drogerien oder Supermärkten erzielen, für sich okkupieren möchten.

Inzwischen hat die SPD ein Verbot der Werbung für Schmerz- und Abführmittel und Appetitzügler gefordert. Eine janusköpfige Politik: Als in der Ära der sozial-liberalen Koalition die Negativliste eingeführt wurde, verwies die SPD ausdrücklich auf die Möglichkeit der Publikumswerbung und -information für diese Präparate. Heute will sie davon nichts mehr wissen.

(pje.)

Was ist das eigentlich, Selbstmedikation?

Die Zusammenfassung bestimmter Überlegungen zu einem Thema in Thesen mit Erläuterung ist ein bewährtes Mittel zur Präzisierung von Aussagen. Dementsprechend wird Selbstmedikation aus der Sicht der Industrie in Form von elf Thesen mit Erläuterung dargestellt.

1. Der Begriff Selbstmedikation

These: Selbstmedikation ist ein Teil der Selbstbehandlung mit Arzneimitteln.

Erläuterung: Selbstmedikation ist ein Teil der Selbstbehandlung. Unter Selbstmedikation sind alle eigenverantwortlichen Handlungsweisen einer Person zu verstehen, die dazu unternommen werden, den eigenen Gesundheitszustand ohne Einschaltung des Arztes mit Hilfe von Arzneimitteln positiv zu beeinflussen.

2. Selbstmedikation und der Verbraucher

These: Selbstmedikation kann jeder mündige Bürger betreiben.

Erläuterung: Untersuchungen haben ergeben, daß von der Selbstmedikation keine Altersgruppe ausgenommen und Selbstmedikation nicht auf bestimmte Sozialisationsstufen beschränkt ist. In jedem Fall ist die Grenze aber individuell unterschiedlich festzusetzen. Je informierter und handlungsfähiger ein Verbraucher ist, desto besser kann er die Grenze der Selbstmedikation erkennen und ziehen. Im Prinzip läßt sich also die Grenze der Selbstmedikation ohne Erhöhung des Risikos ein gutes Stück verschieben, wenn man die aktiv vorhandene Information der Menschen deutlich erweitert.

3. Selbstmedikation und ihre Anwendungsbereiche

These: Selbstmedikation ist nur in bestimmten Bereichen vertretbar.

Erläuterung: Selbstmedikation ist vertretbar:

- als Maßnahme zur Beseitigung von Befindensstörungen;
- als medikamentöse Selbsthilfe im akuten Fall, aber nur, wenn der Arzt nicht sofort erreichbar ist;
- als intermittierende Maßnahme. Insbesondere also in den Fällen, in denen chronisch kranke Patienten, deren Leiden durch den Arzt diagnostiziert ist, sich entsprechend ihrer Erfahrungen mit dem Leiden sowie mit den dafür bisher verwendeten Mitteln selbst weiter therapieren.

In allen genannten Fällen, insbesondere aber im ersten, gilt, daß die Selbstmedikation abgebrochen und der Arzt aufgesucht werden sollte, wenn sich nicht kurzfristig eine Besserung einstellt.

4. Selbstmedikation und die entsprechenden Arzneimittel

These: Arzneimittel für die Selbstmedikation entsprechen den Sicherheitsbestimmungen des Arzneimittelgesetzes.

Erläuterung: Arzneimittel für die Selbstmedikation unterliegen denselben Anforderungen an Wirksamkeit, Unbedenklichkeit und Qualität wie die Arzneimittel in der Hand des Arztes. In für die Selbstmedikation verfügbaren Arzneimitteln werden grundsätzlich nur Substanzen verwendet, deren Wirkung aufgrund ihrer jahrelangen Verwendung hinreichend bekannt ist. Im übrigen sind diese Substanzen aus dem gleichen Grunde risikoarm.

5. Selbstmedikation und der Arzt

These: Selbstmedikation und ärztliche Behandlung sind weder miteinander konkurrierende Alternativen noch bedingen sie einander, sie stehen aber in enger Wechselbeziehung.

Erläuterung: Selbstmedikation ist Selbstbehandlung mit entsprechenden Arzneimitteln im Vorfeld ärztlicher Behandlung, insbesondere im Bereich der Befindensstörungen. Von daher muß ärztliche Behandlung dann einsetzen, wenn die Befindensstörung nach einer vorgenommenen Selbstmedikation nicht innerhalb einer kurz bemessenen Zeitspanne vorübergeht und damit ein realer Krankheitswert angenommen werden muß. Selbstmedikation und ärztliche Behandlung gehen also von unterschiedlichen Voraussetzungen aus. Allerdings sollte der Arzt aber stärker als bisher seine Patienten in allen Fragen der Selbstmedikation beraten. Nur so wird sich das Arzt/Patient-Verhältnis im Bereich der Selbstmedikation entkrampfen und zu einem offenen Dialog führen, der die Selbstmedikation noch sicherer macht und dem Arzt die notwendigen Informationen über eine vorgenommene Selbstmedikation gibt.

6. Selbstmedikation und ihre Grenzen

These: Verantwortungsbewußt gehandhabte Selbstmedikation vermindert mögliche Risiken so weit, daß diese allein kein Argument gegen die Selbstmedikation sind.

Erläuterung: Diese Form der Selbstmedikation macht notwendig:

- die Beachtung der Gebrauchsinformation, die dem entsprechenden Arzneimittel beiliegt, insbesondere was Dosierung und Behandlungsdauer angeht;
- die Beachtung des Verfalldatums;
- daß Arzneimittel, die nicht für die Selbstmedikation bestimmt sind, nicht in eigener Entscheidung verwendet werden, also insbesondere nicht früher vom Arzt verschriebene, rezeptpflichtige Arzneimittel. Diese gehören nicht in die Hausapotheke. Sorgfältige Hinweise zur richtigen Verwendung von Arzneimitteln können über die Gebrauchsinformation hinaus auch vom Apotheker gegeben werden.

7. Selbstmedikation und Gebrauchsinformation

These: Die nach dem Gesetz für das Arzneimittel vorgeschriebene und als Gebrauchsinformation gestaltete Packungsbeilage ist **die** Information für den sicheren Gebrauch von Arzneimitteln zur Selbstmedikation.

Erläuterung: Im Sinne der Arzneimittelsicherheit sollten grundsätzlich alle für die Selbstmedikation vorgesehenen Arzneimittel mit einer Gebrauchsinformation versehen werden. Dabei sind vom pharmazeutischen Unternehmer über die vom Gesetz vorgeschriebenen Angaben hinaus auch auf freiwilliger Basis gegebene Informationen sinnvoll, soweit sie gebrauchssichernd wirken. Voraussetzung dafür ist, daß die Packungsbeilage verbraucherverständlich abgefaßt ist und nicht mit Angaben überfrachtet wird, die lediglich für den Arzt informativ sind. Aus diesem Grunde sollte die Packungsbeilage Angaben darüber enthalten, unter welchen Umständen nach Einnahme des Arzneimittels gegebenenfalls der Arzt aufzusuchen ist.

8. Selbstmedikation und Gesundheitserziehung

These: Eine positive Entwicklung der Selbstmedikation setzt eine Gesundheitsaufklärung für breite Bevölkerungsgruppen voraus.

Erläuterung: Ein solches Programm sollte über Befindensstörungen aufklären, die sich für die Selbstmedikation besonders eignen, wie zum Beispiel Erkältungsbeschwerden, Schmerzzustände, Magen- und Verdauungsbeschwerden. Ein Präventionsprogramm für die Selbstbehandlung von Befindensstörungen muß die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen ansprechen; in der Schule, in der Erwachsenenbildung, am Arbeitsplatz bis hin zu den Vereinen. Daneben sind sachgerechte und verständliche Informationen für den Verbraucher wünschenswert.

9. Selbstmedikation und Publikumswerbung

These: Publikumswerbung für Arzneimittel zur Selbstmedikation ist legitim und sinnvoll.

Erläuterung: Publikumswerbung, die den gesetzlichen Erfordernissen entspricht, informiert den Verbraucher umfassend über das jeweilige Arzneimittel, insbesondere über die Anwendungsgebiete und mögliche Nebenwirkungen. Seriöse Publikumswerbung verspricht also nicht mehr, als das Arzneimittel halten kann. Sie muß aber im Interesse des Verbrauchers frei von verwirrenden Aussagen sein.

10. Selbstmedikation und Kostendämpfung

These: Die Selbstmedikation entlastet die gesetzliche Krankenversicherung.

Erläuterung: Selbstmedikation ist hundertprozentige Selbstbeteiligung an den Arzneimittelkosten. Daß die Selbstmedikation deshalb die gesetzlichen Krankenkassen finanziell entlastet, ist unbestritten.

11. Selbstmedikation im Gesundheitssystem

These: Selbstmedikation ist ein etablierter Bestandteil in unserem Gesundheitssystem.

Erläuterung: Selbstmedikation als Hilfe zur Selbsthilfe ist in unserem Gesundheitssystem ebenso zu akzeptieren wie in anderen relevanten Bereichen unseres Gemeinwesens. Selbstmedikation stellt im Rahmen von Prävention, kurativer Medizin und Rehabilitation das Bindeglied zwischen Prävention und kurativer Medizin dar. Kein Gesundheitssystem kann es sich leisten, im Rahmen dieses Systems auf die eigenverantwortliche medikamentöse Behandlung von Befindensstörungen ohne Inanspruchnahme des Gesundheitssicherungssystems zu verzichten.

HANS W. BACH



Die Beratung ist die vornehmste Aufgabe des Apothekers gegenüber Kunden, die leichte Gesundheitsstörungen selbst behandeln wollen

FOTO: POLY-PRESS

FREIVERKÄUFLICHE ARZNEIMITTEL

Verbraucher genießen den Preiswettbewerb

Die Selbstmedikation ist die älteste Form der Behandlung von Beschwerden. Ein stark wachsendes Interesse richtet sich aktuell auf diesen Bereich des Gesundheitswesens. Das mag zum Teil an den öffentlichen Gesundheitskosten liegen. Sicherlich sind jedoch auch Faktoren wie Bevölkerungsstruktur (Altersaufbau), Wertewandel und neu aufkommende Ideologien (Körperbewußtsein, Gesundheitsbewußtsein) beteiligt. Änderungen im Verbraucherverhalten müssen ebenso berücksichtigt werden wie handfeste wirtschaftliche Interessen.

Das Arzneimittelgesetz (AMG) von 1976 – wie auch schon das von 1961 – geht grundsätzlich davon aus, daß die Apotheke die Bevölkerung mit Arzneimitteln versorgen soll. Der Gesetzgeber sieht im spezialisierten Absatzkanal Apotheke die personellen und sachlichen Voraussetzungen erfüllt, die im Interesse des Gesundheitsschutzes zu fordern sind.

Der Grundsatz eines Apothekenmonopols für sämtliche pharmazeutischen Produkte wird jedoch bereits in der amtlichen Begründung zum Arzneimittelgesetz 1961 durchbrochen. Ausdrücklich wird hier festgestellt, daß die Erfahrungen Ausnahmen vom Grundsatz des Apothekenmonopols für eine Anzahl unbedenklicher Arzneimittel im Bereich der vorübergehenden leichteren Gesundheitsstörung vertretbar und geboten erscheinen lassen.

Das Arzneimittelgesetz definiert die freiverkäuflichen Arzneimittel unter voller Einbeziehung der maßgebenden Aspekte der Arzneimittelsicherheit und des gesundheitlichen Verbraucherschutzes.

Freiverkäufliche Arzneimittel sind einmal – nach dem derzeitigen Stand – die sogenannten fiktiven Arzneimittel wie Zahnprothesen, Verbandsstoffe, aber auch Vorbeugungsmittel oder verschreibungsfreie Schwangerschaftsverhütungsmittel.

Außerhalb der Apotheke verkäuflich sind außerdem bestimmte Wässer, Salze, Bäder, Pflanzen und Pflanzenteile, zum äußeren Gebrauch bestimmte Desinfektionsmittel sowie Mund- und Rachendesinfektionsmittel. Ferner können Arzneimittel durch Rechtsverordnung freiverkäuflich sein, wenn sie wegen ihrer Wirkung oder Zusammensetzung die Prüfung, Aufbewahrung und Abgabe durch Apotheken nicht erforderlich machen. Dabei ist festzustellen, daß der Vertrieb bestimmter Arzneimittel auch außerhalb der Apotheke in verantwortlicher Kontrolle stattfindet und von den Verbrauchern als bewährter Vertriebsweg akzeptiert wird. Darüber hinaus bestehen die angebotenen Produkte zum großen Teil aus lang bekannten Inhaltsstoffen mit gesicherten Erkenntnissen über Wirkung, Verträglichkeit und Verwendungsmöglichkeiten.

Gesundheitsgefahren infolge Fehlgebrauches oder aufgrund von Gewöhnungseffekten sind bei freiverkäuflichen Präparaten nicht festzustellen beziehungsweise durch wissenschaftliche Studien widerlegt. Im übrigen überwacht ein vom Bundesgesundheitsamt ständig berufener Sachverständigenausschuß den Markt der freiverkäuflichen Arzneimittel auf mögliche gesundheitsgefährdende Risiken.

Erwünschter Effekt der freiverkäuflichen Arzneimittel besteht darin, daß diese von der Arzneimittelpreisverordnung nicht erfaßt werden und daher auf allen Handelsstufen „frei kalkulierbar" bleiben. Der Verbraucher trifft hier einen gut funktionierenden Preiswettbewerb an, der eine verbraucherfreundliche Bedarfsdeckung zuläßt.

Auch bei freiverkäuflichen Arzneimitteln ist sichergestellt, daß der Verbraucher eine sachgerechte Beratung findet, da das AMG 76 hierzu eine klare Regelung beinhaltet. Entsprechend dieser Regelung dürfen freiverkäufliche Arzneimittel nur dann gehandelt werden, wenn sachkundige Personen – die Sachkenntnis muß im Rahmen einer Prüfung nachgewiesen sein – an Ort und Stelle zur Verfügung stehen.

M. RENNER

Strukturen des Pharmamarktes erhalten

Da wir es bei der Frage: Verschreibungspflicht Ja oder Nein? stets mit wissenschaftlichen Momentaufnahmen zu tun haben, muß die Frage der Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen auf dem Arzneimittelmarkt immer wieder überprüfbar sein. Das Bundesgesundheitsamt leistet auf diesem Gebiet gute Arbeit.

Die wissenschaftliche Neubewertung eines Arzneimittels wird insbesondere dann sinnvoll sein, wenn sich neue Erkenntnisse hinsichtlich Bioverfügbarkeit, Haltbarkeit oder Indikationsgebieten ergeben. In diesem Zusammenhang ist stets auch die Frage der Verschreibungspflicht zu überprüfen. Die Entlassung aus der Rezeptpflicht ist immer dann geboten, wenn die Anforderungen, die an den Schutz des Patienten zu stellen sind, hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Das setzt aber voraus, daß nicht pauschal geprüft, sondern das einzelne Medikament betrachtet wird.

Der Pharmamarkt verdient im Gesundheitswesen die Bezeichnung „Markt" noch am ehesten. Es ist daher des Schweißes der Edlen wert zu prüfen, wie die Marktstrukturen erhalten beziehungsweise ausgebaut werden können. Hierzu gehört auch, Hemmnisse in den Vertriebswegen zu beseitigen. Ist der gesundheitliche Schutz der Patienten gewahrt, gibt es keinen Grund, pharmazeutische Produkte mit Beschränkungen zu belegen, die vom Arzneimittelgesetz her überflüssig wären. Das gilt sowohl für die Rezeptpflicht, die Apothekenpflicht und die Freiverkäuflichkeit.

Wir können durchaus erwarten, daß sich Patienten über Wirkungen und Nebenwirkungen der Medikamente informieren, etwa durch die Beratung des Apothekers. Eingriffe des Gesetzgebers in Freiheitsrechte und Lebensgewohnheiten rechtfertigen sich nur aus dem Schutz höheren Gutes. Bestehende Beschränkungen sind daher immer wieder, etwa auf die Kosten-Nutzen-Relation oder den ursprünglichen Regelungszweck, zu überprüfen.

HEINER SCHÜLKE

PUBLIKUMSWERBUNG FÜR ARZNEIMITTEL / Wem nützt ein Verbot?

Der Verbraucher in seiner Rolle als Richter

Seit einiger Zeit wird vermehrt ein generelles Verbot der Publikumswerbung bei Arzneimitteln gefordert. Die Diskussion wird sehr oft emotional geführt, so daß der Blick für Sachargumente versperrt wird. Ziel der folgenden Darlegungen ist es deshalb, zu einer Versachlichung der Auseinandersetzung beizutragen.

In einer freien Gesellschaft hat der einzelne Bürger ein Recht auf Information, um seine Bedürfnisse besser befriedigen zu können. Dies geschieht mit Hilfe der Werbung seitens der Unternehmen, die dadurch auf ihre Produkte und damit auf eine bessere Bedürfnisbefriedigung aufmerksam machen und zugleich informieren. Ohne Werbung wäre der einzelne Konsument gezwungen, mit hohen Kosten Informationen zu suchen.

Nun fällt dem einzelnen Verbraucher in einer marktwirtschaftlichen Ordnung die Rolle eines Gerichtshofs (von Mises) zu; er muß nämlich über die angebotenen Alternativen entscheiden. Durch seine Wahl fällt er ein Urteil über die Existenz der Unternehmen. Ein Unternehmen, das Produkte herstellt, die keine Akzeptanz finden, kann langfristig im Wettbewerb mit anderen Unternehmen um die Gunst der Verbraucher nicht bestehen.

Die Verbraucher üben somit Druck auf Produzenten aus, ihre Bedürfnisse möglichst gut und rasch zu befriedigen. Dadurch erfolgt eine Intensivierung des Wettbewerbs der Hersteller. Dieser Wettbewerb findet in aller Regel seinen Niederschlag in niedrigen Preisen, verbesserten und neuen Produkten und Produktionsverfahren. Werbefreiheit und Wettbewerb bilden somit eine Einheit. Es wird deutlich, daß die Werbung zum Vorteil des Verbrauchers eingesetzt wird.

Unter diesen Prämissen muß das einzelne Unternehmen im Wettbewerb die für seine Marktposition jeweils optimale Kombination der verschiedenen Absatzinstrumente finden. Es gehört zu den unbestreitbaren Bestandteilen einer Marktwirtschaft, daß sich sowohl Verbraucher als auch Produzenten im gegebenen Ordnungsrahmen frei bewegen können. Für den Verbraucher heißt dies, frei zu sein bei der Informationsbeschaffung und Nutzung; für den Produzenten bedeutet dies, sein Parametermix frei zu wählen und auch einzusetzen. Dies gilt gegenwärtig für den Bereich der rezeptfreien Arzneimittel, die Gegenstand der Publikumswerbung sind.

Das heißt nun nicht, daß hier jeder tun und lassen kann, was er will; vielmehr sind der Publikumswerbung vom Gesetzgeber sehr enge Grenzen gesetzt (Arzneimittelgesetz; Heilmittelwerbegesetz). Außerdem wird die Publikumswerbung bei Arzneimitteln sehr streng von Gesundheitsbehörden, den Verlegern, dem Zentralausschuß der Werbewirtschaft, vom Verein für lautere Heilwerbung sowie durch den „Kodex der Mitglieder des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie e. V." überwacht.

Führt Werbung zu Arzneimittelmißbrauch?

Oft wird ein Verbot der Publikumswerbung bei Arzneimitteln gefordert, weil sie angeblich zu einem übermäßigen Arzneimittelkonsum führe, sie die Arzneimittel verteuere und sie aufgrund ihrer teilweise suggestiven Aussagen die Verbraucher manipuliere. Anhand empirischer Untersuchungen läßt sich jedoch zeigen, daß kein eindeutig kausaler Zusammenhang zwischen Publikumswerbung und Arzneimittelgebrauch besteht. Obwohl in der „DDR" ein generelles Werbeverbot für Arzneimittel gilt, werden dort doppelt soviel Schmerzmittel pro Kopf verbraucht wie in der Bundesrepublik. Der heute oft beklagte übermäßige Arzneimittelverbrauch – 1984 wanderten etwa Arzneimittel im Wert von drei Milliarden Mark in die Mülltonne – beruht nicht auf der Arzneimittelwerbung, sondern vielmehr auf falsch gesetzten Anreizen im Gesundheitswesen (Sachleistungs- und Solidarprinzip der GKV).

Die Behauptung, Werbekosten verteuerten die Arzneimittel, läßt sich empirisch nicht nachweisen. Vielmehr zeigen Untersuchungen, daß der Preis von vergleichbaren Arzneimitteln, für die geworben wird, sogar geringfügig niedriger war als der Preis derjenigen Medikamente, für die nicht geworben wird. Ganz abgesehen davon hängt in einer marktwirtschaftlichen Ordnung der Preis in erster Linie vom Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage ab.

Auch die Ansicht, die unter anderem von der Monopolkommission geteilt wird, suggestive Werbung zu verbieten, ist kaum haltbar, weil es keine objektiven Kriterien für die Trennung zwischen informativer – und damit erwünschter – und suggestiver unerwünschter Werbung gibt. Vielmehr ist es wiederum Aufgabe des Unternehmers, im Wettbewerb die für ihn optimale Kombination informativer und suggestiver Werbeelemente im gegebenen Rahmen zu entdecken.

Eine Befragung ergab, daß Verbraucher die Bedeutung der Publikumswerbung bei Arzneimitteln als äußerst gering einschätzen. Die Hauptinformationsquelle bei rezeptfreien Arzneimitteln stellt mit großem Abstand der Arzt dar, gefolgt vom Apotheker. Grundsätzlich gilt auch bei Arzneimitteln, daß sich mit Hilfe der besten Werbung langfristig kein schlechtes Präparat verkaufen läßt. Außerdem kauft kein gesunder Mensch Arzneimittel, ohne sie zu benötigen.

Es spricht somit nichts für ein Verbot der Publikumswerbung bei rezeptfreien Arzneimitteln. Außerdem wäre ein solches Verbot mit einer Reihe schwerwiegender Probleme verbunden. Es fände eine Entmündigung der Verbraucher und der Produzenten statt, weil durch das eintretende Informationsdefizit die Konsumenten- und die Produzentensouveränität sehr empfindlich beschränkt würde.

Keine überzeugenden Gründe für Werbeverbot

Ferner würden die Markteintrittsschranken für neue und verbesserte Produkte prohibitiv erhöht, ein Umstand, der zum Nachteil der Verbraucher zu einer Diskriminierung dieser Produkte gegenüber den bereits auf dem Markt befindlichen führt; ihnen blieben nämlich bessere Behandlungsalternativen vorenthalten. Darüber hinaus ist es denkbar, daß ein Publikumswerbeverbot verstärkte Werbung bei Ärzten und Apothekern nach sich zöge; dies könnte unter Umständen staatliche Interventionen zur Folge haben.

Überzeugenden Argumente für ein Verbot der Publikumswerbung bei Arzneimitteln gibt es also heute nicht. Alle politisch Verantwortlichen sind deshalb gut beraten, das Recht auf Publikumswerbung bei Arzneimitteln im gegenwärtigen Umfang zum Wohle aller unangetastet zu lassen.

PETER OBERENDER

GESUNDHEITSERZIEHUNG / Oft fehlen Information und Motivation

... und dennoch rauchen sie weiter

Die großen Ärzte der Geschichte waren alle auch Gesundheitserzieher und als solche Mittler zwischen dem medizinischen Wissensstand ihrer Zeit und dem Laien. Heute ist allgemeine Gesundheitserziehung immanenter Bestandteil jedes Gesundheitswesens geworden.

Dabei wechseln die Begriffe. Noch bis in die 60er Jahre hinein wurde „Gesundheitserziehung" akzeptiert. Gesellschaftskritiker nahmen dann Anstoß daran, daß man „erziehen" wollte. Ersatzbezeichnungen wie „gesundheitliche Aufklärung" oder „Gesundheitsbildung" wurden gefunden – an dem Inhalt hat sich nichts geändert.

Wissen und Handeln

Auf Anbieter- und Empfängerseite bestimmen jeweils zwei Komponenten die Motivation: Der Anbieter will einerseits Wissen vermitteln und andererseits durch dieses Wissen Verhaltensänderungen bewirken. Der Empfänger will Wissen erwerben und dieses Wissen für seine Gesundheit nutzbringend anwenden. Indes bleibt es oft nur bei der Absicht; im konkreten Einzelfall sind nämlich Wissen und seine Umsetzung in dauerhaftes Handeln nur selten identisch. Konkret: Welcher Raucher gewöhnt sich schon das Rauchen ab! Wie schwer fällt es Übergewichtigen abzuspekken! Wider besseres Wissen gibt es Alkoholmißbrauch, und nur die wenigsten Deutschen treiben regelmäßig Sport!

Aus dieser Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln erwächst die Frustration vieler Gesundheitserzieher. Sie macht deutlich, daß Motivierung der Schlüssel zum Erfolg einer jeden Gesundheitserziehung ist.

Seit je wurde nur weitergegeben, was dem Stand der medizinischen Wissenschaft oder der Lebensphilosophie des Ratgebenden entsprach. Früher standen die persönliche Hygiene, die Umwelthygiene, Regeln für ein gesundheitsförderndes Verhalten und Ratschläge für die Behandlung von Krankheiten mit Hausmitteln im Vordergrund der Gesundheitserziehung. Mit den Fortschritten der Medizin wurden auch Aufbau und Funktion des menschlichen Organismus und einzelne Krankheiten ihr Gegenstand. Heute gibt es eine Fülle von Darstellungen über gesunde Ernährung, richtige Freizeitgestaltung oder körperliche Ertüchtigung, kurz, über jeden Bereich, der Bedeutung hat für Gesundheitsförderung und Krankheitsverhütung.

Medizinischer Fortschritt beruht zum Teil auf der Entwicklung von Arzneimitteln zur Behandlung von Krankheiten oder zur Förderung der Gesundheit. Die Information über die Anwendung des Arzneimittels erfolgt im wesentlichen durch den Arzt, den Apotheker und den Beipackzettel, kaum jedoch durch die populärwissenschaftliche Literatur. Auch umfangreiche Bücher und Nachschlagewerke für den Laiengebrauch enthalten keine oder nur wenige Informationen über den Umgang mit Arzneimitteln, obwohl dies in allgemeiner Form sicher angebracht wäre.

Die Entscheidungsprozesse

Neben der vom Arzt verordneten Arzneimittel-Behandlung existiert auch die Selbstmedikation als Teil der Selbstbehandlung. Bei ihr laufen eine Vielzahl individueller Entscheidungsprozesse bewußter und unbewußter Art ab, die zur Selbstdiagnose und Selbstbehandlung führen.

Dies kann am Beispiel des Kopfschmerzes illustriert werden. Treten Kopfschmerzen auf, wird zunächst eine subjektive Diagnose gestellt und je nachdem, ob sich eine einleuchtende Erklärung für den Kopfschmerz ergibt oder nicht, der Kopfschmerz ignoriert oder behandelt. Dabei kann es sich um ein verschreibungspflichtiges Arzneimittel handeln, das noch in der Hausapotheke liegt, oder um ein frei käufliches Präparat. Führen die selbstergriffenen Maßnahmen zum Erfolg, so ist die Angelegenheit erledigt. Anderenfalls wird die Selbstbehandlung mit oder ohne Arzneimittel fortgesetzt oder ein Arzt aufgesucht.

Vor einem Arztbesuch müssen freilich viele Entscheidungen bewußt oder unbewußt getroffen werden. Sie erklären den erheblichen Umfang der Selbstbehandlung und der Selbstmedikation. Sozialwissenschaftliche Studien im Inland und im Ausland kommen zu dem Ergebnis, daß etwa 75 Prozent aller Beschwerden nicht zu einer ärztlichen Konsultation führen, sondern entweder durch den Patienten selbst behandelt oder überhaupt nicht beachtet werden.

Arzt und Selbstmedikation

Ärzte warnen vor Selbstbehandlung und Selbstmedikation. Sie warnen davor, daß

- Warnzeichen, die eine beginnende ernste Krankheit anzeigen können, verdeckt werden;
- rezeptfreie Arzneimittel zu Mißbrauch und zu Abhängigkeit führen können und
- Nebenwirkungen und Interaktionen nicht auszuschließen sind.

Diese Bedenken sind ernst zu nehmen. Es ist jedoch theoretisch und praktisch nicht möglich, bei jedem Krankheitssymptom und bei jeder Mißbefindlichkeit einen Arzt aufzusuchen. Dies würde weder von der Bevölkerung akzeptiert, noch ist es praktikabel. Jedes System der ge-

● Fortsetzung Seite III

PHYTOPHARMAKA / Gesetzesantrag verstärkt Disput um angestrebte Sonderstellung im Arzneimittelgesetz

Das Naturheilmittel – Stiefkind der Therapie?

Im zweiten Arzneimittelgesetz (AMG) der Bundesrepublik Deutschland wird die Phytotherapie als besondere Therapierichtung verstanden und damit beim Laien der Eindruck erweckt, es handele sich um eine gegenüber der Chemotherapie grundsätzlich verschiedene Behandlungsart, der durch ihre Sonderstellung der Stempel der geringeren Qualität aufgedrückt wird.

Von dieser Vorstellung gehen ganz offensichtlich die SPD-regierten Bundesländer in ihrem am 18. Juni 1985 eingebrachten Gesetzesantrag eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes aus. Sie wollen ausdrücklich auf der einen Seite den Besonderheiten der naturheilkundlichen Arzneimittel mehr als bisher Rechnung tragen. Auf der anderen Seite sollen diese Arzneimittel aber von der Notwendigkeit befreit werden, einen Wirksamkeitsnachweis zu erbringen. Überdies sollen naturheilkundliche Arzneimittel künftig nicht mehr zugelassen, sondern lediglich registriert werden. Dies entspricht im Kern auch den Überlegungen im Diskussionsentwurf zur Änderung des Arzneimittelgesetzes der SPD-Bundestagsfraktion vom 9. Januar dieses Jahres.

In der am 2. Juli vom Bundesausschuß Ärzte und Krankenkassen verabschiedeten neuen Preisvergleichsliste, die auf Kombinationspräparate ausgeweitet wird, sind Arzneimittel der besonderen Therapierichtungen, also auch gerade Phytopharmaka, überhaupt nicht erfaßt. Es stellt sich also die Frage, ob diese Form der Sonderstellung, die sich insgesamt als Diskriminierung darstellt, wirklich gerechtfertigt ist.

Dabei spielen auch heute Arzneimittel aus Pflanzen in der ärztlichen Praxis eine ganz wesentliche Rolle. Das belegt die Tatsache, daß pflanzliche Naturstoffe etwa 40 Prozent des Weltumsatzes von Pharmaka ausmachen. In manchen Bereichen, zum Beispiel bei den Antibiotika und den Abführmitteln, werden sogar bis zu 90 Prozent der Mittel aus pflanzlichen Stoffen hergestellt.

Das zweite Arzneimittelgesetz definiert das „Arzneimittel" so: „Arzneimittel sind dazu bestimmt, Krankheiten, Leiden, Körperschäden oder krankhafte Beschwerden zu heilen, zu lindern, zu verhüten oder zu erkennen." Diese Definition orientiert sich an Zweck und Bestimmung des Arzneimittels und gilt somit für Phytopharmaka und Chemotherapeutika in gleicher Weise. Sowohl Arzneimittel aus Pflanzen als auch solche, die synthetisch, also mit Hilfe chemischer Methoden, aus einfachen Grundstoffen hergestellt wurden, sind in der heutigen Medizin Bestandteile einer rationalen medikamentösen Therapie. *Im Falle von pflanzlichen Reinsubstanzen* bestehen wohl kaum von irgendeiner Seite Einwände gegen eine Gleichbehandlung der beiden Arzneimittelgruppen. Beispielhaft seien an dieser Stelle die herzwirksamen Glykoside aus dem Fingerhut, die blutdrucksenkenden Inhaltsstoffe der indischen Schlangenwurz, die aus Bakterienkulturen gewonnenen antibiotisch wirksamen Substanzen und das zur Behandlung des akuten Gichtanfalls verwendete Colchicin der Herbstzeitlose genannt.

Wann sind Phytopharmaka sinnvoll?

Derartige Phytopharmaka entsprechen den synthetischen Wirkstoffen hinsichtlich ihrer Pharmakodynamik und Pharmakokinetik, die sich im Tiermodell oder mit Hilfe einer kontrollierten klinischen Studie exakt bestimmen lassen. Ihr Einsatz zur Therapie von Erkrankungen ist immer dann sinnvoll, wenn bei Gesamtdrogen mit geringer therapeutischer Breite (Dosisbereich, bei dessen Überschreiten unerwünschte Wirkungen auftreten), aber schwankendem Wirkstoffgehalt die Gefahr einer Überdosierung besteht oder wenn der geringe Wirkstoffgehalt einer Pflanze oder ihres Extraktes zur Erzielung eines wirksamen Blutspiegels die Zufuhr sehr großer Drogenmengen erfordert.

In der überwiegenden Zahl der Fälle bedient sich die Phytotherapie jedoch der Gesamtdroge (Droge = der zur Therapie verwendete Teil der Pflanze), meist in Form der wäßrigen oder alkoholischen Extrakte. Für die Verwendung derartiger Gesamtzubereitungen gibt es eine Reihe von guten Gründen. Sie kann beispielsweise besondere Vorteile haben, wenn durch die – hinsichtlich der Wirksamkeit der Droge untätigen oder trägen – Begleitstoffe die Resorption des eigentlichen Wirkstoffes im Magen-Darm-Trakt verbessert oder überhaupt erst ermöglicht wird oder wenn die Begleitstoffe durch Verzögerung der Resorption einen erwünschten Depoteffekt hervorrufen. Schließlich sind Gesamtzubereitungen dem Reinstoff vorzuziehen, wenn durch Begleitstoffe die Stärke unerwünsch*ter Nebenwirkungen reduziert wird.*

Gesamtzubereitungen pflanzlicher Drogen weisen in aller Regel eine große therapeutische Breite auf und entfalten ihre Wirksamkeit häufig erst nach Applikation über einen längeren Zeitraum. Da hier mehrere Wirkstoffe in einer konzertierten Aktion an der Gesamtwirkung auf den Organismus beteiligt sind, kann mit den etablierten Methoden der Pharmakologie ein Wirksamkeitsnachweis, wie ihn das AMG bis zum 31. Dezember 1989 fordert, kaum erbracht werden. Insofern unterscheidet sich hierin ein Teil der Phytopharmaka tatsächlich von synthetischen Monopräparaten, wenn auch nicht von Gemischen aus mehreren synthetischen Komponenten. Zur Beurteilung von Wirksamkeit und Unbedenklichkeit derartiger Gemische ist daher die Entwicklung entsprechender Methoden erforderlich. Daneben kann in bestimmten Fällen natürlich zur Bewertung komplexer Wirkstoffgemische der klinische Doppelblindversuch eingesetzt werden.

Schließlich kann die therapeutische Wirksamkeit von Arzneimitteln, gleich, ob sie aus Pflanzen gewonnen wurden oder aus der Retorte stammen, auch auf der Basis der ärztlichen Erfahrung erfolgen, wenn diese nach wissenschaftichen Prinzipien dokumentiert ist.

Der Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen hat im Zusammenhang mit Bestrebungen zur Bereinigung des Arzneimittelmarktes und der Kostendämpfung die Phytopharmaka eingeteilt in Mittel, die allgemein zur Behandlung im entsprechenden Indikationsgebiet geeignet sind, in solche, die in besonderen Fällen indiziert sind, sowie in Präparate, bei deren Verordnung besondere Aufmerksamkeit geboten ist. Zwar ist gegen die kritische Beurteilung von Arzneimitteln nichts einzuwenden, sie kann aber nur auf der Basis objektiver Prüfergebnisse erfolgen. Von einer solchen Bewertung wären streng genommen alle Phytopharmaka betroffen, die nicht aus isolierten Wirkstoffen bestehen. Sie alle wären somit von der Erstattung durch die Krankenkassen ausgeschlossen.

Von Vorteil: Kaum Nebenwirkungen

Von seiten der Schulmedizin ist der Phytotherapie der Vorwurf gemacht worden, sie verwende überwiegend unwirksame Präparate und ihre einzige erkennbare Wirkung sei der Plazebo-Effekt. Insbesondere wird behauptet, ein Arzneimittel ohne Nebenwirkungen könne auch keine Wirksamkeit besitzen. Phytopharmaka sind in ihrer überwiegenden Zahl auf Grund ihrer großen therapeutischen Breite nebenwirkungsarm. Das bedeutet, daß sie über einen längeren Zeitraum eingenommen werden können, ohne daß unerwünschte Nebenwirkungen auftreten, die sich nachteilig für den Patienten auswirken.

Man hat derartige Arzneimittel als „mite"-Phytopharmaka bezeichnet, um ihre „milde" Wirkung zu charakterisieren. Eine solche Bezeichnung ist jedoch irreführend, denn sie verleitet wiederum dazu, Phytopharmaka hinsichtlich ihrer Wirksamkeit unterzubewerten. Auch wenn eine Akutwirkung für ein bestimmtes pflanzliches Präparat nicht nachzuweisen ist, kann die Langzeiteinnahme dennoch einen krankhaften Zustand günstig beeinflussen. Vertreter solcher, nur bei Langzeitgabe wirksamer Arzneimittel finden sich auch in der Gruppe der Chemotherapeutika, wenn auch in weitaus geringerem Maße.

Die zu Beginn dieses Textes aufgeworfene Frage: „Brauchen Phytopharmaka eine Sonderstellung im AMG?" muß auf Grund der dargelegten Fakten mit einem klaren „Nein" beantwortet werden. Phytopharmaka ermöglichen ebenso wie die synthetischen Produkte eine wirksame rationale Arzneimitteltherapie. Sie haben, ebenso wie die Chemotherapeutika, ihre Indikation und ihre Kontraindikationen. HANS D. REUTER

VITAMIN E / Positive Wirkung auf Alterserscheinungen unbestritten

Der Siegeszug begann in Los Angeles

Bei umfangreichen Untersuchungen im Jahre 1922 über den Einfluß verschiedenster Nahrungsbestandteile auf die Fruchtbarkeit der Tiere entdeckten zwei Wissenschaftler einen Nahrungsfaktor, dessen Fehlen zu Störungen der Fortpflanzungsfähigkeit von Ratten führte. Durch Füttern von Weizenkeimen konnten diese Störungen behoben werden. Dem Stoff, dem diese Wir*kung zukam, gaben seine Entdecker* (Evans und Bishop) den Namen „Faktor X". Nur zwei Jahre später wurde erkannt, daß es sich bei diesem „Faktor X" um ein – neben den Vitaminen A und D – drittes fettlösliches Vitamin handelte, das Vitamin E.



Franz Beckenbauer trimmt sich mit Joggen, Skilanglauf und Golfen (Handicap 17). Der Teamchef der Nationalelf verwendet freilich auch viel Mühe darauf, einen gesunden Speiseplan einzuhalten. Er nimmt verhältnismäßig wenig Fleisch zu sich und legt Rohkosttage ein. Wichtiger Bestandteil seiner Ernährung sind leistungssteigernde Vitamin-E-Kapseln. Die sportliche Disziplin beginnt so bereits am Frühstückstisch des Fußballstars. FOTO: DIE WELT

Bei weiteren Untersuchungen stellte man eine Reihe von Symptonen fest, die bei Vitamin-E-Mangel bei Tieren auftraten: von Wachstumsstörungen bis hin zu Degeneration von Herz- und Skelettmuskeln. Das Interesse an weiterer Forschung ließ nach, da vergleichbare Symptome beim Menschen nicht festgestellt wurden.

Erst 1947 erinnerte sich der kanadische Arzt Evan Shute der vergessenen Wirkungen: Er gab seiner Mutter, die an Angina pectoris litt, höhere Dosen Vitamin E. Die Besserung erfolgte innerhalb weniger Tage. Daraufhin behandelten er und sein Bruder Wilfried im Institut für klinische und experimentelle Medizin in London/Ontario innerhalb von drei Jahren rund 4000 Herzpatienten mit Vitamin E. Bei mehr als 80 Prozent der Patienten stellten sie eine spontane Besserung fest.

Etwa zur gleichen Zeit erkannten – unabhängig voneinander – russische und amerikanische Wissenschaftler, daß Leistungssportler nach dem Verzehr von Weizenkeimöl über gesteigerte Ausdauer verfügten, weniger über Muskelzerrungen oder Verletzungen klagten und sich nach einem Wettkampf schneller erholten.

Seinen eigentlichen Siegeszug begann das Vitamin E jedoch vor etwa 20 Jahren in jener Stadt, die von den Indianern wegen ihrer Luftverschmutzung als „Tal des stehenden Rauches" bezeichnet wurde. Los Angeles gehört zu den Städten der Welt mit der extremsten Smogkonzentration. Damals stellten Wissenschaftler fest, daß das Vitamin E die allgemeine körperliche Abwehrfähigkeit gegen Smog in der Atemluft anhebt. Heute weiß man mehr, weiß man genau, welche Wirkungen Vitamin E besitzt. Professor Volkmar Böhlau (Universität Frankfurt): „Es senkt den Sauerstoffbedarf der Muskeln und damit auch den des Herzmuskels. Es hat eine gefäßerweiternde und damit auch hämodynamische Wirkung. Vitamin E ist förderlich bei Atemnot und Schocklunge, es wirkt gerinnungshemmend und verhindert die vorzeitige Verhärtung der Gefäße, es erleichtert schließlich eine wirksame Digitalistherapie bei cardialer Dekompensation."

Viel wesentlicher aber, so betont Böhlau, sei die Wirkung dieses Vitamins auf Alterserscheinungen. So seien zum Beispiel sogenannte Altersflecken der Haut „äußeres Zeichen fehlgesteuerter Stoffwechselvorgänge". Hierbei handele es sich um Lipofuszine, die sich in allen Zellen des Körpers, auch in denen des Gehirns, ablagern können, die aber im Alter aufgrund mangelnder Stoffwechselaktivitäten der Zellen nicht mehr abtransportiert würden. Das Vitamin E übe nun innerhalb der Zelle eine gezielte Schutzfunktion aus, indem es einerseits die Lipofuszinbildung zumindest reduziere und andererseits die hochempfindlichen ungesättigten Fettsäuren in den Zellmembranen stabilisiere und schütze.

Nach neueren Erkenntnissen der Altersforschung spielt das Gehirn für den Alterungsprozeß die entscheidende Rolle. Böhlau: „Wir müssen daher bei der Diagnostik älterer Patienten auf folgende Symptome vermehrt achten: vorzeitiger Leistungsknick, Vergeßlichkeit, Konzentrationsschwäche, Schlafstörungen, Antriebsverlust, Reizbarkeit, Verwirrtheitszustände, Kopfdruck, Schwindelzustände, ja selbst Abbau der Persönlichkeit." Bezüglich dieser nicht unbedingt manifesten klinischen Symptome und im Sinne der eigentlichen Aufgabe der Altersmedizin, „nicht nur dem Leben Jahre, sondern den Jahren Leben hinzuzufügen", biete sich die Vitamin-E-Medikamentation geradezu an.

Die besten Erfahrungen machte Böhlau mit Vitamin-E-Präparaten in einer Konzentration von zwei- bis dreimal täglich 100 bis 200 Milligramm. PETER JENTSCH

. . . und dennoch rauchen sie weiter

● Fortsetzung von Seite II

sundheitlichen Sicherung wäre damit überfordert – sowohl finanziell wie personell.

Nicht jedes Symptom und jede Mißbefindlichkeit ist also im Rahmen des organisierten Gesundheitswesens zu behandeln. Problematisch bleibt die Grenzziehung zwischen Selbstbehandlung und ärztlicher Hilfe.

Hier ist es von entscheidender Bedeutung, mit welchem Kenntnisstand und mit welcher Beratung durch Dritte die jeweils „richtige" oder „falsche" Entscheidung getroffen wird. Dabei geht es auch um die Erkenntnis des Zeitpunktes, zu dem ärztlicher Rat notwendig wird.

Die Verantwortung für die eigene Gesundheit ist in dem Rahmen, in dem es von dem einzelnen Bürger übernommen werden kann, unteilbarer Bestand des für unsere Lebensform charakteristischen Gesamtkonzeptes vom mündigen Bürger. Aufgabe der Gesundheitserziehung ist es, dem Bürger die erforderlichen Kenntnisse und Anleitungen zum richtigen Verhalten zu vermitteln.

Neue Wege

In der populärwissenschaftlichen Literatur freilich gibt es kaum Hinweise zum Umgang mit Arzneimitteln. Anleitungen des Patienten zur Selbstbehandlung und zur Selbstmedikation sind kaum vorhanden. Damit gerät gerade auch die Grenzziehung zwischen selbstverantworteter und selbstzuverantwortender Selbstbehandlung und Selbstmedikation einerseits und der Notwendigkeit ärztlicher Hilfe andererseits in die Grauzone fehlender Informationsmöglichkeit. Wir brauchen also eine neue, eine erweiterte Form der Gesundheitserziehung zur Selbstbehandlung und Selbstmedikation. Die Informationen müssen für breite Kreise verständlich sein und sich auf das Wesentliche konzentrieren.

Jede Menschheitsperiode hat ihre spezifischen Probleme in Fragen der Gesundheit und damit in dem Ansatz der Gesundheitserziehung. Selbstbehandlung und Selbstmedikation sind immanente Bestandteile unserer heutigen Lebensform. Die Gesundheitserziehung aber hat sich hierauf noch nicht eingestellt. Neue Wege sind erforderlich, um den Anspruch der Bevölkerung auf Information zu entsprechen. Dies liegt im Interesse aller Beteiligten: des Patienten, des Arztes, der Arzneimittelindustrie. Nur so kann die Weiterentwicklung der Selbstmedikation gefördert und gleichzeitig auch verantwortet werden. FRITZ BESKE

CHINA / 80 Länder importieren pflanzliche Heilmittel aus dem Reich der Mitte

Peking setzt auf Naturheilmittel

Seit Jahrtausenden spielen in China traditionelle Heilmittel der Natur eine große Rolle. Auch heute ziehen Chinesen traditionelle Medizin den industriell gefertigten synthetischen Medikamenten vor. In der Praxis wird moderne und traditionelle Arznei als wechselseitige Ergänzung verschrieben.

Jährlich werden in der Volksrepublik China 700 000 Tonnen pflanzlicher Medizin ausgegeben; in etwa 200 000 Gemeinden sind 300 000 Arbeiter mit der Herstellung und Entwicklung traditioneller Heilmittel beschäftigt. Bekannt sind etwa 5700 Heilpflanzen sowie die Wirkung von mehr als 3000 verschiedenen Dosierungen. Die Rohstoffe liefern 600 Heilkräuterfarmen.

Durch das Neben- und Miteinander von traditioneller und moderner Medizin gelang es gerade in jüngster Zeit, vielversprechende Natur-Präparate zu entwickeln. Dazu gehören vor allem Herzmittel sowie gegen Asthma und Senilität.

Auch in Europa, besonders in der Bundesrepublik Deutschland, finden Naturheilmittel und Phytopharmaka mehr und mehr Anhänger. Anlaß genug für Fachleute Chinas und der Bundesrepublik, Erfahrungen und Kenntnisse auszutauschen. Als Gäste des Bundesverbandes der Arzneimittelhersteller kamen erstmals Vertreter staatlicher chinesischer Zulassungsbehörden, Forschungsinstitute und der zuständigen Organisationen für traditionelle Medizin nach Deutschland.

Niemand mißtraut der traditionellen Medizin

Mit der Einladung vertiefte der Verband die erst im vergangenen November mit einem Besuch in Peking aufgenommenen Kontakte auf dem Gebiet der Phytotherapie. Verbindungen auf dem Sektor der chemischen Arzneimittel gibt es mit China schon seit längerem. Vor ihrem Rückflug nach China sprach die WELT in Frankfurt mit den sechs Delegierten aus Peking.

„Wir Chinesen sind am Austausch von Produkten und Kenntnissen auf dem Gebiet pflanzlicher Heilmittel außerordentlich interessiert", sagt Delegationsleiter Zhang Hongkui von der „China National Traditional Corporation". Die traditionelle chinesische Medizin habe interessante Erfolge aufzuweisen. Deshalb sei man nun nach Deutschland gekommen, um hier den Stand der Herstellung, Anwendung und des Bedarfs pflanzlicher Heilmittel kennenzulernen.

Bereits 80 Länder importieren pflanzliche Heilmittel aus China, in Asien insbesondere Japan und Hongkong, in Europa Frankreich und Italien. Zum Handelsvolumen wollten sich die Gäste nicht äußern: „Dies ist eine Frage für das Außenhandelsministerium", lautete die höfliche Antwort.

Der Umgang mit pflanzlichen Heilmitteln gründe sich auf die überlieferte chinesische Erfahrung mit traditioneller Medizin, die besonders auf dem Lande verbreitet sei. Auch in den Städten vertrauten viele Menschen der heilenden Kraft der Naturkräuter. Allerdings würden bei akuten Krankheiten moderne Medikamente genauso selbstverständlich eingenommen.

Zweifel ausdrückende Heiterkeit erregte die Frage nach der Selbstbehandlung des Arztes, die Frage nach jenen traditionellen Medikamenten, die die asiatischen Gäste sich und ihren Familien verschreiben. Dazu sagt der Pharmazeut und Dolmetscher Liu Qinglin: „Bei Erkältung und trockenem Hals nehme ich nur traditionelle Medizin. Meinem Kind gebe ich bei Verdauungsproblemen ebenfalls nur pflanzliche Medizin. Das kann ihm nämlich auf keinem Fall schaden. Aber bei schweren Krankheiten nehmen wir auch Antibiotika."

Und Xie Kehua von der „Tianjin Traditional Chinese Medicine Factory" ergänzt: „Ich nehme alle Kräuterpräparate, die wir selber herstellen. Denn der traditionellen Medizin mißtraut in China niemand."

Einige der deutschen Kräuterpräparate waren den chinesischen Gästen unbekannt. „Möglicherweise liegt das daran, daß der Grundstoff der bei uns unbekannten Mittel gar nicht in China wächst."

Zur offensichtlichen Enttäuschung der deutschen Gastgeber denken die Chinesen vorerst nur an einen Austausch bei Forschung und Entwicklung. „In Peking müssen wir über alle Möglichkeiten in Ruhe beraten", dämpft die chinesische Seite weitergehende Erwartungen. Die Gastgeber freilich suchen nicht nur den wissenschaftlichen Austausch, sondern auch die baldige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rohstoffveredelung. Gefragt sind Kenntnisse der Pflanzenverarbeitung und Extraktgewinnung sowie die Kunst des Pflanzenanbaus.

Großes Interesse zeigten die Gäste an Fragen der Arzneimittelsicherheit. Das neue chinesische Arzneimittelgesetz ähnelt dem deutschen. Jede Apotheke benötigt die staatliche Zulassung und ist verpflichtet, mindestens einen geprüften Apotheker zu beschäftigen.

Heilmittel-Substanzen nach ärztlicher Vorschrift

Die Zubereitung traditioneller Arzneipflanzen ist rezeptpflichtig. Dosierte Naturmittel werden wie moderne Medizin über den Ladentisch verkauft. Wenn eine Pflanze als ungiftig eingestuft wird, kann sie auch ohne Rezept verkauft werden. Jedoch kann man Belladonnablätter und ähnliche Drogen nicht roh kaufen. Alle Apotheken müssen ihre Erzeugnisse registrieren lassen. Deshalb gebe es auch kaum Arzneimittelmißbrauch.

Zweierlei Apotheken sind in China geläufig: Solche, die hauptsächlich chemische Arzneimittel vertreiben, und solche, die auf traditionelle chinesische Medizin spezialisiert sind. Oft führt eine Apotheke auch beides. Kräuterlabors und Krankenhausapotheken stellen Heilmittelsubstanzen nach ärzlicher Vorschrift her.

Die Ausbildungswege der Pharmazeuten ähneln sich nur teilweise, sind aber eng miteinander verbunden. Es gibt solche für traditionelle und solche für moderne Medikamente. „Beide lernen voneinander." Die bestehenden medizinischen Hochschulen sollen um Institute für traditionelle Pharmazie ergänzt werden. Medizinstudenten hören phytochemische Vorlesungen über die Zubereitung traditioneller Heilmittel. In beiden Fachrichtungen lernen Studenten auch die Grundlagen moderner Pharmazie. Das Studium dauert vier Jahre. Und für eine Doktorarbeit rechnen angehende Ärzte und Pharmazeuten weitere vier Jahre.

FLORIAN NEHM

APOTHEKEN / Entwurf zur Apothekenbetriebsordnung schafft Informationspflicht im vorärztlichen Bereich

Immer mehr Patienten lassen sich beraten

Der Entwurf einer neuen Verordnung über den Betrieb von Apotheken vom 23. Mai 1985 definiert die beruflichen Tätigkeiten des Apothekers unter anderem wie folgt: „Er hat den Kunden oder die zur Ausübung der Heilkunde, Tierheilkunde und Zahnheilkunde berechtigten Personen zu informieren und zu beraten, soweit dies aus Gründen der Arzneimittelsicherheit erforderlich ist... Soweit Arzneimittel ohne Verschreibung abgegeben werden, hat der Apotheker dem Kunden die Informationen zu geben, die erforderlich sind, um das Arzneimittel sachgerecht anwenden zu können."

Damit wird in der Apothekenbetriebsordnung dokumentiert, daß die Informations- und Beratungstätigkeit des Apothekers zu einem weiteren Schwerpunkt seiner beruflichen Tätigkeit geworden ist. Er wird somit nicht mehr allein an seiner Fähigkeit zur Herstellung von Arzneimitteln und an seiner Aufgabe, die Organisation einer umfassenden Arzneimittelversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, gemessen.

Analysiert man die Formulierung der Apothekenbetriebsordnung, so stellt man fest, daß nicht nur die Informations- und Beratungstätigkeit des Apothekers, sondern auch die Adressaten dieser Tätigkeit – nämlich Arzt und Kunde – sowie die Informations- und Beratungsinhalte für unterschiedliche Beratungssituationen in der Apotheke vorgegeben werden. Geht zum Beispiel die Aktivität zum Kauf eines Arzneimittels vom Kunden aus, so ist dem Apotheker auferlegt, den Arzneimittelkäufer so zu informieren, daß er das Arzneimittel sachgerecht anwenden kann.

Der gesundheitspolitische Stellenwert gerade dieses Bereiches der Informationstätigkeit des Apothekers läßt sich daran ermessen, daß ungefähr 80 Prozent der Alltagsbeschwerden und Befindlichkeitsstörungen selbst behandelt werden – ohne Konsultation eines Arztes. 70 Prozent dieser Patienten wiederum lassen sich in solchen Fällen von einem Apotheker beraten.

Zu den Indikationsbereichen, in denen Arzneimittel vornehmlich ohne vorangegangenen Arztbesuch vom Apotheker gekauft worden sind, zählen: Erkältungen, Husten, Heiserkeit, Schmerzen, leichte Verletzungen, Schlafstörungen und Verdauungsstörungen, Magenbeschwerden, Hautprobleme, Erschöpfung und Ermüdungserscheinungen.

Jüngere Personen und Bürger mit einem höheren Bildungsabschluß nutzen dabei stärker die Informations- und Beratungstätigkeit des Apothekers in der Selbstmedikation. Da kundige Beobachter des Gesundheitswesens ein weiteres Ansteigen der Selbstmedikation prognostizieren, wird die gesundheitspolitische Bedeutung einer beschlagenen und qualifizierten Beratung im Bereich der „selbstverordneten" Arzneimitteltherapie noch zunehmen.

In welcher Form der Apotheker seine Kunden berät, zeigt eine Analyse. Der Apotheker fragt nach den Beschwerden und dem Empfänger des Präparats. Er unterrichtet den Patienten über verschiedene Darreichungsformen, über die Dosierung, über Wirkungen und Nebenwirkungen. Und er fordert ihn auch auf, entweder sofort einen Arzt aufzusuchen oder ihn bei Nichtabklingen der Beschwerden zu konsultieren.

Die Apotheker sind bestrebt, ihre Informationstätigkeit gerade im Bereich der Selbstmedikation noch zu verstärken. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer steigenden Sensibilität in allen Schichten der Bevölkerung für gesundheitsbelastende Einflüsse.

Eine therapiebegleitende Arzneimittelinformation, die sachlich aufklärt, baut emotionale Widerstände und unkritische Haltungen gegenüber dem Arzneimittel ab und verbessert somit die Sicherheit im Umgang mit Arzneimitteln.

Der Patient ist heute mehr denn je an sachgerechten und verständlichen Informationen über seine Beschwerden und zu seinem Arzneimittel interessiert. Sowohl die Arzneimittelwerbung als auch die Informationen durch die Presse, die in vielfältiger Weise von der Bevölkerung genutzt werden, können seinem Informationsbedarf nicht genügen, da sie seine konkrete Situation nicht berücksichtigen. Dem Apotheker kommt daher im Bereich der Selbstmedikation eine zentrale Funktion zu; er ist der einzige, der die im vorärztlichen Bereich gesuchte Hilfestellung leisten, einen Miß- oder einen Fehlgebrauch von Arzneimitteln erkennen und – soweit der Patient bereit ist – auch verhindern kann.

H. G. FRIESE

PFLANZLICHE ARZNEIMITTEL / Renaissance der Nutzung der Naturheilkräfte

Prophylaxe gegen Herzinfarkt mit Melisse?

Es gab einmal eine Epoche, als noch kein Chemiker wie heutzutage, einem Zauberer gleich, synthetisieren konnte, was nur irgendwie wünschenswert erschien. Damals verließ man sich ausschließlich auf den Synthetiker Natur, und in heroischen Menschenversuchen wurden Wirksamkeit und Unbedenklichkeit von „natürlichen", aus Pflanzen gewonnenen Arzneimitteln empirisch erfaßt. Sie sind heute unter dem Begriff Phytopharmaka bekannt.

Nun wäre es sicher falsch, Phytotherapeutika heute gegen Synthetika auszuspielen. Von Bedeutung ist nur der therapeutische Erfolg. Für ihn werden gleichermaßen pflanzliche und synthetische Arzneimittel benötigt. Lebensbedrohende Infektionskrankheiten etwa müssen mit Antibiotika oder Sulfonamiden bekämpft werden. Bei Entzündungen indes kann in Abhängigkeit des Stadiums die Behandlung mit einem Roßkastanienextrakt wirkungsvoller sein als mit einem Cortison (und seinen nicht unbedenklichen Nebenwirkungen).

Auch die Schulmedizin hat sich inzwischen darauf eingestellt, daß bei den Beruhigungsmitteln Baldrian, Melisse, Hopfen und einige andere Heilpflanzen eine echte Alternative zu den chemischen Präparaten vorliegt. Die pflanzlichen Sedativa sind eine wichtige, unbedenkliche und wirkungsvolle Ergänzung der stark wirksamen chemischen Beruhigungs- und Schlafmittel.

Erfahrungsmedizinisch ist auch seit langem bekannt, daß ätherische Öle oder Bestandteile daraus (z. B. Terpene) gegen zahlreiche Krankheiten und Mißbefindlichkeiten mit Erfolg eingesetzt werden können.

Die Terpenforschung der vergangenen Jahre hat mit Hilfe extrem verfeinerter analytischer Methoden (Gaschromatographie, Hochdruckflüssigkeitchromatographie, Massenspektrographie, Kernresonanzspektroskopie) neue technische Möglichkeiten geschaffen. Heute können daher nicht nur die Wirkungen ätherischer Öle im ganzen, sondern auch die Wirkungen einzelner Bestandteile ätherischer Öle sogar gegen Viren nachgewiesen werden.

Dem Virologen Professor Lembke gelang auf diesem Gebiet vermittels einer speziell entwickelten Methode, die den Stoffwechsel von Mikroorganismen optisch darstellbar macht, ein beeindruckender Erfolg: Sowohl verschiedene Terpene – wie zum Beispiel Eugenol, Methyleugenol oder Isoeugenol – als auch terpenhaltige Bestandteile des herkömmlichen Melissengeistes sind als Ergebnis seiner Forschungen gegen Adenoviren (Erkältungserreger) und Herpesviren („Bläschenkrankheit") in großer Verdünnung wachstumshemmend beziehungsweise virentötend wirksam.

Inzwischen berechtigen noch laufende Untersuchungen zu der Hoffnung, daß mit Melissenterpenen eine wirksame Infarktprophylaxe betrieben werden kann. Diese Terpene greifen in die Synthese der Pratsglandine ein und können ein Verklumpen der Blutplättchen verhindern.

Da der Gehalt ätherischer Öle in Arzneidrogen wesentlich abhängt von Bodenbeschaffenheit und Klima, wurden Versuche unternommen, durch gezielte Pflanzenzucht zu ertragreichen Arten zu kommen. Gelungen ist dies mit der Melisse. Im Ebrodelta in Spanien werden mittlerweile mehrere Melissen-Ernten pro Jahr gewonnen, die nicht nur pilzfrei sind, sondern auch einen höheren Gehalt an ätherischen Ölen aufweisen als mindestens vorgeschrieben.

pje.